Wiener Stadtbibliothek
57291 F

T 57 291 Dez. 1969

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

WIENER STADTBIBLIOTHEK

fachbeirat fuer stadtplanung konstituiert

7 Wien, 1.12.(rk) nach ablauf seiner dreijaehrigen amtszeit wurde der in der wiener bauordnung vorgesehene fachbeirat fuer stadtplanung von buergermeister bruno m a r e k neu bestellt. die mitglieder des beirates haben die aufgabe, alle plaene fuer bauvorhaben zu pruefen, die das stadtbild beeinflussen, ebenso alle vorschlaege fuer aenderungen des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes..

vergangenen freitag trat der fachbeirat zu seiner konstituierenden sitzung zusammen. die mitglieder wurden von baudirektor prof. dr. rudolf k o l l e r angelobt.

die mitglieder des beirates sind: prof. dipl.ing. l i p p e r t (vorsitzender), baurat dipl.ing. dr. m e i x n e r (stellvertreter), prof. dr. f l a m m und prof. dr. n i e d e r m o s e r , dozent dipl. ing. dr. m a c h a t s c h e k , dipl. ing. s c h i c k l , baumeister dipl. ing. s c h i n d l e r und dipl. ing. s p l e t t .
1224

aus dem jahresbericht 1968:

neue uniformen fuer die wiener feuerwehr

6 wien, 1.12. (rk) new look bei der wiener feuerwehr: 1968 wurde mit einer schrittweisen neugestaltung der dienstbekleidung begonnen. in zukunft werden sich die feuerwehrmaenner nicht mehr in schwarzen hosen, blauen hemden und blauen uniformblusen praesentieren, sondern graue hosen, graue hemden und graue uniformblusen tragen. anstelle der blauen arbeitsmuetzen treten gleichfalls graue kopfbedeckungen. bei der bekleidung fuer den aussendienst wurde die schwarze hose beibehalten, die neue uniformjacke ist jedoch ebenfalls grau. bessere reinigungsmoeglichkeit und angenehmeres tragen sind die gruende fuer die umstellung auf neue farben und neue stoffarten.

der personalstand der feuerwehr betrug im berichtsjahr 1.215 mann, das durchschnittsalter wurde mit 31,8 jahren errechnet. 1968 gab es insgesamt 8.976 alarmfaelle. ohne alarm verlief kein einziger tag, hingegen gab es zwei tage ohne brandalarm. die meisten alarme, naemlich 551, wurden am 15. jaenner registriert.

die meisten ausrueckungen der feuerwehr betrafen nicht braende, sondern sonstige hilfeleistungen, wodurch auch verkehrsunfaelle, oeffnen versperrter raeume , bergung von leichen etc. fallen. diesen 6.577 ''sonstigen hilfeleistungen'' stehen 2.299 braende und 100 rauchfangfeuer gegenueber. 524 der alarmausrueckungen erwiesen sich als ''blinder laerm'' (mit anderen worten: es war nichts los), in 81 faellen wurde die feuerwehr irregefuehrt.

nicht nur die meisten grossbraende, naemlich vier, ereigneten sich im jaenner 1968, in diesem monat gab es mit 1.569 auch die meisten ausrueckungen. schwaechster monat war mit ''nur'' 726 ausrueckungen der februar. die meisten mittelbraende, naemlich 12, wurden im maerz verzeichnet, die meisten rauchfangfeuer (24) im jaenner und die meisten mystifizierungen (10) im dezember.

./.

der ''brandreichste'' bezirk wiens war mit 218 braenden favoriten, die wenigsten braende (41) wurden im 8. bezirk verzeichnet. schauplatz der meisten rauchfangfeuer, naemlich 16, war leopoldstadt, waehrend die meisten ''sonstigen hilfeleistungen'' mit 529 faellen im 1. bezirk erbracht werden mussten. die alarmfahrzeuge der feuerwehr legten insgesamt 183.336 kilometer zurueck, das ist um 4,08 prozent mehr als 1967.
1211

neues kursprogramm der gewerkschaft

5 wien, 1.12.(rk) das referat fuer berufsweiterbildung-bildungsreferat der gewerkschaft der gemeindebediensteten hat soeben das neue kursprogramm fuer stenographie, maschinschreiben, deutsch und rechnen veroeffentlicht.

mitte jaenner 1970 beginnen die kurse, wobei fuer stenographie und maschinschreiben sich sowohl moeglichkeiten fuer anfaenger als auch fuer fortgeschrittene bieten.

die kursdauer betraegt jeweils drei monate, der kursbeitrag 120 schilling. (einmal woechentlich) beziehungsweise 180 schilling (zweimal woechentlich). nach beendigung der kurse erhalten die teilnehmer unter vorlage des durch die kursleitung bestaetigten antragsformulares eine rueckverguetung durch das bildungsreferat im hoechstausmass von 150 schilling pro jahr. auskuenfte erteilen die kollegen friedrich baumgartner, telefon42 800/ klappe 2215, und rudolf seifert, telefon 22 16 66/ klappe 64.
0951

weniger schwere unfaelle in landwirtschaftsbetrieben

4 wien, 1.12. (rk) weniger schwere maschinen- und elektro-unfaelle in den land- und forstwirtschaftlichen betrieben: das ist die erfreuliche tatsache der juengsten bilanz der wiener land- und forstwirtschaftsinspektion und zweifellos ein erfolg der eingehenden kontrollen, die kurzfristig und ohne ankuendigung vor allem in betrieben mit fremden dienstnehmern durchgefuehrt werden.

insgesamt 879 betriebskontrollen wurden im jahr 1968 in 809 wiener land- und forstwirtschaftlichen betrieben durchgefuehrt. dabei konnten die organe der land- und forstwirtschaftsinspektion 299 maengel feststellen und deren behebung veranlassen.

die gesamtzahl der arbeitsunfaelle blieb in den letzten jahren konstant: 1968 waren es 325. staendige kontrollen und die aufklaerungsarbeit der land- und forstwirtschaftsinspektion, die seit 1949 auf der rechtsgrundlage der wiener landarbeitsordnung als zustaendige arbeitsaufsichtsbehoerde taetig ist, fuehrten zu dieser positiven entwicklung.

erstmals hat die land- und forstwirtschaftsinspektion 1968 zusammen mit anderen institutionen eine groessere aktion zur verhuetung von gaergasunfaellen durchgefuehrt. der erfolg: kein einziger unfall in diesem jahr.

die zunehmende spezialisierung der landwirtschaftsbetriebe schlaegt sich auch in der unfallstatistik nieder: es haeufen sich die unfaelle beim hantieren mit chemikalien und giftstoffen. dieser entwicklung schenkt die land- und forstwirtschaftsinspektion erhoehte aufmerksamkeit.

zu den aufgaben dieser behoerde gehoert auch die durchsetzung der arbeitsschutzbestimmungen bei bauten und betriebseinrichtungen. ebenso wird die einhaltung der jugendschutzbestimmungen durch laufende ueberpruefungen und durch mitwirkung bei dem vorgeschriebenen anerkennungsverfahren fuer die qualifikation zum lehrbetrieb kontrolliert.

0949

russische ringer in wien

8 im rahmen einer oesterreich-tournee befindet sich zur zeit eine aus neun mann bestehende sowjetische gewerkschafts-ringerstaffel in wien. die neun ''starken'' maenner, die internationale freundschaftskaempfe in allen gewichtsklassen gegen oesterreichische meister austragen, kamen durch den vom askoe vereinbarten sportleraustausch mit der udssr nach oesterreich. ihre reise fuehrte sie von wien nach nettingsdorf bei linz, wo sie morgen dienstag ihre wettkaempfe austragen werden und von dort wieder zurueck nach wien, wo donnerstag, den 4. dezember, in der halle a der stadthalle das treffen zwischen den russen und den askoe-ringern stattfindet. freitag, den 5. dezmber, ringt man in innsbruck. ende der woche faehrt die russische mannschaft wieder in die heimat zurueck.

heute montag besichtigten die russen verschiedene sportbauten der stadt wien und unternahmen eine rundfahrt durch das ''neue wien''.
1421

preisguenstige gemuese- und obstsorten

9 wien, 1.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 3 bis 4 schilling, weisskraut 3 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, weintrauben 8 bis 10 schilling, orangen 6 bis 7 schilling je kilogramm.
1423

neue "gruenderzeit'' durch betriebsansiedlungsgesellschaft

11 wien,1.12. (rk) die ''informationen'' der arbeitsgemeinschaft der gemeinwirtschaft bringen in ihrer juengsten ausgabe einen bericht ueber die erfolgreichen bemuehungen der wiener stadtverwaltung bei der foerderung von betriebsgruendungen und betriebsansiedlungen. in dem artikel heisst es:

''ihre bisherigen erfolge auf dem gebiet der foerderung von betriebsgruendungen will die gemeinde wien durch die schaffung der wiener betriebsansiedlungsgesellschaft m.b.h. (wibag) noch intensivieren und eine neue ''gruenderzeit'', eine zeit der wirtschaftlichen dynamik und initiative einleiten. seit 1967 sind 252 anfragen im rathaus eingelangt, wobei in 57 faellen die stadt wien die betriebsansiedlung unterstuetzte. im vergangenen jahr hat die gemeinde ausserdem ein konzept zur erschliessung von industrieland entworfen, das die aufschliessung von 14 groesseren industriegebieten vorsieht. vier teilflaechen davon sind bereits voll erschlossen und bewerbern zur verfuegung gestellt worden.

die neugegruendete wibag soll nun die aufgeschlossenen gebiete verwerten, alle diesbezueglichen bestrebungen koordinieren und interessenten mit den notwendigen informationen versorgen. derzeit verhandelt sie mit 15 auslaendischen grossunternehmen. fuer die ansiedlung oder rationalisierung von betrieben stehen zahlreiche kredit- und foerderungsaktionen der gemeinde wien zur verfuegung, die von der modernisierung von geschaeftsportalen bis zur errichtung von grossbetrieben alle initiativen der wirtschaft unterstuetzen. oft werden zinsenzuschuesse zu den bereitgestellten krediten gewaehrt.''

1444

grundk[illegible] fuer firmen, krankenhaus und strasse

10 wien, 1.12. (rk) der gemeinderatsausschuss 10 (liegenschafts- und zivilrechtswesen, verschiedene angelegenheiten) genehmigte montag den kauf von zwei insgesamt 9.500 quadratmeter grossen grundstuecken von der firma bunzl u. biach im zweiten wiener gemeindebezirk zum preise von 10 millionen schilling. das entspricht einem quadratmeterpreis von 1.053 schilling. bei dem zwischen handelskai - haussteingasse - wehlistrasse und weschelstrasse gelegenen grundstuec'en handelt es sich um zwei durch die aufgelassene schalichgasse getrennte grundkomplexe. das erwerbsinteresse besteht darin, dass dadurch der firma elin eine grossflaechige planung moeglich wird.

der kauf eines miteigentumsanteiles in der langobardenstrasse 76 (wien 22) in der groesse von 2.520 quadratmeter und zu einem preis von 505.800 schilling (preis pro quadratmeter 200 schilling) stellt einen grundankauf fuer das kuenftige krankenhaus-ost dar. dieses grosskrankenhaus jenseits der donau soll ueber eine interne, chirurgische, unfall-, gynaekologische und eine urologische abteilung verfuegen.

weiters genehmigte der gemeinderatsausschuss den kauf einer liegenschaft von der firma waagner-biro in der erzherzog karl-strasse 140 zum zwecke des ausbaues und der verbreiterung dieses wichtigen strassenzuges im anschluss an die ostbahnunterfuehrung. die liegenschaft ist 1.127 quadratmeter gross. der kaufpreis betrug 600.000 schilling, das entspricht einem quadratmeterpreis von 532 schilling. die gemeinde wien entschaedigt die firma ausserdem noch mit einem betrag von 2,5 millionen schilling, da waagner-biro seine werkskueche ve[illegible]egen muss.
1447

am letzten tag kam der 100.000. besucher ins diaskop

12 wien, 1.12. (rk) nun ist winterpause fuer die u-bahn-schau im diaskop. das diaskop schloss sonntag abend seine tueren. die u-bahn-schau wird wieder bei beginn der pratersaison im fruehjahr 1970 gezeigt.

5 stunden vor schluss des programmes kam noch der 100.000. besucher. wer tatsaechlich der jubilaeumsgast war, liess sich korrekt leider nicht feststellen, denn just in dem augenblick, als es so weit war, naeherte sich ein ehepaar arm in arm: johanna und franz bach, aus wien-donau-stadt. franz bach, vom beruf elektromechanikermeister, trat sofort von seinen rechten als ''hunderttausender'' zurueck. stadtrat h e l l e r ueberreichte frau bach einen goldenen rathausmann als erinnerungsgeschenk.

erste bilanz der u-bahnschau : in zwei monaten wurden soviele vorstellungen gegeben, wie in einem kino normalerweise in einem halben jahr.

1500

rinderhauptmarkt vom 1. dezember

13 wien, 1.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhren inland: 36 ochsen, 136 stiere, 327 kuehe, 112 kalbinnen, summe 611. neuzufuhren ungarn 47 stiere. gesamtauftrieb: 36 ochsen, 183 stiere, 327 kuehe, 112 kalbinnen, summe 658. verkauft alles.

preise: ochsen 15,50 - 18,20, extrem 18,50 (3 stueck), stiere 16 - 16,80, extrem 13 (13 - 13,20, 2 stueck, 18,80 - 19, 3 stueck), kuehe 11,50 - 15,80, extrem 16 (1 stueck), kalbinnen 14,80 - 17,80, extrem 18 (1 stueck). beinlvieh kuehe 9,50 - 11, ochsen und kalbinnen 13 - 14,60.

marktverkehr: der durchschnittspreis ermaessigte sich bei stieren um 13 groschen und erhoehte sich bei ochsen um 12 groschen, stieren 17 groschen und bei kalbinnen um 2 groschen je kilogramm.

die durchschnittspreise einschliesslich beinlvieh betragen: ochsen 16,93, stiere 17,53, kuehe 13,82 und kalbinnen 16,37. beinlvieh verteuerte sich bis zu 15 groschen je kilogramm. ungarn stiere 17,70 - 17,80.
1613

wiener feuerwehr bei brandbekaempfung in hennersdorf

14 wien, 1.12. (rk) in hennersdorf, niederoesterreich brach heute um 14.37 uhr bei der glasfabrik s l a n a ein brand aus, bei welchem eine halle mit verpackungsmaterial in brand geriet, wobei die gefahr bestand, dass das feuer auch auf die nahe gelegene spritzlackiererei uebergriff. ueber anweisung von buergermeister bruno m a r e k ist die wiener feuerwehr mit zwei bereitschaftszuegen zum brandort gefahren, um die oertlichen feuerwehren beim lokalisieren und loeschen des brandes zu unterstuetzen.
1710

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

kuenstler helfen kuenstlern

2 wien, 2.12. (rk) montag abend fand im rahmen der nunmehr bereits zur tradition gewordenen aktion ''kuenstler helfen kuenstlern'' im grillparzer-saal des palais palffy die eroeffnung einer ausstellung von gemaelden, aquarellen, zeichnungen, karikaturen und kunstgewerblichen arbeiten prominenter kuenstler statt.

vizebuergermeister gertrude s a n n e r sowie zahlreiche vertreter des wiener buehnenlebens hatten sich zu der eroeffnung eingefunden. die insgesamt 152 exponate werden vom 2. bis 8. dezember oeffentlich zugaenglich sein, ehe man sie in form einer auktion am 9. dezember versteigert, wobei der erloes zur gaenze notleidenden kuenstlern zufliessen wird.
0833

bernhard wilhelm ohligs zum gedenken

1 wien, 2.12. (rk) auf den 3. dezember faellt der
100. todestag des gruenders der wiener handelsakademie bernhard
wilhelm o h l i g s .

er wurde am 31. oktober 1810 in muenster, westfalen, geboren, erhielt in verschiedenen firmen seines heimatlandes eine gruendliche technisch-kommerzielle ausbildung und kam 1833 nach wien, wo er bis zu seinem tode lebte. 1836 trat er als kommerzieller leiter in den dienst der kaiser ferdinand-nordbahn. in der folge erwarb er die oesterreichische staatsbuergerschaft und machte sich selbstaendig. ohligs trat schon in jungen jahren mit artikeln und referaten, die sich mit fachlichen fragen des handels und der industrie befassten, an die oeffentlichkeit. 1852 erfolgte seine bestellung zum mitglied der niederoesterreichischen handels- und gewerbekammer, 1854 seine berufung in die ministerialkommission zur ausarbeitung des neuen gewerberechtes. 1856 erschien seine schrift ''die gruendung einer allgemeinen kaufmaennischen lehranstalt in wien''. in dieser legte er seine gedanken ueber die schulungsnotwendigkeit des handelsnachwuchses dar. auch einen ins detail gehenden lehrplan hatte er ausgearbeitet und ein budget aufgestellt. unter seiner fuehrung konstituierte sich der ''verein der wiener handelsakademie'', dem es gelang, das schulgebaeude am karlsplatz durch den architekten ferdinand f e l l n e r errichten zu lassen. 1848 begann das erste schuljahr. 1861 wurde ohligs in den ersten gewaehlten wiener gemeinderat entsandt und setzte sich als oeffentlicher mandatar verdienstvoll fuer verschiedene angelegenheiten der oesterreichischen industrie ein. sein lebenswerk, die gruendung der handelsakademie, die erste stufe zur fachausbildung der kaufmannschaft, sichert ihm ein dankbares ehrendes gedenken.
0836

infektionskrankheiten im oktober

6 wien, 2.12. (rk) der taetigkeitsbericht des gesundheitsamtes der stadt wien verzeichnete im oktober 228 scharlachfaelle, 4 keuchhusten-erkrankungen, 6 faelle von typhus und je ein fall von ruhr, tularaemie, und psittakose. ferner wurden 100 faelle von infektioeser hepatitis, darunter ein todesfall, festgestellt.

bei einer gesamtzahl von 8.202 besuchern betrug die zahl der neuuntersuchten in den tbc-fuersorgestellen 3.853. in 95 faellen wurde eine aktive tuberkulose festgestellt. im berichtsmonat wurden in den tbc-fuersorgestellen insgesamt 2.280 roentgendurchleuchtungen gemacht, hausbesuche 1.692, roentgenaufnahmen 608, schirmbilder 3.642.

die parteienfrequenz in der beratungsstelle fuer geschlechtskranke betrug 4.165. an frischen venerischen erkrankungen wurden festgestellt: 9 gonorrhoefaelle bei maennern, 45 gonorrhoefaelle bei frauen, 4 luesfaelle bei maennern und 5 luesfaelle bei frauen. von 618 im wochendurchschnitt untersuchten kontrollprostituierten waren 9, von 174 untersuchten geheimprostituierten 29 venerisch infiziert.

aus ganz wien wurden 231 faelle frischer venerischer erkrankungen gemeldet, und zwar 108 gonorrhoefaelle bei maennern, 90 gonorrhoefaelle bei frauen, 18 luesfaelle bei maennern und 15 luesfaelle bei frauen.

im berichtsmonat wurden in der zentrale (impfstelle fuer ausreisende) folgende impfungen durchgefuehrt: 1.099 gegen pocken, 411 gegen cholera, 328 gegen typhus, 83 gegen gelbfieber und 35 impfungen diverser art. weiter wurden in der zentrale 1.070 grippeimpfungen an bediensteten der gemeinde wien vorgenommen. in den bezirksgesundheitsaemtern waren es : 1.632 gegen pocken, 463 gegen diphtherie-tetanus, 203 gegen diphtherie-tetanus-pertussis, 54 gegen tetanus und 387 gegen grippe.

in den 52 mutterberatungstellen wurden an 337 beratungstagen 9.465 aerztliche beratungen durchgefuehrt (vitamin d-stoesse zur rachitisvorbeugung wurden in 1.160 faellen verabreicht).

in den 5 schwangerenberatungsstellen der gemeinde wien wurden 641 frauen untersucht, davon erstmalig 221. bei 106 frauen wurden krankhafte befunde erhoben, welche zu einer stoerung der schwangerschaft fuehren koennen.

in den schulen wurden 21.852 untersuchungen gemacht, mit 2.354 ueberweisungen an fachambulanzen. in den staedtischen lehranstalten fuer frauenberufe waren 370 untersuchungen. in der augenaerztlichen untersuchungsstelle wurden 1.336 und in der ohrenaerztlichen untersuchungsstelle 1.091 kinder untersucht. die untersuchungen in den schulen fuer koerperbehinderte betrugen 286.

im rahmen der schuluntersuchungen in den jugendzahnkliniken wurden 794 schulklassen erfasst. von den 23.090 schuelern dieser klassen wurden 22.058 untersucht und davon 5.552 behandlungsbeduerftig befunden. der konservierenden zahnbehandlung wurden 1.000 kinder in 2.537 sitzungen unterzogen. in der kieferorthopaedischen station wurden 975 behandlungssitzungen und 114 beratungen durchgefuehrt.

in den gesundenuntersuchungsstellen wurden 496 personen untersucht (334 frauen und 162 maenner). laboratoriumsuntersuchungen 3.519, 27 geschwulstverdaechtige befunde wurden erhoben und 370 personen wurden wegen anderweitiger erkrankungen, ihren behandelnden aerzten zugewiesen. davon waren 68 erkrankungen, die erfahrungsgemaess in ein krebsleiden uebergehen koennen.

in der sportaerztlichen untersuchungsstelle wurden 128 sportler untersucht; 88 waren fuer leistungssport, 40 fuer gesundheitssport geeignet.

1215

angelobung von bezirksraeten

4 wien, 2.12. (rk) dienstag wurde von stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g in vertretung des buergermeisters im rathaus ing. johann m a l y (11. bezirk), anton b o e h m , ferdinand h e g e r - z a f o r e k , raimund m o d l e r (alle drei 18. bezirk) und bernhard d e g e n h a r t (23. bezirk) als neuberufene bezirksraete angelobt. magistratsoberkommissaer dr. w a l t e r verlas die geloebnisformel. die neuen bezirksraete leisteten stadtrat dkfm. hintschig mit handschlag das geloebnis.

0901

post ''gegen'' stadtwerke

3 wien, 2.12. (rk) dienstag frueh kam es in wien penzing zwischen einem pkw des funk- und stoerungsdienstes der postdirektion und einem werkstaettenautobus der wiener verkehrsbetriebe zu einer karambolage. der pkw war mit ueberhoehter geschwindigkeit in der naehe der ameisbruecke ueber eine sperrlinie gefahren und hatte dabei den bus gerammt. der werkstaettenbus, der sich auf einer probefahrt richtung floetzersteig befand, wurde ebenso wie der pkw beschaedigt. die drei insassen des postwagens erlitten verletzungen unbestimmten grades.

0901

ueberreichung von medizinalratsdekreten

5 wien 2.12. (rk) buergermeister bruno m a r e k ueberreichte dienstag im roten salon des rathauses zehn wiener aerzten die dekrete, mit denen sie der bundespraesident zu medizinalraeten ernannt hat. es sind dies die praktischen aerzte dr. gertrud h e i n l e i n , dr. margarete r i e d l , dr. maria anna w a g n e r , dr. rudolf h o e g e r , dr. max k l e m e n t , dr. robert k u s t a und dr. harald s c h a t z l sowie die fachaerzte dr. friedrich s e i d , dr. friedrich t u r n o v s z k y und dr. ernst w i e s n e r .
1044

die verkehrsbetriebe am feiertag

7 wien, 2.12. (rk) am montag , dem 8. dezember (mariae-empfaengnis), gilt auf der strassenbahn, der stadtbahn, auf den autobuslinien, sowie im gemeinschaftstarif mit der schnellbahn und den in die tarifgemeinschaft einbezogenen kraftfahrlinien der privaten und oeffentlichen autobusunternehmungen der sonntagsfahrpreis.

daher haben die kinder-sonn- und feiertags-zweifahrtenfahrscheine zu 1.- schilling im einheitstarif und im tarifgebiet-2 gueltigkeit. die kurzstreckensammelkarten, der teilstreckenfahrschein fuer das tarifgebiet 2, arbeitslosen- und jugendfuersorgefahrscheine sowie saemtliche wochenstreckenkarten sind an diesem tage ungueltig.

auf der strecke des tarifgebietes 2 gilt der 5.- schilling fahrschein (im vorverkauf 4,- schilling).
1237

wertvolles renaissancehaus in doebling wird renoviert

10 wien, 2.12. (rk) das denkmalgeschuetzte renaissancehaus in der hackhofergasse 1 in doebling ist ein besonders interessantes und kuenstlerisch wertvolles objekt, dessen urspruenglicher charakter weitgehend erhalten geblieben ist. an der fassade ist das baujahr 1577 vermerkt. weiters faellt das haus durch sein steiles krueppelwalmdach, durch das grosse rundbogige tor und durch seine gewoelbte einfahrt auf. es ist fuer den nussdorfer platz als blickfang von besonderer bedeutung.

aus diesem grunde stellte der kulturausschuss dem bundesdenkmalamt einen zuschuss von 60.000 schilling fuer die renovierung dieses hauses zur verfuegung.
1331

schulneubauten in simmering und donaustadt

9 wien, 2.12. (rk) in der sitzung des kulturausschusses am dienstag wurde der bau zweier neuer schulen grundsaetzlich beschlossen. eine volks- und hauptschule wird in der meissnergasse im bereich der verlaengerten steigenteschgasse in der donaustadt entstehen. die zweite schule,mit deren vorarbeiten und planungen bereits begonnen worden ist, wird in der kaiserebersdorferstrasse in simmering als haupt- und sonderschule errichtet.
1322

theaterfoerderung durch kulturamt

8 wien, 2.12. (rk) im kulturausschuss wurde beschlossen, dem ateliertheater, der werkstattbuehne, den pradler ritterspielen, dem theater im savoy und dem theater am boerseplatz subventionen in der hoehe von nahezu 100.000 schilling zu gewaehren.
1318

grundsteinlegung zum 6. wiener pensionistenheim

12 wien, 2.12. (rk) bei der grundsteinlegung zum wiener pensionistenheim, die dienstag nachmittag in der per albin hansson-siedlung in der ada christen-gasse-wendstadtgasse stattfand, sagte buergermeister bruno m a r e k unter anderem:

''mit dieser grundsteinlegung manifestiert die wiener stadtverwaltung, dass uns das wohl der aelteren mitbuerger am herzen liegt und einen wesentlichen teil unserer sozialpolitischen massnahmen darstellt. der dritte lebensabschnitt bringt fuer jeden menschen grosse umstellungen und probleme mit sich. waehrend das durchschnittsalter um die jahrhundertwende noch 40 jahre betrug., ist die lebenserwartung heute auf 71 jahre angestiegen und wird bis zur jahrtausendwende auf etwa 85 jahre wachsen. je mehr menschen jedoch an den fortschritten der wissenschaft teilnehmen, umso mehr wird das altern von einem privaten zu einem gesellschaftlichen problem, das die ganze gemeinschaft angeht. es geht dabei nicht nur um die materielle sicherstellung und um ein menschenwuerdiges dach ueber dem kopf, sondern die gesellschaft muss die aelteren mitbuerger davor bewahren, dass sie den anschluss an ihre bisherige lebensatmosphaere verlieren und vereinsamen''. (forts.)
1429

kommunalpolitisches wissen mit preisen belohnt

15 wien, 2.12. (rk) kommunalpolitisches wissen von 10 maturantinnen und 11 maturanten wurde dienstag durch die ueberreichung von preisen belohnt: stadtschulratspraesident hofrat dr. hermann s c h n e l l uebergab in vertretung des buergermeisters den 21 siegern bein kommunalpolitischen quiz buechergutscheine im wert von 1.000, 500 und 200 schilling.

an den ersten kommunalpolitischen jugendgespraechen, die im november im rathaus stattfanden, haben sich 1.235 maturanten beteiligt. an sieben tagen referierten stadtraete und hohe fachbeamte ueber ihr ressort. daran schloss sich eine diskussion, an der sich insgesamt 145 diskussionsredner beteiligten. zweck dieses experiments, dem ein seminar fuer die lehrer und kommunalpolitische unterrichtsstunden in den schulen vorausgegangen waren, ist die intensivierung des kontaktes zwischen jungen buergern und stadtverwaltung. die ueberwiegende mehrheit der jugendlichen diskussionsteilnehmer hat sich auch fuer eine fortsetzung der kommunalpolitischen jugendgespraeche im rathaus ausgesprochen.

die preistraeger und die professoren, die an den in zusammenarbeit zwischen stadtschulrat presse- und informationsdienst der stadt wien veranstalteten kommunalpolitischen jugendgespraechen mitgewirkt haben, nehmen auf einladung von buergermeister bruno m a r e k am mittwoch an einer stadtrundfahrt durch das neue wien und an einem abendessen im wiener rathauskeller teil. stadtschulratspraesident dr. s c h n e l l wird hierbei die gaeste naemens der stadtverwaltung begruessen. (forts.)
1500

gesperrt bis 18 uhr:

viele blumenfreunde bekamen schoene preise
wig 1974 endgueltig genehmigt

16 wien, 2.12. (rk) ein wahrer ''regen'' von preisen ging dienstag abend im festsaal des rathauses auf die gewinner der aktion ''wien im blumenschmuck 1969'' nieder: 10 goldplaketten, 15 silberplaketten und 25 bronzeplaketten der stadt wien, eine goldene, eine silberne und eine bronzene rose der wiener landwirtschaftskammer sowie vier vierfachdukaten der oesterreichischen gartenbaugesellschaft. dazu kamen noch buchpreise der landwirtschaftskammer und der gartenbaugesellschaft, 60 abonnements des ''gartenmagazins fuer alle'' und 750 gruenpflanzen als anerkennungspreise.

buergermeister bruno m a r e k hiess die preistraeger der aktion ''wien im blumenschmuck 1969'' willkommen und betonte, dass das ausgezeichnete ergebnis der diesjaehrigen aktion (1.550 private teilnehmer gegenueber 1.440 im vorjahr) ein ansporn dazu sein soll, die anstrengungen noch zu steigern. wenn sich viele wienerinnen und wiener bereitfinden, an der verschoenerung unserer stadt mit blumen mitzuwirken, wird die arbeit des stadtgartenamtes wertvoll und erfolgreich ergaenzt. das interesse an blumen wird durch die kuerzlich erfolgte eroeffnung des blumengrossmarktes in inzersdorf noch weiter gefoerdert.

wig-wettbewerb

ferner teilte buergermeister marek mit, dass die ausstellungsbehoerde in paris die wig 1974 dieser tage endgueltig genehmigt hat und sie damit von allen laendern als weltausstellung anerkannt wird. die stadt wien hat einen internationalen ideenwettbewerb zur gestaltung der wig ausgeschrieben.

./.

bisher sind beinahe 200 entwuerfe aus fast 30 laendern eingelangt. die eine million quadratmeter des neuen wig-areals in unmittelbarer naehe der per albin-hansson-siedlung werden dann den wienern als parkanlage erhalten bleiben. der suedliche teil dieses gelaendes wird als kurpark fuer die schwefeltherme ober-laa eingerichtet werden.

abschliessend dankte der buergermeister praesident josef j e d l e t z b e r g e r von der wiener landwirtschaftskammer, dem praesidenten der gartenbau-gesellschaft, minister dr. karl s c h l e i n z e r , stadtgartendirektor ing. alfred a u e r und allen beteiligten an der aktion ''wien im blumenschmuck 1969''.

21 neue gartenanlagen

zuvor hatte stadtrat kurt h e l l e r einen bericht ueber die organisation, den verlauf und das ergebnis der diesjaehrigen blumenschmuck-aktion gegeben. heuer sind - bedingt durch die neuen wohnviertel - die bezirke 12 und 22 besonders stark vertreten. stadtrat heller erwaehnte auch, dass 1969 21 neue gartenanlagen mit einem kostenaufwand von 27 millionen schilling gestaltet wurden. das bedeutet einen zuwachs von 514.585 quadratmeter neuen gruenflaechen. ueber 30,5 millionen schilling werden 1970 zur herstellung neuer garten- und parkanlagen aufgewendet.
1511

personalnachrichten

17 wien, 2.12.1(rk) der wiener stadtsenat hat am dienstag beschlossen, dem leiter der magistratsabteilung 26, senatsrat dipl.-ing. edmund m i s t e r k a, anlaesslich seiner versetzung in den ruhestand den titel o b e r s e n a t s r a t zu verleihen, aus dem gleichen anlass erhaelt der amtsrat anton w o l f r a m (ma 17) den titel o b e r a m t s r a t.
1517

weiterer schritt zur verkehrserschliessung in der donaustadt

14 wien, 2.12. (rk) um den bau der von den verkehrsbetrieben projektierten verlaengerung der strassenbahnlinie 16 und einer gleisschleife fuer diese linie realisieren zu koennen, hat stadtrat franz n e k u l a am dienstag in der sitzung des wiener stadtsenates den kauf der dafuer notwendigen grundstuecke beantragt. auch den derzeit noch nicht festgelegten autobuslinien in diesem neuen siedlungsgebiet links der donau wird diese schleife zur verfuegung stehen.
1433

zwei neue wiener landesgesetze eingebracht

13 wien, 2. 12. (rk) der wiener landtag wird sich in seiner naechsten geschaeftssitzung am 19. dezember mit zwei gesetzesentwuerfen beschaeftigen, die dienstag in der wiener landesregierung eingebracht worden sind. es handelt sich um eine abaenderung des gesetzes ueber kanalanlagen und einmuendungsgebuehren (referent stadtrat dr. krasser) und eine abaenderung des gesetzes ueber die regelung oeffentlicher sammlungen (referent stadtrat dkfm. hintschig).
1430

kommunalpolitisches wissen mit preisen belohnt (forts.)

19 wien, 2.12. (rk) stadtschulratspraesident hofrat dr. hermann s c h n e l l dankte den quiz-gewinnern und darueber hinaus allen teilnehmern der kommunalpolitischen jugendgespraeche fuer ihr interesse und fuer ihre reife politische gesinnung. er sprach sich dafuer aus, dass diese diskussionen zwischen jugend und stadtvaetern auch in den kommenden jahren veranstaltet werden.
1536

erhoehung der fuersorgerichtsaetze in wien

11 wien, 2.12. (rk) eine erhoehung der richtsaetze der oeffentlichen fuersorge um 5,4 prozent hat die wiener landesregierung auf antrag von wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i am dienstag beschlossen. ab 1. jaenner 1970 erhalten die alleinstehenden 1.050 schilling (bisher 996 s), die hauptunterstuetzten im familienverband 1.024 schilling (bisher 971), die mitunterstuetzten ohne familienbeihilfen anspruch 499 (bisher 473 s) und die mitunterstuetzten mit familienbeihilfenanspruch 240 schilling (bisher 228). auch die zuschlaege fuer alte und erwerbsunfaehige dauerunterstuetzte werden erhoeht, um sie an die bezuege der pensionisten mit ausgleichszulage anzugleichen.

diese erhoehung bedeutet eine anpassung an die bestimmungen des asvg. die daraus der gemeinde wien entstehenden mehrkosten pro jahr werden mit 5,8 millionen schilling angenommen.
1412

preisguenstige gemuese- und obstsorten

18 wien, 2.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 4 schilling, kohl 4 schilling, chinakohl 3,50 bis 4 schilling und weisskraut 3 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, birnen (qualitaetsklasse kochobst) 3 bis 4 schilling, bananen 6 bis 8 schilling und orangen 6 bis 7 schilling je kilogramm.
1524

schweinehauptmarkt vom 2. dezember

20 wien, 2.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhren inland: 3.974, hievon 463 durchlaeufer, gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles.

preise: extrem 18 bis 18.80 (19, 33 stueck), 1. qualitaet 17.50 bis 17.90, 2. qualitaet 17.20 bis 17.40, 3. qualitaet (16.20, 13 stueck) 16.50 bis 17, zuchten extrem 14.60 bis 15.50, zuchten 14 bis 14.50, altschneider 12.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine erhoehte sich um 6 groschen je kilogramm und betraegt 17.84. ausermarktbezuege in der zeit vom 28. november bis 2. dezember (ohne direkteinbringung der bezirke) 1.830 stueck.

1558

pferdehauptmarkt vom 2. dezember

21 wien, 2.12. (rk) auftrieb: 35 stueck, hievon 1 fohlen. herkunft der tiere: 27 aus niederoesterreich, 7 aus dem burgenland, 1 aus der steiermark. verkauft wurden als schlachttiere 26, unverkauft blieben 9.

notierungen schlachttiere fohlen: 14, pferde extrem 10.50 bis 10.80, 1. qualitaet 9.60 bis 10.30, 2. qualitaet 9 bis 9.40, 3. qualitaet 4 bis 8.80.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schlachtpferde erhoehte sich um 21 groschen und ermaessigte sich fuer schlachtfohlen um 1 schilling je kilogramm.

der durchschnittspreis fuer schlachtpferde betraegt 9,54, fuer schlachtfohlen 14, pferde und fohlen 9.71.

1559

grundsteinlegung zum 6. pensionistenheim (forts.)

22 wien, 2.12.(rk) trotz eisiger kaelte gestaltete sich die grundsteinlegung des 6. wiener pensionistenheimes in der per albin hansson siedlung-ost zu einem kleinen volksfest, zu dem bezirksvorsteher emil f u c i k buergermeister bruno m a r e k , praesidentin stadtraetin maria j a c o b i und stadtrat franz n e k u l a so wie gemeinderaete und mitglieder des kuratoriums ''wiener pensionistenheime'' herzlich willkommen hiess. stadtraetin jacobi fuehrte in ihrer festrede aus, dass es in diesem herbst das dritte mal sei, dass man sich zu einer feier bei einem pensionistenheim treffe. im fruehen herbst habe man das fertiggestellte pensionistenheim in der thaliastrasse uebergeben, wenige wochen spaeter die dachgleiche im vierten pensionistenheim behehen koennen und heute sei man zusammengekommen, um den grundstein zum sechsten pensionistenheim im fertiggestellten keller zu legen. die stadtraetin gab bekannt, dass bisher 628 aeltere wiener und wienerinnen in pensionistenheimen untergebracht, im sommer 1970 weitere 600 ein neues daheim in pensionistenheimen bekommen werden und man im fruehling 1970 mit dem bau der pensionistenheime in simmering und floridsdorf beginnen werde. weitere 500 aeltere menschen werden dort unterkunft finden.
1623

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

praesident schnell als mitglied des stadtschulratskollegiums angelobt

12 wien, 3.12. (rk) landeshauptmann bruno m a r e k nahm mittwoch vormittag im gemeinderatssitzungssaal des rathauses die angelobung von stadtschulrats-praesident hofrat dr. hermann s c h n e l l zum mitglied mit beschliessender stimme des kollegiums des stadtschulrates fuer wien vor. hofrat schnell folgt in dieser funktion seinem vorgaenger im amt des stadtschulrats-praesidenten dr. max n e u g e b a u e r . obwohl sich das kollegium des stadtschulrates bereits am 26. juni dieses jahres konstituierte, konnte dr. schnell erst jetzt angelobt werden, da ihn das unterrichtsministerium nicht frueher von seinem amt als landesschul-inspektor beurlaubte.

das kollegium des wiener stadtschulrates wurde zum ersten mal am 20. november 1963 konstituiert. seine 100 mitglieder und ersatzmitglieder werden jeweils nach neuwahl des wiener landtages von des politischen parteien vorgeschlagen und sodann von der wiener landesregierung bestellt. die arbeit des kollegiums wird in drei sektionen und zwei untersektionen, die sich mit allen schulfragen befassen, abgewickelt. praesident des kollegiums ist der landeshauptmann, als amtsfuehrender praesident fungiert stadtschulrats-praesident dr. hermann schnell.

1125

wiener ehrenzeichen fuer generaldirektor hans hecke

2 wien, 3.12. (rk) auf antrag von landeshauptmann-stellvertreter gertrude s a n d n e r hat die wiener landesregierung beschlossen, dem generaldirektor der wiener kabel- und metallwerke-ag sowie der siemens-ges.mbh dr. hans h e c k e in wuerdigung seiner bedeutenden wirtschaftlichen und organisatorischen leistungen das goldene ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien zu verleihen. dr. hecke hat heuer sein 40 jaehriges dienstjubilaeum.
0913

gemeindekredite fuer betriebsansiedlungen und existenzgruendungen

1 wien, 3.12. (rk) die soeben erschienene doppelnummer der von der bundeskammer der gewerblichen wirtschaft herausgegebenen zeitschrift ''der unternehmer'' enthaelt einen von dr. m. d o r f w i r t h verfassten aufsatz ueber das thema ''gebietskoerperschaften foerdern betriebsansiedlungen''. ein kapitel dieses berichtes befasst sich auch mit der kreditaktion der stadt wien zur foerderung von betriebs- neuansiedlungen und strukturverbessernden betriebsverlagerungen sowie mit den existenzgruendungskrediten fuer junge wiener handels- und gewerbetreibende.
0911

geehrte redaktion!

3 wir erinnern daran, dass buergermeister bruno m a r e k und vizebuergermeister gertrude s a n d n e r donnerstag die preistraeger des kinder- und jugendbuchwettbewerbes im stadtsenatssaal empfangen und auszeichnen werden.

sie werden herzlich eingeladen, berichterstatter und fotoreporter zu diesem festakt zu entsenden.

zeit: donnerstag, 4. dezember, 15 uhr.

ort: stadtsenatssaal des wiener rathauses.
0914

foerderung von jungfilmern

4 wien, 3.12. (rk) den guten heimischen film zu foerdern, vor allem der filmkunst neue wege zu ermoeglichen, ist eines der wichtigsten anliegen des kulturamtes der stadt wien. aus diesem grund beschloss der kulturausschuss, sechs jungfilmer mit insgesamt 300.000 schilling zu unterstuetzen, damit sie ihre filmvorhaben zu ende bringen koennen.

es handelt sich um den kurzspielfilm ''der abschied'' von w. j. m. wippersberg, um einen film ueber die schwierigkeit, puppentheater zu machen, unter dem titel ''so - nun beginnen wir'' von erwin piplits und rudolf boehm, eine ironische zeitreflexion in montageform unter dem titel ''s' ist traurig, aber wahr'' von herbert holba, um den bei der viennale 1970 zur urauf-fuehrung vorgesehenen spielfilm ''die bedeutung, protektion zu haben'' von antonis lepeniotis, um den grotesk-komischen kurz-spielfilm ''die liebe macht sie blind'' von edith hirsch und die agentenparodie ''wladimir'' von michael pilz.
0928

geehrte redaktion!

7 wir erinnern an zwei pressekonferenzen, die morgen donnerstag, den 4. dezember, stattfinden.

bitte merken sie vor:
pressekonferenz mit stadtraetin maria j a c o b i (unter-suchung ueber krippenkinder).

zeit: donnerstag, 4. dezember, 10 uhr.
ort: presseclub condordia, 1. bankgasse 8.

pressekonferenz mit stadtraetin dr. maria s c h a u m a y e r (friedhofsbefragung)

ziet: donnerstat, 4. dezember, 13 uhr.
ort: presseforum, 1, rathausstrasse 1.
1025

es beginnt mit den einbauten:
erste arbeiten an der altmannsdorfer strasse

8 wien 3.12. (rk) vorbote jedes groesseren bauprojektes sind die ''einbauten-umlegungen'', den wienern seit neuestem besonders bekannt durch die mehrmonatigen arbeiten auf dem karlsplatz, die dem beginn des eigentlichen u-bahn-baues vorangegangen sind. es handelt sich dabei um die verlegung von wasser- und kanalrohren, kabeln und aehnlichem.

in diesem stadium tritt jetzt das projekt altmannsdorfer strasse, nach dessen realisierung diese wichtige ausfallstrasse von den beiden schwer verkehrsbehinderten kreuzungen mit der eisenbahn befreit werden soll. der tiefbauausschuss des gemeinderates genehmigte mittwoch zahlreiche umlegungen von wasserleitungsrohrstraengen mit einem gesamtaufwand von 19,8 millionen schilling. es handelt sich dabei nicht nur um versorgungsleitungen, sondern auch um transportleitungen mit dimensionen bis zu 1000 millimeter.

die arbeiten dienen der niveaufreimachung an der kreuzung der altmannsdorfer strasse mit der edelsinnstrasse sowie an den kreuzungen mit den eisenbahnen. mit den arbeiten wird noch in den letzten wochen des alten jahres begonnen.
1035

unbekanntes johann strauss-autograph aufgetaucht

5 wien, 3.12. (rk) in einem antiquariat in marburg an der lahn tauchte eine 18-seiten umfassende eigenhaendige partitur des werkes ''kolonnen-walzer'' von johann strauss-sohn auf und wurde in einer autographen-auktion versteigert. der wiener stadtbibliothek gelang es, dieses der forschung bisher unbekannte werk zu ersteigern.

weiter konnte die stadtbibliothek in letzter zeit briefe beruehmter literaten kaufen, u.a. von peter altenberg, franz theodor csokor, franz karl ginzkey, rainer maria rilke, hugo salus, anton wildgans, marie ebner-eschenbach , heinrich laube . die autographen werden der handschriftensammlung der stadtbibliothek einverleibt.
0937

untersuchung in wien:
wie verlaufen die stroeme der kaufkraft?

10 wien, 3.12. (rk) eine ''gesamtschau des privaten konsums und seiner ablaeufe'' erwartet sich die stadt wien von den ergebnissen einer untersuchung, die soeben in auftrag gegeben wurde. der planungsausschuss genehmigte mittwoch den betrag von 800.000 schilling fuer diese aktion, deren durchfuehrung dem institut fuer empirische sozialforschung anvertraut wurde.

hinter dem motto ''privater konsum nach quelle und ziel'' verbirgt sich der wunsch, die stroeme der kaufkraft innerhalb wiens (und auch aus dem niederoesterreichischen umland) sichtbar zu machen. vor allem wird es auf diese weise auch gelingen, das gewicht des wirtschaftsfaktors ''privater konsum'' zu erfassen. dies ist besonders wichtig in einer zeit, da sich die standortqualitaet traditioneller geschaeftsstrassen in umbruch befindet.

der erkenntniswert einer solchen untersuchung ist ein mehrfacher: wenn man naemlich dem weg nachspuert, den das geld beim einkauf nimmt, so erhaelt man dabei richtwerte fuer die versorgung der bevoelkerung mit guetern und dienstleistungen. dies wieder - naemlich die steigerung der attraktivitaet wiens als wirtschaftsstandort sowie die steigerung des wohnwertes in den wohngebieten - gehoert zu den wesentlichsten staedtischen planungsaufgaben.

darueber hinaus ist von den stroemen des privaten konsums natuerlich auch der verkehrsablauf betroffen: wenn es gelingt, eine richtige gegenseitige zuordnung zwischen wohngebieten und folgeeinrichtungen zu schaffen, entlastet man damit den verkehr und hebt die wirtschaftlichkeit der verkehrsmassnahmen.

gemeinsame interessen von stadtverwaltung und wirtschaft

der handel, bei dem ein wesentlicher teil de privaten konsums gedeckt wird, ist ein wichtiger wirtschaftsfaktor wiens. seine anpassung an die raeumliche umschichtung der bevoelkerung ist von gesamtwirtschaftlichem interesse. ./.

handelskammer und stadtverwaltung agieren daher parallel: die kammer wird das wiener institut fuer standortberatung ebenfalls mit einer untersuchung beauftragen. waehrend das ifes im auftrag der stadt wien etwa 7.000 haushalte in wien und weitere 1.000 haushalte aus dem umland befragt, werden vom institut der standortberatung im auftrag der kammer geschaeftsbefragungen in 48 strassen wiens durchgefuehrt werden.
1102

neues landesgesetzblatt

9 wien, 3.12. (rk) das neue ''landesgesetzblatt fuer wien'' enthaelt zwei gesetzaenderungen, vorwiegend von rein formalem charakter. es handelt sich um die aenderung des wiener kinogesetzes und des wiener sportgroschengesetzes. ferner enthaelt das landesgesetzblatt eine verordnung ueber die erhoehung der blindenbeihilfe.

das landesgesetzblatt ist im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei-wiener zeitung, 1, wollzeile 27 a, erhaeltlich. verkaufspreis ein schilling.
1032

marek ueberreichte lebensrettungsmedaillen

6 wien, 3.12. (rk) landeshauptmann bruno m a r e k ueberreichte im beisein von landeshauptmann-stellvertreter gertrude s a n d n e r mittwoch vormittag im roten salon des wiener rathauses vier lebensrettern die landes-lebensrettungsmedaille. die vier ausgezeichneten sind walter s c h r e i n e r , wilhelm b r a z d a , franz s c h n e i d e r und alfred s c h w i e s o w.

walter schreiner und wilhelm brazda, beide angehoerige der wiener staedtischen versicherung, hatten am 26. august waehrend der katastrophe im liebermannhof zwei angehoerige der kanadischen botschaft aus dem brennenden vierten stockwerk gerettet. die anderen beiden lebensretter, schneider und schwiesow, kamen jeweils selbstmordkandidaten am donaustrom zu hilfe.
0949

karlsplatz:
linker wienfluss-sammelkanal wird umgebaut

11 wien, 3.12. (rk) das u-bahn-stationsbauwerk karlsplatz benoetigt viel platz: deshalb muss ihm unter anderem auch der linke wienfluss-sammelkanal weichen. auf einer strecke von rund 150 meter - etwa vom restaurant o.k. bis zum sandfang girardi park (dort finden am tag der offenen tuer immer die fuehrungen in das kanalnetz statt) - wird dieser sammelkanal in rund 10 meter tiefe in eine andere trasse gelegt. der tiefbauausschuss des gemeinderates genehmigte mittwoch fuer dieses projekt einen betrag von 4,7 millionen schilling.
1111

57er auf gewohnter route

13 wien, 3.12. (rk) ab freitag, den 5. dezember, zirka 8.30 uhr, werden die autobusse der linie 57 wieder auf gewohnter route fahren. bisher waren wegen umbauarbeiten in der gumpendorfer strasse zwischen rahlgasse und amerlingstrasse umleitungen erforderlich. da die arbeiten dort beendet sind, steht der alten linienfuehrung nichts mehr im wege.

in der fahrtrichtung zur stadt fahren die autobusse wieder ueber gumpendorfer strasse - getreidemarkt - babenbergerstrasse - elisabethstrasse und zur end- und anfang- station beim haus elisabethstrasse 17, stadtauswaerts ueber eschenbachgasse zur gumpendorferstrasse. die fuer die dauer der umleitung aufgelassenen haltestellen werden wieder errichtet.
1428

''elin-haeuser'': amtsraeume fuer 400 beamte

14 wien, 3.12. (rk) schon demnaechst beginnen die adaptierungsarbeiten an den beiden haeusern volksgartenstrasse 1-3 und hansenstrasse 3 im 1. bezirk. die beiden objekte, bis vor kurzem wegen der bisherigen mieter als ''elin-haeuser'' bekannt, wurden von der gemeinde wien zunaechst auf 25 jahre gemietet. die dort vorhandenen rund 3.500 quadratmeter nutzflaeche sollen zu amtsraeumen fuer rund 400 beamte der stadtverwaltung umgebaut werden.

der hochbauausschuss des gemeinderates genehmigte mittwoch auf antrag von hochbaustadtrat hubert p f o c h die kosten der instandsetzungsarbeiten in der hoehe von 11 millionen schilling. die arbeiten, die rund ein jahr dauern werden, muessen unter bedachtnahme auf den umstand durchgefuehrt werden, dass die fassaden der beiden haeuser unter denkmalschutz stehen. waehrend des kommenden jahres wird festgelegt werden, welche dienststellen am zweckmaessigsten in den beiden haeusern unterzubringen sind.
1438

41 nahmen einsicht in den budgetentwurf

16 wien, 3.12. (rk) mittwoch abend ging die achttaegige auflagefrist des voranschlagsentwurfes fuer 1970 zu ende. insgesamt interessierten sich fuer das budget der bundeshauptstadt, das in der rathaus-information in der schmidthalle zur einsicht aufgelegt war, 41 gemeindebuerger. ausserdem wurden 21 budgetentwuerfe gekauft.

unter den 41 interessenten, von denen nur ein teil erinnerungen zu protokoll gab, waren allerdings 20 studenten, die am letzten tag der auflagefrist gekommen waren, um demonstrativ kritik zu ueben. die informationsbeamten gaben jede gewuenschte auskunft, so dass nach einer laengeren diskussion die studenten schliesslich wieder abzogen.
1547

preisguenstige gemuese- und obstsorten

15 wien, 3.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 4 schilling, chinakohl 3,50 bis 4 schilling, weisskraut 3 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling , orangen 6 bis 7 schilling, mandarinen 10 bis 12 schilling, bananen 6 bis 8 schilling je kilogramm.
1459

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

morgen schuleroeffnung in der donaustadt

5 wien, 4.12. (rk) rund 20 millionen schilling hat die neue schule in der langobardenstrasse 56, im 22. bezirk, gekostet. es handelt sich dabei um eine zwoelfklassige volksschule fuer knaben und maedchen. buergermeister bruno m a r e k wird die neue schule im rahmen einer kleinen feier eroeffnen. anlaesslich der eroeffnung hat die stadt wien einen prospekt herausgebracht, mit dem die bevoelkerung des bezirks eingeladen wird, morgen diese schule zu besichtigen.

geehrte redaktion!
wir erinnern an den eroeffnungstermin:
zeit: freitag, 5. dezember, 11.30 uhr.
ort: 22. langobardenstrasse 56.
0946

im presseclub concordia:

ist das krippenkind seelisch gefaehrdet?

3 wien, 4.12. (rk) im presseclub condordia legte donnerstag auf einer pressekonferenz mit stadtraetin maria j a c o b i und ministerialrat dr. irmgard p r o b s t vom sozialministerium der leiter des familienwissenschaftlichen instituts wien, dr. dietmar k u h n , das ergebnis einer sozialpaedagogischen untersuchung ueber die ''problematik der wiener krippenkinder und ihrer familien" vor. die untersuchung wurde durch die finanzielle unterstuetzung der stadt wien und des bundesministeriums fuer soziale verwaltung ermoeglicht.

das institut weist nachdruecklich auf die gefahren hin, die mit der krippenbetreuung verbunden sind: wenn das elternhaus nicht die ''unersetzliche aufgabe'' der pflege und erziehung des kindes von der geburt bis zum vollendeten dritten lebensjahr erfuellt, kommt es oft zu den ''bekannten, wissenschaftlich nachgewiesenen seelischen entwicklungsschaeden bei kindern und jugendlichen mit weitreichenden folgen im erwachsenenalter''.

die nestwaerme, also die ganztaegige liebevolle pflege durch die mutter, ist fuer das spaetere lebensglueck des kindes von ausschlaggebender bedeutung. das institut, das die aufgabe der kindergrippe nur als hilfe fuer wirkliche notfaelle aufgefasst sehen will, schlaegt daher eine einschraenkung der krippenplaetze und ihre gleichzeitige umwidmung in kindergartenplaetze vor.

nach ansicht von dr. dietmar kuhn, dem leiter des instituts, ist die mehrzahl der wiener krippenkinder keineswegs den fuersorgefaellen oder fuersorgeaehnlichen lebensverhaeltnissen zuzurechnen: ''selbst bei anwendung eines nicht kleinlichen massstabes hat sich ergeben, dass mindestens ein drittel aller wiener krippenkinderhaushalte keine finanzielle noetigung fuer die inanspruchnahme der kindergrippe geltend machen kann.'' dr. kuhn haelt dieses ergebnis einem anderen umstand entgegen: jedes jahr werden weit mehr bewerber abgewiesen, als ueberhaupt kinder aufgenommen werden koennen. diese bewerber haben noch weniger

./.

einen triftigen grund fuer die unterbringung ihres kindes.
man kann daraus schliessen, dass etwa drei viertel aller bewerber nicht aus einer notlage ihr kind in der krippe unterbringen wollen, sondern dass sie ''ohne hinreichenden grund gegen die grundlegenden entwicklungsbeduerfnisse ihres kindes handelt oder wenigstens zu handeln versuchen.''
(forts.)
0941

geehrte redaktion!

1 wien, 4.12. (rk) wir erinnern daran, das morgen freitag, den 5. dezember, buergermeister bruno m a r e k im dokumentationsarchiv des oesterreichischen widerstandes die ausstellung und das museum ''der oesterreichische freiheitskampf'' eroeffnen wird.
bitte merken sie vor:
zeit: freitag, 5. dezember, 9.30 uhr.
ort: dokumentationsarchiv des oesterreichischen widerstandes, altes rathaus, wipplingerstrasse 8, stiege 3, 1. stock.
0831

naechtlicher schneefall

2 wien, 4.12. (rk) in der nacht von mittwoch auf donnerstag setzte gegen 23 uhr leichter schneefall ein, dessen ergiebigkeit (sechs zentimeter schneehoehe) gegen mitternacht die ausfahrt saemtlicher geraete auf den alarmrouten notwendig machte. es standen 103 streufahrzeuge und und 13 schneeladegeraete im einsatz.
der fruehverkehr ging reibungslos vor sich. tagsueber setzte die stadtreinigung ungefaehr 1.000 mann .. sowie 229 streufahrzeuge und 13 schneeladegeraete ein.
0854

40 zentimeter neuschnee auf der hohen wand-wiese

4 wien, 4.12. (rk) wenn es nicht zu warm wird,dann beginnt auf der hohen wand-wiese in mauerbach zum wochenende bereits die schisaison. die bediensteten der sportstelle haben mit ihren zehn schneekanonen bereits 40 zentimeter ''neuschnee'' produziert. die piste ist ausgezeichnet, auch der schlepplift wird seinen betrieb aufnehmen koennen. wenn also kein tauwetter kommt, premiere am samstag.
0934

jugendbuchpreis-verleihung (forts.)

8 wien, 4.12. (rk) vor der ueberreichung der jugendbuchpreise der stadt wien, die buergermeister bruno m a r e k donnerstag nachmittag im rathaus vornahm, sprach vizebuergermeister gertrude s a n d n e r . sie verwies auf die internationale entwicklung der jugendliteratur. unter dieser elite bester jugendschriften nimmt auch das oestereichische jugendbuch seinen berechtigten ehrenplatz ein. heute schon sind zahlreiche werke oesterreichischer autoren in vielen uebersetzungen zu finden. besonders erfreulich ist es, dass unter den oesterreichischen jugendbuchautoren auch frauen sind, die zu den besten jugendschriftstellern der welt gezaehlt werden duerfen.

zum wettbewerb selbst erklaerte vizebuergermeister sandner, dass 20 autoren mit 24 werken teilgenommen haben und die aus zehn fachleuten bestehende jury am 10. november ueber die vergabe der preise beraten und einstimmige beschluesse gefasst hat.
(forts.)
1318

grossfeldsiedlung wird an schnellbahn ''angebunden''

14 wien, 4.12. (rk) fuer die bewohner der grossfeldsiedlung im 21. wiener gemeindebezirk ist samstag ein freudentag. ab 6. dezember wird naemlich die autobuslinie 26, die die bewohner in diesem noerdlichen teil wiens mit leopoldau und damit mit der strassenbahn verband, um einen ast erweitert: sie faehrt dann bis zur schnellbahn-haltestelle leopoldau, und zwar ganztaegig.

war bisher nur das zentrum grossfeldsiedlung verkehrsmaessig durch die autobuslinie 26 gut erschlossen, so sind es ab samstag auch die kleinen gasserln. die linienfuehrung zwischen der schnellbahn und dem leopoldauer platz sieht folgende haltestellen vor: in richtung stadt ist die endstation in der moritz-dreger-gasse nach der oswald redlich-gasse. die weiteren stationen sind dopschstrasse nach moritz-dreger-gasse - dopschstrasse nr. 13 vor grossfeld-strasse - sankt michael-gasse nr. 22/24 nach jerusalemgasse - sankt michael-gasse nr. 76/78 nach langfeldgasse - leopoldau-er platz nr. 49 nach pastorstrasse und endstation ist am leopoldau-er platz gegenueber der nr. 93.

in der fahrtrichtung stadtauswaerts liegen die stationen am leopoldauer platz nr. 53 vor der sebaldgasse - sankt michael-gasse nr. 21 vor langfeldgasse - sankt michael-gasse nr. 7 vor grossfeldstrasse - grossfeldstrasse vor dopschstrasse - dopschstrasse vor langfeldgasse - moritz dreger -gasse nr. 16 und in der schererstrasse gegenueber der schnellbahn-haltestelle leopoldau.

der bus wird jeden tag ab 4.57 uhr vom leopoldauer platz (''blaue'' um 23.25 uhr) und ab schnellbahn-station um 5.07 uhr (''blaue '' um 23.35 uhr) gefuehrt.

1421

Musikveranstaltungen in der Woche vom 8. bis 14. Dezember

Wien, 4.12. (RK)

Montag, 8. Dezember:

10.00 Uhr, Akademiekirche St. Ursula, Wiener Akademie für Musik u. d. Kunst: Gebetete Messe, Orgelpostludium: J.S. Bach, Fuga sopra Magnificat

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Fa. Polyphon: Festival der guten Laune

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Bachgemeinde Wien: Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent: Prof. Julius Peter, Dr. Rudolf Schdz (Orgel), (J.S. Bach: Weihnachts-oratorium)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus X (Voraufführung des 2. Konzerts im Zyklus "Quartett-Abend" des "Weller-Quartetts" der GdM). Mitwirkend: Walter Klien, Klavier (Mozart, Prokofieff, Schubert - Programm siehe 10. Dezember)

Dienstag, 9. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend: 2.Orchesterkonzert für Schüler der zweiten Klassen; N.Ö. Tonkünstlerorchester, Dirigent: Helmut Froschauer; Friedl Jary (Sprecherin); (Mozart: Ouv. zu "Der Schauspieldirektor"; V.Korda:"Die Instrumente des Orchesters"; Brahms: Ungarische Tänze Nr. 3 F-Dur und Nr. 1 g-Moll; Prokofieff: "Peter und der Wolf"; Johann Strauß: Schnellpolka "Auf der Jagd")

19.30 Uhr, Albertina, 2. Abonnementkonzert: "Klassische Cembalo- und Klaviermusik", Huguette Dreyfus (Paris), Eduard Melkus (Barockvioline), Elisabeth Vogt-Zimsic (Violoncello), (Scarlatti: 6 Sonaten für Cembalo solo; Haydn: Klaviertrios es-Moll und G-Dur (â la Hongorese), Flügel: Sammlung Badura-Skoda

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: "Das kleine Zweimaleins", Elfriede Ott, Waldemar Kmentt, am Flügel: Erik Werba

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 2. Konzerts im Zyklus "Quartett-Abend" des "Weller-Quartetts" der GdM. Mitwirkend: Walter Klien, Klavier (Mozart, Prokofieff, Schubert - Programm siehe 10. Dezember)

./.

Mittwoch, 10. Dezember:

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 3.Konzert im Zyklus VII; Orgel-Abend Erich Piasetzki (Schönberg, Weyrauch, Reger, A.Scarlatti, J.S. Bach)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 2.Konzert im Zyklus "Quartett-Abend" des "Weller-Quartetts", mitwirkend: Walter Klien, Klavier (Mozart: Streichquartett-B-Dur, K.-V. 458 "Jagdquartett"; Prokofieff: 2. Streichquartett, op.92; Schubert: Klavierquintett A-Dur, DV 667 "Forellenquintett")

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Akademie für Musik u. d.Kunst: Großes Solistenkonzert - Studierende der Akademie für Musik u.d.Kunst, Wien - Akademie-Orchester (Öffentliche Diplom-Prüfung für Dirigenten I), (Mozart Beethoven, R.Straus, Mendelssohn)

19.30 Uhr, Palais Palffy, Figaro-Saal, Österr.-Isländische Gesellschaft: "Island-Abend", "Island in Lied und Film", Nanna Egils-Björnsson, Björn Björnsson

Donnerstag, 11. Dezember:

15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Theater der Jugend: Mozart-Sängerknaben "Die beiden Geizigen", komische Oper in einem Akt von André E.M. Grétry

18.30 Uhr, Musikakademie (Johannesgasse 8), Konzertsaal, Wiener Akademie für Musik u.d. Kunst: Austauschkonzert des "Conservatoire Royal de Musique de Liège"

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Musikalische Jugend Österreichs - Theater der Jugend: 3. Konzert im Zyklus II (Voraufführung des 3. Konzerts im Zyklus I der KHG); Wiener Symphoniker, Wiener Jeunesse Chor, Chor der Slowakischen Philharmonie Preßburg; Solisten: Gerlinde Lorenz, Sopran - Emiko Iiyama, Sopran - Meriel Dickinson, Mezzo - Werner Hollweg, Tenor - Max van Egmond, Bariton; Dirigent: Jan Krenz, Co-Dirigent: Jan Maria Dobrodinsky (Halffter: Kantate "Yes Speak Out Yes"; J.S.Bach: "Magnifikat" D-Dur, BWV 243)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, KV der Jugend: "Stimmen der Welt" (Wiederholung vom 20. November): "In Wien, da weht ein eig'ner Wind...", Vortragsabend von Heinz Conrads, am Flügel Gustav Zelibor

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubert-Saal, KV Blinder Künstler: Solistenkonzert - Grete Simon, Sopran - Fritz Kunz, Bariton - Prof. Otto Binder, Klavier (Mozart, Kilpinen, Rachmaninoff, Rimsky-Korssakow, Liszt, Gretschaninow, Kunz, Loewe, Smetana, Mascagni, Puccini, Normann)

./.

Freitag, 12. Dezember:

18.00 Uhr, Musikakademie, Johannesgasse 8, Konzertsaal, Wiener Akademie für Musik und d. Kunst: "Weihnachtskonzert" der Klasse Dr.Erik Werba - Kurt Schmidek

19.00 Uhr, Konservatorium, Johannesgasse 4a, Konzertsaal, Konservatorium der Stadt Wien: Opernfragmente-Abend, Leitung KS Peter Klein; Musikalische Leitung: Hans Richter, aufgeführt werden Fragmente aus: "Die Hochzeit des Figaro" und "Madame Butterfly"

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus I; Wiener Symphoniker, Wiener Jeunesse Chor, Chor der Slowakischen Philharmonie Preßburg; Solisten: Gerlinde Lorenz, Sopran - Emiko Iiyama, Sopran - Meriel Dickinson, Mezzo - Werner Hollweg, Tenor - Max van Egmond, Bariton; Dirigent: Jan Krenz, Co-Dirigent: Jan Maria Dobrodinsky (Halffter: Kantate: "Yes Speak Out Yes"; J.S.Bach: "Magnifikat" D-Dur, BWV 243)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: "Das kleine Zweimaleins" Elfriede Ott, Waldemar Kmentt, am Flügel: Dr.Erik Werba

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubert-Saal, Künstleragentur Dr.Theo Cieplik: Alard-Quartett, mitwirkend: Smith-Toulson, Klarinette (Mozart, Prokofieff, Melpowell, Brahms)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 2. Konzertes im Zyklus "Quartett-Abend" des "Weller-Quartetts" der GdM; mitwirkend Walter Klien, Klavier (Mozart, Prokofieff, Schubert - Programm siehe 10. Dezember)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Österreichischer Rundfunk: 3. Konzert im Zyklus II "Musica viva" (4. Konzert im Zyklus III A und 3. Konzert im Zyklus V der Musikalischen Jugend), ORF-Symphonie-Orchester, ORF-Chor, Dirigent: Milan Horvat, Solist: Gerd Nienstedt, Bariton; (Josef Matthias Hauer: VIII. Suite, op.52; Krzysztof Penderecki: Fluorescenses (1964); Karl Amadeus Hartmann: Gesangsszene zu Worten aus "Sodom und Gomorrha" von Jean Giraudoux für Bariton und Orchester (1963)

Samstag, 13. Dezember:

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Musikalische Jugend Österreichs - KV der Jugend: 3. Konzert im "Jazz-Zyklus" der MJÖ: Jazzpianist Thelonius Monk

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthaus-Gesellschaft "Das kleine Zweimaleins", Elfriede Ott, Waldemar Kmentt, am Flügel: Erik Werba

./.

Samstag, 13. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Volksbildungskreis: 3. Konzert im Zyklus "Musik der Meister", Slowakische Philharmonie, Dirigent: Ludovik Rajter, Solist: Bruno Belcik, Violine, (Liszt: Le Prelude, Tschaikowsky, Violinkonzert D-Dur; Dvořák: 8. Symphonie)

Sonntag, 14. Dezember:

10.00 Uhr, Akademiekirche St.Ursula, Wiener Akademie für Musik u.d.Kunst: Orgelmesse mit Werken von Dietrich Buxtehude

10.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Konzerthausbüro - 2.Konzert im Matineen-Zyklus 69/70 - Wiener Kammerorchester Dirigent: Helmut Froschauer; Solistin: Christiane Gotschlich, Viola (Haydn: Ouv."Orlando Poldini"; Hoffmeister: Violinkonzert-D-Dur; Mozart: Symphonie G-Dur, K.-V. 45 a "Lambach"; Haydn: Symphonie D-Dur, Nr.57)

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Chor-Orchesterkonzert, Wiener Madrigalchor, Mitglieder der Wiener Philharmoniker, Dirigent: Xaver Meyer (Händel: "Der Messias")

11.00 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal, Österreichischer Rundfunk: 3. Konzert im Zyklus V, Wiener Symphoniker Dirigent: Carl Melles; Solisten: Irmgard Seefried, Sopran - Wolfgang Schneiderhan, Violine; - (J.S. Bach: 3. Brandenburgisches Konzert G-Dur, BWV 1048; Hans Weber Henze: Ariosi, tre notturni del Torquato Tasso für Sopran, Violine und Orchester (1963); Zoltan Kodály: Symphonie C-Dur (1961)

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, N.Ö. Tonkünstlerorchester: 4. Sonntagnachmittagskonzert; Dirigent: Heinz Wallberg; Solisten: Maria D-Onofrio, Sopran - Thomas Kakuska, Violine; (Chatchaturian: Drei Arien für Sopran und Orchester (E); Mozart: Violinkonzert A-Dur; Mendelssohn: 4. Symphonie A-Dur, Italienische)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal Symphoniekonzert des Akademischen Orchestervereins, Dirigent: Wolfgang Gabriel, Solist: Eduard Melkus, Violine (Cornelius, Schumann, Bruckner)

\- - -

grosses silbernes ehrenzeichen fuer professor gamsjaeger

11 wien, 4.12. (rk) buergermeister bruno m a r e k und vizebürgermeister kulturstadtrat gertrude s a n d n e r begrüßten am donnerstag im rathaus den generalsekretaer der gesellschaft der musikfreunde, professor rudolf g a m s j a e g e r, und ueberreichten ihm das grosse silberne ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien. die auszeichnung erfolgte anlaesslich der vollendung seines 60. lebensjahres in wuerdigung seiner ausserordentlichen kuenstlerischen und organisatorischen leistungen.

professor gamsjaeger, der urspruenglich positionen in der wirtschaft innehatte, ist seit 1938 kuenstlerisch taetig und wurde nach kriegsende zum generalsekretaer der gesellschaft der musikfreunde bestellt. sein erfolgreiches wirken fand bereits wiederholt wuerdigung: 1957 wurde ihm der titel professor verliehen, 1961 wurde rudolf gamsjaeger mit dem bruckner-ring der wiener symphoniker und 1966 mit dem grossen silbernen ehrenzeichen fuer verdienste um die republik oesterreich ausgezeichnet.
1322

preisguenstige gemuese- und obstssorten

13 wien, 4.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3.50 bis 4 schilling, karotten 4 schilling, kohl 4 bis 5 schilling je kilogramm, glashaussalat 4 schilling je stueck.

obst: aepfel, (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, birnen (qualitaetsklasse 2) 5 bis 6 schilling, bananen 6 bis 8 schilling, orangen 5 bis 7 schilling je kilogramm.
1324

vorstellung im rathaus

9 wien, 4.12. (rk) in seiner eigenschaft als chef der mit 1. oktober gegruendeten nachrichtentechnischen werke ag besuchte am donnerstag generaldirektor dipl.kfm. l a n g h a n s buergermeister bruno m a r e k im rathaus, um sich vorzustellen.
1319

gumpendorferstrasse ab freitag frei

10 wien, 4.12. (rk) ab morgen, freitag, 8 uhr, steht die gesamte gumpendorfer strasse dem autoverkehr wieder in beiden richtungen ungehindert zur verfuegung. auf dieser wichtigen durchfahrtsstrasse wurden umfangreiche strassenbauarbeiten und verlegungen der versorungsleitungen durchgefuehrt.
1320

friedrich schreyvogl-ausstellung

12 wien, 4.12. (rk) vom 9. dezember bis 15. februar findet im ausstellungsgang der wiener stadtbibliothek, rathaus, 1. stock, stiege 4, von montag bis freitag (9 bis 16.30 uhr)eine frei zugaengliche ausstellung unter dem titel ''friedrich schreyvogl - ein oesterreichischer dichter, zu seinem 70. geburtstag'' statt.
1323

schweinenachmarkt vom 4. dezember

15 wien, 4.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhr inland: 58, durchlaeufer 58, verkauft alles. marktverkehr ruhig, hauptmarktpreise.
1425

''oesterreichs jugend lernt die bundeshauptstadt kennen'':
wien wird helfend einspringen

16 wien, 4.12. (rk) zur offenbar ungeklaerten situation der aktion ''oesterreichs jugend lernt die bundeshauptstadt kennen'' nahm donnerstag vizebuergermeister gertrude s a n d n e r stellung. die neuerliche reduzierung des in frage kommenden schuelerkreises hat in wien bestuerzung hervorgerufen: '' nun sollen auch die schueler aus den landeshauptstaedten und anderen grossen orten - von denen aus wien relativ leicht erreichbar ist - von dieser aktion ausgeschlossen werden. dies angesichts der tatsache, dass im vorigen jahr die mittel fuer die aktion gar nicht ausgeschoepft worden sein sollen. die bundeshauptstadt ist jedenfalls bereit, hier helfend einzuspringen.''

die kulturstadtraetin betonte, dass die wiener stadtverwaltung gewillt ist, gemeinsam mit dem bundesministerium fuer unterricht die notwendigen finanziellen und organisatorischen massnahmen zu treffen, um der schuljugend der oesterreichischen bundeslaender weithin die bekanntschaft mit der bundeshauptstadt aller oesterreicher zu ermoeglichen. das gegenseitige kennenlernen sei die voraussetzung fuer das gegenseitige verstehen.

der ungestoerten weiteren durchfuehrung der aktion kommt umso groessere bedeutung zu, als das kulturprogramm der stadt wien einen seiner schwerpunkte in der vertiefung der kulturellen zusammenarbeit zwischen allen oesterreichischen bundeslaendern sieht. die vielschichtige problematik dieser beziehungen zwischen bundeshauptstadt und bundeslaendern laesst es geboten erscheinen, alle verbesserungsmoeglichkeiten des gegenseitigen verhaeltnisses auszuschoepfen. dies wird auch von seiten der anderen bundeslaender immer oefter bekraeftigt: erst vor einer woche hat der steirische landeshauptmannstellvertreter dr. hans koren in der ''kleinen zeitung'' erklaert, er halte den ''sturen anti-wien-komplex'' fuer endgueltig ueberwunden.
1451

das ergebnis der friedhofsbefragung

wien, 4.12. (rk) in einer pressekonferenz im presseforum informierte donnerstag stadtraetin dr. maria s c h a u m a y e r ueber das ergebnis und die auswertung der friedhofsbefragungsaktion, die zu den totengedenktagen durchgefuehrt wurde.

zwischen 25. oktober und 2. november wurden an den toren saemtlicher wiener friedhoefe insgesamt 377.300 fragekarten an die besucher ausgegeben. davon wurden 91.007 (24,1 prozent) ausgefuellt an den presse- und informationsdienst der stadt wien zurueckgeschickt. diese ruecklaufquote von fast einem viertel hat die optimistischesten schaetzungen des mit der auswertung der fragekarten befassten instituts fuer empirische sozialforschung weit uebertroffen.

die friedhof-befragungsaktion hat in hohem mass die frauen (61,1 prozent der befragten) und hier in erster linie die ueber 60jaehrigen (38,6 prozent) angesprochen.

die fragen bezogen sich bekanntlich auf die grab- und friedhofsgestaltung sowie auf die bestattungsart. von der herkoemmlichen grabgestaltung gefaellt die gaertnerische ausschmueckung am besten (70,2 prozent). die relativ meisten befuerworter der steinernen grabdeckplatten finden sich unter den 31- bis 40jaehrigen (28,2 prozent), was nach ansicht des meinungsforschungs-instituts fuer ein prestigebewusstes denken dieser personengruppe spricht. die mehrheit der befragten zieht das gaertnerisch ausgeschmueckte ''eingefasste'' grab jeder anderen form vor. zwei drittel der befuerworter ''gruener friedhoefe'' entschieden sich fuer steineinfassung, nur ein drittel fuer grabhuegel.

bemerkenswert ist, dass fast 55 prozent der fragekarteneinsender den modernen friedhof, dessen bild nicht durch stein, sondern durch das gruen des rasens, der baeume und straeucher bestimmt wird, dem friedhof herkoemmlicher art vorziehen.

./.

eine weitere ueberraschung: die juengeren wiener votierten mehrheitlich fuer die alte friedhofsgestaltung, waehrend die absolute mehrheit der ueber 40jaehrigen den ''gruenen friedhof" wuenscht. gerade die ueber 60jaehrigen stellten den groessten anteil der befuerworter einer neuartigen friedhofsgestaltung.

fast 14 prozent jener befragten, die sich fuer den modernen friedhof entschieden hatten, sprachen sich allerdings fuer steinerne grabdeckplatten oder kiesbelag aus und haben wahrscheinlich beim wort ''gruen'' eher an baeume und straeucher gedacht, als an rasengruen. aber auch wenn man diese gruppe abzieht, sind noch immer 47 prozent der befragten und damit deren relative mehrheit fuer den modern gestalteten friedhof.

eindeutig ist auch das votum fuer die erdbestattung (79,5 prozent). die feuerbestattung wird von 19 prozent der befragten vorgezogen. hier zeigt sich allerdings eine sehr interessante altersprogression: waehrend nur 13,5 prozent der befragten bis 30 jahre fuer die feuerbestattung plaedieren, erreicht der anteil bei den ueber 60jaehrigen 23,7 prozent.
(forts.)
1237

sozialarbeit: engster kontakt mit der wissenschaft (forts.)

17 wien, 4.12. (rk) in der pressekonferenz zur problematik der wiener krippenkinder bekraeftigte stadtraetin maria j a c o b i den grossen nachdruck, den die wiener stadtverwaltung in der sozialarbeit auf den engen kontakt mit der wissenschaft legt. die mutter-kind-bindung, die durch die unterbringung des kindes in einer kinderkrippe selbstverstaendlich leiden muss, kann nicht eng genug sein. wird sie unterbrochen, so koennen spaeter schwere seelische entwicklungsschaeden beim kind eintreten. es hiesse allerdings, so erklaerte die stadtraetin, die augen vor der realitaet verschliessen, wenn man in diesem zusammenhang nicht an die stellung der frau im berufsleben daechte.

auf fragen von pressevertretern erklaerte die stadtraetin, dass von seiten der stadt wien nicht daran gedacht sei, den derzeitigen bestand an krippenplaetzen zu vermindern. hingegen sei sehr wohl- besonders angesichts der tatsache, dass manche eltern ihr kind in einer krippe unterbringen wollen, um durch die berufstaetigkeit der ehefrau leichter grosse anschaffungen zu ermoeglichen - die dringende bitte an die eltern berechtigt: ''lasst das kind bei der mutter, das auto hat noch etwas zeit''.

die ansichten von stadtraetin jacobi wurden auch von ministerialrat dr. irmgard p r o b s t (sozialministerium) bestaetigt, die den wunsch aussprach, gerade die massenmedien sollten fuer genuegend information sorgen, dass das kind in seinen ersten drei lebensjahren nicht von seiner mutter getrennt werden soll.

universitaetsprofessor dr. sylvia b e y e r - k l i m p f i n g e r ergaenzte zu den ausfuehrungen der stadtraetin, dass zwar ueber das leibliche wohl des saeuglings und des kleinkindes alles, ueber sein psychisches wohlbefinden hingegen jedoch fast nichts allgemeinbekannt sei. universitaetsprofessor dr. ulrich s c h o e n d o r f e r verwies auf die erkenntnisse der wiener entwicklungspsychologischen schule. ./.

der leiter des familienwissenschaftlichen institutes wien, dr. dietmar k u h n , der in der pressekonferenz die resultate seiner sozialpaedagogischen untersuchung zur ''problematik der krippenkinder'' vorlegte, bescheinigte der kinderkrippe eine wertvolle funktion als hilfe im notfall. dr. kuhn dankte der wiener wohlfahrtsstadtraetin dafuer, dass sie sich so positiv fuer die wissenschaftliche unterstuetzung der sozialarbeit engagiert habe. darueber hinaus hat das jugendamt der stadt wien durch organisatorische massnahmen wesentlichen anteil an der durchfuehrung der untersuchung.
1521

kinder- und jugendbuchpreis (schluss)

20 wien, 4.12. (rk) an dem feierlichen akt der ueberreichung des kinder- und jugendbuchpreises der stadt wien 1969 im stadtsenatssaal des wiener rathauses nahmen ausser buergermeister bruno m a r e k und vizebuergermeister gertrude s a n d n e r auch stadtrat hans b o c k, magistratsdirektor dr. rudolf e r t l und stadtschulratspraesident dr. hermann s c h n e l l teil. die feier wurde von einem streichquartett musikalisch umrahmt. zunaechst ergriff vizebuergermeister sandner das wort (wir berichteten bereits darueber), dann sprach buergermeister bruno marek (ebenfalls schon ausgesendet) und ueberreichte die urkunden an die preistraeger. emmerich s c h r e n k las zum schluss aus den ausgezeichneten werken.
1612

einweihung der barbara-kapelle

19 wien, 4.12. (rk) am ufer des sogenannten karl-grabenbaches bei den sieben quellen, in der naehe des steirischen ortes neuberg an der muerz, wurde donnerstag vormittag im beisein der stadtraete kurt h e l l e r, hubert p f o c h und verschiedener vertreter der niederoesterreichischen und steirischen landesregierung die barbara-kapelle eingeweiht. das kleine kirchlein ersetzt eine alte kapelle, die sich in desolatem zustand befand. die neue kapelle wurde von der gemeinde wien und den beiden arbeitsgemeinschaften errichtet, die beim bau des sieben-quellen-projektes zur wasserversorgung der bundeshaupt-stadt beschaeftigt sind. innerhalb von sechs wochen war die kapelle fertig. die baukosten betrugen 140.000 schilling. zierde der kapelle, die der neuberger pfarrer august d a m n i g heute einweihte, ist eine bronzeplastik der heiligen barbara, der schutzpatronin der bergleute, aus der werkstatt der akademischen bildhauerin trude d i e n e r - w e i x l e r.

stadtrat heller beschaeftigte sich in seiner festansprache mit dem projekt der sieben quellen, die der bundeshauptstadt im kommenden jahr 35.000 kubikmeter erstklassiges trinkwasser pro tag liefern werden. besonders imposant beim bau des schneealpenstollens war die fast auf den zentimeter stimmende vorberechnung durch techniker dipl.-ing. kurt p o l l y aus gloggnitz.

die kosten des gesamtprojektes der sieben quellen sind 250 millionen schilling. davon stellt der wasserwirtschafts-fonds des bundes 85 millionen schilling zur verfuegung.

die stadtraete heller und pfoch, die vom neuberger buergermeister erwin s c h r i t t w i e s e r begruesst wurden, uebergaben den ehrengaesten als geschenk der stadt wien keramikvasen, die an den denkwuerdigen tag erinnern sollen. buergermeister schrittwieser ueberreichte stadtrat heller eine chronik des ortes neuberg an der muerz.
1539

pressekonferenz ueber ergebnis und auswertung der friedhofsbefragung (forts.)

18 wien, 4.12. (rk) jede einzelne der 91.007 eingelangten fragekarten wurde durch den computer ausgewertet, erklaerte stadtraetin dr. maria s c h a u m a y e r in einer pressekonferenz ueber das ergebnis der friedhofs-befragungsaktion am donnerstag im presseforum. das resultat der befragung sei somit nicht nur repraesentativ, sondern tatsaechlich komplett.

die stadtraetin kam auch darauf zu sprechen, dass 3.591 fragekarten zusaetzliche bemerkungen enthielten. 781 davon bezogen sich auf die verlaengerung der friedhofsdauer, 1166 personen gaben zusaetzliche erlaeuterungen und 1.140 personen begnuegten sich mit allgemeinen anregungen. es wurde unter anderem plaediert: fuer eine bessere pflege der friedhoefe, die aufloesung verwahrloster graeber, bessere wege, das aufstellen von sitzbaenken und abfallkoerben, energisches durchgreifen gegen blumendiebe und die verhaengung eines rauchverbotes. 604 personen nahmen gegen die befragungsaktion ueberhaupt stellung und sparten auch nicht mit beschimpfungen.

konstituierung des unterausschusses

die ergebnisse der fragebogenaktion geben nun die moeglichkeit, die geplante novellierung der wiener friedhofsordnung entsprechend den wuenschen der bevoelkerung zu steuern. stadtrat dr. schaumayer teilte hiezu mit, dass sie heute, donnerstag, die konstituierung des unterausschusses zur novellierung der friedhofsordnung vorgenommen hat. diesem gremium gehoeren acht mitglieder und - nach den bestimmungen der geschaeftsordnung - auch stadtrat dr. schaumayer an. die spoe-mitglieder nominierten gemeinderat w i n d i s c h zum vorsitzenden und gemeinderat m i c h a l i c a zum stellvertretenden vorsitzenden, die oevp schlug gemeinderat n e u s s e r alternierend als vorsitzenden vor.

./.

in seiner ersten sitzung beschaeftigte sich der unterausschuss bereits mit textvereinfachungen und mit dem problem der schachtgraeber. dazu teilte die stadtraetin mit, dass es die schachtgraeber der bisherigen art in zukunft nicht mehr geben soll. anstelle der nummerntafeln sollen auf kosten der friedhofsverwaltung holzkreuze aufgestellt werden.

schliesslich beschaeftigte sich stadtraetin dr. schaumayer mit zahlreichen briefen, in denen die sorge um graeber nach dem tod alleinstehender personen zum ausdruck kommt. zur verhinderung einer verwahrlosung gebe es hier zwei moeglichkeiten: eine grabpflegeversicherung durch den wiener verein und einen vertrag zwischen grabstellenbesitzer und friedhofsgaertner unter einschaltung eines notars.
1544

theatererhalterverband tagte in wien

21 wien, 4.12. (rk) donnerstag tagten im wiener rathaus die delegierten des theatererhalterverbandes. bei der diesjaehrigen jahreshauptversammlung wurden verschiedene finanzielle und arbeitsrechtliche fragen besprochen.

zu mittag gab die stadt wien ein essen im rathauskeller, bei dem obermagistratsrat dr. f o l t i n e k in vertretung von vizebuergermeister gertrude sandner die delegierten willkommen hiess.

der theatererhalterverband der oesterreichischen bundeslaender und staedte wurde vor 20 jahren mit dem ziel begruendet, gemeinsame probleme der theater in den oesterreichischen bundeslaendern zu klaeren.
1613

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

vorweihnachtsgeschenk:
gumpendorfer strasse fuer verkehr frei

6 wien, 5.12. (rk) vorweihnachtliches geschenk fuer wiens kraftfahrer: die gumpendorfer strasse, eine wichtige entlastungsstrasse fuer die stark frequentierte mariahilfer strasse, wurde freitag frueh durch stadtrat kurt h e l l e r fuer den verkehr freigegeben. in einer kurzen ansprache gab auch bezirksvorsteher hubert f e i l n r e i t e r seiner freude ueber dieses ''praesent'' ausdruck.

programmgemaess nach sieben monaten konnten die umbauarbeiten im abschnitt theobaldgasse - hofmuehlgasse (gesamtkosten 7,52 millionen schilling) im wesentlichen abgeschlossen werden. die alte pflasterdecke war so stark beschaedigt, dass sie durch die strassenbauabteilung voellig erneuert werden musste. auf die alte fahrbahn wurde zunaechst eine 10 cm dicke bitumen-tragschicht und dann ein 3 cm dicker asphaltbetonbelag aufgebracht. vorher wechselten die wasserwerke und die gaswerke ihre rohrleitungen aus. auch die gehsteige wurden umgebaut und neu asphaltiert.

wegen des winterwetters muss lediglich der einbau der verschleisschicht im abschnitt fillgradergasse - kaunitzgasse auf 1970 verschoben werden. der verkehr kann bei diesen nachtraeglichen arbeiten aber weitgehend aufrechterhalten werden.
3481

ausbau der verkehrsleitzentrale
verkehrsregelung wird vollautomatisch und grossraeumig

1 wien, 5.12. (rk) immer mehr wird es notwendig, den strassenverkehr vollautomatisch und verkehrsabhaengig zu steuern. eine datenverarbeitungsanlage uebernimmt die aufgabe, die phasenlaengen der automatischen verkehrslichtsignalanlagen zu koordinieren und dem verkehrsaufkommen anzupassen. die fahrzeugfrequenz wird durch in die fahrbahn verlegte detektoren ermittelt. im einvernehmen mit der bundespolizeidirektion wien wird die magistratsabteilung 46 nun die verkehrsleitzentrale und die datenverarbeitungsanlage in der rossauer kaserne systematisch erweitern. hierfuer genehmigte der gemeinderatsausschuss fuer baubehoerdliche und sonstige technische angelegenheiten 3,5 milliarden schilling.

in zwei ausbaustufen sollen insgesamt 18 signalgruppen mit je 10 schaltgeraeten und 180 messwerten installiert werden. die verbesserte verkehrsregelung betrifft vor allem kreuzungen im bereich des rings und des guertels, der lastenstrasse, der neustiftgasse/burggasse, neubaugasse, des matzleinsdorfer platzes, der eichenstrasse, wiedner hauptstrasse, adalbert-stifter-strasse, linke wienzeile und triester strasse.

durch den ausbau der verkehrsleitzentrale wird eine grossraeumige und elastischere verkehrsregelung moeglich. eventuelle stoerungen in der datenverarbeitungsanlage wirken sich keineswegs auf die verkehrsregelung aus, da der computer in ergaenzung zur konventionellen ueberwachung arbeitet.

der ausschuss genehmigte ferner insgesamt 1,78 millionen schilling fuer eine reihe von koordinierten ampelanlagen im 12. und 15. bezirk und fuer deren anschluss an die im bau befindliche signalgruppe ''lobkowitzbruecke''.
0902

auch im winter gehen bauarbeiten weiter

2 wien, 5.12. (rk) keineswegs in winterschlaf verfallen die zahlreichen staedtischen baustellen in den naechsten wochen. soeben bewilligte der wirtschaftsausschuss des gemeinderats die lieferung von rund 200.000 kilogramm fluessiggas (das entspricht einer waermemenge von 2 milliarden kcal.) fuer die bauausheizung an verschiedenen im bau befindlichen objekten der stadt wien (kostenpunkt: 1,2 millionen schilling).

gleichzeitig wurde eine ganze serie von materiallieferungen fuer staedtische wohnhausanlagen genehmigt: 25.000 quadratmeter kunststoffbelaege samt estrichherstellung (2,6 millionen schilling), 30.000 quadratmeter steinemail-wandbelaege und anstriche (2,2 millionen schillling), 50.000 quadratmeter bauglas (2,5 millionen schillling), kunssteinstufen (2,1 millionen schilling), fenster- und balkontuerbeschlaege fuer 1000 wohnungen (677.300 schilling).
0904

sitzungen wiener bezirksvertretungen in der kommenden woche

4 wien, 5.12. (rk) in der kommenden woche finden folgende bezirksvertretungssitzungen statt:

mittwoch, 10. dezember:

15 uhr, simmering, 11, enkplatz 2, 1. stock, zimmer 112.

17 uhr, favoriten, 10, keplerplatz 5.

17 uhr, josefstadt, 8, schlesingerplatz 4.

donnerstag, 11. dezember:

17 uhr, landstrasse, 3, karl borromaeusplatz 3, 1. stock.

18 uhr, wieden, 4., favoritenstr. 18, 1. stock, zimmer 129.

freitag, 12. dezember:

16 uhr, meidling, 12, schoenbrunnerstrasse 259,1. stock, zimmer 109.
0929

hugo gerard stroehl zum gedenken

7 wien, 5.12. (rk) auf den 7. dezember faellt der 50. todestag des buchillustrators und wappenkuenstlers hugo gerard s t r o e h l .

er wurde am 24. september 1851 in wels geboren und uebersiedelte nach dem besuch des gymnasiums nach wien, wo er am polytechnischen institut, an der akademie der bildenden kuenste und an der kunstgewerbeschule studierte. in der folge kam stroehl als fachlehrer an die gewerblichen fortbildungsschulen in hernals und waehring, wo er eine hoechst verdienstvolle erzieherische taetigkeit ausuebte. neben dem unterricht arbeitete stroehl auch als illustrator fuer die wiener witzblaetter ''der floh'' und ''die bombe'' erhielt zahlreiche auftraege fuer den entwurf von bucheinbaenden, buchillustrationen und vignetten und befasste sich schliesslich so intensiv mit dem wappenwesen, dass er sich zu einem anerkannten heraldiker entwickelte. sein werk ''der heraldische atlas'' ist bis heute als brauchbare einfuehrung in die wappenkunde in verwendung
0955

freie aerztestelle

3 wien, 5.12. (rk) im altersheim der stadt wien-baumgarten wird die stelle eines teilbeschaeftigten facharztes fuer augenheilkunde (mitzubetreuen: psychiatrisches krankenhaus der stadt wien-baumgartner hoehe) besetzt.

gesuche sind bis spaetestens 15. dezember 1969 an die magistratsabteilung 17, anstaltenamt, 1, schottenring 24, 3. stock, zimmer 351, zu richten.
0905

dr. toncic beim europa-gespraech 1970

5 wien, 5.12. (rk) der generalsekretaer des europarates, bundesminister a.d. dr. lujo t o n c i c - s o r i n j , hat die einladung von buergermeister bruno m a r e k , am europa-gespraech 1970 ''mensch und natur in der europaeischen grossstadt'' teilzunehmen, angenommen und sich bereit erklaert, das eroeffnungsreferat zu halten. die eroeffnung des 12. europa-gespraeches wird von bundespraesident franz j o n a s vorgenommen.
0932

die umleitungen der kommenden woche:

voruebergehende einbahnregelung

8 wien, 5.12. (rk) ab naechsten montag treten - voraussichtlich bis zum ende der kommenden woche - im bereich der kreuzung franzensbrueckenstrasse - schuettelstrasse - untere donaustrasse voruebergehend einige einbahnregelungen in kraft: die schuettelstrasse wird zwischen helenengasse und franzensbrueckenstrasse und in fortsetzung wird auch die untere donaustrasse von der franzenbrueckenstrasse bis zur fruchtgasse einbahn. die vivariumstrasse wird von der franzensbrueckenstrasse bis zur waschhausgasse einbahn. schliesslich darf die kreuzung franzensbrueckenstrasse - schuettelstrasse in richtung praterstern nur geradeaus befahren werden.
1115

absage von fuehrungen

9 wien, 5.12. (rk) wegen erkrankung von prof. dr. neumann koennen die fuer 7. und 14. dezember angekuendigten uebersichts-fuehrungen durch die roemischen ruinen unter dem hohen markt und die fuehrungen durch die ur- und fruehgeschichtliche abteilung des historischen museums nicht stattfinden.
1133

montag geschlossen

10 wien, 5.12. (rk) die staedtischen museen - historisches museum, uhrenmuseum, schubert-museum, schuberts sterbezimmer, hayd-museum, mozart-erinnerungsraeume, beethoven-erinnerungs-raeume, roemische ruinen unter dem hohen markt, pratermuseum und adalbert stifter-museum - sind am montag, dem 8. dezember, geschlossen.
1134

hohe wand-wiese taeglich bis 22 uhr

11 wien, 5.12. (rk) die schneekanonen auf der hohen wand-wiese konnten ihre taetigkeit einstellen, petrus selbst hat fuer reichlichen schneefall gesorgt. somit ist die schi-premiere auf der hohen wand-wiese morgen, samstag, den 6. dezember, gesichert. die piste ist ausgezeichnet praepariert, die schlepplifte in betrieb. taeglich bis 22 uhr koennen die schifahrer die abfahrt benuetzen.
1152

schuleroeffnung in der donaustadt

11 wien, 5.12. (rk) in der langobardenstrasse 56 im 22. bezirk wurde freitag eine dreizehnklassige volksschule fuer knaben und maedchen eroeffnet. die schule, die mit einem kostenaufwand von rund 20 millionen schilling errichtet wurde, ist schon die sechste schule in wien, die heuer ihrer bestimmung uebergeben worden ist. in anwesenheit von stadtrat ing. fritz h o f m a n n , stadtrat dr. hannes k r a s s e r und stadtschulratspraesident dr. hermann s c h n e l l sowie mitgliedern des national-, bundes- und gemeinderates erklaerte vizebuergermeister gertrude s a n d n e r , dass seit 1945 im 22. bezirk neun schulen errichtet worden sind. damit traegt die stadtverwaltung der rasch wachsenden bevoelkerungszahl dieses bezirkes rechnung. da in der donaustadt hauptsaechlich kinderreiche familien zuziehen, wird sich in den naechsten zehn bis zwanzig jahren ein spitzenbedarf an schulklassen ergeben. sandner sicherte den donaustaedtern nicht nur ein imposantes schulbauprogramm, sondern auch den einsatz mobiler klassenzimmer zu.

buergermeister bruno m a r e k erklaerte in seiner eroeffnungsansprache, dass die zahl der wiener pflichtschueler im laufenden schuljahr erstmals die 100.000er-marke ueberschritten habe. waehrend die stadtverwaltung bei den pflichtschulen der bevoelkerungswanderung in wien rechnung trage, beruecksichtige das bundesministerium fuer unterricht diesen umstand nur in unzureichendem mass. die stadt wien handle aus der ueberzeugung, dass jedes kind ein recht habe, gleiche ausbildungsmoeglichkeiten vorzufinden wie alle anderen, und dass bildungsfragen heute lebensfragen auch unseres volkes geworden sind. der buergermeister meinte, alle wiener koennen darauf stolz sein, dass in der bundeshauptstadt das schulraumprobleme unbekannt ist. die vorgeschriebene hoechstzahl von 36 schuelern pro klasse wird in wien nicht nur eingehalten, sondern bei fast der haelfte der klassen unterschritten.
1259

erster schneefall:
verkehrsbetriebe rollen

12 wien, 5.12. (rk) der erste groessere schneefall traf wiens verkehrsbetriebe nicht unvorbereitet. noch in der nacht von donnerstag auf freitag rueckten im ganzen wiener netz die schneeraeumgeraete aus. trotz der gegenwaertigen wetterlage kam man mit vorraeumungen aus. die fruehausfahrt ging bei allen bahnhoefen klaglos vor sich.

in den gestrigen abendstunden kam es gelegentlich im autobusverkehr auf bergstrecken zu stoerungen: minus-temperaturen, die strassenglaette hervorriefen und private autofahrer mit sommerreifen erzeugten in fast allen bezirken wiens empfindliche verkehrsstoerungen. auf den bergstrecken ''hingen'' dadurch auch die fuer glatteis und schneefall bereits ausgeruesteten busse der wiener verkehrsbetriebe.
1315

preisguenstige gemuese- und obstsorten

15 wien, 5.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 4 schilling, kohl 4 bis 5 schilling, weisskraut 3 schilling, chinakohl 3,50 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, bananen 6 bis 8 schilling, mandarinen 10 bis 12 schilling, orangen 6 schilling je kilogramm.
1509

ausstellung ''der oesterreichische freiheitskampf'' eroeffnet

14 wien, 5.12. (rk) buergermeister bruno m a r e k eroeffnet freitag vormittag in den neuen raeumlichkeiten des dokumentationsarchivs des oesterreichischen widerstandes im alten rathaus in der wipplingerstrasse die ausstellung '' der oesterreichische freiheitskampf.'' nach begruessungsansprachen des bezirkvorstehers der inneren stadt, ing. heinrich h e i n z , und des praesidenten des dokumentationsarchivs hofrat dr. max n e u g e b a u e r , hielt der buergermeister die festansprache. er fuehrte dabei unter anderem aus:'' ich glaube, dass es pflicht des buergermeisters der oesterreichischen bundeshauptstadt ist, in alleroeffentlichkeit zu dokumentieren, dass die stadt wien die tradition des oesterreichischen widerstandes und die erinnerung an die taten der freiheitskaempfer in hohen ehren haelt, sie foerdert und pflegt. die gemeinde wien hat diese einstellung in der vergangenheit schon mehrfach durch direkte unterstuetzung des dokumentationsarchivs bewiesen. ausstellungen wie diese haben die erzieherische aufgabe, die gesamte bevoelkerung, vor allem aber junge menschen, die diese zeit nicht mehr erlebt haben, sachlich klar und unvoreingenommen ueber die aera des faschismus zu informieren. die besucher sollen erfahren, wohin es fuehrt, wenn man nicht rechtzeitig erkennt, dass die freiheit das kostbarste gut des menschlichen lebens ist, und wenn man nicht auch den scheinbar unbedeutendsten versuchen , diese freiheit einzuschraenken, bei zeiten widersteht: das ende sind erniedrigung und schmach , verluste der menschenwuerde und voelkermord.

zur eroeffnung der ausstellung hatten sich unter anderem stadtraetin maria j a c o b i , landtagspraesident dr. wilhelm s t e m m e r , stadtschulratspraesident hofrat dr. hermann s c h n e l l sowie zahlreiche vertreter des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen lebens eingefunden. die vom graphiker ernst t o c h und dem architekten k u n z e m a n n gestaltete ausstellung, die neben den jahren 1938 bis 1945 auch die jahre 1934 bis 1938 beleuchtet, ist jeden montag, mittwoch und donnerstag von 9 bis 17 uhr geoeffnet.

1459

grosskampf gegen den schnee

13 wien, 5.12. (rk) donnerstag um ca. 17 uhr setzte in wien starker schneefall ein, der innerhalb kurzer zeit verbreitet im gesamten stadtgebiet schneeglaette verursachte. die magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) stellte um 18 uhr saemtliche einsatzfahrzeuge auf den alarmrouten bis in die fruehen morgenstunden des freitag in den dienst. fuer die nachtpartie wurde unbegrenzte schneearbeiteraufnahme angeordnet. die maenner der nachtpartie waren vorwiegend mit der schneeraeumung auf maerkten und den wichtigsten uebergaengen im inneren stadtgebiet beschaeftigt.

die hoehe des bis freitag vormittag gefallenen neuschnees betrug ca. 10 zentimeter. bei einer temperatur von minus 1 grad haelt der schneefall weiterhin an. wie donnerstag wurde auch fuer den freitag unbegrenzte schneearbeiteraufnahme angeordnet.

derzeit stehen 140 schneepfluege, 118 streufahrzeuge, 24 schneeladegeraete und 1337 schneearbeiter im kampf gegen die weisse pracht.

1431

viertes unido-gebaeude uebergeben

16 wien, 5.12. (rk) in vertretung des bautenministers dr. kotzina uebergab freitag nachmittag sektionschef dipl.-ing. josef k r z i s c h ein sechsgeschossiges buerohaus in der lerchenfelder strasse in die obhut der unido. buergermeister bruno m a r e k ueberbrachte die gruesse der stadtverwaltung und betonte, dass die bundeshauptstadt auch in zukunft die bestrebungen der unido tatkraeftig foerdern werde. die stadt wien sei gluecklich, dass diese internationale behoerde hier wirkt. die stadtverwaltung wird sich bemuehen, fuer die mitarbeiter der unido die arbeitsatmosphaere so angenehm wie moeglich zu gestalten.

die gesamtkosten fuer das neue unido-gebauede betragen 26 millionen schilling. wie bei allen unido-bauten und beim geplanten amtssitz fuer die internationalen behoerden im donaupark leistet auch hier die stadt wien einen beitrag von 35 prozent. im gegensatz zu den drei vorgelagerten fertigteilhaeusern, die nach der uebersiedlung der unido in den donaupark wieder demontiert werden, wird das nun uebergebene vierte objekt als studentinnenheim bestehen bleiben.

sektionschef krzisch erwaehnte, dass die architekten der wettbewerbs-projekte fuer die uno-city im donaupark derzeit ihre arbeiten ausfeilen und der bund und die gemeinde wien als auslober ende maerz/anfang april ihre endgueltige entscheidung treffen werden.

aussenminister dr. kurt w a l d h e i m dankte dem bautenministerium und der stadt wien fuer die unterstuetzung des projektes und wuerdigte die gute zusammenarbeit zwischen der unido und den behoerden.

im namen der unido dankte exekutivdirektor dr. ibrahim a b d e l r a h m a n der bundesregierung und der wiener stadtverwaltung fuer die grosse unterstuetzung, die sie der unido materiell und ideell angedeihen lassen.

1722

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

gesperrt bis sonntag, 7. dezember, 19.30 uhr

budget 1970: muster vorbildlicher geldgebarung
wohnbau, schulen, kindergaerten, gesundheits- und alterspflege
haben in wien stets vorrang

1 wien, 6.12. (rk) im rahmen der sendereihe ''wiener probleme'' sprach buergermeister bruno m a r e k am sonntag, dem 7. dezember, um 19.30 uhr im programm oesterreich regional von radion wien ueber das budget 1970.

im einzelnen fuehrte der buergermeister aus:

''wenn das jahr zu ende geht, legt eine kluge und sparsame hausfrau rechnung ueber ihre auslagen und teilt sich die fuer das kommende jahr zu erwartenden einnahmen mit vorbedacht und nach massgabe der dringlichkeit der beduerfnisse ihrer familie ein. wenn schon ein budget von einigen zehntausend schilling ueberlegung und vorsicht auf der einen, vorschau und grosszuegigkeit auf der anderen seite erfordert, um wieviel mehr muessen diese eigenschaften in einem haushalt mobilisiert werden, bei dem es um einen umsatz von milliarden schilling geht. der voranschlag einer stadtverwaltung uebersteigt ein familienbudget um gigantische zahlen - in wien werden fuer das jahr 1970 im rahmen der hoheitsverwaltung mehr als 15 milliarden schilling als einnahmen und ausgaben veranschlagt -, wir setzen die kuenftigen ausgaben jedoch mit der gleichen sorgfalt und mit der gleichen aufgeschlossenheit fest, mit der eine hausfrau im kleine kreise ihre zukunft plant.

./.

wir uebernehmen dafuer das gleiche risiko und die gleiche persoenliche veranwortung, mit der eltern ueber das materielle wohlergehen, ueber erziehung und bildung ihrer kinder wachen. eine stadt ist ewig jung, weil vor ihr ungezaehlte jahre einer immer noch groesseren, einer immer anspruchsvolleren zukunft liegen. sie plant nicht nur fuer das jahr, an dessen schwelle sie steht, sondern fuer morgen und uebermorgen.

konservativ im menschlichen konzept

diese ueberlegungen sollten wir anstellen, wenn in drei tagen im wiener gemeinderat die grosse debatte ueber den haushaltsvoranschlag fuer 1970 beginnt. manches wird so sein, wie es immer war, denn in unserem menschlichen konzept sind wir konservativ: der wohnbau, die schulen, die kindergaerten, die gesundheits- und alterspflege haben in wien stets unantastbaren vorrang vor anderen dingen. im sinne unserer devise ''wien modern gestalten - liebenswert erhalten'' bauen wir ein modernes wien auf, sorgen jedoch gleichzeitig dafuer, dass die menschen darin gesund und zufrieden, in licht, luft, sonne und gruen leben koennen.

einige besonders eindrucksvolle zahlen moechte ich ihnen in diesem zusammenhang vor augen fuehren: der aufwand fuer die bau- und baunebengewerbe wird im jahre 1970 rund fuenfeinhalb milliarden schilling betragen, das sind 41,2 prozent, sohin mehr als ein drittel der nach der sogenannten rechnerischen bereinigung verbleibenden reinen gesamtausgaben der stadtverwaltung. rund 1,2 milliarden schilling sind fuer den eigenen wohnhausbau der gemeinde vorgesehen. mit diesen geldern werden 5.000 wohnungen errichtet. rechnet man die im rahmen der wohnbaufoerderung 1968 des wiener wohnbaufonds und der wiener wohnbauaktion gefoerderten wohnungen hinzu, ergibt das fuer das jahr 1970 eine gesamtzahl von mindestens 12.800 neuen wohnungen.

unsere mitbuerger sollen aber nicht nur in gesunden und schoenen wohnungen leben, sie sollen auch das gefuehl haben, dass man fuer ihre kinder sorgt, und dass fuer sie selbst in ihren alten tagen vorsorge getroffen wird. im jahre 1970 wird

./.

der bau von acht bereits begonnenen kindertagesheimen fortgefuehrt, der neubau von fuenf weiteren ist in aussicht genommen. insgesamt 21 schulen werden sich in bau befinden, der neubau von 8 weiteren wird begonnen werden. ebenso wird der ausbau der alters- und pensionistenheime weiter fortgesetzt.

millionenbetraege werden fuer den neubau des allgemeinen krankenhauses und der krankenanstalt rudolfstiftung, sowie fuer den neubau eines unfallchirurgischen pavillons und eines sonderkinderkrankenhauses am rosenhuegel aufgewendet.

neue sportstaetten

zur ertuechtigung der jugend und als vorbeugende massnahme der gesundheitspflege sollen neue sportstaetten errichtet werden, unter anderem das sportzentrum west und das radstadion. ueberdies ist eine neue landessportschule geplant. im rahmen des baederkonzeptes stehen gleichfalls millionenbetraege fuer die errichtung des neuen dianabades, fuer den ausbau des ottakringer bades, fuer den neubau des schafbergbades sowie fuer die planung des stadthallenbades zur verfuegung. auch die gruerflaechen, die ''lungen der grossstadt'', werden eine bedeutsame erweiterung erfahren: am suedhang des laaerberges wird fuer die wiener internationale gartenschau 1974 eine grosse parkanlage erstehen, fuer die bereits im kommenden jahr mittel bereitgestellt sind.

in weniger als einem monat ueberschreitet die stadt wien aber nicht nur die schwelle eines neuen jahres, sie tritt auch in ein neues jahrzehnt ihrer geschichte ein: die siebziger jahre bringen fuer wien eine entscheidende zeitwende. in der kommenden dekade wird sich das antlitz der stadt, werden sich vor allem die verkehrsverhaeltnisse und die gestaltung der donauufer und des donauparks grundlegend aendern.

die baumassnahmen fuer die u-bahn werden in den naechsten jahren wesentlich unser stadtbild beherrschen. fuer das jahr 1970 wird als erste baurate fuer dieses grossprojekt der betrag von 438 millionen schilling ausgeworfen. diese summe dient der teilweisen finanzierung des grundnetzes u1 und u2 vom ringturm

./.

bis zum karlsplatz sowie dem ausbau des grundnetzes u4 und weiteren planungsarbeiten. auch betraege fuer die anschaffung von u-bahn-wagen sind in diesem posten enthalten.

der verbesserte hochwasserschutz und damit im zusammenhang die errichtung einer 18 kilometer langen insel zwischen donaustrom und hubertusdamm zaehlen ebenfalls zu den vorhaben, die den zeitraum eines jahres weit ueberschreiten. fuer das kommende jahr ist ein betrag von 110 millionen schilling zur ausgestaltung der beiden donauufer und fuer den bau des linken donausammelkanals mit einem hochwasserpumpwerk vorgesehen. weitere projekte, die in das kommende jahrzehnt verweisen, sind ausser der unostadt im donaupark, der neue grossmarkt in sankt marx und der grossgruenmarkt in inzersdorf, dessen erste etappe, der blumengrossmarkt, kuerzlich vollendet wurde. die versorgung der bevoelkerung mit allen notwendigen verbrauchsgueterm soll dadurch wesentlich verbessert werden.

Wien braucht mehr arbeitskraefte

wir befinden uns nach wie vor in einer periode des konjunkturaufschwungs, der nicht zuletzt dank der zusaetzlichen investitionsprogramme der stadt wien in den vergangenen jahren gesichert wurde. diese entwicklung verspricht weiterhin anzuhalten. im jahre 1970 werden die investitionen der bundeshauptstadt wieder wesentlich hoeher sein, als im ablaufenden jahr. wien steht mit seinem pro-kopf-einkommen und der schoepfung wirtschaftlicher werte an der spitze der republik. in der wiener wirtschaft sind gegenwaertig rund 65.000 einpendler und 37.000 auslaendische arbeitskraefte taetig. trotzdem kann man von einem echten arbeitskraeftemangel sprechen, zumal die arbeitskraftreserven in niederoesterrecch und im burgenland bereits weitestgehend erschoepft sind. wollen wir das bisherige tempo unserer wirtschaftsentwicklung einhalten und die erforderlichen umstrukturierungen durchfuehren, muessen wir daher bestrebt sein, die arbeitskraefte von auswaerts sesshaft zu machen.

das fast ausgeglichene budget der stadt wien ist keine selbstverstaendlichkeit. es faellt uns nicht muehelos in den

./.

schoss. andere grosstaedte kaempfen oft mit schweren defiziten. dank unserer besonnenen kommunalpolitik, die ihre menschlichen schwerpunkte, die fuersorge fuer das wohl ihrer bueger mit den grundsaetzen eines ordentlichen kaufmannes in einklang zu bringen vermag, sind uns solche entwicklungen seit jeher erspart geblieben. der haushalt der stadt wien war stets ein muster der finanzwirtschaft, das budget 1970 beweist, dass diese vorbildliche geldgebarung auch fuer die zukunft gesichert ist.''

weihnachts- und silvesterfeiern fuer einsame menschen

4 wien, 6.12. (rk) wie bereits in den jahren vorher werden auch heuer am 24. und 31. dezember 1969 in einigen bezirken die pensionistenklubs fuer einsame menschen geoffnet sein.

der besuch dieser pensionistenklubs ist allen einsamen personen, auch wie sie nicht klubbesucher sind, frei zugaengliche. die aktion hat den zweck, einsamen und alleinstehenden mitbewohnern unserer stadt gerade an jenen tagen, an denen sie sich besonders verlassen fuehlen, die moeglichkeit zu bieten, der einsamkeit zu entfliehen und sie wissen zu lassen, dass sie in der gemeinschaft unserer stadt geborgen sind.

infolge des grossen zuspruches in den letzten jahren wird jenen interessenten, die keine pensionistenklubbesucher sind, nahegelegt, sich fuer die veranstaltungen am 24. und 31. dezember 1969 bei den nachstehend angefuehrten pensionistenklubs zustaendigen magistratischen bezirksaemtern - fuersorgereferate vormerken zu lassen. anmeldungen werden dort bis 13. dezember 1969 entgegengenommen. nicht vorgemerkte personen koennen an den veranstaltungen nur nach massgabe der freien plaetze teilnehmen.

am heiligen abend sind folgende pensionistenklubs geoeffnet:

7., lindengasse 44 14.30 bis 18 Uhr
8., bennoplatz 1 a 16 bis 20 uhr

./.

10.,	puchsbaumplatz 13	16 bis 20 uhr
11.,	enkplatz 2	16 bis 19 uhr
13.,	wolkersbergenstrasse 170	17 bis 20 uhr
14.,	linzerstrasse 254	16 bis 20 uhr
16.,	wurlitzergasse 59	16 bis 20 uhr
18.,	weimarerstrasse 8-10	16 bis 20 uhr
21.,	jedleseestrasse 66-94	15 bis 20 uhr
22.,	erzherzog karl-strasse 65 (eingang gumplowiczstrasse)	15 bis 20 uhr

zu silvester haben nachstehende pensionistenklubs offen:

3.,	rabengasse 3	16 bis 20 uhr
7.,	lindengasse 44	14.30 bis 18.30 uhr
7.,	hermanngasse 24	14 bis 18 uhr
10.,	troststrasse 17	16 bis 20 uhr
11.,	enkplatz 2	16 bis 19 uhr
16.,	wurlitzergasse 59	16 bis 20 uhr
21.,	jedleseerstrasse 66-94	15 bis 20 uhr.

freie aerztestelle

3 wien, 6.12. (rk) in der kinderklinik der stadt wien-glanzing wird die stelle eines teilbeschaeftigten facharztes fuer orthopaedie (beschaeftigungsausmass sechs wochenstunden)l besetzt.

gesuche sind bis spaetestens 31. dezember 1969 an die magistratsabteilung 17, anstaltenamt, 1, schottenring 24, 3. stock, zimmer 351, zu richten.

gesperrt bis sonntag, 17 uhr
==========

stadtraetin jacobi zu ''anti-autoritaeren kindergaerten''

2 wien, 6.12. (rk) zur frage der ''anti-autoritaeren kindergaerten'', wie sie jetzt in deutschland entstehen, nahm stadtraetin maria j a c o b i sonntag nachmittag in der jugendsendung des fernsehens, ''kontakt'', stellung. (zur erklaerung: diese art von kindergaerten ist die juengste idee der ausserparlamentarische opposition in der bundesrepublik deutschland und soll dazu dienen, die dort untergebrachten kinder ohne jede autoritaet heranwachsen zu lassen. essen und trinken sind nicht an bestimmte zeiten gebunden, auch sonst gibt es keinerlei ordnungsrichtlinien, weil die kinder, wie die gruender behaupten, keine ''duckmaeuser'' werden sollen. d.red.)

stadtraetin jacobi erinnerte daran, dass aehnliches schon vor laengerer zeit in den usa versucht wurde, dass aber alle verfechter solcher ideen immer wieder zu organisationsformen zurueckgekehrt seien, die ein mindestmass an normen beinhalten.

das wiener kindergartenwesen, das uebrigens in aller welt ausgezeichneten ruf geniesst, braucht sich keineswegs den vorwurf machen zu lassen, hier wuerde die entwicklung des selbstbewusstseins unterdrueckt, meinte die stadtraetin. hingegen sei der ''anti-autoritaere kindergarten'' sehr wohl geeignet, eher schuechterne kinder - die oft besonders wertvolle anlagen haben - an die wand zu druecken.

sollte sich - wie von seiten des interviewers angedeutet wurde - in naechster zeit auch in wien ein anti-autoritaerer kindergarten etablieren, so werde die stadtverwaltung dieses experiment mit interesse beobachten.

die gesunde entwicklung kindlichen selbstbewusstseins demonstrierte beim interview - im kindergarten stadtpark - ein knirps, der sich mutig zwischen stadtraetin und fernsehkamera stellte und erst mit sanfter gewalt weggezogen werden konnte...

weihnachtsausstellung im jugendamt

5 wien, 6.12. (rk) die staedtische erholungsfuersorge beschliesst jedes jahr ihre taetigkeit mit einem weihnachtsturnus, in dem 250 sozial beduerftige wiener kinder betreut werden. diese kinder werden von den wiener bezirksjugendaemtern ausgesucht und koennen ihre weihnachtswuensche bekanntgeben. aus subventionsmitteln wird fuer die anschaffung der geschenke ein betrag von 170 schilling pro kind zur verfuegung gestellt. es ist eine gerne erfuellte aufgabe der beamten der staedtischen erholungsfuersorge, diese geschenke so preisguenstig wie moeglich zu besorgen, damit der gabentisch der kinder reichhaltig gedeckt ist.

die kinder selbst stamen aus familien, die ihnen eine echte weihnachtsfreude nicht bieten koennten. es handelt sich zumeist um kinderreiche familien, um familien, in denen der vater gestorben oder aus krankheitsgruenden arbeitsunfaehig geworden ist. nicht selten sind es zerruettete familienverhaeltnisse, aus denen die kinder kommen.

diese 250 kinder werden vom 15. dezember 1969 bis 8. jaenner 1970 in den kindererholungsheimen sulzbach-ischl und tribuswinkel ihre weihnachtsferien verbringen. der weihnachtsabend selbst wird natuerlich besonders festlich begangen.

die fuer diese kinder besorgten weihnachtsgeschenke sind am mittwoch, den 10., und donnerstag, den 11. dezember in der zeit von 8 uhr bis 16.30 in den raeumen des jugendamtes, 1010 wien, schottenring 24, 4. stock, zimmer 401 zu sehen. die wiener sind herzlich eingeladen, diese ausstellung zu besuchen.

schneebericht

6 wien, 6.12. (rk) in der nacht auf samstag sind im wiener stadtbereich 5 zentimeter neuschnee gefallen, die altschneehoehe betrug etwa 15 zentimeter. die strassenreinigung befuhr mit schneepfluegen und streufahrzeugen zweimal die alarmrouten, wobei jeweils 103 fahrzeuge - davon 39 eigene - eingesetzt waren. an schneeschauflern waren in der nacht 48 mann eigenes personal und 189 aufgenommene arbeiter taetig.

samstag frueh wurden zur schneeraeumung 147 eigene und 279 firmenfahrzeuge eingesetzt, ferner 700 mann eigenes personal und 868 aufgenommene schneearbeiter.

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

morgen beginnt die wiener budgetdebatte

2 wien, 9.12. (rk) morgen mittwoch, den 10. dezember, beginnt im wiener rathaus die budgetdebatte ueber den voranschlag der bundeshauptstadt wien fuer das jahr 1970. die mitglieder des wiener gemeinderates werden ueber einen gesamtausgabenrahmen (einschliesslich stadtwerke) von 20 milliarden schilling zu beraten und zu beschliessen haben.

am erste tag der budgetdebatte wird vizebuergermeister felix s l a v i k referieren (beginn 10 uhr). im namen der im wiener gemeinderat vertretenen parteien werden folgende generalredner das wort ergreifen: adalbert b u s t a (spoe), josef f r o e h l i c h (oevp), dr. albert s c h m i d t (fpoe) und franz o l a h (dfp).

am letzten tag der budgetberatungen, freitag, den 19. dezember, wird nach einem referat von stadtwerke-stadtrat franz n e k u l a ueber die wirtschaftsplaene der wiener stadtwerke verhandelt.

die erste ''juwelenhochzeit'' in wien
72einhalb jahre verheiratet

3 wien, 9.12 (rk) zum erste mal wird in wien eine ''juwelenhochzeit'' gefeiert: es handelt sich um das ehepaar jakob (geboren 1873) und pauline (geboren 1874) k o v a c s, das seit 1965 im pensionistenheim foehrenhof lebt. die juwelenhochzeit wird nach 72 1/2 jaehriger ehe gefeiert.

buergermeister bruno m a r e k wird am 12. dezember um 12 uhr das jubilierende ehepaar im pensionistenheim foehrenhof aufsuchen und die glueckwuensche sowie das ehrengeschenk der stadtverwaltung ueberbringen. nusserdem wird das ehepaar kovacs zusammen mit rund 400 anderen jubelpaaren am 18. dezember im festsaal des rathauses an einer ehrung teilnehmen. dabei werden auch zwei eiserne und ein steinernes hochzeitspaar erwartet. es handelt sich um

jubilare von der goldenen hochzeit aufwaerts, die zwischen dem 1. oktober und dem 31. dezember ihren hochzeitstag feiern.

aus diesem anlass geben wir wieder die reihung der verschiedenen jubilaen durch:
gruene hochzeit, 1. hochzeitstag= baumwollene hochzeit, nach 7 jahren = kupferne hochzeit, nach 8 jahren = blecherne hochzeit, nach 10 jahren = rosenhochzeit, nach 15 jahren = glaeserne hochzeit, nach 20 jahren = porzellanhochzeit, nach 25 jahren = silberne hochzeit, nach 30 jahren = perlenhochzeit, nach 35 jahren = leinwandhochzeit, nach 40 jahren= rubinhochzeit, nach 50 jahren= goldene hochzeit, nach 60 jahren = diamantene hochzeit, nach 65 jahren = eiserne hochzeit, nach 67 1/2 jahren = steinerne hochzeit, nach 70 jahren = gnadenhochzeit, nach 72 1/2 jahren = juwelenhochzeit, nach 75 jahren = kronjuwelenhochzeit.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, zu diesen beiden anlaessen berichterstatter und fotoreporter zu entsenden.

./.

juwelenhochzeit kovacs:
zeit: freitag, 12. dezember, 12 uhr
ort: pensionistenheim foehrenhof, 13, dr. schober strasse 3.
ehrung von jubelpaaren:
zeit: donnerstag, 18. dezember, 15 uhr
ort: rathaus, festsaal.
0946

kommenden montag:
offizielle eroeffnung ''jugendeislauf''

7 wien, 9.12. (rk) kommenden montag wird in der donauparkhalle die sportaktion der stadt wien ''jugendeislauf'' durch vizebuergermeister gertrude s a n d n e r offiziell eroeffnet. nach einer kurzen ansprache der vizebuergermeisterin werden sich die besten nachwuchskraefte des ''wiener eislaufvereines'' in einem 15minuetigen kuerlaufen produzieren. anschliessend wird oesterreichs ''silberne'', die weltmeisterschaftszweite trixi s c h u b a , eine kuer vor den eltern und kindern zum besten geben. das eroeffnungsprogramm findet seinen abschluss mit einem eishockey-kampf, der von zwei wiener nachwuchsmannschaften ausgetragen wird. um 16 uhr wird die eisflaeche fuer die kinder freigegeben.

geehrte redaktion!
sie sind herzlich eingeladen, berichterstatter und fotoreporter zu dieser eroeffnung zu entsenden.
zeit: montag, 15. dezember, 14 uhr.
ort: donauparkhalle, 22 wagramer strasse 1.
1047

neue haltestellensituation am karlsplatz
ein tip fuer besseres umsteigen

8 wien, 9.12. (rk) ab mittwoch, den 10. dezember, wird man mit betriebsbeginn auf dem karlsplatz neue haltestellensituationen vorfinden: durch den u-bahnbau erzwungen, wird die haltestelle der 60er-linien in richtung stadtauswaerts von der treitlstrasse bis in die hoehe der paniglgasse vorverlegt. auch die haltestellen der 2er-linien im girardipark werden einige meter weiter zur operngasse hin verschoben.

aus den daraus resultierenden unguenstigen umsteigrelationen koennen die wiener dennoch einen vorteil ziehen, wenn sie naemlich von der 2er-linie her kommend nicht im girardipark, sondern bei den stadtbahn-haltestellen karlsplatz auf die 60er-linien umsteigen. angesichts der relativ grossen haltestellen-abstaende haben naemlich die verkehrsbetriebe bereits zu beginn der arbeiten am karlsplatz diese 60er-haltestelle zur ''general-umsteigstelle'' deklariert, das heisst, dass man schon dort in richtung stadtauswaerts umsteigen kann.
1109

neugestaltetes mariahilfer heimatmuseum

1 wien, 9.12. (rk) nach durchfuehrung einer reihe von umgestaltenden arbeiten praesentiert sich das mariahilfer heimatmuseum, 6, gumpendorfer strasse 4, nunmehr in neuem aussehen. so wurden die ausstellungsraeume renoviert und ein teil der zur schau gelangenden exponate restauriert. damit hat der interessierte besucher wieder gelegenheit, sich im reichen masse ueber das werden des bezirkes und das leben seiner einstigen bewohner zu informieren, wozu ihm die zahlreich vorhandenen exponate ein anschauliches bild vermitteln.
0845

salzburger weihnachtsbaum im lichterglanz

9 wien, 9.12. (rk) in anwesenheit zahlreicher wienerinnen und wiener fand dienstag abend auf dem festlich geschmueckten rathausplatz die feierliche illumination des wiener weihnachtsbaumes statt. der riesige baum, traditionsgemaess das geschenk eines der bundeslaender an die wiener, ist eine 29 meter hohe, sieben meter breite und 120 jahre alte fichte, die aus den bundesforsten nahe der gemeinde annaberg/salzburg stammt.

buergermeister bruno m a r e k hatte vorher die ehrengaeste, unter ihnen den salzburger landeshauptmann ddr. hans l e c h n e r , die vizebuergermeister felix s l a v i k und gertrude s a n d n e r , landtagspraesident dr. wilhelm s t e m m e r und mitglieder des stadtsenates und gemeinderates im roten salon empfangen.

eine trachtenkapelle aus annaberg sowie die betriebsmusik der wiener verkehrsbetriebe gaben fuer die zahlreich erschienenen schaulustigen ein platzkonzert.

mit einer festfanfare, ausgefuehrt vom blaeserchor der wiener symphoniker, wurde der festakt um 18 uhr eingeleitet. nach der ansprache des salzburger landeshauptmannes flammte die baumbeleuchtung auf und die riesige fichte erstrahlte im lichterglanz ihrer rund 1000 gluehlampen. anschliessend trat buergermeister marek an das rednerpult, um die gaeste aus salzburg herzlich willkommen zu heissen und ihnen im namen der wiener bevoelkerung fuer diesen weihnachtsgruss als einem symbol der verbundenheit zu danken.

(forts).

1218

dezember-rekord: 50 zentimeter schnee
grosseinsatz der stadtreinigung an fuenf tagen kostet
20 millionen schilling

10 Wien, 9.12. (rk) noch nie in Dezember wurde wien von einer derart hohen schneedecke - 50 zentimeter - ueberzogen. dr. kafka vom observatorium der zentralanstalt fuer meteorologie und geodynamik auf der hohen warte blaetterte fuer die ''rathaus-korrespondenz'' in seinen umfangreichen aufzeichnungen.'' am 16. dezember 1933 gab es einmal 34 zentimeter schnee, aber 50 zentimeter in fuenf tagen gab es bisher nur im jaenner des jahres 1941,'' erklaerte der meteorologe.

die gesamtkosten der schneeraeumung von freitag, den 5. bis dienstag, den 9. dezember, betragen 20 millionen schilling.

hier der ablauf des grosseinsatzes der magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) vom 5. bis 9. dezember:

der bereits am donnerstag, den 4. dezember, einsetzende vorerst leichtere schneefall hielt am freitag, dem 5. dezember, ganztaegig an und machte in der nacht auf samstag die zweimalige ausfahrt aller einsatzfahrzeuge auf den alarmrouten notwendig. da im ganzen stadtgebiet umfangreiche schnee- und streuarbeiten durchzufuehren waren, wurde fuer die strassenpflege ganztaegiger dienst angeordnet.

in der nacht vom 6. auf den 7. dezember dauerten bei einer temperatur von minus drei grad celsius und unter heftigen winden die schneefaelle weiter an. dadurch entstanden im ganzen stadtgebiet verwehungen(z.b. in ober-laa, kledering, kagran, stammersdorf). es musste daher wieder eine zweimalige ausfahrt aller raeumgeraete auf den alarmrouten angeordnet werden. nur mit groesster muehe gelang es den maennern, die hauptfahrbahnen befahrbar zu halten.

./.

sonntag, den 7. dezember, nahm die ergiebigkeit der schneefaelle weiterhin zu. es gelang trotz des pausenlosen einsatzes aller kraefte nicht mehr, saemtliche verkehrsverbindungen offen zu halten, daher mussten einige absperrungen vorgenommen werden, so in der johann staud-strasse, auf der westautobahn (stadtauswaerts), in der leopoldsdorfer strasse und in der adalbert stifter-strasse.

gestern montag entstanden nach aufhoeren der schneefaelle in den spaeten abendstunden am stadtrand erneut verwehungen, die den einsatz aller raeumgeraete auf den alarmrouten notwendig machten. infolge der kritischen wetterlage war die bevoelkerung ueber rundfunk und fernsehen aufgerufen worden, sich als schneearbeiter zu melden. 1539 wiener folgten dem aufruf.

in der nacht vom 8. auf den 9. dezember setzten bei einer temperatur von minus drei grad celsius und unter heftigen winden neuerlich schneefaelle ein. durch den heftigen wind entstanden weitere starke verwehungen im bereich der bundeshauptstadt. um 1 uhr wurde der einsatz aller verfuegbaren raeumgeraete angeordnet. trotz intensivster bemuehungen musste auch die jedleseer strasse in floridsdorf gesperrt werden.

die anhaltenden schneefaelle, verbunden mit starkem wind, fuehrten in den morgenstunden des dienstag zu empfindlichen verkehrsstoerungen. die wiener feuerwehr musste allein am vormittag 80 mal ausfahren, entweder um steckengebliebene fahrzeuge von den strassenbahngeleisen zu entfernen oder gefaehrliche schneewaechten und eiszapfen von hausdaechern zu beseitigen. die rettung transportierte dutzende gestuerzter fussgeher mit arm- und beinbruechen in die spitaeler.

seit freitag, den 5. dezember, kaempfen insgesamt 7.640 schneearbeiter (davon 2.786 mann eigenes personal), 1.046 schneepfluege, 103 streufahrzeuge, 263 lastkraftwagen fuer die schneeabfuhr, 60 sandlademaschinen, 134 schneeladegeraete und 5 schneefraesen. eine pausenlose schlacht gegen die nicht enden wollenden weissen massen.

1311

preisguenstige gemuese und obstsorten

11 wien, 9.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: haeuptelsalat 3,50 bis 5 schilling je stueck, chinakohl 4 bis 5 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling, kohl 6 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, bananen 7 bis 8 schilling, orangen 4 bis 5 schilling, mandarinen 10 schilling je kilogramm.
1337

eine million sparkonten bei der zentralsparkasse
einziges oesterreichisches geldinstitut mit
12 milliarden schilling einlagen

12 wien, 9.12. (rk) als erstes oesterreichisches geldinstitut konnte die zentralsparkasse der gemeinde wien dienstag das einmillionste sparkonto eroeffnen. generaldirektor dr. karl m a n t l e r begruesste die ''jubilaeumssparerin'' frau elfriede b e i e r aus wien-hitzing in der ''z''-zentrale. frau beier eroeffnete das sparbuch in der zweiganstalt maerz-strasse als weihnachtsgeschenk fuer ihre beiden kinder. buergermeister bruno m a r e k als vorsitzender des verwaltungsrates der ''z'' uebermittelte eine einladung fuer donnerstag zu einem kleinen empfang im rathaus. hierbei wird der jubilaeums-sparerin ein ''goldenes sparbuch'' der ''z'' ueberreicht werden.

bei der feier in der hauptanstalt der zentralsparkasse berichtete direktionsrat karl d a m i s c h ueber die entwicklung des instituts. gleichzeitig mit dem einmillionsten sparbuch konnte die ''z'' auch einen neuen rekord bei ihren spareinlagen erzielen. mit einem einlagenstand von rund 12 milliarder schilling steht die zentralsparkasse mit abstand an der spitze aller oesterreichischen geldinstitute.

./.

die zentralsparkasse begann 1925 mit 118,3 millionen schilling spareinlagen, erreichte 1947 einen kriegsbedingten tiefstand von 70,7 millionen schilling spareinlagen und kam 1956 mit der stabilisierung der waehrung bereits wieder auf einen einlagenstand von 1.201 millionen schilling spareinlagen. mit der rekordziffer von 12 milliarden schilling per ende september 1969 verwaltet die zenralsparkasse 27,1 prozent der spargelder aller oesterreichischen sparkassen.
1425

heute nacht grosse schneesaeuberungsaktion
dringender appell an die autofahrer

13 wien, 9.12. (rk) wie stadtrat kurt h e l l e r um 14.15 uhr der ''rathaus-korrespondenz'' mitteilte, werden heute nacht ab 20 uhr folgende strassenzuege vom schnee gesaeubert: mariahilfer strasse, burggasse, neustiftgasse und wiedner hauptstrasse zwischen guertel und zweierlinie. ausserdem die kaiserstrasse, die neubaugasse und die schoenbrunner strasse stadteinwaerts.

um diese wichtige aufgabe zum flottmachen dieser grossen durchzugslinien zu ermoeglichen, wird an die autofahrer das dringende ersuchen gestellt, ab 20 uhr jedes parken in diesen strassen zu vermeiden. jedes stehengelassene fahrzeug bildet eine schnee- und eisinsel, die fuer alle anderen vorbeikommenden fahrzeuge ein verkehrshindernis darstellt.
1455

verzweifelter kampf gegen die schneekatastrophe

14 wien, 9.12. (rk) der kampf gegen die winterliche naturkatastrophe wird vom personal der ma 48, von dem der verkehrsbetriebe sowie auch von den tausenden aufgenommenen schneearbeitern mit groesster energie und disziplin gefuehrt. manche autofahrer haben leider entgegen den ueber hoerfunk, fernsehen und zeitungen immer wieder mitgeteilten warnungen gehandelt und sind ohne entsprechende ausruestung losgefahren. in hunderten faellen ist es vorgekommen, dass autolenker ihre fahrzeuge kurzerhand in wichtigen strassenzuegen stehen liessen und sich nicht weiter mehr um sie kuemmerten. die schneeraeumung wurde damit oft unmoeglich gemacht; die feuerwehr hat in den ernstesten faellen eingegriffen und derartige verkehrshindernisse abgeschleppt.

schienenparkverbot ab sofort ?

in der sitzung des wiener stadtsenates am dienstag wurde die moeglichkeit erwogen, das schienenparkverbot, das normalerweise mit 15. dezember beginnt, schon ab sofort in kraft zu setzten. die stadtraete kurt h e l l e r und franz n e k u l a berichteten heute ueber die situation, die sich waehrend des katastrophenwochenendes ergeben hat. vizebuergermeister felix s l a v i k hat weitere zehn millionen schilling fuer die schneeraeumung freigegeben. jeder im gesamten stadtgebiet gefallene zentimeter schnee bedeutet einen kostenaufwand von 400.000 schilling.

schneeraeumung geht des nachts weiter

in der kommenden nacht wird versucht werden, die wichtigsten geschaeftsstrassen, wie mariahilfer strasse, burggasse, neustiftgasse, kaiserstrasse usw. vom schnee zu raeumen.

in extremfaellen hat die stadtreinigung auch ausserhalb von wien eingegriffen, wie zum beispiel am montag, wo in enzesfeld ein rettungswagen nicht mehr weiter konnte, in dem sich eine

./.

frau mit darmverschluss befand. dass dieser wagen freigemacht werden konnte, hat sicherlich der frau das leben gerettet.

dank an die bediensteten

buergermeister bruno marek hat im anschluss an die debatte ueber die schneekatastrophe in wien und umgebung allen bediensteten und aufgenommenen arbeitern wie auch allen wienern, die sich freiwillig in den dienst der schneesaeuberung gestellt haben, den dank der stadtverwaltung ausgesprochen.

fast eine milliarde wohnbaufoerderungsmittel vergeben

wien, 9.12. (rk) dienstag vormittag fanden unter dem vorsitz von wohnungsstadtrat reinhold s u t t n e r die sechste sitzung des beirates fuer die wohnbaufoerderung 1968 und im anschluss daran die dritte sitzung des beirates fuer den wiener wohnbaufonds statt.

aus der wohnbaufoerderung 1968 wurden 4.521 wohnungen, 39 geschaeftslokale und ein studentenheim mit 96 zimmern genehmigt. foerderungsmittel: 717,317.000 schilling. aus dem wiener wohnbaufonds wurden 1.331 wohnungen und neun geschaeftslokale bewilligt. foerderungsmittel: 271,377.000 schilling.

trotz grosseinsatz:
verkehrsbetriebe fuhren mit verspaetung

16 wien, 9.12. (rk) das schneewochenende hatte die wiener verkehrsbetriebe mit seinem ausmass zwar ueberrascht, aber nicht unvorbereitet getroffen. in pausenlosen einsaetzen warf man bei der strassenbahn alles an die kalte front, was greifbar war: 20 triebwagenpfluege, 56 anhaengerpfluege, 14 lkw- und 18 pkw-pfluege waren 72 stunden lang bis heute frueh ununterbrochen im einsatz. dazu kamen nach dem letzten stand 837 fremde schneearbeiter und 321 aus den reihen der strassenbahner. nicht weniger als 24 ''sandfahrten'' mussten unternommen werden, um durchrutschende raeder und vereiste haltestellenbereiche zu sichern.

besonders arg spielte der schnee den verkehrsbetrieben in den aussenbezirken mit. in stammersdorf musste am sonntag fuer den 331er ein autobusersatzverkehr eingerichtet werden, da unmittelbar hinter den schneepfluegen die strecke von gross-jedlersdorf ins freie feld gleich wieder verweht war. trotz bundesheereinsatz war man hier auf notloesungen angewiesen. auch in der grossfeldsiedlung kamen autobusse streckenweise zum stillstand und es gab bis zu 50 minuten verspaetungen in den einzelnen kursen. ein aehnliches bild zeigte sich auch in den suedlichen randbezirken wiens.

die autobusse der linie 13 hatten auf ihrer route verspaetungen bis zu 120 minuten. 50 fahrten mussten daher entfallen. schwierigkeiten gab es auch beim ''tatzelwurm'' auf der linie 48. bis ottakring kamen die langen gelenkautobusse von der stadt durch. weiter dann auf der strecke der ehemaligen linie 47 musste ein notbetrieb mit kleineren autobussen eingerichtet werden.

ein gutes aber zeigte das schneereiche wochende: die wiener halfen selbst mit, wenn es galt, ein oeffentliches verkehrsmittel flott zu kriegen, und so manch ein passagier streute sand unter die raeder, wofuer ihm die ueberlasteten fahrer nur dankbar waren.
1530

hohe auszeichnungen fuer slavik, jacobi, glueck und heller

17 wien, 9.12. (rk) die wiener landesregierung hat dienstag einstimmig beschlossen, dem staedtischen finanzreferenten vizebuergermeister felix s l a v i k das grosse goldene ehrenzeichen mit dem stern fuer verdienste um das land wien zu verleihen. slavik, der schon dem ersten stadtsenat nach dem zweiten weltkrieg angehoerte, und 1957 zum finanzreferenten der bundeshauptstadt gewaehlt wurde, ist nun auch schon zehn jahre lang vizebuergermeister und erster landeshauptmann-stellvertreter.

stadtrat kurt h e l l e r gehoert seit 1958 und stadtraetin maria j a c o b i seit juni 1959 dem wiener stadtsenat an. bei stadtrat dr. otto g l u e c k werden es uebermorgen donnerstag, den 11. dezember, ebenfalls zehn jahre, dass er dem wiener stadtsenat angehoert. sie erhalten fuer ihre besonderen verdienste fuer wien das grosse goldene ehrenzeichen.

ebenfalls das grosse goldene ehrenzeichen wurde dienstag generalmusikdirektor prof. dr. karl b o e h m und dem generalsekretaer des oesterreichischen staedtbundes, bundesrat otto s c h w e d a, verliehen.

das datum der feierlichen ueberreichung der ehrenzeichen durch landeshauptmann bruno m a r e k wird noch bekanntgegeben.

1545

wasserrohrbruch in der lederergasse

18 wien, 9.12. (rk) seit dienstag frueh arbeitet ein trupp der wasserwerke an der behebung eines rohrbruches in der lederergasse zwischen florianigasse und laudongasse. dieser abschnitt musste fuer den induvidualverkehr gesperrt werden, der strassenbahnverkehr konnte jedoch aufrecht erhalten werden. ein wasserwagen musste die trinkwasserversorung uebernehmen. die reparaturarbeiten, die durch den starken schneefall stark behindert sind, werden in der nacht auf mittwoch fortgesetzt. die wasserwerke hoffen, dass der schaden im laufe des mittwoch behoben sein wird.
1607

in den nachtstunden: schnee-grosseinsatz

21 wien, 9.12. (rk) sowohl die magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) als auch die wiener verkehrsbetriebe ruesten in der nacht von dienstag, den 9., auf mittwoch, den 10. dezember, zu grosseinsaetzen. die stadtreinigung wird sich vor allem im rahmen eines grosseinsatzes der wichtigen strassen des 6. und 7. wiener gemeindebezirkes annehmen.

die verkehrsbetriebe fuehren gegenwaertig auf den gleisen pausenlos vorreinigungen durch. nach betriebsschluss wird mit einer hauptreinigung des gesamten streckennetzes begonnen werden. gegenwaertig sind noch grosse verspaetungen zu verzeichnen. auf der linie 331 zwischen jedlersdorf und stammersdorf muss nach wie vor ein ersatz-autobusverkehr aufrechterhalten werden.
1656

pferdehauptmarkt vom 9. dezember

19 wien, 9.12. (rk) auftrieb am zentralviehmarkt 10 stueck, davon 1 fohlen, herkunft: 6 pferde aus niederoesterreich, 4 aus burgenland, verkauft wurden als schlachttiere 9, als nutztiere 0, 1 blieb unverkauft.

notierungen: pferde 15, extrem 11, pferde 1. qualitaet 9 bis 9,50, 2. qualitaet 8, 3. qualitaet 0, auslandsschlachthof 0.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schlachtpferde ermaessigte sich um 26 groschen und erhoehte sich fuer inlaendische schlachfohlen um 1 schilling je kilogramm. schlachtpferde 9.28, schlachtfohlen 15, schlacht- und nutzpferde 0, pferde und fohlen 9.91.

schweinehauptmarkt vom 9. dezember

20 wien, 9.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0. neuzufuhren: 3.003, davon 198 durchlaeufer, gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles. auslandsschlachthof: 30 aus ddr.

preise: extrem 19 bis 19.50 (19.60 - 8 stueck), 1. qualitaet 18.50 bis 18.90, 2. qualitaet 18.20 bis 18.40, 3. qualitaet (17 - 2 stueck), 17.60 bis 18, zuchten extrem 15.50 bis 16.50, zuchten 14.50 bis 15, altschneider 0.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine erhoehte sich um 90 groschen je kilogramm und betraegt 18.74. ausermarktbezuege in der zeit vom 5. bis 9. dezember (ohne direkteinbringung in die bezirke) 1.629 stueck.

1647

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

foerderungsmittel der hochschuljubilaeumsstiftung

2 wien, 10.12. (rk) die feierliche verleihung der foerderungsmittel aus der hochschuljubilaeumsstiftung der stadt wien wird am kommenden mittwoch, dem 17. dezember, um 17 uhr, durch buergermeister bruno m a r e k im grossen festsaal der wiener universitaet vorgenommen. bei diesem anlass wird auch der rektor der wiener universitaet prof. fritz z e r b s t sprechen.

insgesamt werden fuer das jahr 1969 aus der hochschuljubilaeumsstiftung 3,6 millionen schilling fuer 56 forschungsarbeiten vergeben.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, zu dieser feier in der wiener universitaet berichterstatter und fotografen zu entsenden.

zeit: 17. dezember, 17 uhr.

ort: grosser festsaal der universitaet.

0907

Gemeinderat der Stadt Wien

Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1970,
zur Gebührenüberprüfung
und zu den Wirtschaftsplänen der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1970

Berichterstatter Amtsf.StR.	Hauptstück	DFP	FPÖ	ÖVP	SPÖ
Vbgm. Slavik Mi.10.12.	II und Generaldebatte	Olah	Dr.Schmidt	Fröhlich	Busta
Bock Do.11.12.	I	Müller	Dr.Hirnschall	Prof. Görner	Lausecker Pöder
Vbgm. G. Sandner Do.11.12.	III	Dr.Tuma	Prof.Dr. Wolfram	Prof. Bittner	Herbert Mayr Wiesinger
Maria Jacobi Fr.12.12.	IV	Müller	Prof.Dr. Wolfram	Dr.Marga Hubinek	Rosenberger M.Tischler
Dr.Glück Fr.12.12.	V	Dr.Tuma	Dr.Hirnschall	Lehner	E.Schindler Dr.Zemann
Ing.Hofmann Mo.15.12.	VI	Müller	Dr.Hirnschall	Dipl.-Ing. Dr.Strobl	Hermine Fiala Hans Mayr Nedwed
Pfoch Mo.15.12.	VII	Dr.Tuma	Prof.Dr. Wolfram	Dkfm. Ebert	Glaser Ing.Hofstetter Sagmeister Schreiner
Heller Di.16.12.	VIII	Müller	Dr.Schmidt	Dipl.-Ing. DDr.Strunz	Nedwed Nittel Stockinger

./.

Berichterstatter Amtsf.StR.	Hauptstück	DFP	FPÖ	ÖVP	SPÖ
Dkfm. Dr. M. Schaumayer Di.16.12.	IX	Dr.Tuma	Peter	Neusser	Odolny Peska
Dkfm. Hintschig Mi.17.12.	X	Müller	Dr.Hirnschall	Dr.Habl	F.Seidl Srp
Suttner Mi.17.12.	XI	Dr.Tuma	Dr.Schmidt	Kowarsch	Deistler Schemer Windisch
Dkfm. DDr. Prutscher Do.18.12.	XII	Müller	Peter	Jedletzberger	F.Fohler M.Hlawka Michalica
Dr.Krasser Do.18.12.	XIII	Dr.Tuma	Dr.Schmidt	Dr. Macher	Brosch
Nekula Fr.19.12.	XIV	Dr.Tuma	Peter	Haag	Bednar Hirsch

+++

illuminierung des weihnachtsbaumes (nachtrag)

3 wien, 10.12. (rk) der salzburger landeshauptmann, hofrat ddr. hans l e c h n e r, uebermittelte in seiner ansprache den am rathausplatz versammelten wienern die besten gruesse des landes salzburg und betonte, dass dieser baum als schoenster ausgewaehlt worden sei. er verkoerpere brauchtum und heimatgefuehl des salzburger landes, stelle ein symbol des gesamten gemeinwesens dar und waere ein gruss an jenes wien, auf das alle bundeslaender mit recht stolz seien.

buergermeister bruno m a r e k gab nach der enthuellung der widmungstafel und dem spielen der salzburger hymne seiner freude darueber ausdruck, dass dieser alljaehrlich wiederkehrende brauch des weihnachtsbaumschenkens nunmehr bereits zur tradition geworden sei. die gruene farbe des baumes repraesentiere die farbe des lebens. abschliessend dankte der buergermeister den gaesten aus salzburg nochmals fuer deren vorweihnachtlichen gruss und sprach gleichzeitig die hoffnung aus, dass auch im kommenden jahr die zusammenarbeit zwischen den beiden bundeslaendern so gedeihlich wie bisher sein moege.

mit darbietungen der musikkapelle der wiener verkehrsbetriebe und des blaeserchors der wiener symphoniker fand der festakt, an dem unter anderem vizebuergermeister gertrude s a n d n e r, die drei praesidenten des wiener landtages, mitglieder des stadtsenates, stadtschulratspraesident dr. hermann s c h n e l l sowie magistratsdirektor dr. rudolf e r t l teilgenommen hatten, seinen abschluss.
0935

weihnachtsgeschenke fuer wiener pflegekinder

1 wien, 10.12. (rk) wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i wird kommenden freitag, den 12. dezember, um 18 uhr, die eltern der wiener pflegegrosskinder in der spielzeugschachtel erwarten und sie beim aussuchen von weihnachtsgeschenken fuer die von ihnen betreuten pflegekinder beraten. das paedagogisch wertvolle spielzeug wird den wiener pflegegrossfamilien kostenlos zur verfuegung gestellt.

derzeit werden von 48 pflegegrossfamilien 316 sozial bedauerftige kinder betreut, die ihnen vom wiener jugendamt anvertraut worden sind.

geehrte redaktion!

sie werden herzlich eingeladen, zu der uebergabe des spielzeugs einen berichterstatter und fotoreporter zu entsenden.

zeit: freitag, 12. dezember, 18 uhr.

ort: ''wiener spielzeugschachtel'', 1, rauhensteingasse 5.

0905

prof. novotny im wiener landessanitaetsrat

6 wien, 10.12. (rk) die wiener landesregierung hat einem von landesamtsdirektor dr. rudolf e r t l referierten antrag zugestimmt, an stelle des verstorbenen universitaetsprofessors dr. hans h o f f als ordentliches mitglied in den landessanitaetsrat fuer wien den univ.-prof. dr. otto n o v o t n y, dekan an der medizinischen fakultaet der universitaet wien und vorstand der klinik fuer hals-, nasen- und ohrenkrankheiten im allgemeinen krankenhaus, zu entsenden.

0954

arbeitsgemeinschaft der oesterreichisch-auslaendischen gesellschaften

4 wien, 10.12. (rk) aus anlass des zehnjaehrigen bestehens der arbeitsgemeinschaft der oesterreichisch-auslaendischen gesellschaften fand am dienstagabend in den wappensaelen des wiener rathauses ein empfang statt. in vertretung des buergermeisters begruesste stadtrat franz n e k u l a in anwesenheit von stadtraetin dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r die praesidenten und fuehrenden funktionaere der 31 einzelgesellschaften.

die arbeitsgemeinschaft mit ihrem sitz in wien sei einzigartig in europa und trage in grossem masse zur verstaendigung der nationen untereinander bei, ein anliegen, das in der heutigen zeit notwendiger und wertvoller den je sei.
minister a.d. Dr. eduard h e i l i g e n s e t z e r betonte in seiner eigenschaft als praesident der kulturabteilung des oesterreichhauses, er werte als sichtbaren ausdruck der bedeutung, die die oesterreichisch-auslaendischen gesellschaften seit ihrer gruendung im kulturellen leben wiens gewinnen konnten, dass auch der bundespraesident anlaesslich eines jubilaeumsempfanges die besonderen leistungen der arbeitsgemeinschaft ins rechte licht gesetzt haette.
0937

ehe- und familienberatung

8 wien, 10.12. in der ehe- und familienberarung der magistratsabteilung 12 in der gonzagagasse 23 entfallen anlaesslich der feiertage die beratungsstunden. die letzte beratung in diesem jahr findet freitag, 19. dezember statt. im neuen jahr beginnen die beratungsstunden am freitag, 9. jaenner (16.30 bis 18 uhr).
1001

die rettung im november

5 wien 10.12. (rk) neben ihren routine-ausfahrten hatte die wiener rettung im november vier besonders schwierige einsaetze zu absolvieren. am 10 . november fiel ein 35jaehriger soldat in der maria theresien-kaserne beim schliessen der oberlichte eines fensters vom 1. stock in den hof. der patient erlitt eine schwere kopfprellung, eine gehirnerschuetterung, einen schluesselbeinbruch sowie einen bruch der rechten speiche. durch eine sofortige schockbekaempfung war es moeglich, den verletzten noch lebend in die 1. unfallstation zu bringen.

am gleichen tag stuerzte ein sechsjaehriges kind, waehrend seine mutter die geschwister zur schule brachte, vom 3. stock auf die strasse. jede hilfe kam zu spaet, das kind war nicht mehr zu retten.

am 14. november sprang ein 20jaehriger mann von der penzinger ameisbruecke in selbstmoerderischer absicht auf den bahnkoerper der westbahn. trotz sofortiger wiederbelebungsversuche und intensivbehandlung durch den arzt starb der junge mann an der unfallstelle. todesursachen waren ein schaedelgrundbruch, bruch der halswirbelsaeule und schwere innere verletzungen.

am 19. november stuerzte ein combi-wagen, besetzt mit drei personen, von der friedensbruecke in den donaukanal. die verungluckten wurden noch vor eintreffen der feuerwehr vom sanitaetspersonal aus ihrer zwangslage befreit, behandelt und in das arbeitsunfall-krankenhaus eingeliefert.

die sanitaetsgehilfen des krankenbefoerderungsdienstes haben im abgelaufenen monat fuenf entbindungen, teils im sanitaetswagen, teils in wohnungen durchgefuehrt. von den neuen erdenbuergern waren drei maedchen und zwei buben. beim retttungs- und krankenbefoerderungsdienst wurden im november auf den stationen 385 erste-hilfe-leistungen durchgefuehrt.

./.

in der zweiten haelfte des monats november war trotz anhaltender milder wetterverhaeltnisse ein steigender bedarf an spitalsbetten zu verzeichnen. der ueberwiegende teil der durch die bettenzentrale der rettung vermittelten patienten setzte sich aus alten menschen zusammen. insgesamt wurden 3.327 patienten in den wiener krankenhaeusern untergebracht. 1.780 davon waren ueber 60 jahre alt. der seit oktober auf ganz wien ausgedehnte aerztliche notdienst bringt natuerlich zusaetzliche aufgaben fuer die bettenzentrale.

insgesamt brachten die zehn einsatzwagen des rettungsdienstes im vergangenen monat 2.972 ausfahrten hinter sich. die zahl der befoerderten personen betrug dabei 3.025, die der zurueckgelegten kilometer 28.693. die 22 wagen des krankenbefoerderungsdienstes bewaeltigten in der gleichen zeit 79.449 kilometer. sie befoerderten 5.815 personen und taetigten 5.683 ausfahrten.
0950

subvention fuer bibliothek der gesellschaft der aerzte

7 wien, 10.12. (rk) die gesellschaft der aerzte in wien erhaelt fuer die erhaltung und den ausbau ihrer bibliothek fuer dieses jahr 250.000 schilling. gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k stellte dienstag im wiener stadtsenat einen entsprechenden antrag. diese bibliothek ist die zentrale bibliothek fuer saemtliche wissenschaftliche institutionen und kliniken. sie wird stets auf den neuesten stand gehalten und dient den staedtischen aerzten zur fortbildung sowie zur durchfuehrung von wissenschaftlichen arbeiten.
1000

''zehn gebote'' der schneeraeumung

10 wien, 10.12 (rk) die fuer die schneeraeumung zustaendige magistratsabteilung 48 hat fuer ihre arbeit ''zehn gebote'' aufgestellte, die freilich auch von den autofahrern beachtet werden muessten, soll die freimachung der wiener strassen von den schneemassen in optimaler weise vorgenommen werden koennen.

1. der einsatz der schneepfluege und streufahrzeuge kann nur nach einem bestimmten einsatzplan erfolgen. bei beruecksichtigung von einzelwuenschen kaeme ansonsten das ausgekluegelte system in unordnung.

2. der einsatz der raeumgeraete in der verkehrsspitze ist wenig sinnvoll, weil die raeumfahrzeuge im dichten verkehr stecken bleiben und damit eben den verkehr selbst behindern wuerden.

3. die autofahrer sollen auf die mit gelben warnlicht ausgestatteten fahrzeuge besonders ruecksicht nehmen. denn die lenker dieser fahrzeuge muessen nicht nur auf den verkehr, sondern ebenso auf die bedienung des schneepfluges achten.

4. das gleiche gilt auch fuer die streufahrzeuge, die ausser durch die gelben lichter durch die auffaellige rot-weiss-rot bemalung gekennzeichnet sind.

5. bei starken schneefaellen und heftigem wind sollten fahrten in die randbezirke wiens und vor allem in nebenstrassen unterbleiben. denn gerade in der peripheren gebieten koennen verwehungen bis zu einer hoehe von zwei meter auftreten. eine freimachung steckengebliebener fahrzeuge kann einige stunden auf sich warten lassen.

6. die schneeabfuhr gerade aus den wichtigsten durchzugsstrassen kann nur dann funktionieren, wenn die halte- und parkverbote strikte eingehalten werden.

7. die autofahrer muessen vor allem im bereich der schneeeinwurfschaechte ueberaus vorsichtig fahren, um die arbeiter nicht zu gefaehrden. die umgebung der einwurfschaechte darf zudem durch autos nicht verstellt werden.

./.

8. beim ausschaufeln geparkter autos soll der schnee nicht auf die fahrbahn geworfen, sondern zwischen den fahrzeugen aufgeschichtet werden, um die bemuehungen der strassenreinigung nicht zunichte zu machen.

9. die hausbesorger sollen ebenfalls beim freimachen der gehsteige den schnee nicht auf die fahrbahn schaufeln, sondern nur am gehsteigrand zusammenschieben. es genuegt, wenn der gehsteig in einer breite von 1,5 meter freigemacht wird.

10. gerade bei grosseinsaetzen melden viele wiener telefonisch bei der zentralen betriebsstelle der strassenreinigung sonderwuensche an, wodurch das telephon oft fuer dringende verbindung zur polizei, rettung oder feuerwehr blockiert wird. beschwerden oder wuensche sollten daher lediglich an die lokalen einsatzstellen der strassenreinigung gerichtet werden.

1030

achtung terminaenderung!

13 wien, 10.12. (rk) wie berichtet, wird buergermeister bruno m a r e k dem ehepaar jakob und pauline k o v a c s, das am 12. dezember das noch nie dagewesene ehejubilaeum der juwelenhochzeit (72 1/2) feiert, im pensionistenheim foehrenhof einen besuch abstatten und die glueckwuensche der stadt wien ueberbringen. dieser besuch findet nicht wie angekuendigt um 12 uhr statt, sondern eine stunde spaeter, also um 13 uhr.

bitte merken sie die terminaenderung vor:

zeit: freitag, 12. dezember, 13 uhr.

ort: 13, foehrenhof. 13, dr. schober strasse 3.

1130

frueher winter brachte neue rekorde fuer e-werke und gaswerke

14 wien, 10.12. (rk) der fruehe wintereinbruch in wien, verbunden mit den aussergewoehnlich starken schneefaellen, hat auch das waermebeduerfnis und den energieverbrauch der wiener bevoelkerung offensichtlich stark erhoeht. sowohl die e-werke als auch die gaswerke melden neue absolute rekorde.

das e- werk verzeichnete am 9. dezember eine leistungsspitze von 710.000 kilowatt und am gleichen tag eine gesamtabgabemenge von 14,193.000 kilowattstunden.

die gaswerke erreichten am gleichen tag die neue rekordmarke von 4,843.900 kubikmeter stadtgas.

die bisherigen rekorde waren: beim e-werk 682.000 kilowatt am 12. dezember 1968 und 13,356.000 kilowattstunden am 13. dezember 1968, beim gaswerk 4,788.500 kubikmeter stadtgas am 13. jaenner 1969.

1252

wasserrohrbruch behoben

11 wien, 10.12. (rk) der wasserrohrbruch in der lederergasse konnte noch in den abendstunden des dienstag behoben werden. seit mittwoch frueh ist die wasserversorgung wieder normal, sind alle beschraenkungen fuer den individualverkehr aufgehoben. der reparaturtrupp der wasserwerke hatte unter den erschwerten bedingungen der hohen schneelage ein durch korrosion entstandenes leck im rohrstrang abdichten muessen.

1044

bezirksvertretungssitzung in dieser woche

9 wien, 10.12. (rk) in dieser woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

donnerstag, 11. dezember:

15 uhr, doebling, 19, gatterburggasse 14/1, sitzungssaal.

1007

zwischenbilanz ''das gute bild fuer jeden''

17 wien, 10.12. (rk) in der ausstellung in der wiener secession ''das gute bild fuer jeden'' haben sich bis mittwoch nahezu 4.000 besucher eingefunden. 300 bilder fanden bereits feste kaeufer, die dafuer 126.000 schilling in bar erlegten. die heuer zum 20.mal abgehaltene verkaufsausstellung erfreut sich also nach wie vor grossen publikums- und kaeuferinteresses.

die ausstellung bleibt bis 23. dezember taeglich in der zeit von 10 bis 20 uhr geoeffnet. eine letzte chance, ein bild zu erwerben, ist der 24. dezember, an dem ''das gute bild fuer jeden'' noch in der zeit von 10 bis 12 uhr zugaenglich ist.

1445

Gemeinderat:

Budgetdebatte im Wiener Rathaus

Wien, 10.12.1(RK) Mittwoch vormittag, um 10.06 Uhr läutete Bürgermeister Bruno Marek die Glocke und eröffnete die Sitzung des Wiener Gemeinderates, die erst am Donnerstag, dem 19. Dezember, in den Nachmittagsstunden geschlossen werden wird. Dazwischen liegen die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und über die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für 1970.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurden Ergänzungswahlen vorgenommen. Auf Vorschlag der ÖVP wurde als Mitglied des Disziplinarkollegiums Gemeinderat Dr. Habl, als Ersatzmitglied GR. Gertrude Härtel, als Vorstandsmitglied der KFA GR. Lehner und als Mitglied des Überwachungsausschusses der KFA [illegible]. GR. Josef Hoffmann einstimmig gewählt.

Hierauf ergriff der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik das Wort zu seinem ausführlichen Referat über das Budget 1970.

Optimistisches Budget für 1970

Vizebürgermeister Slavik erklärte in seiner dreizehnten Budgetrede vor dem Wiener Gemeinderat, daß der Voranschlag für 1970 im Zeichen einer günstigen Konjunkturlage erstellt worden sei und aus diesem Grunde die Einnahmen optimistisch geschätzt wurden. So gäbe es derzeit in Wien um 2.000 offene Arbeitsplätze mehr als Arbeitssuchende. Insgesamt arbeiteten in Wien 102.000 Nichtwiener. Bereits 1969 sei eine Beschleunigung der günstigen Entwicklung festzustellen gewesen. Das Bruttonationalprodukt sei im zweiten Quartal um 6,2 Prozent gestiegen, und für 1970 rechneten die Experten mit einer realen Zunahme von vier und einer nominellen Zunahme von acht Prozent. Dabei sei die Verkürzung der Arbeitszeit auf 43 Stunden bereits enthalten.

./.

Slavik betonte jedoch: trotz dieser günstigen Situation dürfe nicht übersehen werden, daß in Wien noch immer zahlreiche Strukturprobleme gelöst werden müßten. Daher werde die Gemeinde der Ansiedlung neuer und der Umsiedlung bestehender Unternehmen in Wien ein besonderes Augenmerk widmen. Gefördert sollten vor allem entwicklungsfähige Unternehmen werden, damit nicht künftige "Industriefriedhöfe" geschaffen würden.

Die Einnahmen - insgesamt 15,032,715.400 Schilling - seien also für 1970 optimistisch geschätzt worden, wobei bei den Ertragsanteilen eine größere Steigerungsrate als in den letzten Jahren angenommen worden sei, während der Zuwachs bei den Landes- und Gemeindeabgaben nicht so groß sein dürfte. Die Ertragsanteile machten demnach 4.970 Millionen oder 38,6 Prozent, die Landes- und Gemeindeabgaben 2.255 und die Gebühren und sonstigen Einnahmen rund 5.658 Millionen Schilling aus. Zu diesen bereinigten Einnahmen von 12.883 Millionen kämen noch weiterzugebende Darlehen und Anleihen von 709 und Wertdurchführungen von 1.440 Millionen Schilling dazu.

Slavik wies darauf hin, daß zwar die Ertragsanteile an die gemeinschaftlichen Bundesabgaben nominell um 550 Millionen stiegen, prozentuell an den bereinigten Einnahmen jedoch um 0,2 Prozent sänken. Gerade bei den Ertragsanteilen komme es jedoch infolge der Wachstumsgesetze und der beiden Einkommensteueränderungsgesetze des Bundes zu einer Minderung für die Länder und Gemeinden.

Die Finanzexperten des Rathauses hätten gerechnet, daß die Mindereinnahmen auf Grund der Wachstumsgesetze mit 193 Millionen durch die erste Einkommensteuerreform mit 134 und durch die zweite Einkommensteuerreform mit 344 Millionen angenommen werden müßten.

Diesen Mindereinnahmen von 671 Millionen stünden lediglich Mehreinnahmen durch die beiden Abgabenänderungsgesetze von 119,8 Millionen gegenüber, so daß Wien ein Nettodefizit von 551 Millionen Schilling aufweise. Für alle Länder und Gemeinden Österreichs manche das Gesamtpaket ein Minus von rund 1,7 Milliarden Schilling aus, während der Bund Mehreinnahmen von etwa 2,5 Milliarden Schilling erziele. Hier sei also eine echte Umschichtung

./.

zulasten der Länder und Gemeinden vorgenommen worden, erklärte Slavik. Im Detail führte der Finanzreferent noch an, daß die Einkommensteuer laut Bundesbudget 1970 gegenüber dem Voranschlag 1968 von 7,6 auf 7,4 Milliarden zurückgehe, während für den gleichen Zeitraum die Lohnsteuer von 6,5 auf 10,1 Milliarden Schilling steige.

Vizebürgermeister Slavik wies noch darauf hin, daß für 1970 kein außerordentliches Budget vorgesehen sei, weil die Unklarheiten über die Finanzierung des U-Bahn-Baues im wesentlichen beseitigt seien. Von verschiedenen Kritikern sei ihm vorgehalten worden, beim Voranschlag 1970 handle es sich um ein Routinebudget. Er, Slavik, bekenne sich gerne zu einer Routine, die im kommenden Jahr den Bau oder die Förderung von etwa 13.000 Wohnungen vorsehe, die weiterhin den Bau neuer Schulen, Kindergärten und Spitäler zum Ziel habe, erklärte er unter dem Beifall der SPÖ-Fraktion.

Überdies seien im Budget zahlreiche neue Großvorhaben enthalten: Der U-Bahn, der totale Hochwasserschutz, die Großkläranlage, der Großgrünmarkt, die Marktanlagen von St. Marx, ein Kurzentrum und neue Heizwerke.

Auf der Ausgabenseite stünden der Personalaufwand mit 4.160 Millionen oder 31,5 Prozent, der Sachaufwand mit 4.041 Millionen, die Investitionen mit 3.737 Millionen und schließlich Darlehen mit 1.267 Millionen zu Buche. Zu diesen bereinigten Ausgaben von 13.205 Millionen kämen noch Darlehen und Wertdurchführungen, so daß die Gesamtausgaben 15.355,052.800 Schilling ausmachten. Rund 2,5 Milliarden Schilling werde Wien im kommenden Jahr für den Wohnungsbau und insgesamt 5.444 Millionen Schilling für das Bau- und Baunebengewerbe ausgeben.

Ausführlich beschäftige sich Slavik schließlich mit dem U-Bahn-Bau: Im Budget seien 438 Millionen Schilling dafür vorgesehen. Die Einnahmen aus der Dienstgeberabgabe seien auf 235 Millionen geschätzt. Der Einspruch der Bundesregierung gegen dieses Landesgesetz sei bekanntlich wirkungslos geblieben. Seiner Meinung nach hätten viele Unternehmer für diese Steuer mehr Verständnis als zahlreiche Vertreter der verschiedenen Institutionen. Slavik zitierte in diesem Zusammenhang Finanzminister Koren, der erst jüngst in einer Broschüre darauf hingewiesen habe, daß

man zur Zeit einer Hochkonjunktur gewisse Maßnahmen setzen müsse, zu denen auch Steuererhöhungen gehörten. Slavik erklärte schließlich, er hoffe, daß noch dieses Parlament einen Beharrungsbeschluß über den Bundeszuschuß von 2,4 Milliarden Schilling zum U-Bahn-Bau fassen werde.

Es wäre an der Zeit, meinte Slavik, statt ein Dogma zu beachten, wirtschaftlich richtig zu entscheiden. In den letzten Wochen fanden Gespräche zwischen der Gemeindeverwaltung und der Wiener Kammer über gewisse Folgen des U-Bahn-Baues für die Wirtschaft statt. Heute, Mittwoch, werde der Kammervorstand über das Ergebnis der Gespräche beraten. Er hoffe, daß auch der Gemeinderat bald über die Lösungsmöglichkeiten diskutieren werde.

Der städtische Finanzreferent machte schließlich dem Finanzminister ein Angebot: Das Finanzministerium solle alle Mindereinnahmen als Folge der Dienstgeberabgabe durch einige Jahre registrieren. Er, Slavik, sei dann bereit, dem Bund diese Mindereinnahmen zu ersetzen. Freilich müßten auch die durch die Dienstgeberabgabe respektive die aus den zusätzlichen Investitionen einfließenden Mehreinnahmen des Bundes in Rechnung gestellt werden. Seiner Meinung nach seien jedenfalls die Berechnungen des Finanzministeriums über die Mindereinnahmen nicht zutreffend. Die Experten des Rathauses hätten gerechnet, daß die Mindereinnahmen des Bundes 60 und der Gemeinde etwa 40 Millionen Schilling jährlich ausmachen dürften.

Der Referent hebt einige Projekte besonders hervor.

Für die Errichtung von weiteren 5.000 Wohnungen sind rund 1,2 Milliarden Schilling vorgesehen. Bei den Schulbauten befinden sich 1970 21 Objekte in Bau, mit acht weiteren wird begonnen: Dafür sind 126,9 Millionen Schilling bereitgestellt.

Der verbesserte Hochwasserschutz zusammen mit der Hauptkläranlage und den beiden Sammelkanälen muß in einem Problemkreis gesehen werden. Zu dem Projekt der Erholungsinsel stellte er fest, die vielzitierte Behauptung vom "Luxus" sei falsch: Dort werden nämlich vier Millionen Quadratmeter Grund geschaffen, was bei Gesamtkosten der Insel von 1,7 Milliarden Schilling einem Quadratmeterpreis von 450 Schilling entspricht. Zu diesem Preis sind in dieser Region keinesfalls Grundstücke zu erhalten.

./.

Ebenso ist die WIG 1974 nur im Zusammenhang mit dem Kurzentrum Ober-Laa zu sehen, weil ja Teile der Gartenschau später dem Kurzentrum angegliedert werden sollen.

Zur Frage der Finanzierung all dieser großen Vorhaben erklärte Slavik, daß weder das Schuldenmachen noch die Überwälzung der Kosten auf die nächste Generation verantwortbar wäre. Daher seien alle anderen als die in Aussicht genommenen Finanzierungsmöglichkeiten auszuschließen.

Vornehmste Aufgabe der Stadtverwaltung sei es, sich mit den Problemen der Zukunft auseinanderzusetzen. Eines der wesentlichsten davon sei die Anwerbung neuer Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland. Gleichzeitig jedoch müsse man alles tun, um jene Österreicher, die heute noch als Pendler nach Wien fahren, in der Bundeshauptstadt seßhaft zu machen. Diese Aufgaben und viele andere werden die gegenwärtige und auch die kommende Generation ausreichend beschäftigen. Der Voranschlag 1970 sei ein mutiger Schritt in die Zukunft, der sowohl Aufträge als auch Arbeitsplätze sichert. Er ersuchte den Gemeinderat um Zustimmung zu den Ansätzen der Verwaltungsgruppe II und zum Voranschlag 1970.

Danach beschäftigte sich Slavik mit der - in der Verfassung vorgesehenen - "Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten". Teilweise schreibt die Verfassung kostendeckende Gebarung vor (Wassergebühren, Kanalgebühren, Müllabfuhrabgabe). Die Kostendeckung ist recht unterschiedlich: Während etwa die Schulkostenbeiträge zu 100 Prozent kostendeckend sind, geht dieser Prozentsatz bei den Wassergebühren im Jahre 1970 wahrscheinlich auf 76 Prozent herunter, bei den Kanalgebühren sogar auf 74,9 Prozent. Ihren Tiefstand erreicht die Kostendeckung bei den Benützungsgebühren der städtischen Büchereien (4,89 Prozent) und bei den Eintrittsgeldern der städtischen Museen (1,69 Prozent). Slavik stellte dazu den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, bei den Wassergebühren, den Kanalgebühren und den Entgelten für die Benützung der städtischen Märkte und Schlachthöfe zu prüfen, ob - und wenn ja, inwieweit - eine Regulierung der Gebühren erforderlich wäre. Für einige andere Gebühren soll der Magistrat prüfen, ob eine Anhebung in Richtung der Kostendeckung vertretbar wäre.

./.

Generaldebatte

GR. Olah (DFP): Die Aufgaben der Wiener Stadtverwaltung seien deshalb von besonderer Bedeutung, weil Wien Stadt und Land zugleich, Zentrum der Republik, Sitz zahlloser Behörden des Bundes und der Wirtschaft ist. Die typische Altersstruktur ergibt daraus besondere Probleme und Aufgaben. Es wäre unsinnig, zu behaupten, daß nicht viel geschehen sei, was der Entwicklung der Stadt gedient habe.

Der Redner kritisierte, daß man den kleinen Fraktionen durch vorweggenommene Entscheidungen außerhalb des Gemeinderates die Möglichkeit nehme, auch nur einen Überblick über die behandelten Geschäftsstücke zu erhalten. Er beklagte sich auch darüber, daß die Mehrheitsfraktion die kleinen Fraktionen mit, gelinde gesagt, Verachtung behandelt.

An grundsätzlichen Kritiken habe er verschiedenes vorzubringen: Die Finanz- und Steuerpolitik der Wiener Stadtverwaltung unterscheide sich in den letzten Jahren um nichts von der des anderen Hauses am Ring durch seine ständigen Tariferhöhungen und die ununterbrochenen Erhöhungen von Massenabgaben. Diese Einstellung widerspreche der Tradition der Finanzpolitik in diesem Haus, in der es nicht üblich war, "Kostendeckung" in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen.

In einem übertreffe die Stadtverwaltung zweifellos die Bundesregierung: in ihrer Sucht nach Popularität und Popularisierung ihrer unpopulären Maßnahmen. Die vom Rathaus betriebene Propaganda sei nicht viel anderes als die der Bundesregierung, die Publikationen nichts anderes als reine Parteipropaganda. [illegible]

Die großen Probleme in dieser Stadt werden zu spät und zu unentschlossen behandelt, sodaß man sie schließlich kostspielig lösen müsse. Man kann nicht Wohnungen errichten, die in fünf bis zehn Jahren völlig unzulänglich und unbrauchbar sein werden. Schon einmal habe man die Flucht aus der Wohnung in das Gasthaus erlebt. Auch seien die Kosten, die die Gemeindeverwaltung den Wohnungsuchenden auferlege, bereits über die noch vertretbaren Grenzen gestiegen. Die Wohnungsvergabe sollte versachlicht, Dringlichkeit und sozialer Notstand in den Mittelpunkt gestellt, Interventionspolitik ausgeschaltet werden. Der Verkehr sei kein

./.

typisches Wiener Problem. Es erhebe sich nun die Frage, ob das derzeitige System den Aufwand an Mitteln rechtfertige. Weniger Baustellen, dafür aber rascheré und konzentriertere Fertigstellung sei anzustreben.

Er empfahl einen sinnvolleren Einsatz der Verkehrspolizei, die nicht nur bemüht sein sollte, zu bestrafen.

Auf die U-Bahn übergehend, regte er an, wie in London oder München den Bau in Schichtarbeit bei Tag und Nacht voranzutreiben.

Es sei bekannt, daß es zu wenig Spitäler, Altersheime und Kindergärten in Wien gäbe. Er meine, es sei sinnvoller, mehr dieser benötigten Sozialeinrichtungen statt die der Optik dienende Donauinsel zu errichten.

Aufgabe des Planungsressorts schließlich sollte es sein, erhaltenswertes nicht sinnlos zu demolieren, sondern darauf zu achten, die beiden Gesichter von Wien harmonisch zu vereinen: Wien als ehemalige Haupt- und Residenzstadt bräuchte ebenso wenig vernachlässigt zu werden wie das Wien des zu klein gewordenen Österreich.

Abschließend stellte Olah fest, daß die Verwaltung der Stadt Wien in höchstem Maße undemokratisch sei, Interventionismus und Protektionismus stehen an erster Stelle, was nicht gerade dem Ansehen der Stadt diene. Von seiner Fraktion eine Zustimmung zum Budget zu erwarten, sei sinnlos. "Wir werden das Budget ablehnen - dem Wohle der Stadt aber immer dienen".

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) kritisiert das U-Bahn-Plakat der Wiener Stadtverwaltung sowohl in der Ausführung wie auch in der Aussage. Es wären dringendere und wichtigere Informationsbedürfnisse der Wiener Bevölkerung zu befriedigen. Zwischen dem U-Bahn-Plakat und dem Budget für 1970 lassen sich gewisse Parallelen ziehen. Auch das Budget arbeitet mit einem Blickfang. Bei näherer Betrachtung kann man aber erkennen, daß 1970 manches noch immer oben ohne konzept bleibt, dafür aber unten dem Steuerzahler mehr Geld kosten wird.

Zu begrüßen sei die neue Geschäftseinteilung des Magistrats, die jedoch in ihrer Gliederung noch immer nicht allen Erfordernissen entspricht. Es gab bei der neuen Einteilung offen-

./.

sichtlich ein Tauziehen zwischen den Stadträten. Damit auch die ÖVP-"Opposition" ihren vierten Mann in den Stadtsenat bringen konnte, hat man eine dreizehnte Geschäftsgruppe geschaffen, die über ein Jahresbudget von 297.001 Schilling verfügt und unter Umständen an Budgetschwindsucht eingehen könnte.

Leider vermisse man noch immer die notwendige wirtschaftliche Planung und Koordinierung, die für die künftige Entwicklung unserer Stadt unbedingt notwendig sei. Man führt zwar gewaltige Bauvorhaben im Wohnbau, im Schulwesen und zur Bewältigung der stürmisch gewachsenen Verkehrssituation sowie auf dem Spitalssektor durch, hat aber noch immer keine Vorstellung von der künftigen räumlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt. Existiert nun schon das "Leitbild", auf das alle Einzelplanungen abgestimmt werden sollen? Die Entwicklung unserer Stadt geht unaufhaltsam weiter, und gerade die kommenden Siebziger-Jahre werden für die zukünftige Entwicklung von Bedeutung sein.

Den im Voranschlag enthaltenen Zahlen käme leider nur ein bescheidener Aussagewert zu, obwohl die Haushaltsordnung bestimmt, daß Ansätze möglichst genau und unter Heranziehung der Rechnungsabschlüsse vorzunehmen sind. So sind auch für 1970 die Ansätze für Grundkäufe wieder mit nur 200 Millionen veranschlagt, obwohl wir 1967 bereits 402 Millionen für diesen Zweck ausgegeben haben.

Auch die Ansätze für den U-Bahn-Bau seien unbefriedigend, da der eingesetzte Bundeszuschuß keineswegs sichergestellt sei.

Seine Fraktion sei nach wie vor der Meinung, daß im Haushaltsplan genügend Reserven für die U-Bahn-Finanzierung vorhanden seien und die Kopfsteuer überflüssig sei. Nach Meinung der Fachleute sei die jährliche Baurate von 500 Millionen unter der Grenze einer wirtschaftlichen Bauführung.

Der Redner kritisiert, daß im Budget die kommende 43-Stundenwoche keine Berücksichtigung findet.

Wir finden im Budget der Hoheitsverwaltung neuerlich die Auflegung einer Investitionsanleihe in Höhe von 700 Millionen Schilling zur Weitergabe an die Stadtwerke. Könnten diese 700 Millionen in voller Höhe für Investitionen verwendet werden, wäre dies sicherlich eine wirksame Hilfe. Leider verursacht die

./.

Aufnahme von Fremdkapital aber immer mehr und höhere Kosten, so daß nur ein Bruchteil für den tatsächlichen Verwendungszweck übrig bleibt.

Zur Mitteilung der ÖVP, sie werde 1970 im Wiener Gemeinderat gegen weitere Steuererhöhungen und neue Steuern zu Felde ziehen, sei zu sagen, daß sie diesen Feldzug auch im Parlament durchführen müßte. Nach dem Bericht der Magistratsabteilung 4 sind für 1970 derzeit keine Steuererhöhungen vorgesehen.

Seine Fraktion werde dem Budget nicht zustimmen.

Die Kritik des ÖVP-Generalredners GR. Josef Fröhlich setzte zunächst beim Wohnungsbau an. Es komme nicht nur allein darauf an, wieviele Wohnungen gebaut werden, sondern ob wir gute Wohnungen für die Zukunft bauen. Die durchschnittliche Wohnungsgröße ist durch ein West-Ost-Gefälle gekennzeichnet, wobei Vorarlberg mit 92 Quadratmeter an der Spitze und Wien mit 64 Quadratmeter am Schluß und somit um 12 Quadratmeter unter dem Österreich-Durchschnitt von 76 Quadratmeter liegt. Die Durchschnittsgrößen der Wiener Neubauwohnungen sind zwar gestiegen, dennoch bleibt viel aufzuholen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem durchschnittlichen Wohnungsbeleg in Wien, der 2,5 Personen pro Wohnung beträgt und mit der unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Geburtenrate in Wien (1967 pro 1.000 Einwohner 12,5 Lebendgeburten). Die Frage ist, ob sich der Kinderreichtum nicht an der vorhandenen Wohnungsgröße ausrichtet.

Die Redkordbudgets für den Wohnbau sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß Wien in den letzten Jahren nicht alle bereitgestellten Mittel für den Wohnbau ausgegeben hat. 1968 wurden 117 Millionen des Wiener Wohnbaufonds und 48 Millionen Schilling aus der Bundeswohnbauförderung nicht verbraucht. Von den 711 Millionen aus der Bundeswohnbauförderung, die bis Ende September überwiesen wurden, blieben mehr als 330 Millionen unverbraucht. Es liegen also rund 600 Millionen Schilling auf der "hohen Kante".

./.

Beim Kapitel Verkehr wandte sich Fröhlich zunächst der Parkplatzfrage zu. Nicht nur in der City sei ein forcierter Garagenbau notwendig, auch in den äußeren Stadtbereichen zeigen sich bedenkliche Ballungen, und die Funktion von Zentren (Beispiel: Floridsdorfer Spitz) wird durch Parkraummangel gefährdet.

Die Verkehrsplanung müsse sich in nächster Zukunft unbedingt auch mit kreuzungsfreien Verkehrsflächen beschäftigen. Ohne kreuzungsfreie Straßen werde auch der Karlsplatz "ein Projekt von gestern" bleiben.

Die ÖVP vertritt die Ansicht, daß auch die beachtliche Erhöhung der Bundesmittel für Wiener Straßen keineswegs die Einschränkung des eigenen Straßenbaus rechtfertigt. Es ist nicht wegzudiskutieren, daß der Bund zwischen 1964 und 1967 Wien 626 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat und davon mehr als 170 Millionen Schilling nicht verbraucht werden konnten.

GR. Fröhlich unterstrich erneut die Forderung nach einem Generalverkehrsplan. Dies sei kein politischer Slogan.

Der Redner brachte auch den von der ÖVP am 18. Dezember 1968 im Gemeinderat eingebrachten Antrag auf öffentliche Auflegung eines Parkgaragenkonzeptes in Erinnerung. Im Hinblick auf die künftige Cityfunktion müssen eingehende Überlegungen über die Wechselbeziehungen von Fußgängerzonen und Garagenbauten angestellt werden.

Die Stadterneuerung bezeichnete Fröhlich als eine der drängendsten Fragen des nächsten Jahrzehnts. Im sozialistischen Wahlprogramm finde sich hier kein Vorschlag, wenn man von der Altstadterhaltung absieht. Die Wiener ÖVP hat hierzu am Dienstag konkrete Vorschläge der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Kritisch ging der Redner auf die Verkehrserschließung im Süden und Osten der Stadt ein, die um Jahre der Bautätigkeit nachhinkt. Er stellte auch die Frage, wo letzten Endes die vom Magistrat vergebenen Expertenstudien landen. Denn nur die wenigsten Erkenntnisse daraus werden dem Gemeinderat bekanntgegeben.

./. -

Erfreut zeigte sich Fröhlich über einen "Silberstreifen am Horizont": Die gemeinsamen Ausführungen von Vizebürgermeister Slavik sowie der Stadträte Hofmann und Pfoch über die künftigen großen Bauvorhaben zeigen die Absicht, daß nun die notwendige Synchronisation von Wohnungsbau und Versorgungseinrichtungen einsetzen werde.

Das von Stadtrat Nekula angekündigte Energiekonzept reklamierte der Redner. Dieses Konzept müßte den Ausbau der einzelnen Energieträger koordinieren, denn ohne Konzept besteht die Gefahr der Fehlinvestition von Milliardenbeträgen.

GR. Fröhlich befaßte sich auch mit den unterschiedlichen Auffassungen über die Finanzplanung. Nicht nur die Energieversorgung soll mit Hilfe von Anleihen finanziert werden, auch hinsichtlich der Wasser- und Abwasserversorgung des Verkehrswesens, des Garagenbaus und der Grundaufschließung sollte man diese Möglichkeit erwägen.

Zur Vernachlässigung privater Kindergärten, Altersheime und Krankenanstalten deponierte der Redner, man sollte diese Betriebe nicht noch zusätzlich mit der U-Bahn-Steuer belasten.

Die ÖVP- erwartet ferner, daß der bereits mehrfach geforderte "Altenplan" endlich erstellt wird. Den älteren Menschen müßten durch neue fürsorgerische Methoden echte Lebensinhalte gegeben werden.

Der ÖVP-Generalredner kam dann auf Strukturprobleme der Wirtschaft zu sprechen. Wenn wir heuer im Budget für wirtschaftliche Planung und Koordinierung sieben Millionen Schilling vorfinden, so sei dies begrüßenswert, wenngleich man sehr spät begonnen hat sich in dieser Richtung zu beschäftigen.

Als Beispiel für das Zurückbleiben des Wirtschaftswachstums in Wien gegenüber den anderen Ländern: der im Oktober vom österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut durchgeführte Investitionstest für Industrie-Investitionen für Wien ergab nur einen Anteil von 13,5 Prozent, was mit der wirtschaftlichen Gesamtkapazität Wiens überhaupt nicht in Einklang zu bringen ist.

Diese Zahlen beweisen auch, daß gerade von den Industriebetrieben, die viele Dienstnehmer haben, die U-Bahn-Arbeitsplatzsteuer keineswegs als Förderung empfunden wird, sondern eine weitere Belastung darstellen. ./.

Die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe im Rahmen der Wiener Wirtschaft geht daraus hervor, daß immerhin 46.000 von 53.000 Betrieben, also über 85 Prozent, weniger als zehn Beschäftigte aufweisen. Trotzdem weisen gerade die kleinen Gewerbebetriebe mehr Berufstätige als die Industrie auf.

Der Tatsache, daß im Gewerbe schon seit einiger Zeit die Zahl der Betriebe jährlich um 1,5 Prozent rückläufig ist, steht gegenüber, daß die Zahl der Beschäftigten ständig im Wachsen begriffen ist.

Mit Kreditaktionen habe die Stadt Wien positive Maßnahmen gesetzt. Es wird freilich noch Vieles getan werden müssen, um die Wirtschaftsfreundlichkeit unserer Stadtverwaltung für die Industrie und auch für die Klein- und Mittelbetriebe unter Beweis zu stellen.

Als Beispiel mangelnder Planung trotz Bestehens der Planungsgemeinschaft Wien-Niederösterreich führte GR. Fröhlich aus, daß die Schnellstraße, die jetzt zwischen Korneuburg und Stockerau autobahnmäßig fertig ausgebaut ist, an der Stadtgrenze endet, daß aber im Wiener Gemeinderat erst am 19. November die Erweiterung der Planung Hubertusdamm-Autobahn in Auftrag gegeben wurde.

Die internationale Aufwertung Wiens verlange, daß der Diskussion der Probleme des Wiener Großflughafens endlich Taten folgen.

Anschließend kritisierte GR. Fröhlich die Budgetpolitik Wiens. In den Jahren 1966 bis 1968 sei aus der Bevölkerung und aus der Wirtschaft trotz Konjunkturabschwächung erhebliche Kaufkraft herausgezogen und zum Teil stillgelegt worden, indem man einen Teil der Einnahmen, der hunderte Millionen Schilling betrug, den Rücklagen der Stadt Wien zugeführt hat. Hingegen wird für 1970, obwohl eine Fortsetzung des Konjunkturaufschwunges prognostiziert ist, demonstrativ für ein Defizit budgetiert.

Wenn nun die sogenannte "Rathaus-Milliarde" heuer den Betrag von 1,5 Milliarden Schilling erreicht, drängt sich die Frage auf, ob angesichts derartig umfangreicher Geldreserven ab 1. Jänner 1970 die U-Bahn-Arbeitsplatzsteuer vertretbar sei.

./.

Die ÖVP-Fraktion hat daher beschlossen, neuen Steuern oder Steuererhöhungen im nächsten Jahr nicht zuzustimmen.

Dem jüngsten Bundesländervergleich der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft sei zu entnehmen, daß zwischen 1967 und 1968 das Arbeitskräftepotential in Wien um 1,4 Prozent zurückgegangen ist. Von 1958 bis 1968 ist die Zahl der Wiener Industriebetriebe um 245, das sind fast 14 Prozent, gesunken. Die Investitionen der Wiener Industrie sind allein in den beiden letzten Jahren ebenfalls um fast 14 Prozent gesunken, während die Steigerung der Bruttoproduktionswerte fast um ein Viertel unter dem österreichischen Durchschnitt liegt. Darin liege eine echte Gefahr: daß nämlich Wien zu kostenintensiv wird und daß Betriebe in neue Industriegebiete jenseits der Stadtgrenze abwandern.

Als Generalredner der SPÖ beschäftigte sich GR. Busta zunächst grundsätzlich mit Fragen der Finanzpolitik und wies darauf hin, daß die Stadtverwaltung in den Jahren 1967 und 1968 zur Konjunkturverbesserung insoferne einen wertvollen Beitrag geleistet habe, als sie rund 500 Millionen Schilling zusätzlich für Investitionen freigab.

Das Budget 1970 stehe im Zeichen zahlreicher neuer Großvorhaben, wars zur Folge habe, daß die Investitionen gegenüber 1969 um insgesamt 554,8 Millionen Schilling oder 16,2 Prozent höher seien. Busta nannte zudem die große Zahl von Kreditaktionen für die Wiener Wirtschaft und wies darauf hin, daß sich alle Gebietskörperschaften und der Bund sehr eingehend mit den Problemen der Raumordnung beschäftigen sollten. Es sei bedauerlich, daß es in Österreich noch immer keine zentrale Stelle gäbe, die sich mit allen Fragen der Automation auseinandersetze.

Mehr als bisher sollten Vorausschätzungen vorgenommen werden, um ein großzügiges Rahmenkonzept besser erstellen zu können. Auch eine Rangordnung für die Investitionen sei nötig.

Auf einen Zwischenruf eingehend, erklärte der Redner, ein Engrgiekonzept für Wien allein sei nicht sehr zielführend, da es nur der integrale Bestandteil einer gesamtösterreichischen Konzeption sein könne. Wien sei überhaupt keine "Insel der

./.

Seeligen" sondern hänge finanzpolitisch sehr stark von den Bundesgesetzen ab.

Busta ging auch auf die Finanzpolitik des Bundes ein, und erklärte, mit 8.975 Millionen Schilling werde der Bund 1970 das höchste Defizit der Zweiten Republik erreichen.

Den größten Teil seiner Ausführungen widmete Busta einer Konfrontation des sozialistischen Programms für die Gemeinderatswahlen 1969 mit dem Budget 1970. "Der Voranschlag zeigt, daß die Sozialisten ihr Wahlprogramm lückenlos einhalten werden". An Hand verschiedener Budgetziffern über die Forschungsförderung, den Schulbau, die Errichtung von Sportstätten, der Stadt des Kindes, von Kindergärten, Alterspflegeheimen und Spitälern sowie den Bemühungen um die Ansiedlung neuer Betriebe sprach Busta davon, daß der Voranschlag getreulich die Wahlversprechen der SPÖ widerspiegle. Namens seiner Fraktion stimmte Busta dem Budget zu.

In seinem Schlußwort erwiderte Vizebürgermeister Slavik auf Argumente hinsichtlich der Wohnungsgröße: Das Problem für den Mieter liegt bei größeren Wohnungen in der Einrichtung und der Erhaltung. Es muß eine Synthese zwischen Wohnungsgröße und Leistungsfähigkeit der Mieter geschaffen werden.

Der Grundstückserwerb sei ein Komplex, der zu Beginn eines Budgetjahres nicht genau vorher bestimmbar sei. Erst der neueste Grunderwerb auf dem Bisamberg sei so unerwartet möglich geworden, daß noch vor einem Monat niemand diese Transaktion sicher habe vorhersagen können. Deshalb solle es nicht am Finanziellen scheitern, falls 1970 attraktive Areale erworben werden könnten.

Sehr eingehend beschäftigte sich Slavik mit dem U-Bahn-Bundeszuschuß. Ende 1968 teilte Finanzminister Professor Koren schriftlich mit, daß er den Ministerrat einen Bundeszuschuß von 2,4 Milliarden für den Bau der Linien U1, U2 und U4 sowie für Anschaffung von 100 Doppeltriebwagen nahelegen werde. (Dies alles unter dem Vorbehalt, daß Preissteigerungen und Mehrkosten nicht zu berücksichtigen sind und ein Bundeszuschuß für die Linie U3 nicht vor dem Jahre 1978 spruchreif wäre).

./.

Bald darauf habe Bautenminister Dr. Vinzenz Kotzina die Frage gestellt, wie es sich verhindern lassen könne, daß Wien für den U-Bahn-Bau Steuern einführe. Danach richtete Bundeskanzler Dr. Josef Klaus (am 15.4.1969) einen Brief an Bürgermeister Bruno Marek, in welchem er den Ministerratsbeschluß über den Bundeszuschuß zur Kenntnis brachte. Der Bundeskanzler sprach in diesem Schreiben die Bitte aus, daß dieser Bundeszuschuß publizistische Berücksichtigung finden möge und präzisierte das Ersuchen der Bundesregierung sogar hinsichtlich der Schriftgröße auf Bautafeln. Bürgermeister Marek erklärte brieflich sein Einverständnis.

Slavik stellte fest, daß der Bund an diesen Zuschuß niemals irgendwelche Bedingungen geknüpft habe. Unter dem Beifall der Sozialisten wies der Finanzreferent darauf hin, daß das Steuerfindungsrecht der Bundesländer niemals angezweifelt worden sei. Slavik meinte zu dem Schreiben von Dr. Klaus: "Wenn ein Bundeskanzler eine Erklärung abgibt, muß die Bundesregierung für die Einhaltung gegebener Zusagen sorgen!"

Zu den Vorwürfen, daß die Finanzverwaltung Interesse am Horten des Geldes habe, stellte Slavik fest, daß dies keineswegs der Fall ist, weil die Steuern, die bei vorgenommenen Investitionen in die Stadtkasse zurückflössen, viel höher als die möglichen Zinsenerträgnisse seien.

Die Anstaltserhaltung sei ein Problem, das die Landeskompetenzen nur teilweise betreffe. Es fehle nämlich die von allen Bundesländern so oft verlangte Kompetenzzuweisung. Zur Fremdfinanzierung stellte Slavik fest, daß sich Wien dafür gerne verstehe, wenn sich die Erträgnisse der Investitionen für die Stadt lohnen. Betriebsansiedlungen seien auch früher, allerdings von der Liegenschaftsverwaltung, durchgeführt worden. Daß sie jetzt sichtbarer werden, erkläre sich dadurch, daß sie von einer eigenen Gesellschaft vorgenommen werden.

Er freue sich, über das von der ÖVP abgelegte Bekenntnis zu Wien (Zwischenruf GR. Hahn: "So viel hat Wien noch nie bekommen, wie unter der monocoloren ÖVP-Regierung - Heiterkeit bei den Sozialisten). Allerdings vertrete er die Meinung, daß der Überschuß leider niemals, wie behauptet, die 1,5 Milliarden Schilling-Grenze erreichen werde.

./.

Wien werde sich gerne für den Großflughafen einsetzen. Er gebe jedoch zu bedenken, daß Wien in diesem Bereich leider nur eine Minderheit darstelle.

Die von der ÖVP verlangte Automation sei von der Stadtverwaltung weitgehend eingesetzt. Den Elektronenanlagen und dem Fleiß der Angestellten sei es zu verdanken, daß man bis jetzt die Höhe des Personalstandes habe halten oder gar senken können.

Das Energiekonzept sei Bundes- und Länderproblem, stelle aber für Wien ein eigenes dar. Dies ergebe sich aus der Umstellung der Gasproduktion, der Einführung der Fernheizwerke und der Wien obliegenden Sorge, die Verbundgesellschaft in der Lage zu halten, in Notsituationen jedem Bundesland in der Republik zur Verfügung zu stehen. Ein Energiekonzept könne nur zum Tragen kommen, wenn es für den ganzen Staat, nicht aber für ein einzelnes Land erstellt werde.

Was die Feststellung der ÖVP anlange, im Jahr 1970 neuen finanziellen Belastungen der Bevölkerung nicht mehr zuzustimmen, könne er nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Meinung für ganz Österreich und nicht nur aus Prestigegründen für Wien Gültigkeit habe.

Abstimmung: 2. Hauptstück mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Unterbrechung der Sitzung um 16.20 Uhr.

Die Budgetberatungen werden morgen, Donnerstag, den 11. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Hans Bock (SPÖ). (Schluß)

\- - -

Antrittsbesuch des tschechoslowakischen Gesandten

Wien, 10.12. (RK) Der neue Gesandte der CSSR Doktor Karl Komarek, stattete Mittwodh nachmittag Bürgermeister Bruno Marek in dessen Arbeitszimmer einen Antrittsbesuch ab.

\- - -

schneebericht

19 wien, 10 .12. (rk) wie in der nacht von dienstag, den 9., auf mittwoch, den 10. dezember, wird auch in der nacht auf donnerstag, den 11. dezember, ein schneeraeum-grosseinsatz in der schoenbrunner strasse, neustiftgasse, der neubaugasse, der mariahilfer strasse und der burggasse abgewickelt. dabei kommt nach ihrer mittwoechlichen premiere wieder die schneeschmelz-maschine zum einsatz. im zusammenhang mit den schneeraeum-aktionen im innerstaedtischen bereich richtet die magistratsabteilund 48 an die bevoelkerung den dringenden appell, die halteverbote genau zu befolgen, damit der efolg der raeumarbeiten auch gewaehr-leistet ist. in der nacht auf den morgigen donnerstag nimmt die stadtreinigung ausserdem zusaetzliche lohnfuhrwagen zum schneeabtransport auf.

in der vergangenen nacht wurde die zweimalige ausfahrt aller einsatzfahrzeuge auf den alarmrouten um 21 uhr und 1 uhr frueh angeordnet.die nachtpartie war vorwiegend mit der schneeabfuhr im gebiet des 7. bezirks beschaeftigt.

heute, mittwoch, herrschte bei einer temperatur von minus zwei grad celsius bedecktes, ruhiges wetter. daher wurde vor-nehmlich der einsatz der schneefraese in den randgebieten des 19. bezirkes sowie die freimachung der siedlungsgebiete noerd-lich der donau angeordnet. im uebrigen stadtgebiet ist die raeumung von nebenfahrbahnen durch pflugeinsaetze sowie die abfuhr verkehrsbehindernder schneehaufen auf kreuzungen, strassenengen und bei haltestellenbereichen vorgesehen.

die wiener feuerwehr musste mittwoch vormittag nicht weniger als 90-mal ausfahren, um schneewaechten und eiszapfen auf daechern, zu beseitigen. die rettung meldete gluecklicherweise keine ausfahrten zur bergung gestuerzter personen.

insgesamt standen mittwoch 2.122 schneearbeiter (davon 725 mann eigenes personal und 1.397 tagloehner), 227 schneepfluege, 31 streufahrzeuge, 182 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, eine schneefraese, zwoelf sandlademaschinen, 84 schneeladegeraete und ein schneeschmelzgeraet im einsatz.

1516

rinderhauptmarkt vom 10. dezember

21 wien, 10.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhren inland: 14 ochsen, 95 stiere, 249 kuehe, 64 kalbinnen, summe 422. neuzufuhren ungarn: 12 stiere, summe 12. gesamtauftrieb: 14 ochsen, 107 stiere, 249 kuehe, 64 kalbinnen, summe 434. verkauft: 14 ochsen, 107 stiere, 241 kuehe, 64 kalbinnen, summe 426, 8 kuehe blieben unverkauft.

preise: ochsen 17.40 bis 18.50, extrem 0, stiere 15.70 bis 18.80, extrem 19 (2), kuehe 11.50 bis 15, extrem 15.50 bis 15.70 (3), kalbinnen 15.50 bis 18, extrem 18.10 (1), beinlvieh kuehe 9.50 bis 11, ochsen und kalbinnen 12.50 bis 15.40

der durchschnittspreis erhoehte sich bei ochsen um 86 groschen, bei stieren um 21 groschen, bei kalbinnen um 10 groschen und ermaessigte sich bei kuehen um 8 groschen je kilogramm.

der durchschnittspreis einschliesslich beinlvieh: ochsen 17.79, stiere 17.74, kuehe 13.74, kalbinnen 16.47, beinlvieh verteuerte sich bis zu 10 groschen je kilogramm. ungarische stiere 18 schilling je kilogramm.
1553

budgetdebatte (zusammenfassung)

23 wien, 10.12. (rk) mit den stimmen von spoe und oevp wurde mittwoch nachmittag, am ersten tag der budgetdebatte im wiener rathaus, nach einem referat von vizebuergermeister felix s l a v i k (spoe) das kapitel finanzwesen angenommen (einnahmen 9,8 milliarden, ausgaben 2,9 milliarden). ueber das gesamtbudget der bundeshauptstadt (einnahmen 15.032 millionen und ausgaben von 15.355 millionen) wird am 18. dezember abgestimmt werden. die kleinen fraktionen lehnten das gesamtbudget bereits heute ab.

in seinem eineinhalb stunden dauernden referat legte der staedtische finanzreferent ein optimistisches budget fuer 1970 vor. wien rechnet mit einer guenstigen konjunkturlage, obwohl die gesetzgebung des bundes zu einer minderung der ertragsanteile fuer die laender und gemeinden gefuehrt habe (allein wien um 551 millionen weniger).

zahlreiche neue grossvorhaben sind im budget 1970 enthalten: u-bahn, hochwasserschutz, grossklaeranlage, grossgruenmarkt, das neue st. marx, das kurzentrum und neue heizwerke. fuer den u-bahn-bau sind 438 millionen vorgesehen. in diesem zusammenhang verwies slavik neuerlich darauf, dass er mit dem bundeszuschuss von 2,4 milliarden rechne. die finanzierung der verschiedenen grossen vorhaben sei durch anleihen nicht moeglich, weil dies eine unertraegliche belastung fuer die naechsten generationen bedeutete.

zur ueberpruefung der gebuehren stellte slavik den antrag, bei wasser, kanal und entgelte fuer die maerkte und schlachthoefe eine regulierung ins auge zu fassen.

in der generaldebatte, die gleichzeitig als spezialdebatte zum kapitel finanzen gilt, uebt gr. o l a h (dfp) bei aller anerkennung, dass in wien viel geschehe, kritik daran, wie die probleme wiens geloest werden: seiner ansicht nach zu spaet und zu unentschlossen. der redner beklagt sich auch darueber, dass die mehrheitsfraktion die kleineren fraktionen

./.

im gemeinderat schlecht behandle.

gr. dr. s c h m i d t (fpoe) vermisst die wirtschaftliche planung und koordinierung und fragt, ob schon das leitbild fuer unsere stadt existiert. die u-bahn-steuer sei ueberfluessig, die anleihe fuer die stadtwerke in der hoehe von 700 millionen koennte besser fuer investitionen verwendet werden.

oevp-generalredner gr. josef f r o e h l i c h bedauert, dass in wien in den letzten jahren nicht alle bereitgestellten mittel fuer den wohnbau ausgegeben wurden. 600 millionen schilling liegen auf der ''hohen kante''.

ein forcierter garagenbau sei nicht nur in der city, sondern auch in den ballungszentren, wie floridsdorfer spitz usw., noetig. die erhoehung der bundesmittel fuer wiener strassen rechtfertigt nicht die einschraenkung des staedtischen strassenbaues. eine der draengensten fragen sei die stadterneuerung, zu der die wiener oevp konkrete vorschlaege bekanntgegeben hat.

mit kreditaktionen hat wien positive massnahmen gesetzt, doch wird noch vieles getan werden muessen, um die wirtschaftsfreundlichkeit der stadtverwaltung zu beweisen. zur budgetpolitik: angesichts der rathaus-milliarde fragte man sich, ob die u-bahn-steuer vertretbar sei. die gefahr bestehe darin, dass wien fuer die industrie zu kostenintensiv wird.

gr. b u s t a , der generalredner der sozialisten, wies darauf hin, dass die stadt in den jahren 1967 und 1968 zur konjukturverbesserung 500 millionen schilling zusaetzlich fuer investitionen freigegeben hat. das budget 1970 steht im zeichen zahlreicher grossvorhaben, die investitionen gegenueber 1969 werden um 16,2 prozent hoeher sein.

den groessten teil seiner ausfuehrungen widmete busta einer konfrontation des sozialistischen programms fuer die gemeinderatswahlen 1969 mit dem budget 1970. ''der voranschlag zeigt, dass die sozialisten ihr wahlprogramm lueckenlos einhalten werden''.

./.

anhand verschiedener budgetziffern ueber die forschungsfoerderung, den schulbau, die errichtung von sportstaetten, der stadt des kindes, von kindergaerten, alterspflegeheimen und spitaelern sowie den bemuehungen um die ansiedlung neuer betriebe sprach busta davon, dass der voranschlag getreulich die wahlversprechen der spoe widerspiegle.

im schlusswort erklaerte vizebuergermeister s l a v i k , dass die stadt wien selbstverstaendlich alle zukunftschancen wahren werde. die schuld fuer die vergebene chance der olympiade liegt allerdings bei den oevp-mitgliedern der seinerzeitigen bundesregierung. zu anfragen hinsichtlich des grundstueckerwerbes erklaerte slavik, dass im vorhinein nie genau zu sagen sei, welche grundstuecke in welcher groesse erworben werden koennten. sollten sich aber moeglichkeiten zum kauf groesserer areale ergeben, so werden die notwendigen budgetaeren aufstockungen selbstverstaendlich durchgefuehrt werden.

(schluss)

1641

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Personalsituation leicht gebessert

2. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform.
Referent Stadtrat Hans Bock (SPÖ).
Einnahmen 337,090.800 Schilling, Ausgaben 1,049.745.100 Schilling.

Wien, 11.12. (RK) In seinem Referat stellte Stadtrat Hans Bock (SPÖ) eine "leicht gebesserte Personalsituation bei der Stadt Wien" fest. Diese Entwicklung ist besonders erfreulich, da insgesamt die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Wien seit 1964 gesunken ist. Das bedeutet allerdings nicht, daß der öffentliche Dienst auf längere Sicht keinen Bedarf an Arbeitskräften mehr hätte. Denn die Erwartungen des Bürgers hinsichtlich der von der öffentlichen Hand übernommenen Aufgaben steigen ständig, was sich übrigens in allen Großstädten, besonders auf dem Dienstleistungssektor, deutlich verfolgen läßt. Für das Jahr 1970 sieht der Dienstpostenplan beim Magistrat (ohne die Wiener Stadtwerke) eine

./.

Vermehrung um 844 Dienstposten gegenüber 1969 vor. Damit beträgt der Personalstand etwas mehr als 36.000 Bedienstete. Dagegen ergibt sich bei den Wiener Stadtwerken eine Reduktion um 431 Bedienstete (1970 : 17.605).

Für die Hoheitsverwaltung werden die Personalabgaben bei rund vier Milliarden Schilling liegen, das ist eine absolute Steigerung um nicht ganz 400 Millionen Schilling. Die Stadtwerke rechnen mit einem Personalaufwand von 2,5 Milliarden Schilling, das ist eine Vermehrung um rund 145 Millionen.

Ein besonders aktuelles Problem ist die Arbeitszeitverkürzung, deren erste Etappe zu Beginn des Jahres 1970 in Kraft tritt. Es bieten sich dafür verschiedene Lösungsmöglichkeiten an: Intensivitätssteigerung, Rationalisierung der Betriebsorganisation, Leistung von Überstunden, Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften oder Investitionen.

Eine einheitliche Lösung ist nicht möglich. Im reinen Verwaltungsdienst wird sich voraussichtlich eine Personalvermehrung vermeiden lassen. Dort jedoch, wo ein kontinuierlicher Dienst erforderlich ist, muß geprüft werden, ob organisatorische Maßnahmen die Arbeitszeitverkürzung kompensieren können. Sollte eine Neuregelung nur durch Personalvermehrung möglich sein, wird dies auf Schwierigkeiten in Anbetracht der bestehenden Arbeitsmarkt-Situation stoßen.

Stadtrat Bock beschäftigte sich dann mit dem Einzug des Computers in die Verwaltung. Steigende Einsatzmöglichkeiten werden sichtbar: Der Anwendungsbereich im Rechnungswesen ist bereits gesichert, weitere Arbeitsgebiete werden erschlossen. Dazu gehört vor allem die medizinische Dokumentation im Spitalswesen. Dieser Einsatz kann zur Beschleunigung von Verwaltungsvorgängen führen. Außerdem gilt es, für den Bereich der Daten- und Informationsspeicherung die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Allerdings kann der Computer weder jetzt noch in Zukunft den Menschen das Wagnis der Entscheidung abnehmen.

./.

Bock stellte die Forderung auf, daß sich die Tätigkeit der Verwaltung immer beweglicher gestalten müsse: "Es dürfte unvermeidlich sein, die strenge Zuständigkeitsverwaltung zugunsten einer stärkeren Teamarbeit abzubauen."

Zu der Identifizierung der Verwaltung mit Bürokratie erklärte der Personalstadtrat, daß nur etwa ein Zehntel der 54.000 Gemeindebediensteten aus "Schreibtisch-Bürokraten" besteht. Der öffentliche Dienst bietet in Wien ein buntes Bild verschiedenster Berufe - allein 16.000 Bedienstete sind im Spitals- und Wohlfahrtswesen tätig. Das ist aber noch nicht alles: Die Verwaltungsorganisation darf nicht nur an vorhandenen Bedürfnissen orientiert sein, sie muß für weiteren Bedarf Vorkehrungen treffen.

Schließlich erneuerte Bock die Zusicherung, daß Reorganisationsbestrebungen grundsätzlich nicht zu Kündigungen führen werden. Eventuelle Überhänge werden durch den normalen Personalabgang aufgefangen. Allerdings wird es nicht zu vermeiden sein, daß bei Auflassung von Dienstposten manche Bedienstete an andere Dienststellen versetzt werden, wo eine personelle Verstärkung notwendig ist.

Ein Rückblick an der Schwelle des Jahres 1970 läßt erkennen, daß die Verwaltung in den letzten zehn Jahren beachtliche Veränderungen erfahren hat. Alle Aufgaben und Probleme wurden in Wien bewältigt. Für die Zukunft ist die Verwaltung der Bundeshauptstadt gut vorbereitet, sie hofft, die Schwierigkeiten des kommenden Jahrzehnts erfolgreich zu überwinden. (Forts.)

"Kultur zum Überleben"

2. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe III, Kultur, Schulverwaltung und Sport.

Referent Vizebürgermeister Gertrude Sandner (SPÖ). Einnahmen 48,882.400 Schilling. Ausgaben 752,920.700 Schilling.

Wien, 11.12. (RK) In ihrer Budgetrede umriß Kulturstadträtin Gertrude Sander die Aufgaben der Generationen, die das Jahr 2000 zu verantworten und die Voraussetzungen für den Anbruch des dritten Jahrtausends vorzubereiten haben werden. Da die Privatsphäre des Menschen durch die fortschreitende Entwicklung der Kommunikationsmittel immer weiter, immer tiefer gefährdet werde, müsse ihre Bewahrung als ein zu schützendes Grundrecht des Menschen erkannt werden. Daher müßten die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Bevölkerung vom Geistigen her dem Wien der Zukunft das Profil geben könne, welches seiner europäischen Tradition und den daraus erwachsenden Aufgaben entspreche. Während der äußere Kampf um das Leben der Menschen durch technische Zivilisation und Wohlfahrt erleichtert werde, wachse die Bedrohung des Daseins auf einer anderen Ebene - jener im geistig-seelischen Bereich. Daher sei die Kultur heute gewissermaßen das Feld, auf dem Entscheidungen im Kampf um die Selbstbehauptung fallen werde.

Noch immer betrachtet man Kultur als Luxus - nicht unbedingt notwendig. Aber wir haben Kultur notwendig, nicht nur zum Leben - wir werden sie bitter notwendig haben zum Überleben.

Das Wien des Jahres 2000 muß immer noch Wien sein: die Eigenart und Einmaligkeit der kulturellen Atmosphäre, seine großartigen geistigen Leistungen, kulturellen Schöpfungen müssen erhalten bleiben und neue, den Zeitgegebenheiten entsprechende Aufgaben hinzugefügt werden. Daß die Stadtverwaltung die Probleme und Aufgaben erkannt hat und bereit ist, sie in diesem Sinne zu lösen, beweisen die Ansätze des Budgets 1970. ./.

Die Referentin beschäftigte sich zunächst mit den Strukturschwächen des österreichischen Schulwesens und den geplanten Schulversuchen, mit deren Hilfe in Wien neue Methoden und neue Erkenntnisse geprüft und danach eine permanente Reform des österreichischen Schulwesens eingeleitet werden sollen. Von materiell-baulicher Seite stehen diesen Bestrebungen in Wien keine Hindernisse entgegen: "Seit dem Jahr 1965 wurden für unsere Schulen zwei Milliarden Schilling ausgegeben. Im Jahr 1970 werden wir an 29 Schulen weiterbauen und weitere zehn mobile Klassen für vorübergehenden Spitzenbedarf einsetzen. Für das kommende Jahr ist eine Schulausstellung vorgesehen, die dem behinderten Kind gewidmet sein wird.

Als immer noch übersehenes und vergessenes Stiefkind ist die Erwachsenenbildung zu bezeichnen. Seit 45 Jahren fehle die Fixierung der Wirkungsbereiche des Bundes und der Länder auf diesem Gebiet. Ein Volksbildungsgesetz müsse eine entscheidende materielle und effektive Verbesserung der gegenwärtigen Situation bringen, doch müsse ein solches, das nur reglementieren wolle, von vornherein abgelehnt werden. Um der Volksbildung eine freizügige und materiell gesicherte Entwicklung zu sichern, sehe das Kulturbudget sieben Millionen Schilling (um 133 Prozent mehr seit 1966) für die Volksbildung und weitere 7,5 Millionen Schilling für bauliche Arbeiten vor.

Wie wichtig Erwachsenenbildung sei, zeigen die alarmierenden Untersuchungsergebnisse über die mangelnde Lesefreudigkeit der Österreicher. Das Bemühen um das gute Buch müßte verstärkt werden, was mit einschließe, daß man sich auch auf diesem Gebiet der Bildungsarbeit für moderne Werbemethoden entscheiden muß. Durch die Eröffnung des "Haus des Buches" am 15. Jänner mit seinen vorbildlichen Einrichtungen leiste Wien nicht nur einen entscheidenden Beitrag, sondern habe ein neues Wiener Kulturzentrum geschaffen.

Das Wiener Musikleben dürfe nicht allein von glanzvollen Aufführungen und Dirigenten mit noch glänzvolleren Namen abhängen, sondern müsse vor allem von tausenden Musikbegeisterten und Musikausübenden getragen werden.

./.

Die Resultate der gegenwärtigen Musikerziehung werden also die künftige Position von Wien als der Stadt der Musik kennzeichnen, daher die Förderung des Konservatoriums und der Kindersingschulen der Stadt Wien sowie die konsequente Fortführung der Schülerkonzerte, der Einbau von Musikschulen in Gemeinschaftshäuser und das Fortsetzen der Versuche mit Jazz-Musik.

Neben dem Problem, die Freizeit sinnvoll und produktiv zu gestalten, dränge sich die Frage nach Möglichkeiten geistiger Anregung für ältere Menschen unabwendbar auf. Das Hinführen zum Musischen von frühester Jugend an sichere einen zufriedenen, weil erfüllten Lebensabend.

Untrennbar von der Freizeitgestaltung sei der Sport, der speziell in der modernen Industriegesellschaft bedeutungsvolle Funktionen zu erfüllen habe. 57,9 Millionen stehen für den Bau von Großsportanlagen, für die Förderung von Sportverbänden und Sportaktionen, für Neuplanungen der Schisprunganlagen im 14. Bezirk und der sogenannten Schweißtropfenbahn im 3. Bezirk zur Verfügung. Rechne man noch die Summen für den Ausbau von Bädern, Turnsälen und Sporthallen in Großschulen hinzu, ergebe sich ein Gesamtbetrag von 93 Millionen für die Sportförderung.

Die Festwochen 1970 werden wie bisher kulturelle Höhepunkte bringen. Im Theater an der Wien wird unter Leonard Bernstein eine Fidelio-Aufführung stattfinden, das 100jährige Jubiläum des berühmten goldenen Musikvereinssaales wird mit 22 Orchesterkonzerten unter berühmten Dirigenten gefeiert werden. Im Vordergrund wird der Wunsch stehen, "Festwochen für Wien" zu gestalten und nicht nur "Festwochen in Wien".

Insgesamt 15,5 Millionen stehen zur Verfügung, von denen der Bund 3,5 Millionen Schilling trägt. Vergleicht man die Summen, die der Bund für die Salzburger Festspiele, ja selbst für die Bregenzer Festspiele zur Verfügung stellt, könne mit Bedauern festgestellt werden, daß es ein interessantes Subventionsgefälle von West nach Ost zu verzeichnen gibt.

./.

Von diesem Gefälle seien auch die Wiener Symphoniker betroffen, deren glanzvolle Leistungen offenbar nicht ausreichen, die zuständigen Stellen in den Ministerien vor der internationalen Bedeutung dieser Sendboten Österreichs zu überzeugen. Auch hier müsse die Stadt immer mehr Mittel bereitstellen, um den künstlerischen Bestand dieses berühmten Klangkörpers nicht zu gefährden.

Um den steigenden Bedarf an Subventionen für Wiener Theater zu bedecken, sind 49 Millionen vorgesehen. Darüber hinaus helfe die Stadt Wien entscheidend dem Theater der Jugend, das zur größten Institution dieser Art in Europa geworden ist. In der Saison 68/69 registrierte man eine Besucherzahl von 760.349 Personen. Allein im Theater an der Wien zählte man bei Eigenproduktionen des "Theaters der Jugend" mehr als 100.000 junge Besucher.

Das Theater an der Wien sei nicht nur zum bestbesuchten und meistbespielten Wiener Theater geworden, sondern habe sich in den Vordergrund der europäischen Musical-Theater gespielt und zu einer eigenen Linie gefunden.

Die österreichische Filmkrise dauert weiter an. Es fehlt ein Filmförderungsgesetz. Die Stadt Wien werde jedenfalls vor allem den Kulturfilm fördern.

"Es gibt die Kunst der Zeit, doch oft hat es den Anschein, daß unsere Zeit keine Zeit für die Kunst hat", erklärte die Rednerin. In der Demokratie habe die Kunst die Freiheit, laufe aber Gefahr, die Beachtung zu verlieren.

Es sei daher Aufgabe der städtischen Kulturpolitik, unermüdlich nach neuen Möglichkeiten zu suchen, die zur Auseinandersetzung mit dem Künstler - zum Engagement - führt. Mit Aufträgen, Ausstellungen und Diskussionen wolle man auch 1970 versuchen, die Kluft zwischen Künstler und Publikum ein wenig zu überbrücken.

./.

Für Stiftungen, Stipendien und Forschungsaufträge sowie für Förderung von Forschung und Wissenschaft sind 67,7 Millionen vorgesehen.

Zu den Aufgaben, die Wien im europäischen und internationalen Rahmen zu erfüllen habe, gehöre die Erhaltung der historischen baulichen Kostbarkeiten. Das vorbereitete Wiener Altstadtgesetz, die Altfassadenaktion und die Bemühungen um die Erhaltung der Schönheit der Landschaft rund um Wien tragen dazu bei.

Der Naturschutz und der Landschaftsschutz müssen mehr als ein Schlagwort sein. Das Jahr 1970, zum europäischen Naturschutzjahr erklärt, erfährt seinen Niederschlag im Wiener Europagespräch, das unter dem Motto "Mensch und Natur in der europäischen Großstadt" steht.

Die Errichtung von kulturellen Zentren in den Wiener Randgebieten wird fortgesetzt. Neue Häuser der Begegnung entstehen in der Großfeldsiedlung, in Kagran und in Liesing.

Der innerösterreichische Kulturaustausch wird sich 1970 vor allem auf die Steiermark und Oberösterreich konzentrieren; 1971 auf das Burgenland.

Abschließend erklärte Vizebürgermeister Gertrude Sandner, daß Wien eine weltoffene Stadt mit einer faszinierenden Gegenwart sei, die sich bemüht, ihre Aufgaben in der Zukunft zu erfüllen. Das erfordert dynamische Aktivität. Das Budget ihrer Geschäftsgruppe habe viele Möglichkeiten, für diese großen Aufgaben im europäischen und internationalen Bereich zu arbeiten.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

u-bahnhilfe bei existenzbedrohung: rathaus und handelskammer einig

1 wien, 11.12. (rk) die gemeinde wien und die kammer der gewerblichen wirtschaft fuer wien haben sich auf eine gemeinsame hilfsaktion fuer jene gewerbetreibenden geeinigt, die durch den u-bahnbau in ihrer existenz bedroht sind. kammer und stadtverwaltung werden fuer eine reihe von unterstuetzungsmassnahmen zunaechst je zwei millionen schilling zur verfuegung stellen. das ergebnis der expertenbesprechungen wurde mittwoch abend dem vorstand der wiener handelskammer vorgelegt und von diesem gremium gutgeheissen. dem wiener gemeinderat wird die vereinbarung ueber diese gemeinsame aktion voraussichtlich noch im dezember zur entscheidung vorgelegt.

die in aussicht genommenen hilfsmassnahmen fuer die durch den u-bahnbau in ihrer existenz bedrohten gewerbetreibenden bestehen aus kostenloser betriebsberatung, zinsenzuschuessen fuer bankkredite (hoechstens fuenf prozent jaehrlich und laengstens bis zwei jahre nach wegfall der beeintraechtigung), uebernahme von buergschaften, gewaehrung niederverzinslicher darlehen (drei prozent jaehrlich)und schliesslich zahlungen an solche gewerbetreibende, die infolge der beeintraechtigung durch den u-bahnbau ihren betrieb fuer immer einstellen mussten. diese massnahmen koennen einzeln oder in geeigneter kombination gewaehrt werden.

die gewaehrung von hilfsmassnahmen,auf die kein rechtsanspruch besteht, ist an eine reihe von voraussetzungen gebunden: der bewerber muss mitglied der wiener handelskammer sein und muss sein gewerbe an diesem standort bereits zum zeitpunkt der genehmigung der arbeitvergabe durch den gemeinderat ausgeuebt haben. der gewerbebetrieb muss im baustellenbereich liegen und die beeintraechtigung in einen unmittelbaren zusammenhang mit der bautaetigkeit stehen. die beeintraechtigung muss zudem das zumutbare ausmass uebersteigen und den gewerbetreibenden in seineer existenz bedrohen. konjunkturbedingte nachfrage- oder einnahmerueckgaenge, die unabhaengig vom u-bahnbau zu einer existenzbehinderung fuehren, zaehlen naturgemaess nicht zu solchen beeintraechtigungen.

./.

voraussetzung fuer die gewaehrung von hilfsmassnahmen ist zudem der nachweis, schon vor beginn der beeintraechtigung den betrieb ordnungsgemaess gefuehrt zu haben. ausserdem muss der bewerber alle betriebseigenen und im zumutbaren ausmass auch die privaten mittel zur abwendung der existenzbedrohung herangezogen haben. zum nachweis der behaupteten existenzbedrohung muessen alle notwendigen geschaeftsunterlagen der letzten drei jahre vor beginn der u-bahnbauarbeiten vorgelegt werden. die beeintraechtigung durch die bautaetigkeit muss ueberdies mindestens 18 monate gedauert haben.

in besonders beruecksichtigungswuerdigen faellen kann allerdings eine hilfe bei nichtvorliegen dieser voraussetzung gewaehrt werden. schliesslich heisst es in den richtlinien der gemeinsamen aktion noch, dass die gewaehrung einer hilfe - mit ausnahme der betriebseinstellungen - die gesundung des unternehmens nach beendigung der beeintraechtigung erwarten lassen kann.

fuer die durchfuehrung dieser aktion sind kammer und magistrat zustaendig. ansuchen koennen daher in zweifacher ausfertigung, sowohl bei der wiener handelskammer wie auch beim magistrat eingereicht werden. alle diese eingaben sind stempelfrei.

die ueberpruefung aller unterlagen beziehungsweise die erhebungen im betrieb selbst werden von den beauftragten der kammer und den organen des magistrates gemeinsam durchgefuehrt. kommt es zwischen diesen fachleuten zu keinem einvernehmen, entscheidet eine aus je zwei vertretern des magistrates und der kammer zusammengesetzte kommission. dieses gremium hat grundsaetzlich seine entscheidung einstimmig zu treffen. in den richtlinien heisst es ausdruecklich, dass die entscheidung ueber die gewaehrung von hilfen in der kuerzest moeglichen zeit zu erfolgen hat.

wurde eine hilfsmassnahme durch falsche urkunden oder auf eine andere art erschlichen, muessen die kosten natuerlich zurueckgezahlt werden. die bestimmung ueber die sofortige rueckzahlung gilt auch fuer jene darlehen, die nicht widmungsgemaess verwendet worden sind.

0904

abgeordnete in der parteiendemokratie
eine empirische untersuchung des wiener gemeinderates

2 wien, 11.12. (rk) mit dem buch der beiden jungen oesterreichischen wissenschaftler und mitarbeiter des fordinstitues peter g e r l i c h und helmut k r a m e r ''abgeordnete in der parteiendemokratie - eine empirische untersuchung des wiener gemeinderates und landtages'' liegt die erste umfassende oesterreichische politologische untersuchung vor.

dr. kramer und dr. gerlich praesentierten im rahmen einer pressekonferenz im fordinstitut in der stumpergasse dieses forschungsergebnis, das, wie die autoren betonten, die zweitwichtigste gesetzgebende koerperschaft der republik oesterreich auf 246 seiten genau unter die lupe nimmt. bei ihrer arbeit, die vom kulturamt der stadt wien gefoerdert wurde, orientierten sich die beiden politologen an methoden der modernen empirischen sozialwissenschaft. grundlage waren vor allem speziell strukturierte interview mit insgesamt 98 der 100 wiener gemeinderaete. zunaechst wird von den autoren genau untersucht, wer die abgeordneten sind, wie sie volksvertreter wurden und worin sie ihre aufgaben sehen. es folgen beschreibungen ueber die herkunft, die bildungs-, berufs- und altersstruktur sowie über die stellung der weiblichen abgeordneten. kramer und gerlich vergassen im verlauf des dreijaehrigen forschungsvorhabens natuerlich nicht, unterschiede zwischen den beiden grossen fraktionen herauszuarbeiten und dafuer plausible erklaerungen abzugeben.

in drei abschnitten wird die frage nach abgeordnetentaetigkeit oder der rolle der volksvertreter behandelt. den mandataren wird gelegenheit gegeben, ihre stellung zunaechst gegenueber partei und fraktion, dann gegenueber wahlbezirk und waehlern, schliesslich im entscheidungsprozess und gegenueber den staedtischen beamten zu beschreiben und zu definieren.

./.

ein weiterer abschnitt analysiert die ''fraktionsspitzen'' und die sogenannten ''hinterbaenkler'', die sich vor allem mit koordinierungsfragen beschaeftigen. die interviewten politiker wurden auch mit unangenehmen fragen konfrontiert, die sie in den meisten faellen sehr offenherzig beanworteten. so wurden sie nach ihren karriereambitionen genauso gefragt wie nach ihren enttaeuschungen. von nicht geringer bedeutung ist in diesem zusammenhang die zeitliche belastung aller abgeordneten durch repraesentationspflichten und ansuchen ihrer anhaenger.

im rahmen der praesentation des buches erklaerte der direktor des fordinstitutes, univ.-prof. dr. gerhart b r u c k - m a n n , dass derartige untersuchungen nur in einer grossforschungsstelle,wie sie das fordinistitut darstelle, durchgefuehrt werden koennen.das fordinstitut wurde im jahre 1963 unter mitwirkung der stadt wien und der fordfoundation ins leben gerufen. die stadtverwaltung stellte damals ein modernes gebaeude in der stumpergasse 56 zur verfuegung. aufgabe des instituts ist die lehre und forschung. es dient der weiterbildung von graduierten akademikern in den sparten politologie, soziologie und oekonomie. im rahmen von zweijaehrigen lehrgaengen werden echte spezialisten herangebildet, denen bestbezahlte posten in der wirtschaft, im diplomatischen dienst und in internationalen organisationen winken.

dem lehrkoerper gehoeren so prominente professoren wie die oesterreich-amerikanischen nationaloekonomen haberler und morgenstern sowie der aussenpolitische chefberater praesident nixons, henry kissinger (havard university, cambridge, mass., usa), an. waehrend ihrer zweijaehrigen ausbildung beziehen die studenten des institus ein monatliches stipendium von 3.000 schilling.
0949

dritte oesterreichische damenmeisterschaft
im eisschiessen in der donauparkhalle

4 wien, 11.12. (rk) die wig-halle im donaupark ist samstag, den 13. dezember, schauplatz der vom wiener landeseisschuetzenverband durchgefuehrten dritten oesterreichischen damenmeisterschaft im eisschiessen. zahlreiche damenmannschaften aus ganz oesterreich haben ihr kommen zugesagt und werden unter beweis stellen, dass dieser sportzweig keineswegs nur ''maennersache'' ist.

vizebuergermeister gertrude s a n d n e r , die den ehrenschutz ueber diese veranstaltung uebernommen hat, wird dabei selbst zum eisstock greifen und die wettkaempfe mit einem kraeftigen ''anschub'' eroeffnen.
1002

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 15. bis 28. Dezember

Wien, 11. 12. (RK)

Montag, 15. Dezember:

11.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend: 1.Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen der Haupt- und allgemeinbildenden höheren Schulen wie des Polytechnischen Lehrganges; Wiener Symphoniker, Dirigent: Hans Swarowsky, Hans Urbanek, Orgel - Susanne Grünwald und Manuela Wiesler, Flöte - Klaus Maetzl, Violine.
(Mozart: Ouv. zur Oper "Die Entführung aus dem Serail"; Joh.Seb.Bach: Toccata und Fuge d-Moll, BWV 565; Beethoven: V.Symphonie c-Moll, op.67, 1.Satz (Allegro con brio); Cimarosa: Konzert für zwei Flöten und Orchester, 1.Satz; Strawinsky: Aus der Ballettsuite: "Der Feuervogel": Teufelstanz des Königs Kaschtschei, Wiegenlied und Finale; Lalo: Symphonie espangnole für Violine und Orchester, op.21, 1.Satz; Joh.Strauß (Sohn): Ouv. zur Operette "Die Fledermaus")

19.30 Uhr, Funkhaus, Großer Sendesaal, Österreichischer Rundfunk: 3.Konzert im Zyklus VII "die reihe" (6.Konzert im Zyklus XII der Musikalischen Jugend); Dirigent: Kurt Schwertsik, Solist: Kurt Equiluz; Ensemble "die reihe", Mitglieder des ORF-Chores, Einstudierung: Gottfried Preinfalk (Bojidar Dimov: Raumspiele (1968); Karl Heinz Füssl: Miorita (1963); Josef Maria Horvath: Redundanz I (1967); Irmfried Radauer: Tetraeder (1969)

19.30 Uhr, Ital. Kulturinstitut (Ungargasse 43), Großer Saal, Italienisches Kulturinstitut: Konzertabend-Vokalensemble "Quartetto vocale Italiano" (Gabrieli, Orlando di Lasso, O.Vecchi u.a.)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Kulturvereinigung der Jugend: "Stimmen der Welt" - Chansonabend-Juliette Gréco

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 3.Abend im Zyklus VI "Concentus Musicus" (2.Konzert im Zyklus XI der Musikalischen Jugend).Mitwirkend: Frans Brüggen, Blockflöte; (Georg Philipp Telemann: Ouv. g-Moll; Concerto für vier Violinen und Streicher; Concerto à- 6 für Blockflöte, Fagott und Streicher; Suite a-Moll für Blockflöte und Streicher; Concerto für drei Oboen, drei Violinen und Continuo)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend: 4.Konzert im Zyklus I (Wiederholung des 4. Sonntagnachmittagskonzerts des N.Ö. Tonkünstlerorchesters)Dirigent: Heinz Wallberg; Solisten: Maria D-Onofrio, Sopran - Thomas Kakuska, Violine (Chatchaturian: Drei Arien für Sopran und Orchester (E); Mozart: Violinkonzert A-Dur; Mendelssohn: 4.Symphonie A-Dur, Italienische)

./.

Dienstag, 16. Dezember:

11.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend: 4.Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen der Haupt- und allgemeinbildenden höheren Schulen wie des Polytechnischen Lehrganges; Wiener Symphoniker, Dirigent: Hans Swarowsky, Hans Urbanek, Orgel - Klaus Maetzl, Violine - Susanne Grünwald und Manuela Wiesler, Flöte (Programm siehe 15. Dezember)

19.00 Uhr, Konservatorium (Johannesgasse 4a), Konzertsaal, Konservatorium der Stadt Wien: Vortragsabend der Klavierklasse Grete Dichler

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Klavierabend Bruno Leonard Gelber (Beethoven: Sonate Es-Dur, op.81 a "Les Adieux", Schumann:"Caranval", op.9, Chopin: Sonate h-Moll, op.58)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Konzertdirektion Dr. Theo Cieplik: Klavierabend Gloria Withney (Bach, Schumann, Schönberg, Scriabine, Rachmaninoff)

19.00 Uhr, Wiener Urania, Hörsaal VI, VHS Wr. Urania - Wiener Arbeiterkammer: Vortrag Prof. Dr. Philipp Ruff "Musik als Ausdruck der Zeit", 6.Abend - "Musik der Gegenwart"

Mittwoch, 17. Dezember:

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Wiener Schubertbund: Chorkonzert - zum 60. Geburtstag von Alfred Uhl, in memoriam Ernst Tittel, Adventchöre - Leitung Prof. Heinrich Gattermeyer

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Abend im Zyklus V "Liederabende" Irina Archipowa, Mezzosopran, am Flügel: Irwin Gage; (Lieder von Tschaikowsky, Rachmaninoff und Mussorgsky)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Kammermusikzyklus; Wiener Barockensemble, Dirigent: Theodor Guschlbauer; Solisten: Gottfried Hechtl und Wolfgang Schulz, Flöte (Pergolesi: Concertino Nr. 1, C-Dur; Cimarosa: Konzert für 2 Flöten und Orchester G-Dur; Haydn: Symphonie "Merkur" Hob.I/43)

Donnerstag, 18. Dezember:

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Konzertdirektion Brabbée: Iwan Rebroff mit seinem Balalaika-Ensemble (Wiederholung)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, "Les Ménéstrels", "Ein Fest im Palazzo" nach dem Sonettenkranz "Mundus Placidus" von Simon Prudenziani da Orvieto

./.

Donnerstag, 18. Dezember:

19.30 Uhr, Palais Palffy, Figaro-Saal, Liederabend Marisa Landi, Sopran

Freitag, 19. Dezember:

15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Theater der Jugend: "Mozartsängerknaben" "Die beiden Geizigen", komische Oper in einem Akt von André E.M. Grétry

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend: 1.Konzert im Sonderzyklus (Voraufführung des 5. Abonnementkonzerts der Wiener Philharmoniker), Dirigent: Eugene Ormandy, Solist: Henyk Szeryng, Violine (Programm siehe 20. Dezember)

19.00 Uhr, Konservatorium (Johannesgasse 4a), Konzertsaal, Konservatorium der Stadt Wien: Vortragsabend der Trompeterklasse Wilhelm Stracker

Samstag, 20. Dezember:

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Philharmoniker, 5.Abonnementkonzert Dirigent: Eugene Ormandy, Solist: Henryk Szeryng, Violine. (Beethoven: Ouv. zu "Egmont", op. 84; Beethoven: Konzert für Violine und Orchester D-Dur, op.101; Brahms: 4.Symphonie e-Moll, op.98)

16.00 Uhr, Bildungsreferat Hernals (Kalvarienberggasse 28a), Bildungsreferat Hernals: "Klassisches Wiener Schrammelquartett", Leitung: Lois Böck "Hernals und die Schrammeln"

Sonntag, 21. Dezember:

10.00 Uhr, Akademiekirche St. Ursula, Wiener Akademie für Musik u.d.Kunst: Palestrina, Missa brevis, Proprium: Motetten, Es sing der Chor des ORF

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Philharmoniker (Wiederholung des 5.Abonnementkonzerts) Dirigent: Eugene Ormandy, Solist: Henryk Szeryng, Violine (Programm siehe 20. Dezember)

18.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 3.Konzert im "Orgel-Zyklus", Singverein - Tonkünstler, Dirigent: Kurt Richter; Solisten: Adele Stolte, Anneliese Burmeister, Peter Schreier, Siegmund Mimsgern, Hedwig Bilgram (J.S. Bach: "Weihnachtsoratorium")

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubert-Saal, Blinde Vortragskünstler: "Das musikalische Kleeblatt", Leitung: Franz L. Steiner, Karl Reinhard, Violine - Franz L. Steiner, Klavier - Ada Wohlmuth, Sopran (Chopin, Grieg, Schubert, Heuberger, Dostal, Steiner u.a.)

./.

Montag, 22. Dezember:

19.30 Uhr, Funkhaus, Großer Sendesaal, Österreichischer Rundfunk: Sonderkonzert - Hans Pfitzner: "Das Christelflein", Spieloper in zwei Akten nach der Originaldichtung von Ilse von Stach, umgedichtet von Hans Pfitzner (konzertante Aufführung). Der Chor und das Symphonieorchester des ORF (Choreinstudierung Gottfried Preinfalk), Dirigent: Ernst Märzendorfer

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 2.Abend im Zyklus IV (1.Konzert im Zyklus VIII der Musikalischen Jugend) "Prager Streichquartett" (Haydn: Quartett B-Dur, op.76/4; Janáček: Quartett Nr. 1; Dvořak: Quartett F-Dur, op.96)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Weihnachtskonzert der Österreichischen Frauenbewegung: Chorvereinigung Jung Wien, N.Ö. Tonkünstlerorchester, Dirigenten: Leo Lehner, Karl Etti

\- - -

Appell an die Fußgänger:

Nicht quer durch die U-Bahn-Baustelle

Wien, 11. 12. (RK) Die Verlegung vor allem der Straßenbahnhaltestelle der Sechziger-Linien etwas stadtauswärts in der Wiedner Hauptstraße hat dazu geführt, daß zahlreiche Fußgänger die Absperrungen der U-Bahn-Baustelle Karlsplatz mißachten und versuchen, quer durch den Baustellenbereich zu gehen.

Ebenso wie für die Autofahrer hat die Baustelle Karlsplatz auch für die Fußgänger Erschwernisse gebracht, die in einer Verlängerung der Wegstrecken bestehen. Der Umweg aus dem Bereich der Wiedner Hauptstraße zur Stadt beträgt etwa 180 Meter. Dabei ist es so, daß der Umweg durch den Resselpark absolut gefahrlos ist und die Fahrbahn der Lastenstraße sowie die Gleise der Tramway bei einem ampelgesicherten Übergang gequert werden können.

Im Bereich der Baustelle besteht für die Fußgänger - vor allem hat es sich gezeigt, daß auch viele Schulkinder diese "Abkürzung" wählen -, größte Gefahr. Die für den U-Bahn-Bau verantwortlichen Techniker appellieren daher dringend an die Fußgänger, sich im eigenen Interesse diszipliniert zu verhalten und die Absperrungen zu beachten.

Es ist bekanntlich vorgesehen, zwischen dem Bereich Wiedner Hauptstraße und dem Gordis-Eck einen Fußgängersteg zu errichten. Der Bau dieses Steges ist jedoch erst dann überhaupt möglich, wenn die endgültige Verlegung der Straßenbahngleise abgeschlossen ist, was Ende Jänner der Fall sein soll. Der Steg würde dann im Resselpark beginnen und etwa 40 Meter vor dem Gordis-Eck (Lothringerstraße) enden. Von dort ist es gefahrlos möglich, das letzte Stück bis zur Kärntner Straße zu ebener Erde zurückzulegen.

Die Bauarbeiten im Bereich Karlsplatz gehen trotz des außerordentlich ergiebigen Schneefalls weiter. Es ist zwar eine Verzögerung eingetreten, die durch die Schneeräumung bedingt war, doch wurde am Mittwoch wieder die Arbeit an der Aushebung der für die künftigen Schlitzwände erforderlichen Gräben fortgesetzt.

\- - -

Autofahrer ignorieren Parkverbot:

Behinderung der Schneeräumung

Wien, 11. 12. (RK) "Manche Wiener Autofahrer sind unbelehrbar!" Diese bedauerliche Feststellung mußte die Stadtreinigung leider treffen. In der Nacht von Mittwoch, den 10. auf Donnerstag, den 11. Dezember war der wichtige Verkehrsträger Neustiftgasse vollkommen verparkt. Die Folge: Die Räumgeräte konnten den Schnee nicht entfernen.

Sorgen hat auch die Wiener Feuerwehr. Am heutigen Donnerstag mußten wieder 300 Ausfahrten wegen Dachlawinen und Eiszapfen durchgeführt werden. Die Feuerwehr appelliert aus diesem Anlaß an die Hausbesitzer, ihre schneebedeckten Dächer genauer zu beobachten.

In der vergangenen Nacht war die Nachtpartie vorwiegend mit der Schneeabfuhr im Gebiet des 7. Bezirkes beschäftigt. Die Burggasse, die Neubaugasse und die Kaiserstraße wurden zur Gänze geräumt. Die Aktivitäten der Schneekämpfer in der Schönbrunner Straße und der Wiedner Hauptstraße wurden durch Stammgäste in den Parkverbotszonen nicht gerade begünstigt. Um ein Uhr morgens wurde die Ausfahrt sämtlicher Räum- und Streugeräte auf den Alarmrouten angeordnet. Die Hauptfahrbahnen sind größtenteils salzfeucht aber gut befahrbar. Für heute Donnerstag wurde vordringlich die Freimachung der Übergänge sowie die Freilegung der Wasserlaufgitter und weitere Schneeabfuhr angeordnet.

Es stehen 2.290 Schneearbeiter (davon 729 Mann eigenes Personal und 1.561 Taglöhner), 257 Schneepflüge, 7 Streufahrzeuge, 219 Lastkraftwagen für Schneeabfuhr, 12 Sandlademaschinen und 98 Schneeladegeräte im Einsatz.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Personaldebatte

Wien, 11. 12. (RK) GR. Müller (DFP) stellte den Antrag, die für Personalwerbung ausgeworfenen drei Millionen Schilling sofort zu streichen und sie für ein Rationalisierungsprogramm umzuwidmen. Er schlug vor, wie bei der Bundesregierung innerhalb der eigenen Beamtenschaft einen Wettbewerb mit Prämien für Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung einzuführen.

Gastarbeiter brauchte man nicht zu beschäftigen, wenn sie nur dafür eingesetzt werden, Wahlplakate der DFP herunterzureißen. Der Redner kritisierte das komplizierte Zulagensystem. Im besonderen seien die Aufwandsentschädigungen zu verurteilen, die "genehmen" Personen mit meist ohnehin hohen Bezügen zuerkannt werden. Er bemängelte den zu geringen Betrag von 800.000S für Schul- und Jugendbetreuung, während für den "Tag der offenen Tür" 900.000S veranschlagt sind.

Abschließend stellte er den Antrag, für alle KFZ-Lenker der Einsatzfahrzeuge eine persönliche Versicherung abzuschließen, damit die Lenker für Schäden nicht aus eigenem aufkommen müssen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ): Wir stehen am Beginn einer neuen Teuerungswelle, die einschneidender sein wird, als alle Erhöhungen der letzten Jahre. Die städtischen Bediensteten hätten überhaupt nicht die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, ob sie der Gewerkschaft beitreten wollen oder nicht. Unerklärlich sei, warum die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten von jedem Bediensteten der Stadtwerke 1,5 Prozent und von jedem sonstigen Bediensteten 1,1 Prozent Gewerkschaftsbeitrag einhebt und das vom Bruttobezug und ohne Höchstgrenze. Der Gewerkschaft fließen dadurch jährlich bis 50 Millionen zu.

40 Stunden-Woche: Es wäre für Österreich wichtiger, den Anschluß an das europäische Lohnniveau zu finden.

Man hat sich in der Verwaltung für die verkürzte Arbeitszeit entschieden, jedoch anscheinend keinerlei Maßnahmen getroffen, durch eine Erhöhung des Personalstandes dieser Arbeitszeitverkürzung Rechnung zu tragen. Bei den Verkehrsbe-

./.

trieben wird die Zahl der Überstunden noch mehr steigen und auf dem Spitalssektor werden sich die Personalprobleme noch mehr verschärfen.

Zu der jährlichen Vermehrung der Dienstposten des Presse- und Informationsdienstes (derzeit 54) meint der Redner, daß eine immer größer werdende Zahl von Protektionskindern mitgeschleppt wird, die nicht einmal bei den Parteizeitungen zu gebrauchen sind.

Der Redner fordert die Vorlage von Landesgesetzen zur Verbesserung bei den Vordienstzeitanrechnungen, dem Zwischenzeitengesetz und zur Erhöhung der Witwenpension auf 60 Prozent. Bezüglich der Witwenpension stellt er neuerlich seinen diesbezüglich bereits zweimal gestellten Antrag.

Er erhebt die Frage, wann die Formular- und die Amtstitelkommission endlich zu einem vorläufigen Abschluß ihrer Arbeiten kommen wird. Auch beim Rathausprotokoll, das derzeit noch "vom Bürgermeister und seinem Gefolge" spricht, wäre eine Neuformulierung notwendig.

Bei der Besetzung von Posten und dem Vorwärtskommen eines Bediensteten dürfte seine politische Richtung nicht ausschlaggebend sein.

GR. Prof. Rudolf Zörner (ÖVP) forderte eine einfachere Regelung der über tausend Nebengebühren mit Hilfe eines externen Computerfachmannes. Bei den Pauschalvergütungen für Mehrdienstleistungen von KFZ-Lenkern der Gemeinde Wien kritisierte er, daß auch der Fahrer der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hier aufscheint.

Während einerseits beim Presse- und Informationsdienst eine Ausweitung der Dienstposten stattfinde, werden andere Magistratsabteilung (z.B.MA 25,35 bis 37, 50) personalpolitisch stiefmütterlich behandelt. Problematisch sei auch die Behandlung von Schäden bei Dienstfahrzeugen der Baupolizei. Kritik brachte Zörner zur Entlohnung der Lektoren in städtischen Bibliotheken und zur Verwendung von Kanzleikräften vor. Hinsichtlich der bisher nicht erfolgten Pragmatisierung von Schaffnerinnen müßte der Grundsatz "gleiches Recht für gleiche Arbeit" gelten.

./.

Mit dem Arbeitstempo der Kommission zur Reduzierung von Amtstiteln, die das letztemal am 19. April getagt hat, zeigte sich Zörner gleichfalls unzufrieden. Erfreulich seien hingegen die Erklärungen von Vizebürgermeister Slavik und Personalstadtrat Bock zum Thema Arbeitszeitverkürzung.

Bei Vergleichen zwischen der niederösterreichischen und der Wiener Personalpolitik kam es zu einem Zwischenrufduell, an dem sich die Gemeinderäte Hans Mayr und Gawlik (beide SPÖ) einerseits und Zörner andererseits beteiligten. "Wir halten uns lieber an die Früchte der geleisteten Arbeit" (Mayr sekundiert von Gawlik - Zörner: "Gehen wir heute nachmittag in die Herrengasse und schauen es uns dort an." - Mayr: "Sie verteidigen personalpolitischen Terror".

Prof. Zörner richtete dann mit Blickrichtung auf die im Frühjahr 1970 fälligen Personalvertretungswahlen für die Gemeindebediensteten eine Anfrage an den Bürgermeister, die sich mit der Wahlordnung beschäftigt.

GR. Wiesinger (SPÖ) stellte als Mitarbeiter der Titelkommission fest, daß die Titel einer organisch gewachsenen Beamtenschaft nicht mit einem Federstrich aus der Welt geschafft werden können. Der als Beispiel angeführte Arbeitstitel "Feuerbursch" sei eine Bezeichnung, die aus dem Schmiedehandwerk kommt; sie ist auch in den Bundesländern üblich.

Der nächste Debattenredner, GR. Föder (SPÖ): Die 1945 aufgestellte Grundsatzforderung der Gewerkschaft nach einem einheitlichen Dienst-, Sozial- und Vertragsrecht sei niemals im Gegensatz zur Auffassung im Wiener Rathaus gestanden. Damit unterscheide sich die Wiener Personalpolitik wohltuend von der anderer Dienstgeber.

Die Behauptung, der Gewerkschaftsbeitrag der Gemeindebediensteten sei der höchste, treffe nicht zu. Er beträgt ein Prozent des Gehalts ausschließlich Nebengebühren. Für Beamte des Ruhestandes wurde der Beitrag auf 0,7 Prozent gesenkt. Die Einbehaltung des Gewerkschaftsbeitrages auf dem Wege des Gehaltsabzuges sei keine Zwangskassierung; jedes Mitglied habe sich damit schriftlich einverstanden erklärt.

Zur Wiener Pensionsordnung 1966: Durch sie wird die soziale Sicherheit im öffentlichen Dienst erhöht. Wer durch Erkrankung

./.

oder Unfall vorzeitig pensioniert werden muß, erhält bei der Pensionsberechnung zehn Jahre angerechnet. Dieser Grundsatz wurde bisher bei 800 Bediensteten angewendet.

Ergänzungszulagen zur Mindestpension erhalten derzeit 1.079 Pensionisten, Hilflosenzulage wird an 3.940 Personen bezahlt.

In den Genuß des Wiener Unfall-Fürsorgegesetzes, das weitergehend als das Bundesbeamten-Fürsorgegesetz sei, sind bisher 4.230 Bedienstete nach Unfällen und 46 nach Berufserkrankungen gelangt. 3.525 Personen erhalten eine Versehrtenrente neben ihren Ruhebezügen.

Auch im Hinblick auf die Besoldungspolitik konnten Fortschritte erzielt werden. Seit 1. Oktober 1968 sind die Anfangsbezüge bei der Gemeinde Wien um 14,6 bis 22 Prozent erhöht, bei den Mittelbezügen beträgt die Erhöhung 18 bis 20 Prozent, bei den Endbezügen 14 bis 15 Prozent.

Die Einführung der 43stündigen Dienstzeit ab 5. Jänner 1970 bringe eine Reihe von Problmen, vor allem Überstundenbezahlung für einen verhältnismäßig großen Personenkreis. Jedenfalls werden in Wien die 44.und 45. Stunde wie alle übrigen Überstunden bezahlt.

Über Rationalisierungseffekte bei den Verkehrsbetrieben seit 1966: Trotz Einführung von 26 zusatzfreien Tagen im Jahr konnte der Personalstand bei gleicher Leistung um 544 Fahrer und 859 Schaffner verringert werden.

Der Personalstand bei den Krankenschwestern ist derzeit zufriedenstellend. Lediglich 40 Betten sind in den Wiener Spitälern vorübergehend wegen Personalmangel gesperrt, demgegenüber sind 680 Betten wegen Um- oder Neubauten nicht benützbar.

GR. Hirnschall (FPÖ) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort: an Hand des bereits vorliegenden Protokolles der heutigen Sitzung weist er nach, daß er von GR. Pöder (SPÖ) im Zusammenhang mit der Einführung der 40-Stundenwoche falsch zitiert worden sei.

Als GR. Lehner (ÖVP) als nächster Redner zunächst auf einige Ausführungen von GR. Pöder repliziert und erklärt, es seien die

./.

Sozialisten, die in den letzten Jahren für die Kommunisten immer wählbarer würden, kommt es zu erregten Zwischenrufszenen. "Ist das Ihre wirkliche Überzeugung?" und "denken Sie an die ÖMV, wen dort die Frau Ottilinger gekauft hat" ruft Hans Mayr (SPÖ) in den Saal und auch Schmidt (FPÖ) beteiligt sich: "Denken Sie lieber an den ÖGB und daran, daß im Vorstand noch immer Kommunisten sitzen", ruft er den Sozialisten zu.

Lehner beschäftigt sich dann sehr ausführlich mit dem Problem der Krankenschwestern und verlangt ein eigenes Schema für die Sozialberufe. Die Grundgehälter müßten so hoch sein, daß nicht bloß durch die Zulagen die Lebensfähigkeit dieses Berufes gewährleistet werde. Der Redner kritisiert sodann Stadtrat Bock, weil dieser bei einigen Diplomfeiern erklärt habe, auch für den Schwesternberuf werde die 40-Stundenwoche eingeführt werden. Laut Lehner würde jedoch die Einführung der 40-Stundenwoche zur Folge haben, daß 4.000 Betten in Wiener Spitälern infolge Personalmangels gesperrt werden müßten. Allein für die strikte Einhaltung der 45-Stundenwoche wären derzeit zusätzlich 500 Schwestern nötig.

Niemand sei gegen eine Arbeitszeitverkürzung, doch sollte man nicht Versprechungen abgeben, die man nicht halten könne!

Die Personalwerbung für den Schwesternberuf bezeichnete der Sprecher zudem als mangelhaft, obwohl man doch mit den modernen Schulen und Schwesternhäusern auch werbungsmäßig einige Attraktionen zu bieten hätte. Lehner brachte sodann einen Antrag ein, die Ambulanzschwestern, die gegenüber den [illegible]-Saalschwestern infolge Wegfall der Nachtdienstzulage schlechter gestellt seien, leistungsgerecht zu bezahlen. In einem weiteren Antrag verlangte er eine Honorierung jener Nachtdienste, die von den Schwesternschülerinnen geleistet würden. Die Erfahrungen mit ausländischem Pflegepersonal qualifizierte Lehner sodann als "gemischten Erfolg". Abschließend erinnerte er daran, daß in den Wiener Spitälern derzeit noch 553 geistliche Schwestern Dienst machten. Diese Schwestern müßten in fünf bis sechs Jahren ersetzt werden und aus Erfahrung wisse man, daß für eine geistliche Schwester im Durchschnitt 2,5 weltliche Schwestern eingestellt werden müßten. Daher müsse jetzt schon rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, damit in einigen Jahren zumindest 1.000 neue zusätzliche Schwestern bereitstünden.

./.

GR. Hahn (ÖVP) kritisierte, daß die Mitglieder des Personalausschusses heuer schon zweimal einen Bericht zum Fragenkomplex Verwaltungs- und Betriebsreform" gefordert, jedoch nicht erhalten hätten. Deshalb seien die Mandatare unter anderem auf die - rathausintern offenbar umstrittene - Zeitschrift "Unter Uns" angewiesen, wenn sie sich informieren wollten.

Zur Planung insgesamt: Die ÖVP sei immer für den Fortschritt gewesen, aber auch immer gegen jede Fehlplanung, für die der Steuerzahler aufzukommen hat. Solche Fehlplanungen seien etwa im Umbau des Amtsgebäudes Bartensteingasse zu sehen - er dauert jetzt bereits sieben Jahre und ist noch nicht abgeschlossen - oder in der Rathausdruckerei: Vor zwei Jahren sei in deren Räumen eine neue Klimaanlage installiert worden. Vor kurzem sei aber die Druckerei in die neuen Räume am Modenapark übersiedelt, wo sie kurioserweise im Festsaal des Gebäudes untergebracht worden sei. (Zwischenruf GR. Doktor Drimmel (ÖVP): "Sie müssen halt fest drucken!") Hahn forderte die bessere räumliche Unterbringung einiger Abteilungen, besonders jener des Kulturamtes am Friedrich Schmidt-Platz. Überhaupt müsse hinsichtlich der Raumfrage der Büros Planung an die Stelle der jetzigen Konzeptlosigkeit treten. Die GESIBA, die derzeit ein neues Bürohaus errichtet, könnte auch gefragt werden, ob sie in diesem Gebäude nicht Räume für Büros des Magistrats frei hätte.

GR. Lausecker (SPÖ) stellte fest, die Mandatare seien dazu da zu sein, ihre Initiativen können aber nur durch gut funktionierende Angestellte in die Tat umgesetzt werden. Dennoch werden vor allem die öffentlich Bediensteten und die Bürokratie von der Öffentlichkeit immer wieder angegriffen, was gerade die stets pflichtbewußten Bediensteten der Stadt Wien nicht verdienen.

Das Budget 1970 läßt erkennen, daß für die dritte Etappe der Anhebung der Bezüge nicht nur Vorsorge, sondern auch Wertsicherungsübereinkommen getroffen wurden, die nach Abschluß der Gehaltsaktion im Jänner 1972 eine echte Erhöhung des Reallohnes um 5,8 Prozent ergeben werde.

./.

Was die von der ÖVP vorgeschlagene leistungsgerechte Entlohnung für das Gesundheitspersonal anlangt, müsse man bedenken, daß es eine Fülle von Berufsgruppen gebe, die für sich eine solche leistungsgerechte Entlohnung anstreben, wodurch schließlich der allgemeine Besoldungsrahmen gesprengt und andere Angestelltengruppen arg ins Hintertreffen geraten könnten. Deshalb sei der von Professor Zörner angegriffene Zulagenkatalog vielmehr ein gelungener Versuch, ohne Sprengung des Personalrahmens leistungsgerechte Löhne nach den Gesichtspunkten einer modernen Personalführung zu erzielen. Vergleiche mit den Verhältnissen beim Bund möge man besser unterlassen.

Der Redner hob in der Folge die Pionierleistung der Stadt Wien hervor, mit Hilfe des "Wiener Speichersystems" Zulagen nach Beendigung des aktiven Dienstes im Rahmen des Ruhebezuges zum Tragen zu bringen. Das Land Niederösterreich ist bisher die einzige Gebietskörperschaft, die die Wiener Regelung - allerdings unter wesentlich weniger günstigen Voraussetzungen - nachahmt.

Die Stadt Wien habe die Bundesregelungen auf dem Sektor Dienst-, Besoldungs- und Ruhensrecht nicht nur übernommen, sondern wesentlich verbessert. In einem einzigen Punkt wolle er hier einen Verbesserungsvorschlag vorbringen: Nicht nur bei Blindheit oder Geisteskrankheit zehn Jahre zusätzlich in den Ruhegenuß miteinzuberechnen, sondern diese Zeit auch bei anderen schweren Krankheiten, die zu Dienst- und Erwerbsunfähigkeit führen, miteinzubeziehen. Abschließend erklärt der Redner, daß die sozialistische Fraktion schon im Jahr 1965 einen Entwurf zur Schaffung einer gesetzlichen Personalvertretung mit einem Maximum an Rechten und Schutz für die die Vertretung Ausübenden ausgearbeitet habe.

Stadtrat Bock erklärt im Schlußwort, nach der dreieinhalbstündigen Debatte, man müßte nicht immer bis zur Budgetdebatte warten, um eventuell auftauchende Mängel oder Probleme aufzuzeigen. Er bemühe sich das ganze Jahr, Unzulänglichkeiten zu beheben.

Auf dem Sektor der Amtstitel wurden bereits 202 Berufsbezeichnungen gestrichen. Man dürfe aber nicht in den Fehler verfallen, Amtstitel und Berufsbezeichnungen zu verwechseln.

./.

Niederösterreich auf dem Sektor der Personalpolitik als Beispiel hinzustellen, sei völlig falsch. Die Volkspartei solle sich nicht wünschen, daß die Wiener Sozialisten im gleichen Stil Personalpolitik machen wie die ÖVP in Niederösterreich. Er verwahre sich auch dagegen, daß es in der Gemeindeverwaltung einen Gesinnungszwang gebe. Die politische Gesinnung des Bediensteten darf nicht vom Nachteil, aber auch nicht vom Vorteil sein. Maßgebend sei allein die Arbeitsleistung. Auch die Jungen haben heute in der Gemeindeverwaltung eine Chance.

Daß sich die Situation auf dem Sektor des Schwesternmangels gebessert hat, darauf habe auch Stadtrat Dr. Glück hingewiesen. Die Verwaltung kann stolz darauf sein, daß man diesem Problem Herr werden konnte. Bezüglich der Arbeitszeitverkürzung wurde den Schwestern keine Hoffnung gemacht. Es war selbstverständlich, daß nur ein Teil der Bediensteten in den Genuß der Arbeitszeitverkürzung kommen kann. Dieser Grundsatz gelte aber auch in der Privatwirtschaft. Auch dort hat man in vielen Zweigen einen Ausgleich durch Überstunden schaffen müssen.

Eine Beseitigung der Zulagen durch Anhebung des Grundgehaltes würde zu Ungerechtigkeiten führen. Unser Zulagensystem bringt zum Ausdruck, daß die Arbeit des einzelnen richtig entlohnt wird.

Die verlangten Spezialausbildungskurse für Schwestern werden im kommenden Jahr eingeführt werden.

Gegenwärtig sind nur zehn Vormerkungen auf Ärzteposten vorhanden. Dieser Stand wird sicherlich rasch abgebaut werden können.

Der Nachtdienst werde von vielen Ärzten gerne übernommen, da er außerordentlich gut honoriert wird. Eine Haftpflichtversicherung für die Fahrer der Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Rettung bestehe bereits. An einem sogenannten Schadenbehebungsgesetz werde bereits gearbeitet.

./.

Personalwerbung müssen wir betreiben. Der öffentliche Dienst stehe genauso im Konkurrenzkampf um die Arbeitskraft, wie die Privatwirtschaft, ja wir müssen mit unserer Werbung in manchen Fällen sogar hinaus in die Bundesländer gehen. Zum Vergleich der Schwesterngehälter mit dem Ausland ist zu sagen, daß man auch die Mieten und die Lebenshaltungskosten in diese Berechnungen miteinbeziehen müßte. In Deutschland zum Beispiel ist es auch so, daß die Schwester für ihre Dienstkleider selbst aufkommen muß.

Zur Kritik über die Verwendung von Sondervertragsbediensteten - zum Beispiel beim Presse- und Informationsdienst - erklärte Personalstadtrat Bock, daß dies die einzige Möglichkeit sei, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden.

Abstimmung: Der Antrag der DFP (Personalwerbung) wurde abgelehnt, der Antrag über Haftpflichtversicherung wurde zugewiesen. Der Antrag der FPÖ (Witwenversorgung) wurde zugewiesen, ebenso die Anträge der ÖVP (Nachtdienst beziehungsweise Ambulanzschwestern). Die Anfrage der ÖVP wegen Personalvertretungswahlen wird der Bürgermeister schriftlich beantworten.

Die Ansätze des ersten Hauptstückes werden mit den Stimmen SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Personaldebatte (Zusammenfassung)

Wien, 11. 12. (RK) Insgesamt viereinhalb Stunden dauerte am zweiten Tag der Wiener Budgetdebatte die Beratung des Kapitel I, Personal. Stadtrat Hans Bock (SPÖ) stellte eine leicht gebesserte Personalsituation fest. Als besonders aktuelles Problem bezeichnete er die Arbeitszeitverkürzung, für die eine einheitliche Lösung nicht möglich erscheine. Man wird sich mit Intensivitätssteigerung und organisatorischen Maßnahmen helfen müssen, da eine Personalvermehrung auf Schwierigkeiten stoßen wird.

Der Stadtrat verwies dann auf die steigenden Einsatzmöglichkeiten des Computers in der Verwaltung, vor allem im Rechnungswesen, aber auch in der medizinischen Dokumentation.

Neuerlich verwies Bock darauf, daß nur etwa ein Zehntel der 54.000 Gemeindebediensteten aus sogenannten Schreibtischbürokraten bestehen. Er schloß, daß die Verwaltung der Bundeshauptstadt auch für die Zukunft gut vorbereitet sei.

GR. Müller (DFP) kritisierte vor allem das Zulagensystem und stellte zwei Anträge: Der eine, die drei Millionen für Personalwerbung besser für Rationalisierung zu verwenden, der andere, eine Versicherung für Kfz-Lenker abzuschließen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ): Die Bediensteten haben nicht die Möglichkeit, über ihren Gewerkschaftsbeitritt zu entscheiden, die Gewerkschaft kassiert jährlich 50 Millionen Schilling. Zur 40-Stunden-Woche meinte er, daß die Verwaltung keinerlei Maßnahmen für die Erhöhung des Personalstandes getroffen hat.

Prof. Zörner (ÖVP) beschäftigte sich mit der Kommission zur Reduzierung von Amtstiteln und fordert Zwischenrufe heraus, als er Vergleiche zwischen der niederösterreichischen und der Wiener Personalpolitik zieht.

GR. Wiesinger (SPÖ) stellt als Mitarbeiter der Titelkommission fest, daß man diese Titel nicht mit einem Federstrich aus der Welt schaffen könne.

Den ausführlichsten Debattenbeitrag lieferte GR. Pöder (SPÖ), der die Arbeit der Gewerkschaft und die Verbesserungen für die Bediensteten herausstrich.

./.

GR. Lehner (ÖVP) beschäftigt sich ausführlich mit Krankenschwesternproblemen und verlangt ein eigenes Schema für Sozialberufe. Zwei Anträge dazu werden gestellt.

GR. Hahn (ÖVP) kritisiert Fehlplanungen bei Amtsgebäuden. So wurde die Rathausdruckerei im Festsaal des neuen Hauses Am Modenapark untergebracht.

Letzter Debattenredner ist GR. Lausecker (SPÖ). Er lobt die pflichtbewußten Bediensteten der Stadt Wien.

Im Schlußwort betonte Stadtrat Bock, daß nur ein Teil der Bediensteten in den Genuß der Arbeitszeitverkürzung kommen kann.

\- - -

goldenes sparbuch fuer einmillionste ''z''-sparkontoinhaberin

14 wien, 11.12. (rk) buergermeister bruno m a r e k ueberreichte donnerstag vormittag in seinem arbeitszimmer den einmillionsten inhaber eines sparkontos der zentralsparkasse der gemeinde wien, frau elfriede b e i e r aus wien-hietzing, ein vergoldetes sparbuch mit einer einlage von 1.000 schilling. der ueberreichung des goldenen sparbuches wohnte auch ''z''-generaldirektor dr. karl m a n t l e r bei. fuer die beiden kinder der jubilaeumssparerin stellte sich der buergermeister der auch vorsitzender des verwaltungsrates der zentralsparkasse ist, mit bonbonnieren ein. die zentralsparkasse verwaltet gegenwaertig 27,1 prozent der spargelder aller oesterreichischen sparkassen.
1452

preisguenstige gemuese- und obstsorten

13 wien, 11.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 4 bis 5 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, bananen 7 bis 8 schilling, mandarinen 10 schilling, orangen 5.50 schilling je kilogramm.
1455

rindernachmarkt vom 11. dezember

16 wien, 11.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 8 kuehe, die weiterhin unverkauft blieben.

schweinenachmarkt vom 11. dezember

17 wien, 11.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0, neuzufuhren 131, davon 71 durchlaeufer, gesamtauftrieb dasselbe, verkauft 131, unverkauft 0.
auslandsschlachthof: 258schweine aus der ddr, marktverkehr ruhig, hauptmarktpreise.

pferdenachmarkt vom 11. dezember

18 wien, 11.12. (rk) auftrieb: 3 pferde, 0 fohlen, herkunft oberoesterreich 3, die unverkauft blieben.
1535

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Kulturdebatte

Wien, 11. 12. (RK) Dr. Tuma (DFP) bezweifelte in seinem Debattenbeitrag, daß mit diesem Kulturbudget tatsächlich ein Schritt in die Zukunft getan wurde. Die Erhöhung um 56,5 Millionen Schilling gegenüber dem Kulturbudget des Vorjahres bedeute lediglich eine routinemäßige Aufstockung.

Das Altstadt-Erhaltungsgesetz sei zwar zu begrüßen, werde aber kaum die gewünschte Wirkung zeitigen. Denn wer habe bisher die größten Sünden auf diesem Gebiet begangen? Nicht die Privaten, sondern die Stadtverwaltung selbst.

Das von einer Zeitung geprägte Wort vom "unsozialen Grün" treffe voll zu. Die Grünanlagen in den Gemeindebauten entsprechen nicht den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen.

Bei den Wiener Festwochen sei vieles zur Routine erstarrt, eine Auffrischung wäre dringend notwendig. Auch im Subventionswesen habe sich seit ungefähr zwanzig Jahren nichts geändert.

Die Filmkrise sei kein österreichisches, sondern ein Wiener Problem. Den guten Wiener Film gibt es nicht mehr.

Im Kulturbudget werde zwar besonderer Wert auf das Schulwesen gelegt, aber für die kommende Schulreform wurde keinerlei Vorsorge getroffen. Da nach einem Beschluß der UNESCO aus dem Jahr 1961 die Kindergärten in der Art von Vorschulen geführt werden sollen, wäre es zweckmäßig, die Kindergärten dem Schulwesen zu unterstellen.

Bei der Bestellung von Schulleitern sollte nicht deren Parteizugehörigkeit maßgeblich für die Nominierung sein.

Die für den Sport vorgesehenen Mittel seien völlig unzureichend. Besser wäre es, kleine örtliche Sportanlagen zu errichten, als Sportzentren, die infolge der gegenwärtigen Verkehrssituation schwer zu erreichen sind. Der Fußball sei völlig verwahrlost - und das in Wien, einst Heimatstadt dieser Sportart. Daran sind nicht zuletzt die Abgaben schuld. In Wien betragen die Abgaben eines Fußballklubs 33 Prozent seiner Einnahmen. ./.

GR.Prof.Dr.Fritz Wolfram (FPÖ) bezeichnete das Kulturbudget als "außerordentlich mager, gemessen an den großen Aufgaben", Es sei geradezu bewundernswert, daß mit diesem seit drei Jahren rückläufigen Budget doch noch so viel geleistet werden könne. Besonders bedauerlich seien die Kürzungen bei der Studienförderung und den städtischen Büchereien. Wertvolle - und für die schulische Arbeit heute bereits unentbehrliche - Tätigkeit leiste die Landeslichtbildstelle.

Die Erhaltung des Stadtbildes als Kulturaufgabe nehme in ihrer Bedeutung ständig zu, insbesondere als wachsende Komponente der Geltung Wiens, da ja die politische und wirtschaftliche Bedeutung der österreichischen Bundeshauptstadt aus bekannten Gründen ständig weiter sinke. Wiens Stadtbild, sagte der Redner, unterscheide sich wohltuend von den amerikanisierten Fassaden anderer Großstädte. Daher sei auch das kommende Altstadterhaltungsgesetz besonders zu begrüßen.

Auf dem Gebiet des Sports nannte der Redner die Steigerungen bei den Investitionen "sehr erfreulich", sprach jedoch von einer Mitschuld der Gemeinde Wien an der prekären Lage des Wiener Fußballsports. Dies liege besonders an der Besteuerung. Während nämlich etwa in Kärnten und Niederösterreich die Fußballklubs keine andere als die Umsatzsteuer zahlen, hat etwa allein der Fußballklub Rapid-Wien in den letzten neun Jahren zwölf Millionen Schilling Vergnügungssteuer bezahlt.

Schulen: Neubauten und Umbauten sind erfreulich, nicht hingegen der Proporz in der Bestellung von Direktoren. Wolfram sprach dabei von einem "unverschämten Terror gegenüber allen parteiungebundenen Lehrern" und behauptete, es bestehe ein ganz großer Unterschied zwischen dem Schulprogramm der Sozialisten und der Schulwirklichkeit in der Bundeshauptstadt. Der zuständigen Stadträtin allerdings bescheinigte der Redner "rechtes und ehrliches Bemühen" sowie die volle persönliche Anerkennung durch seine Fraktion.

GR. Dr. Drimmel (ÖVP) hat sich zum ersten Male als Gemeinderat zur Debatte gemeldet. Er legt einleitend ein Bekenntnis zu der unter seiner ministeriellen Führung ins Leben gerufenen

./.

Schulreform ab, bekennt jedoch gleichzeitig, daß er sich besseren Einsichten der Siebziger-Jahre nicht in den Weg stellen werde.

Der Redner wendet sich dann verschiedenen kulturellen Themen zu. Die Kulturpolitik der öffentlichen Hand kann die Kultur fördern und sie hemmen, kann sie entwickeln, aber auch zerstören. Es wäre interessant, in dieser Diskussion doch auf das eigenartige Zueinander von Kunst und Industrie, von Industriesystem und Kunsterlebnis einiges zu sagen. Als Bruckner das Ehrendoktorat der Wiener Universität erhielt - er war der erste Nichtakademiker, der diese Würde bekam - sagte der damalige Rektor in der Promotionsrede: "Dort, wo das Reich der Wissenschaft endet, beginnt das unermeßliche Reich der Kunst". Manche sind heute an dem Punkt angelangt, daß man glaubt, Datenverarbeitungsmaschinen könnten unter Umständen das kompositorische Werk betätigen.

Der Redner spricht vom Dilemma der jungen Intellektuellen, die bei richtiger Betrachtung eher einer romantischen Gesinnung innerlich verhaftet sind, die ungleich größer ist als der pompös zur Schau getragene Rationalismus. Die jungen Studenten, die in Prag unter dem Ruf "mehr Licht" die Revolte begannen, meinten mit diesem Ruf nicht nur die schlechte elektrische Beleuchtung des philosophischen Seminars, diese jungen Menschen verlangten mehr Licht in geistiger Hinsicht. Ich bin überzeugt, daß die enorme Courage, unter der diese Jungen leider vergebens eine echte Revolution in Gang gesetzt haben, nicht um Gut und Geld gegangen ist, sondern um ein höheres Gut. Es ist tragisch, wenn sie dann mit dem Staat, der die Gesellschaftsordnung trägt, in Konflikt geraten und dieser Konflikt gebildeter Menschen an der Front der Polizisten, der Pedelle, der Saalwächter und der Kirchendiener ausgetragen wird.

Der Redner bedankt sich beim Rektor des Studienjahres 1967/68 Professor Schwind, der von den Progressiven als Reaktionär und von den Konservativen als Revolutionär verschrien, die Zivilcourage besessen hat, das Gespräch mit den jungen Menschen unter Kontrolle zu bringen und die Skandalisierung fernzuhalten. Er dankt auch dem Polizeipräsidenten dieser Stadt, der es besser

./.

zuwege gebracht hat als die Polizeipräsidenten der deutschen Hochschulstädte, die diese Auseinandersetzung bis an die Dramatik blutiger Opfer gedeihen ließen. Er dankt auch dem seinerzeitigen Unterrichtsminister Dr. Piffl, der sich der neuen Linken zur Diskussion stellte.

Wir haben die Aufgabe, das Österreichische im kulturellen Leben zu bewahren. Unsere österreichische Kultur und die Kultur in Wien wird durch das Phänomen des Neuen, das mit einer ungeheuren Wucht auf uns eindringt, da und dort erschüttert. Wien hat jedoch die große Tradition seiner Vergangenheit zu bewahren. Es muß daher die Aufgabe der Kulturpolitik in unserer Stadt sein, sich von Extremen fernzuhalten. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf das Programm des Senders Ö 3, der 18 Stunden im Tag unserer Jugend "ihre Musik" bringt. Die Jugend hat ein Recht auf ihre Musik, es müßte jedoch auch die Musikalität in eine andere Richtung gelenkt werden. Wir müssen den jungen Menschen eine geistige Heimat geben und sie mit den großen Werken unserer Musiker konfrontieren. Neben der Schallplatte müßte auch der Rundfunk etwas für Musik aus Österreich tun.

Unsere Stadt verfügt wie kaum eine andere über vier bedeutende Symphonieorchester und es besteht die enorme Schwierigkeit, diese Orchester laufend zu besetzen.

Der Redner begrüßt, daß die Stadt Wien das Jazz-Festival der jungen Leute unter ihren Schutz genommen hat. Auf dem Sektor der Literatur sei es bedauerlich, daß es immer weniger "lesende" Menschen gibt. Das gute Buch und heimische Autoren müßten gefördert werden. Leider verlieren wir derzeit nicht nur unsere Manuskripte sondern auch unsere Autoren an das Ausland. Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß der Bestseller der Weihnachtszeit 1969 ein Buch eines amerikanischen Autors über Gruppensex.

Festwochen: Der Redner bekennt sich zur Intendanz der Wiener Festwochen. Man sollte überlegen, was getan werden kann, um auch die eigene Produktion mehr auf die Beine zu bringen. Mit der Restaurierung des Theaters an der Wien wurde ein sehr couragierter Schritt getan.

./.

Der Redner erklärt abschließend, daß die Diskussionen hier und in den Ausschüssen immer auf einer geordneten Gesprächsbasis geführt wurden. In diesem Sinne sage seine Fraktion ja zur Toleranz, zur Diskussion und zu den Versuchen einer Einigung im Sachlichen (Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

GR. Herbert Mayr (SPÖ) würdigte seinen Vorredner für dessen tolerante und verständige Beurteilung des Kulturbudgets. Danach stellte er die Summen aus dem Budget 1968 und 1970 einander gegenüber, die für den Sport zur Verfügung gestellt wurden. Während es im Jahr 1968 41,5 Millionen Schilling waren, sind für das Jahr 1970 um 16,4 Millionen Schilling mehr, also 57,9 Millionen Schilling präliminiert. Dazu kommen noch jene 2,3 Millionen, die man im Jahr 1970 weniger einnehmen werde, weil man verschiedene Sportstätten den Sportverbänden kostenlos überlasse.

Für den Bau beziehungsweise die Sanierung von Sportstätten sind 32,9 Millionen Schilling vorgesehen. In dieser Summe sind Bauraten für die Radrennbahn, das Sportzentrum West, das Sportzentrum Laxenburger Straße, die Schisprungschanze Kohlpeterberg und die Landessportschule enthalten. Nicht miteinkalkuliert ist darin die 21 mal 41 Meter große Sporthalle, die im "Haus der Begegnung" in Liesing auf Kosten eines anderen Budgets errichtet wird.

Nicht zu vergessen sei der Sportbetrieb in der Wiener Stadthalle, wo vom Jahr 1957 bis zum Juni 1969 836,270 aktive Sportler 145.330 Trainingsstunden absolviert haben. Nun hat die Sportstelle der Stadt Wien die Kosten für den Trainingsbetrieb in der A- und B-Halle übernommen, wobei vor allem Schulen und Sportverbände in den Genuß des kostenlosen Trainings kommen.

Seit kurzem, nämlich seit der Wahl einer sportlichen Spitzenkandidatin in den Niederösterreichischen Landtag habe die ÖVP ihr Herz für den Sport entdeckt. Zur Illustration für die neu entflammte Begeisterung wolle er einen Vergleich zwischen den aufgewendeten Mitteln beim Bund und bei der Gemeinde Wien anstellen. Im Bundesbudget 1970 für ganz Österreich sind 31,5 Millionen für den Sport vorgesehen, wobei 15 Millionen als Baukostenzuschüsse an Länder und Gemeinden abgegeben werden.

./.

Als reine Subvention für Sportverbände bleiben demnach 16,5 Millionen, das sind um 300.000 Schilling weniger, als Wien allein für Wiener Verbände an Subventionen zur Verfügung stellt. Rechne man zu den für das Jahr 1970 vorgesehenen 57,9 Millionen Schilling Wiener Sportbudget noch jene Beträge hinzu, die für die Errichtung von Bädern und Großsportanlagen veranschlagt sind, ergibt sich eine Gesamtsumme von 92,9 Millionen für Sportförderung, was allein einem Fünfzehntel des Wiener Gesamtbudgets 1970 entspricht.

Professor Bittner (ÖVP) lobt, daß die Förderung vor allem durch den Mietenersatz der Stadt an die Vereine gegeben sei. Leider ist es zuwenig. Das neue Radstadion wird eine Mehrzweckhälle werden müssen. Bei Placierungen sollte mehr auf die Wünsche der Sportverbände gehört werden. Wo bleibt übrigens ein Wiener Sportgesetz? Mit Ausnahme von Wien, Burgenland und Kärnten haben es alle anderen Bundesländer. Dann fordert er noch die Entpolitisierung der Förderung und eine gerechtere Verteilung der Mittel.

Zum Schulwesen: Wiens Leistungen seien unbestritten, dennoch wären hier nur 69 Prozent der sechs- bis fünfzehnjährigen Pflichtschüler. Dann bricht er eine Lanze für den Stadtschulrat und stellt fest, daß wir glücklicherweise über mehr qualifizierte Lehrkräfte als überqualifizierte Posten verfügen.

Zur Polemik um Österreichs Jugend, die gemäß einer Bürgermeisterrede Wien nur mehr in beschränktem Ausmaß kennenlernen darf: 71.000 Anmeldungen liegen vor, aber nur 25.000 können berücksichtigt werden. Der Grund? Keine Unterbringungsmöglichkeiten....

Abschließend spendet Bittner Lob für die "wirklich einmalige Führung des Ressorts" im allgemeinen und des Kulturamtes im besonderen.

./.

GR. Wiesinger (SPÖ) beschäftigte sich mit der in vielen Stadtteilen feststellbaren starken Zunahme der Zahl der schulpflichtigen Kinder. Während man in der Großfeldsiedlung ursprünglich auf zwei Neubauwohnungen ein Schulkind gerechnet hatte, stellte sich heraus, daß auf zwei Wohnungen drei schulpflichtige Kinder kommen, was einen Mehrbedarf von 250 Klassen bedeutet.

Schulraum wird vor allem am Stadtrand benötigt: von den 29 neuen Schulen befindet sich nur eine einzige im Stadtkern. Daß nach einigen Jahren viele Klassen leer stehen werden, stelle ein besonders Problem dar; vielleicht könnte freigewordener Schulraum für Wohnzwecke adaptiert werden.

Bei den Mittelschulen, für die der Bund zuständig ist, ergibt sich ein tristes Bild. Der 1. Bezirk besitzt fünf Mittelschulen bei 28.000 Einwohnern, der 8. Bezirk vier bei 32.000 Einwohnern. Hingegen gibt es im 10. Bezirk nur zwei Mittelschulen bei 147.000 Einwohnern und im 20. Bezirk nur eine einzige Mittelschule bei 83.000 Einwohnern. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse im 23. Bezirk, der bei 56.000 Einwohnern keine Mittelschule besitzt.

In den kommenden zehn Jahren ist mit einem Mehrbedarf von 470 bis 500 Klassen zu rechnen.

Für die Erwachsenenbildung sind im Kulturbudget sieben Millionen vorgesehen; der Bund stellt Wien für diesen Zweck nur 1,3 Millionen zur Verfügung.

Völlig freiwillig ist der Bau von Studentenheimen durch die Gemeindeverwaltung. Im internationalen Studentenheim in Döbling ist zur Zeit eine Mensa für 2.000 Personen im Bau, die im Mai 1970 fertig sein wird. Der Erweiterungsbau, dessen Fertigstellung Ende 1970 erfolgt, enthält als besondere Neuerung Wohnräume für studierende Ehepaare mit Kind.

Abschließend schlug GR. Wiesinger vor, auf dem Gelände der Internationalen Gartenausstellung 1974 auf dem Laaer-Berg ein ornithologisches Schutzgebiet einzuplanen, in welchem alle jene Vogelarten ausgesetzt werden sollen, die vom Aussterben bedroht sind.

./.

Im Schlußwort wendete sich Stadträtin Sandner gegen die Anschuldigung, Vereinsförderung werde nach politischen Grundsätzen betrieben: Sowohl platzmäßig als finanziell sei nach den gegebenen Relationen ein derartiger Verdacht unhaltbar. Hinsichtlich der Feststellung eines Debattenredners, ein nicht mehr existierendes Theater werde quasi gewohnheitsmäßig weiter subventioniert, stellte die Stadträtin richtig, daß sich in den Räumen des ehemaligen "Theaters im Zentrum" jetzt das "Theater der Jugend" befinde, das diese Subvention dringend benötige.

Zur Aktion "Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt kennen": Der Vorwurf, Wien habe in dieser Sache nicht das Gespräch mit dem Unterrichtsministerium gesucht, geht ins Leere. Vielmehr sind die Restriktionen dieser Aktion erfolgt, ohne daß man mit der Stadt Wien über Möglichkeiten zur vollen Aufrechterhaltung gesprochen hätte.

Zuschüsse an private Hausbesitzer zur Restauration wertvoller Gebäude: Die Erfüllung dieser Debattenforderung ist bereits durch die Altfassadenaktion gegeben.

Die Stadträtin dankte allen Debattenrednern für die vorgebrachte Kritik, vermerkte aber grundsätzlich, daß der Kampf gegen Intoleranz und Dogmatismus sich nicht in Zahlen ausdrücken lasse.

Nach viereinhalbstündigen Beratungen wurde um 18 Uhr das III. Hauptstück des Voranschlages 1970 mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die Beratungen werden morgen Freitag, den 12. Dezember, um 9 Uhr mit der Verhandlung über das IV. Hauptstück des Voranschlages 1970 (Wohlfahrtswesen) fortgesetzt. Referent Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ). (Schluß)

\- - -

Kulturdebatte (Zusammenfassung)

Wien, 11. 12. (RK) Als zweites Kapitel des zweiten Tages der Budgetdebatte im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe III, Kultur-Schulverwaltung und Sport, behandelt und in den Abendstunden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. In ihrem ausführlichen Referat umriß Vizebürgermeister Gertrude Sandner die Aufgaben der Generationen die das Jahr 2000 zu verantworten haben werden. Während der äußere Kampf um das Leben der Menschen durch Zivilisation und Wohlfahrt erleichtert werde, wachse die Bedeutung im geistig-seelischen Bereich. Noch immer wird Kultur als Luxus betrachtet, aber wir werden Kultur bitter notwendig haben zum Leben.

Auf Wien bezogen: Eigenart und Einmaligkeit der kulturellen Atmosphäre müssen erhalten bleiben.

Im einzelnen gab die Referentin einen Überblick über den Schulbau. Allein in ihrer "Aera" wurden zwei Milliarden Schilling ausgegeben.

Das neue "Haus des Buches" wird am 15. Jänner offiziell eröffnet werden.

Das Wiener Musikleben muß vor allem von den Musikbegeisterten und Musikausübenden getragen werden um die künftige Position Wiens als Stadt der Musik zu sichern.

Für den Bau von Großsportanlagen stehen 57,9 Millionen zur Verfügung. Insgesamt werden für Sportförderung 93 Millionen ausgegeben. Bei den Festwochen beklagt die Kulturstadträtin das "Subventionsgefälle von West nach Ost, von Bregenzer und Salzburger Festspielen zu den Wiener Festwochen". Auch die Symphoniker werden vom Bund nicht ihrer Bedeutung entsprechend subventioniert.

Die Stadt Wien subventioniert die Wiener Theater mit 49 Millionen; für Stiftungen und Forschungsaufträge sind 67,7 Millionen vorgesehen. Zur Erhaltung der historischen Bauwerke Wiens sei ein Altstadtgesetz in Vorbereitung.

In der Debatte sprachen die Gemeinderäte Dr. Tuma (DFP), Dr. Wolfram (FPÖ), Dr. Drimmel (ÖVP), Herbert Mayr (SPÖ), Bittner (ÖVP) und Wiesinger (SPÖ).

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Fast eine Milliarde für Wohlfahrt

3. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen.
Referent Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ).
Einnahmen 235,337.600 Schilling, Ausgaben 969,695.200 Schilling.

Wien, 12.12. (RK) Die Wohlfahrts-Investitionen des Jahres 1970 bezeichnete Stadträtin Maria Jacobi als "die erste Tranche" des sozialistischen Arbeitsprogrammes für die kommenden fünf Jahre. Wichtigstes Vorhaben ist der Baubeginn für die "Stadt des Kindes". Die Planung ist soweit fortgeschritten, daß im Frühjahr mit den Arbeiten begonnen werden kann. Der Gesamtaufwand wird allerdings erst nach abgeschlossener Detailprojektierung bestimmbar sein. Als Bauzeit werden zweieinhalb bis drei Jahre veranschlagt.

Im Jahr 1970 ist auch an eine neuerliche Ausweitung des Kontingents an Pflegeplätzen gedacht. Derzeit leben 1.821 Kinder bei Pflegeeltern. Die Pflegeplätze sollen auch besser dotiert werden, damit es den Kindern an nichts fehlt. Am 1. Jänner tritt außerdem eine interessante Regelung in Kraft: Für die Mütter von Großpflegefamilien wurde ein Ruhegeld geschaffen.

39 Millionen Schilling werden 1970 in den Bau von Kindertagesheimen investiert: Bei acht Heimen wird der Bau fortgesetzt, mit dem Neubau von fünf weiteren wird begonnen. Zu diesen fünf gehört ein besonderes Objekt: der Sonderkindergarten für den Norden Wiens auf dem Ringelseeplatz im 21. Bezirk.

./.

Die Vermehrung der Zahl der Plätze in den Kindertagesheimen (zirka 1.100 im Jahre 1969) wird auch nächstes Jahr weitergehen. Außerdem werden gerade jetzt und auch zu Beginn des nächsten Jahres weitere "mobile Kindergärten" in Betrieb genommen. Stadträtin Jacobi erwähnte die Bemühungen, bei Vorhandensein entsprechender Möglichkeiten zusätzliche provisorische Kindergartengruppen in Wohnhäusern einzurichten. Ein solcher Versuch läuft seit einiger Zeit, am 1. Jänner wird in der Großfeldsiedlung richtig damit begonnen. Insgesamt steht die Rubrik "Kindertagesheime" mit Ausgaben von rund 275 Millionen Schilling zu Buche.

Zur Kostenbeteiligung der Eltern stellte die Stadträtin fest, daß die Stadt Wien 220 Millionen Schilling für den Betrieb der Kindertagesheime zuschießen wird, das sind vier Fünftel der gesamten Kosten. Die Stadträtin begründete diesen Zuschuß mit der Feststellung, "daß die seelische Gesundheit der Wiener Kinder ein Gut ist, für das sich eine solche Ausgabe lohnt".

Bei der Erwachsenenfürsorge (Gesamtaufwand: 334 Millionen Schilling) legte die Stadträtin den Schwerpunkt auf die gesetzgeberische Arbeit des Jahres 1970: Es geht um die Schaffung eines Landes-Sozialhilfegesetzes. Der Bund hat darauf verzichtet, ein Fürsorgegrundsatz-Gesetz zu erlassen, die Materie ist den Ländern anheimgestellt. Es gibt auch schon einen Musterentwurf, den die Landessozialreferenten ausgearbeitet haben. Er ist die Grundlage des Wiener Entwurfes für die bevorstehenden Besprechungen im Wiener Magistrat. Ziel eines solchen Gesetzes ist es, allen jenen Menschen die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen, die dazu der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen. Auch sollen bisher freiwillige Leistungen gesetzlich fundiert werden.

An zentraler Stelle stehen im Jahr 1970 die Pensionistenklubs sowie die Ausweitung der Aktion "Essen auf Rädern". Der scheinbare Rückgang in den Ansätzen für die Pensionistenklubs (minus 1,2 Millionen) ist darauf zurückzuführen, daß der Personalaufwand aus dieser Post herausgenommen wurde. Wahrscheinlich wird sich auch im nächsten Jahr die Zahl der Pensionistenklubs erhöhen, außerdem wird dort die Informationstätigkeit im Hinblick auf die Komplexe "Gesundheit" und "Sicherheit im Straßenverkehr" intensiviert werden.

./.

Die Aktion "Essen auf Rädern", die erst gegen Ende 1969 angelaufen ist, wird Anfang 1970 auf volle Touren kommen. Derzeit betreuen 25 Zustell-Teams 620 Personen, 1.300 Anmeldungen liegen vor. In dieser Aktion arbeitet die Stadt Wien eng mit Organisationen der privaten Wohlfahrtspflege zusammen.

Auch der Pensionistenausweis hat als "Geburtsdatum" seiner Gültigkeit den Beginn des Jahres 1970. Das kommende Jahr soll dazu bestimmt sein, die mit diesem Ausweis verbundenen Berechtigungen (zunächst verbilligte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel) zu erweitern. Die Stadträtin betonte den Grundsatz, daß der betagte Mensch dazu veranlaßt werden soll, so oft wie möglich seine Wohnung zu verlassen, um so der Einsamkeit zu entrinnen.

Das kommende Jahr wird in Simmering und Floridsdorf den Baubeginn für je ein neues Pensionistenheim bringen, nachdem vor wenigen Wochen eine Grundsteinlegung in Favoriten stattgefunden hat. Man rechnet pro Pensionistenheim mit durchschnittlichen Gestehungskosten von 55 bis 60 Millionen Schilling. Übrigens stellt die Stadt Wien einen 25prozentigen Zuschuß zu den Betriebskosten der Heime zur Verfügung. Für 1970 macht dies etwa 3,5 Millionen Schilling aus. Für 1970 wird die Fertigstellung zweier neuer Pensionistenheime (3. und 19. Bezirk) erwartet. Dadurch und durch den ebenfalls nächstes Jahr zu vollendenden Zubau beim Pensionistenheim Föhrenhof werden 850 neue Plätze geschaffen.

Stadträtin Jacobi erklärte, die Stadt Wien werde auch im nächsten Jahr besonderen Wert auf die Entwicklung jener Dienste legen, die der Information besonderer Zielgruppen dienen soll wie etwa den Eltern zur Lösung von Erziehungsproblemen, den betagten Menschen oder solchen, die in besonders bedrängte Lebenslagen geraten. Der Aufbau von Beratungs- und Informationsdiensten ist eng mit der Ausweitung der Dienstleistungen verbunden (Forts).

Gesundheit durch Vorsorge

3. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen. Referent Stadtrat Dr. Otto Glück (ÖVP).

Einnahmen 1.188,006.600, Ausgaben 2.638,618.200 Schilling.

Wien, 12.12. (RK) In seiner Budgetrede stellte Gesundheitsstadtrat Dr.Glück fest, daß die Vorsorgemedizin zu einem neuen Schwerpunkt in der Wiener Gesundheitspolitik geworden sei und in den letzten Jahren eine erfreuliche Renaissance erlebt habe. Ziel der prophylaktischen Medizin ist, die Gesundheit zu erhalten beziehungsweise das Auftreten von Krankheiten und Erbkrankheiten zu verhindern. Eine der großen Leistungen der modernen Medizin - die Verdoppelung der mittleren Lebenserwartung - ist mit Sicherheit auf die vorbeugende Medizin zurückzuführen.

Durch die großen Impfaktionen in Wien konnte die folgenschwere Kinderlähmung zum Verschwinden gebracht werden. Dieser erfreuliche Zustand werde allerdings nur zu erhalten sein, wenn auch in den kommenden Jahren eine entsprechende Impfbeteiligung der Bevölkerung erreicht werden könne. Im Jänner 1970 beginne eine neue Polio-Impfaktion.

Neueingeführt werde im kommenden Jahr eine Gammaglobulinprophylaxe für den Fall, daß in Kindergärten, Heimen und Schulen Hepatitisfälle auftreten. Mit Hilfe der Gammaglobulinbehandlung hoffe man Kleinraumepidemien zum Erlöschen zu bringen, ohne das lang andauernde Sperrungen oder Einschränkungen des Betriebes notwendig würden.

Als Folge der intensiven Krebsaufklärung sei seit vergangenem Oktober ein besonders starker Andrang bei den Gesundenuntersuchungsstellen zu verzeichnen. Während man im laufenden Jahr nur eine Gesundenuntersuchungsstelle errichtet habe, werde man, um die Früherkennung des Krebses möglichst anzutreiben, im kommenden Jahr im Allgemeinen Krankenhaus, im Franz-Josef-Spital und im Wilhelminenspital weitere derartige Unter-

./.

suchungsstellen eröffnen. Mit den dann zur Verfügung stehenden sieben Gesundenuntersuchungsstellen werde vermutlich das Auslangen gefunden werden können.

Alarmierend für die Entwicklung der Tuberkulose in Wien sei die Tatsache, daß zwar die Zahl der an Tbc Verstorbenen wie auch die der chronisch Erkrankten konstant abnehme, die Zahl der Neuerkrankungen aber eher ansteige. Durch das Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose habe sich eine entscheidende Ausweitung der Arbeit im Tuberkulosereferat ergeben. Die Zahl der Tuberkulosehilfeempfänger habe sich auf Grund des Gesetzes ebenso wie der Personenkreis, der untersucht werden müßte, stark vergrößert. Das Bazillenausscheidergesetz bringe es mit sich, daß jährlich rund 45.000 Personen mehr untersucht werden müßten.

Der schulärztlichen Betreuung solle mehr Bedeutung als bisher zukommen, wie auch eine Aufwertung des Schularztes unbedingt notwendig sei. Die Jugend müsse in stärkerem Maße als bisher über den gesundheitsschädlichen Einfluß von Alkohol, Nikotin und Rauschgift aufgeklärt werden, was unzweifelhaft mit eine Aufgabe des Schularztes sei. Das Problem der Rauschgiftkonsumation sei von gleicher Aktualität wie das des Jugendalkoholismus. In den letzten zwölf Monaten haben sich nachweislich 104 Jugendliche Opium selbst injiziert. Bei der anzunehmenden Dunkelziffer von eins zu zehn sind also bereits im heurigen Jahr rund 1.000 Jugendliche diesem Gift verfallen.

Stadtrat Dr.Glück kam dann auf die Wichtigkeit der Jugendzahnkliniken und einer jährlich zweimal durchzuführenden Kontrolle zu sprechen. Durch die kostenlose Verabreichung von Fluortabletten und die konstant durchgeführten Kontrollen sei die Behandlungsbedürftigkeit von 28 Prozent im Vorjahr auf 26,5 Prozent im heurigen Jahr abgesunken.

Gesunken sei auch die Säuglingssterblichkeit auf 2,5 Prozent, was sicher mit ein Erfolg der Schwangerenpaßaktion ist.

./.

Alle in Wien geborenen Säuglinge werden seit kurzem in einem Laboratorium für angeborene Stoffwechselstörungen mit Hirnschadensfolge erfaßt. Durch diese Untersuchungen wurde in Wien ein Neugeborenes mit Histidinämie entdeckt, was ein Unikat auf der ganzen Welt darstelle.

Weiter ausgebaut werde die Fürsorge für Psychohygiene und Alkoholkranke, wobei es der von Laien durhgeführte Betreuungsdienst ermögliche, selbst stark behinderte Patienten noch im Heimpflege zu belassen. Derzeit werden von 54 aktiven Helfern über 200 stark behinderte Schützlinge im sozialen Gleichgewicht gehalten.

Ähnlich günstig wirke sich auch die intensive Nachbetreuung auf entlassene Geisteskranke aus, weil eventuelle Krankheitsrückfälle zeitgerecht aufgefangen und einer rechtzeitigen Therapie zugeführt werden können.

Als eine wichtige prophylaktische Einrichtung bezeichnete Gesundheitsstadtrat Dr. Glück die Beratungsstelle für Familienplanung an der II. Universitäts-Frauenklinik. Die in Österreich jährlich durchgeführten rund 100.000 Abtreibungen können weder durch Strafgesetze, ja nicht einmal durch eine bedingte gesetzliche Freigabe des Abortus vermindert werden. Allein mit Hilfe der Familienplanung, beginnend mit der Sexualerziehung über die Eheberatung und Prüfung und Steuerung der Fruchtbarkeit könne man diesem, die Frauen oftmals schwer gefährdenden Unheil abhelfen. Eine Errichtung weiterer solcher Beratungsstellen werde sich sicher als notwendig erweisen. Zum Schluß dieses Kapitels sagte der Stadtrat, man denke daran, in Wien einen Gesundheitspaß einzuführen.

Anschließend umriß der Referent die geplanten Investitionen auf dem Sektor des Spitalbaues. Die Ausgaben für die Krankenanstalten werden sich ohne Investitionen auf rund 1.669 Millionen Schilling, die Höhe der Investitionen auf zirka 234 Millionen Schilling auf dem Inventarsektor, auf baulichem Sektor auf 28,5 Millionen belaufen, so daß mit Gesamtausgaben von 1.931 Millionen zu rechnen sei. Die Gesamtdifferenz zwischen Einnahmen und Ausgaben auf dem Spitalsektor sei für das kommende Jahr mit 1.079 Millionen Schilling veranschlagt, wobei nahezu 60 Prozent auf Personalkosten entfallen. Um der ständigen Entwicklung der medizinischen Wissenschaft Rechnung zu tragen, müsse man sich damit abfinden, daß nahezu jedes Krankenhaus eine dauernde Baustelle bleibe

./.

Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses seien von Bund und Gemeinde 240 Millionen vorgesehen. 180 Millionen Schilling werden für Fertigstellungsarbeiten an der II. Chirurgischen Universitätsklinik und der I. Universitäts-Frauenklinik eingesetzt. Von besonderer Bedeutung sei die Errichtung einer Kardiologie und einer Klinik für Strahlentherapie die im ehemaligen Garnisonspital. Für den Neubau der Krankenanstalt Rudolfsstiftung habe man 32 Millionen vorgesehen, 26 Millionen beträgt die Baurate für die Fortsetzung des Neubaues der Unfallchirurgie im Wilhelminenspital. Das Mautner Markhof'sche Kinderspital erhalte ebenso wie das Preyer'sche Kinderspital einen neuen Operationstrakt. Als besonders erfreulich bezeichnete der Referent die Errichtung eines großen Pavillons für gehirngeschädigte Kinder auf dem Gelände des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel, der einen Aufwand von 140 Millionen Schilling erfordern wird.

Schließlich berichtete Stadtrat Glück, daß sich die Bettenzentrale ebenso wie der kürzlich geschaffene Ärztenotdienst für Sonn- und Feiertage ausgezeichnet bewähre und von den Gesundheitsbehörden anderer Großstädte als nachahmenswert empfunden werde.

Nach einem Überblick über die Situation des Pflegepersonals stellte der Gesundheitsstadtrat abschließend fest, daß die praktische und wissenschaftliche Arbeit der Ärzte in den städtischen Anstalten den hervorragenden Ruf der Wiener Medizinischen Schule weiter gefestigt und vergrößert habe. Eine Reihe dieser Ärzte sei zu Präsidenten internationaler medizinischer Gesellschaften gewählt worden und 300 Teilnehmer an internationalen Kongressen und Tagungen hätten durch die von ihnen gehaltenen Referate und Vorträge internationale Beachtung gefunden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

\- - -

Richtigstellung

Wien, 12.12. (RK) In unserer Donnerstag-Aussendung soll auf Blatt 3571 der dritte Absatz richtig folgendermaßen lauten:

"Wenige Zahlen stehen uns über die Auswirkungen des Wiener Unfallfürsorgesetzes zur Verfügung. Derzeit stehen 4.230 Dienstunfälle und 46 Berufserkrankungen in Behandlung. Die wenigen bereits entschiedenen Fälle geben Aufschluß über die Durchschnittshöhe solcher Renten, sie beträgt 3.525 Schilling."

+

Auf Blatt 3573 soll es richtig heißen, daß die echte Erhöhung des Reallohnes zum 1. August 1970 (nicht Jänner 1972) mindestens 5,8 Prozent betragen wird.

\- - -

staedtebund kondoliert zum ableben des generalsekretaers des rates der gemeinden europas

3 wien, 12.12. (rk) der oesterreichische staedtbund hat an den rat der gemeinden europas folgendes kondolenztelegramm abgeschickt:

''namens seiner mitgliedsgemeinden bringt der oesterreichische staedtebund anlaesslich des ploetzlichen todes des generalsekretaers des rates der gemeinden europas, des herrn jean bareth, seine tiefempfundene anteilnahme zum ausdruck.

der rat der gemeinden europas hat durch den tod seines generalsekretaers einen ueberaus schweren verlust erlitten, den zweifellos nicht nur seine vielen freunde als schmerzlich empfinden, sondern auch alle jene, denen das erstrebte europa der gemeinden, dem sich jean bareth so sehr verbunden fuehlte, eine herzensangelegenheit ist.

der oesterreichische staedtebund wird herrn bareth stets ein ehrendes angedenken bewahren''.

0914

bezirksvertretungssitzungen in der kommenden woche

5 wien,12.12. (rk) in der kommenden woche finden folgende wiener bezirksvertretungssitzungen statt:

dienstag, 16. dezember:

15 uhr, floridsdorf, 21, am spitz 1/201, amtshaus.

17.30 uhr, mariahilf, wegen bauarbeiten 7, hermanngasse 24, 2. stock, zimmer 208.

1004

weihnachtstisch der wiener reich gedeckt, aber:
fleisch, wild und fische teurer, gefluegel etwas billiger

4 wien, 12.12. (rk) der weihnachtstisch der wiener wird, wie das marktamt berichtet, auch heuer wieder reich gedeckt sein. hinsichtlich der preise gibt es jedoch veraenderungen, die der weihnachtlichen vorfreude der hausfrau zweifellos abbruch tun: fleisch, wild und fische sind teurer geworden. beim gefluegel werden truthuehner, back-und brathuehner, suppenhuehner und poularden bis zu 2 schilling je kilo billiger sein, waehrend die preise fuer enten voraussichtlich unveraendert bleiben.

neben g e f l u e g e l aus dem inland werden 1.570 tonnen importware zum verkauf bereitgehalten, und zwar hauptsaechlich gaense, truthuehner, enten, jung- und suppenhuehner, poularden sowie junggefluegelteile und gefluegelleber.

importgaense wurden von der entrichtung des zolles und der ausgleichssteuer freigestellt. diese zollpolitischen massnahmen muessen dem konsumenten zur gaenze zugute kommen.

aus ungarn werden 410 tonnen gaense importiert. infolge der hohen weltmarktpreise liegt der verbraucherpreis trotz der zollpolitischen massnahmen bis 6 schilling ueber dem vorjahrespreis.

e i e r sind genuegend vorhanden, die versorgung der bevoelkerung ist gesichert. da die inlandaufbringung den bedarf nicht decken kann, stehen genuegend importeier, vor allem aus den oststaaten, zur verfuegung. in den kuehllagerhaeusern befinden sich 3,600.000 stueck . aus den oststaaten werden 50 waggons eier erwartet. die verbraucherpreise fuer inlandeier sind fast unveraendert, auslaendische eier sind an der preisobergrenze um 8 groschen je stueck billiger.

die zufuhren von f i s c h e n werden ausreichend sein. an suesswasserfischen wurden rund 245 tonnen karpfen angeliefert. die anlieferung von frischen und tiefgekuehlten seefischen ist infolge der schlechten fangergebnisse etwas geringer, sie betraegt rund 660 tonnen gegenueber 700 tonnen im vorjahr. die preise liegen allgemein bis zu 4 schilling je kilogramm hoeher als im vorjahr.

./.

f r i s c h f l e i s c h wird zu den feiertagen in ausreichenden mengen vorhanden sein. in den kuehllagerhaeusern lagern 1.300 tonnen fleisch und fleischwaren sowie innereien. die preise fuer rindfleisch haben sich einigermassen stabilisiert, liegen jedoch noch betraechtlich ueber den vorjahrspreisen. auch die verbraucherpreise fuer schweinefleisch sind hoeher als im vorjahr.

bei kalbfleisch ist die inlandaufbringung nicht zufriedenstellend. importe werden so rechtzeitig erwartet, dass ein weiteres ansteigen der bereits betraechtlich ueber dem vorjahr liegenden verbraucherpreise nicht zu befuerchten ist.

eine verknappung bei selchfleisch oder ein wesentliches ansteigen der preise wird nicht erwartet.

auch w i l d wird ausreichend zur verfuegung stehen, zumal die nachfrage erfahrungsgemaess zu weihnachten geringer ist. in den kuehllagerhaeusern lagern 70 tonnen . die preise sind bei gleichbleibendem angebot wesentlich hoeher als im vorjahr

auch tiefkuehlgemuese teurer

g l a s h a u s s a l a t wird wohl immer weniger angeliefert. fuer die weihnachtsfeiertage stehen jedoch ausreichende mengen an salatgemuese zur verfuegung, vor allem grund- und glashaussalat aus spanien, italien und holland. mit der aufhebung der importsperre ist ab mitte dezember zu rechnen. der heimische chinakohl, der als salatgemuese sehr geschaetzt wird, wird in genuegenden mengen vorhanden sein.

auch an sellerie, roten rueben, vogelsalat sowie kartoffeln und zwiebeln wird kein mangel herrschen. die um diese jahreszeit geringe nachfrage nach tomaten und gurken wird durch importe aus spanien und holland voll gedeckt.

auch tiefgekuehltes gemuese ist genuegend vorhanden. hier liegen die preise etwas hoeher als im vorjahr.

auf dem obstsektor ist mit einer reichlichen marktbeschickung mit aepfel aus dem inland zu rechnen, die heuer besonders preisguenstig angeboten werden koennen. die zufuhren an italienischen birnen haben bereits eingesetzt. bei bananen ist mit einer stabilen marktlage zu rechnen. auch orangen, klementinen und mandarinen werden reichlich und preisguenstig feilgehalten werden.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte Wohlfahrtswesen

Wien, 12.12.(RK) Zum Ende ihres Referates dankte unter dem Applaus aller Fraktionen Stadträtin Jacobi im Namen der Stadtverwaltung den Wiener Fürsorgeräten, deren Funktion mit Ende 1969 ausläuft: "Sie haben - im besonderen Maße in den Zeiten der Not nach Kriegsende - für alle Bedürftigen Wiens eine nicht hoch genug einzuschätzende Aufgabe erfüllt."

GR. Müller (DFP) eröffnet die Debatte. Er vermißt eine Ausgabepost für die Errichtung der Sozialberatungsstellen, die die Arbeit der Fürsorgeräte übernehmen sollen. Er stellt die Frage, wieviele solche Beratungsstellen eingerichtet werden, wieviele Beamte dort eingesetzt werden sollen und welche Mittel hierfür notwendig sind.

Die Elternbeiträge für Kindertagesheime seien zu hoch. Die Zahl der Kinder in den einzelnen Gruppen müßte gesenkt werden. Der für die Fortbildung des Personals veranschlagte Betrag von 3.000 Schilling sei lächerlich.

Die Einhebung eines Obolus in den Pensionistenklubs, die Zahl jener die ihn leisten sei ohnedies gering, wäre abzuschaffen.

GR. Prof. Fritz Wolfram (FPÖ) bemängelte die geringe Steigerung der Ansätze des Wohlfahrtsbudgets.

Ein Sparen beim Kindergartenbau ist unverantwortlich, zumal das SPÖ-Schulprogramm den Anspruch jedes Kindes auf einen Kindergartenplatz festhält. Die nach Einkommen gestaffelten Elternbeiträge für die Kindergärten sind nach Meinung des Redners zu hoch. Vergleiche mit privaten Kindergärten, aber auch mit den Elternbeiträgen in Salzburg, fallen zu Ungunsten der Wiener Verhältnisse aus.

Auch die Ansätze für die Pensionistenklubs sowie für die Mietzins- und Wohnbeihilfen hält Wolfram für zu niedrig.

Die Erhöhung der Mittel für Dauerunterstützte um 15 Millionen Schilling ist sehr erfreulich. Der Redner regt jedoch eine Analyse über die Ursache dieser Fürsorgefälle an. Ein Vorschlag der FPÖ zu den Pensionistenheimen: die Einrichtung von Abteilungen für Pflegefälle.

./.

GR. Wolfram kam dann auf das Jugendschutzgesetz zu sprechen und bedauerte die wenig effektive Durchsetzung der "Schmutz- und Schund"-Bestimmungen, des Rauchverbots in der Öffentlichkeit und des Alkoholausschankverbots. Die Polizei kapituliere einfach vor diesem Problem. Auch hinsichtlich der "neuen Welle" Rauschgift seien rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu überlegen. Es ist bedauerlich, daß die vielfach gegen das Establishment rebellierende Jugend gerade dessen Unsitten nachahme.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) erhob die Forderung, in den Pensionistenklubs die Einkommensgrenze fallen zu lassen und für eine Auflockerung des Klubbetriebes zu sorgen. Es solle auch der sein Häferl Kaffee erhalten, der nicht eine bestimmte Stundenzahl "abgesessen" hat.

Bei den Muttertagsfeiern müßte darauf Rücksicht genommen werden, daß für ältere Personen eine zweieinhalbstündige Autobusfahrt auf den Kahlenberg als nicht gerade angenehm empfunden wird.

Zur Urlaubsaktion: Mit 500 Schilling für vierzehn Tage für Alleinstehende und 750 Schilling für Ehepaare sind die Kosten zu hoch. Das Wohlfahrtsamt von Linz trägt beispielsweise die Gesamtkosten des Urlaubsaufenthaltes für ältere Menschen, wenn das Einkommen eines Alleinstehenden nicht mehr als 1.300 Schilling, das eines Ehepaares nicht mehr als 1.700 Schilling beträgt.

Für die drei städtischen Wiener Pensionistenheime liegen 6.000 Vormerkungen vor. Neben diesen Heimen gibt es noch 25 andere Heime auf konfessioneller oder caritativer Basis. Eine Möglichkeit, ältere Menschen längere Zeit in der eigenen Wohnung zu belassen, sei die Sanierung der Althäuser, der Ausbau der Aktion "Essen auf Rädern" und die Lösung eines weiteren Problems, das bejahrten Personen Schwierigkeiten bereitet: das Waschen der Wäsche. Statt die Fürsorgeräte abzuschaffen, hätte man sie in der Altenbetreuung einsetzen sollen.

Abschließend gab die Debattenrednerin ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Pensionistenfahrschein nicht generell allen Personen über 65 Jahre gewährt wird.

./.

GR.Margarete Tischler (SPÖ) ging auf die kürzlich fertiggestellte sozialpädagogische Untersuchung über die Wiener Krippenkinder ein: Die jungen Familien verdienen eben zu wenig, als daß die Frauen nach der Geburt eines Kindes daheimbleiben könnten. Mit einer Kleinstkinderzulage wäre hier Wandel zu schaffen, aber das wäre natürlich eine Angelegenheit des Bundes.

Die Rednerin würdigte als besonders erfreulich die Ausweitung der Erholungsfürsorge für Wiener Kinder und die bevorstehenden Versuche der Vorschulerziehung in Halbtagsgruppen von Kindertagesheimen.

GR.Dr.Marga Hubinek (ÖVP) bescheinigte zwar dem Wiener Wohlfahrtsbudget eine Steigerung um 8,3 Prozent, stellte dies jedoch der Steigerung des Bundes-Sozialbudgets auf Bundesebene von 16,9 Prozent gegenüber. Auch der Betrag von 5,5 Millionen für Neubauten von Kindertagesheimen sei außerordentlich bescheiden. Die hohe Anzahl von Vormerkungen (1.700 in Favoriten und 1.460 in der Donaustadt) sei daher nicht verwunderlich.

Man könne nur hoffen, daß das gegebene Versprechen, in fünf Jahren 4.000 Kindergartenplätze zusätzlich zu schaffen, erfüllt werde. Ohne die Hilfe der privaten Kindergärten wäre die Situation noch trister. Es wäre zu wünschen, würde eine Subventionierung der privaten Kindergärten erfolgen. Die Rednerin ersucht um Aufklärung, ob es tatsächlich 78 Horte der Kinderfreunde gebe die subventioniert werden? Gegen die Subventionierung an sich wäre nichts einzuwenden. Nur die genannte Zahl dürfte nicht stimmen.

Zu groß sei die Diskrepanz zwischen den Verpflegskosten für Pflegekinder in städtischen Heimen (derzeit zwischen 160 und 180 Schilling täglich) und jenen Gemeindepflegekindern, die in privaten Heimen (40 bis 44 Schilling) untergebracht sind. Jede Hausfrau weiß, daß man mit 40 Schilling pro Tag ein Kind nicht gut ernähren und außerdem noch bekleiden kann.

Behindertenhilfe: Die Rednerin stellt den Antrag auf Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für die Errichtung von Sonderkindergärten. Wir haben in der medizinischen Forschung für das geistig behinderte Kind große Fortschritte gemacht, die fürsorgerische Betreuung und vor allem die Früherfassung lasse jedoch noch viele Wünsche offen.

./.

Mit dem Bau des geplanten Sonderkindergarten Ringelseeplatz wurde leider bisher auch noch nicht begonnen.

Beschäftigungstherapie: Diese Einrichtung werde, wahrscheinlich als Folge des Regreßanspruches nicht genügend ausgenützt. Besonders groß sei der Wunsch nach einem Blindenwohnheim. Die Stadt Wien müßte hier zumindest bei der Beschaffung des Baugrundes Hilfe leisten.

Die Ansätze für Obdachlosenheime seien zu gering.

Die Vergabepraxis für Mietzings- und Wohnbeihilfen sei reformbedürftig. Entweder sind die Einkommensgrenzen absichtlich zu niedrig gehalten, oder viele Betroffene wissen nicht, daß sie einen Anspruch haben.

Sozialberatungsstellen: Ein seinerzeitiger diesbezüglicher Antrag ihrer Fraktion auf Errichtung von medizinischen und sozialen Beratungsstellen für ältere Menschen neben der bestehenden Einrichtung der Fürsorgeräte - wurde mit der Begründung abgelehnt, daß nicht ausreichend Personal vorhanden wäre. Es erhebt sich nun die Frage, ob nun ausreichend Personal vorhanden sei.

GR. Rosenberger (SPÖ) stellt - unter dem Beifall seiner Fraktion fest, daß die sozialen Einrichtungen Wiens zu Maßstäben für die sozialen Errungenschaften in der ganzen Welt geworden sind. "Wir haben Errungenschaften nicht nur gehalten, sondern ausgebaut und wir werden sie mit den Mitteln des künftigen Budgets weiterhin ausbauen".

Im Detail wendet er sich der Sozialhilfe zu und stellt fest, daß die 7.000 Dauerbefürsorgten - 0,04 Prozent der gesamten Bevölkerung Wiens - nicht nur materielle Hilfe erhalten, sondern auch ideele. "Nur in den wenigsten Fällen kommen Menschen zu uns, die Geld wollen. Zumeist ist es das Begehren nach Hilfe im menschlichen Bereich. Früher seien es übrigens 10.000 Dauerbefürsorgte gewesen. Der Rückgang wäre der Erfolg der sozialistischen Sozialpolitik, und, dank der Initiativen in diesem Hause, in den meisten Fällen gesetzlich verankertes Recht geworden.

"Fast ein Viertel der Wiener Bevölkerung ist älter als 60 Jahre. 46 Prozent davon verdienen weniger als 2.000 Schilling im Monat. Dennoch ist es kein materielles Problem, das man

./.

lösen muß, sondern ein zutiefst Menschliches." Von den Muttertagsfeiern bis zu den Pensionistenklubs und dem Essen auf Rädern gibt es eine ganze Liste von Sozialleistungen, die beispielgebend sind. "Unsere Sozialhilfe umfaßt die Menschenwürde; das Grundsatzkonzept der ÖVP ist gegenüber dem Humanprogramm der SPÖ schlechthin im Hintertreffen."

Nach minutenlangen heftigen Zwischenrufen zum Thema "Witwenpension" - Rosenberger hatte die mangelnde Parlamentinitiative der Regierungspartei aufs Korn genommen, wofür ihm die ÖVP-Fraktion und die Freiheitlichen im Gemeinderat gleiches aus der Stadtverwaltung vorwarfen - schließt er: "Die vorliegenden Budgetansätze gewährleisten die Beibehaltung des Aufwärtstrends unserer Sozialarbeit.

In ihrem Schlußwort stellte Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi zunächst fest, daß Vergleiche zwischen den Sozialbudgets des Bundes und der Stadt Wien hinken, die Aufgaben sind zu unterschiedlich.

Anfragen zu den Witwenpensionen fallen nicht in ihr Ressort, daher könne sie nicht dazu Stellung nehmen.

Zu den Kindergärten: "Seien Sie mit mir stolz auf unsere gemeinsamen Leistungen". In den letzten zehn Jahren konnten immerhin 179 neue Gruppen für 14.000 bis 15.000 Kinder geschaffen werden. Jedoch ist diese Frage nicht nur ein Bauproblem sondern auch eine Personalfrage. Wir sind bemüht, möglichst viel Nachwuchskräfte heranzubilden.

Zu den Elternbeiträgen in Kindergärten: Man muß bei Vergleichen mit anderen Städten die gesamte Finanzgebarung heranziehen und nicht nur einen einzigen Posten. Im übrigen leisten 71,2 Prozent der Eltern nur Beiträge bis zu 50 Schilling.

./.

Die Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen wird - was zu bedauern ist - durch das Personalproblem bei der Polizei erschwert. Immerhin wurden 1969 bisher 790 Bestrafungen ausgesprochen, davon 349 gegen Jugendliche, 343 gegen Aufsichtspersonen und 98 gegen Unternehmer. Das Rauchen in der Öffentlichkeit kann in erster Linie durch entsprechende Erziehung im Elternhaus unterbunden werden. Das Rauschgiftproblem wird genau verfolgt.

Bei den Verpflegskosten für Heime werden immer entsprechende Beträge auch für Umbauten angesetzt. Für größere Umbauten werden langfristige Zuschüsse gewährt.

Hinsichtlich der Befürchtung, daß die vorgesehenen acht Millionen Schilling für die Behindertenhilfe nicht ausgegeben werden, erklärte Stadträtin Jacobi, daß sie froh sei, über einen gewissen Spielraum für unvorhergesehene Fälle zu verfügen.

Zu der kritisierten Senkung der Mittel für die Wohnbeihilfe von 25 Millionen auf 5 Millionen Schilling: Es ist zu beachten, daß die Stundungsbeiträge nicht mehr im Wohlfahrtsbudget sondern im Budget der Geschäftsgruppe XI aufscheinen.

Für die Aufnahme in Pensionistenklubs gibt es keine Einkommensgrenzen, stellte die Stadträtin klar. Ihre Zahl wird bei Bedarf sofort vergrößert, derzeit haben wir niemand auf der Warteliste. Pflegeabteilungen sind bei im Bau befindlichen Pensionistenheimen vorgesehen, Intensivpflegebedürftige müssen jedoch in geriatrische Abteilungen der Altersheime eingewiesen werden.

Abstimmung: Der Antrag der ÖVP (Kindergartengesetz) wurde zugewiesen. Die Ansätze des vierten Hauptstückes wurden einstimmig angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Russische Unterrichtsfachleute im Wiener Rathaus

Wien, 12. 12. (RK) Bürgermeister Bruno Marek empfing Freitag in seinem Arbeitszimmer eine unter der Leitung des stellvertretenden sowjetischen Unterrichtsministers M. Kaschin stehende Delegation. Die russischen Bildungs- und Unterrichtsexperten studierten über Einladung des Unterrichtsministeriums in den vergangenen Tagen Einrichtungen des Schul- und Bildungswesens in der Bundeshauptstadt sowie in Salzburg und Klagenfurt. Bei ihrem Rathausbesuch wurde die Delegation vom Botschafter der UdSSR in Österreich, Boris Podzerob, begleitet.

\- - -

Antrittsbesuch des tunesischen Geschäftsträgers

Wien, 12. 12. (RK) Der Geschäftsträger der in Wien neu errichteten tunesischen Botschaft Sadek Bouzayen stattete Freitag Bürgermeister Bruno Marek in dessen Arbeitszimmer einen Antrittsbesuch ab.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

Wien, 12. 12. (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 4 bis 5 S, Karotten 4 bis 5 S, Weißkraut 3 bis 4 S, Kohl 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel, Qualitätsklasse II 5 bis 7 S, Bananen 7 bis 8 S, Orangen 5.50 S, Mandarinen 10 S je Kilogramm.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichts.)

Wohlfahrtsdebatte (Zusammenfassung)

Wien, 12.12. (RK) In ihrem Referat zum Kapitel Wohlfahrtswesen (Ausgaben: 970 Millionen) bezeichnete Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ) die Wohlfahrtsinvestitionen für 1970 als die erste "Tranche" des sozialistischen Arbeitsprogrammes für die kommenden fünf Jahre. Wichtigstes Vorhaben ist der für das Frühjahr geplante Baubeginn für die Stadt des Kindes. Bauzeit ungefähr drei Jahre.

1.321 Kinder leben bei Pflegeeltern. Die Pflegeplätze sollen besser dotiert werden.

39 Millionen sind für den Bau von Kindertagesheimen vorgesehen. Insgesamt sind für Kindertagesheime 275 Millionen Ausgaben budgetiert. Allein für den Betrieb der Heime schießt die Stadt Wien 220 Millionen zu.

Für die Erwachsenenfürsorge sind 334 Millionen vorgesehen. Der Schwerpunkt liegt 1970 in der Schaffung eines Landes-Sozialhilfegesetzes.

Die Aktion "Essen auf Rädern" betreut derzeit 620 Personen, 1.300 Anmeldungen liegen vor. Ein weiterer Ausbau ist geplant.

Die Berechtigungen für den Pensionistenausweis sollen im kommenden Jahr erweitert werden. Je ein neues Pensionistenheim wird in Simmering und Floridsdorf zu bauen begonnen. Zwei Pensionistenheime im 3. und 19. Bezirk werden 1970 fertiggestellt.

Das Kapitel Wohlfahrtswesen wurde einstimmig angenommen.

An der Debatte darüber beteiligten sich sechs Redner.

GR. Müller (FPÖ) bezeichnet die Elternbeiträge für Kindertagesheime als zu hoch.

GR. Wolfram (FPÖ) bemängelt die geringe Steigerung der Ansätze des Wohlfahrtsbudgets insgesamt. In den Pensionistenheimen solle man Abteilungen für Pflegefälle einrichten.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) verlangt die Steigerung der Einkommensgrenze für die Pensionistenklubs und bezeichnet die Kosten für die Urlaubsaktion als zu hoch. Statt die Fürsorgeräte abzuschaffen, hätte man sie in der Altenbetreuung einsetzen sollen.

GR. Margarete Tischler (SPÖ) beschäftigt sich mit der Untersuchung über die Wiener Krippenkinder. Die jungen Familien ver-

./.

dienen zu wenig, deshalb können die Frauen nicht daheim bleiben. Der Bund sollte deshalb eine Kleinstkinderzulage schaffen.

GR. Marga Hubinek (ÖVP): Allein in Favoriten beträgt die Zahl der Vormerkungen für Kindergärten 1.700. Hoffentlich wird das Versprechen, in fünf Jahren 4.000 Kindergartenplätze zu schaffen, erfüllt. Für die Errichtung von Sonderkindergärten (Antrag) sollen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Letzter Debattenredner war GR. Rosenberger (SPÖ). Er stellte fest, daß die sozialen Einrichtungen Wiens zu Maßstäben für die sozialen Errungenschaften in der ganzen Welt geworden sind. Den Dauerbefürsorgten geht es heute nicht so sehr um materielle Hilfe, sondern um menschliche Betreuung. Bei den Ausführungen des Redners zum Thema Witwenpension kommt es zu lebhaften Zwischenrufen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

die gutachten zur vierten donaubruecke
bruecke wird wie vorgesehen fertig

15 wien, 12.12. (rk) dem bautenministerium und der gemeinde wien wurde nun eine zusammenfassende stellungnahme zum schadenfall an der vierten donaubruecke uebergeben. bei den gutachtern, die bekanntlich unmittelbar nach dem schadensereignis vom 6. november 1969 beauftragt worden waren, handelt es sich um die beiden grazer professoren dipl.ing. dr. konrad s a t t l e r und dipl.ing.dr. friedrich r e s i n g e r sowie um den berliner professor dipl.ing. dr. karlheinz r o i k.

aus der darstellung der gutachter geht hervor, dass fuer den eintritt des schadens das zusammenspiel mehrerer faktoren massgeblich war: die verteilung des montagegewichtes der bruecke, eine ungleichmaessige temperaturdehnung zum zeitpunkt des brueckenschlusses, konstruktive und unvermeidbare ausfuehrungsungenauigkeiten, die in dieser kombination in den berechnungen nicht vorgesehen waren. hingegen waren die lagerung der bruecke und das material einwandfrei.

die von der ausfuehrenden firma bereits in einer pressekonferenz am 7. november 1969 abgegebene erklaerung, wonach sie das bauwerk zu den vertraglich vereinbarten kosten termingerecht bis zum herbst 1970 fertigstellen wird, wurde nach vorliegen der gutachten neuerlich bekraeftigt.

die zusammenfassende darstellung der gutachten hat folgenden wortlaut:

''1. der berechnung der montagespannungen wurde eine gleichmaessig verteilte staendige last zugrunde gelegt. die tatsaechliche verteilung des konstruktionsgewichtes weicht von dieser annahme ab und ergab an einer der schadensstellen unguenstigere verhaeltnisse, sodass sich in wirklichkeit an dieser stelle groessere spannungen und damit kleinere beul- und tragsicherheiten ergeben haben.

./.

2. die temperatureinwirkung in der stahlkonstruktion am tage des brueckenschlusses war in einer groesse, wie sie von den bauverantwortlichen nach temperaturbeobachtungen der vorangegangenen tage nicht erwartet wurde. sie war daher in der statischen berechnung nicht beruecksichtigt. hiedurch wurden die tragsicherheiten verringert.

3. ausserdem verminderten konstruktive sowie unvermeidbare imperfektionen (abweichungen von den rechnungsmaessigen idealformen) die tragsicherheit. die beruecksichtigung dieser imperfektionen ist nach den vorschriften nicht notwendig, sondern durch die geforderten sicherheitsfaktoren abgedeckt. im vorliegenden falle, in dem durch die angegebenen ursachen jedoch die tragsicherheit bereits entsprechend gering war, lieferten diese imperfektionen einen nicht unwesentlichen anteil an der versagensursache.

4. das versagen des gesamten kastenuntergurtes an einer stelle hatte zunaechst das versagen des gesamtquerschnitts zur folge. dadurch wurden zwangslaeufig kraefte umgelagert, die alle weiteren schaeden als folgeerscheinungen erklaeren.

5. auf grund der durchgefuehrten untersuchungen geht zweifelsfrei hervor, das die lagerung der bruecke jederzeit einwandfrei funktioniert hat und keinen einfluss auf das versagen der bruecke hatte.

6 in der statischen berechnung des montagezustandes, soweit sie zur untersuchung des schadensfalles ueberprueft wurde, sind keinerlei numerische rechenfehler vorhanden.

7. es besteht kein grund, die ursache der aufgetretenen schaeden in einem materialfehler zu suchen''.

1445

Wien bekommt Wasser aus Moosbrunn

Stadtrat Heller zu Wasserrechtsbesprechungen

Wien, 12. 12. (RK) Stadtrat Heller teilte in einem Informationsgespräch mit Journalisten mit, daß er von Minister Dr. Schleinzer einen Brief bekommen habe, in dem das Kresser-Gutachten für verbindlich erklärt wird. Danach könnten für die dritte Wiener Wasserleitung 800 Sekundenliter aus zwei Brunnen in Moosbrunn entnommen werden, nicht aber weitere 400 Sekundenliter aus einem Brunnen in Ehreichsdorf. Diese Berechtigung sei allerdings an fünf Punkte geknüpft, die innerhalb einer Sechs-Monate-Frist zu erfüllen seien. Heller erklärte, die Stellungnahme Wiens hierzu werde bereits im Jänner 1970 vorliegen.

Über die weitere Vorgangsweise bestehe im übrigen bestes Einvernehmen mit dem Ministerium. Wien werde sich bemühen, zu einer weitgehenden Verbundwirtschaft zu kommen, die ja teilweise schon seit Jahrzehnten praktiziert werde. Denn bereits jetzt würden rund 40 niederösterreichische Gemeinden mit etwa 200.000 Einwohner aus den Wasserleitungen der Stadt Wien versorgt.

Zu den Grundwasserverhältnissen in Wien erklärte Heller, daß es nach einem kürzlich erstellten Gutachten derzeit rund 900 vergebene Wasserrechte für die Lieferung von etwa drei Millionen Kubikmeter Wasser pro Tag gebe. Es gebe jedoch jedoch - wenn man von ein paar bescheidenen Gebieten in zukünftigen Industrieansiedlungszonen absieht - kaum weitere Grundwasservorkommen.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Gesundheitsdebatte

Wien, 12.12. (RK) GR. Dr. Tuma bezeichnete es als schwierig, in Wien rechtzeitig ein Spitalsbett zu erhalten. Man müsse seine Beziehungen spielen lassen, die "Interventionitis" feiere Trimumphe. Ältere Menschen, die nach Lainz kommen, sehen sich einem System ausgeliefert, das keineswegs ideal funktioniere. Sie müssen in Zimmern bis zu zehn Personen leben und besitzen nicht einmal ein verfsperrbares Kastenabteil, wo sie ihre letzten Habseligkeiten unterbringen können.

Schwere Bedenken lasse die Personalsituation auf dem Gesundheitssektor aufkommen. Bei der 45 Stunden-Woche gibt es einen Unterstand von 600 Personen, nach Einführung der 40 Stunden-Woche werden 1.500 Personen Pflegepersonal fehlen.

Daß sich die Spitalsärzte, wie man gehört habe, um den Nachtdienst reissen, beweist, daß sie unterbezahlt sind. Bei den Ärzten müsse auch das "Arbeitsleid" bezahlt werden.

Der im Budget eingesetzte Betrag von 400.000 Schilling zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten erscheint zu gering.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellt fest, daß der Spitalsaufwand zu einer Belastung der Gemeinden geführt hat, mit der sie aus eigener Kraft nicht mehr fertig werden können. Zur Finanzierung des Spitalsaufwandes der Wiener Gemeindespitäler trägt die Sozialversicherung zirka 500 Millionen bei, der Bund 145 Millionen, sonstige Einnahmen machen 350 Millionen aus und fast 1,2 Milliarden muß die Gemeinde Wien aus Budgetmitteln zuschießen. Es sei beschämend, daß die verantwortlichen Stellen im Staat dieser Entwicklung praktisch tatenlos zusehen. Es müssen entsprechende Möglichkeiten durch den Finanzausgleich geschaffen werden. Selbstverständlich müssen auch die Krankenkassen stärker beteiligt werden. Durch entsprechende Krankheitsverhütung und Früherkennung von Krankheiten könnte eine gewisse Entlastung der Spitäler erzielt werden.

Der Redner fordert, groß angelegte Untersuchungsaktionen auch für Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen und eine ausreichende Vermehrung der Zahl der Gesundenuntersuchungsstellen für die Früherkennung von Krebs. Die Zeit des durchschnittlichen

./.

Spitalsaufenthaltes, derzeit 18 Tage pro Patient - könnte sich durch ambulante Voruntersuchungen, wie sie im Hanusch-Krankenhaus bereits angewendet werden, günstig beeinflußt werden.

Dringend notwendig wäre die seit langem versprochene Errichtung von Alterspflegeheimen. Für die Modernisierung der Altersheime müßten mehr Mittel aufgewendet werden. Ob sich jedoch der Umbau des Altersheimes Baumgarten, es sind hiefür 85 Millionen veranschlagt, rentiere, sei zu bezweifeln.

Die Einnahmensteigerung bei den Jugendzahnkliniken dürfte auf die Höhe der Behandlungskosten zurückzuführen sein. Der Redner ersucht um Aufklärung, welche dienstrechtlichen Schritte gegen jenen Arzt unternommen wurden, der den Ankauf von kieferorthopädischen Platten zu weit überhöhten Preisen veranlaßt hat und wieso es so lange bis zur Abstellung des Übelstandes gedauert hat.

Abschließend stellt der Redner die Frage, welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der bedrohlichen Verunreinigung der Alten Donau durch Wasservögel getroffen wurden. Trotz eindeutiger Untersuchungsbefunde, die auf die große Gefährdung hingewiesen haben, ließ sich der Bürgermeister nicht davon abhalten, in seiner Sonntagsrede eine diametrale Stellung zu nehmen. Wer übernimmt die Verantwortung, das Gesundheitsamt oder der Herr Bürgermeister.

GR. Dr. Goller (ÖVP) würdigte die präventiven Seiten des Gesundheitsdienstes, besonders die Fluortabletten-Aktion in den Schulen, durch die der Anteil der karieskranken Schulkinder in wenigen Jahren von 61 auf 28 Prozent gesunken ist. Ebenso wertvoll ist die jährliche Durchuntersuchung der Kinder in den Kindertagesheimen der Stadt Wien. Hier klafft allerdings eine Lücke: In den privaten Kindergärten gibt es diese Einrichtung nicht. Dr. Goller regte an, daß Stadtrat Dr. Glück mit der Wohlfahrtsstadträtin Kontakt im Sinne einer positiven Regelung dieser Sache aufnehmen solle.

Nach Meinung des Redners wäre für den Presse- und Informationsdienst im Gesundheitswesen eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen. Als zum Beispiel vor einiger Zeit der Bestand an Blutkonserven fast auf Null zusammengeschrumpft war, hätte etwa durch ein

./.

Plakat des Informationsdienstes die Blutspendefreudigkeit angeregt werden können.

Dr. Goller wies auf die alarmierend steigenden Infektionszahlen hin, die durch Geheimprostituierte entstehen. Tatsächlich ist jede fünfte dieser Frauen - ihre Zahl beträgt wahrscheinlich rund 2.000 - geschlechtskrank. Dazu kommt der enge Zusammenhang zwischen Prostitution und Kriminalität. Goller meinte, es sei falsche Prüderie, diese Angelegenheit im Gemeinderat totzuschweigen. Ebensowenig zielführend sei allerdings auch die Erlassung der bekannten "Verbotszone" in der Kärntner Straße gewesen. Man werde dieses Problem nie gänzlich lösen können, solle es aber nicht weiter verschleppen, sondern wenigstens die ärgsten Auswirkungen besonders der Geheimprostitution einzudämmen versuchen.

GR. Leinkauf (ÖVP) kritisierte, daß es in Wien bei dem immer stärker werdenden Verkehr und der dadurch bedingten zunehmenden Zahl von Verkehrsunfällen nur acht Rettungsstationen gäbe. Die beiden Rettungsstationen Hernals und Floridsdorf sind zwar fertiggestellt, können aber nicht in Betrieb genommen werden, weil die Finanzverwaltung das Geld für die Einrichtung nicht zur Verfügung stellt. Dazu kommt, daß die acht Stationen über viel zu wenig Einsatzwagen verfügen.

Wie fruchtbar sich das zur Verfügungstellen finanzieller Mittel auswirke, beweise die jetzt wesentlich entspanntere Spitalsbettensituation durch die Schaffung der Bettenzentrale. Ungeachtet der Tatsache, daß Wien zu den Städten mit der geringsten Bettennot gehört, müßten dennoch alle Anstrengungen unternommen werden, immer wieder auftretende Engpässe zu vermeiden. Abschließend stellte er fest, daß man der Stadt Wien danken müßte, daß sie sich an den jüngst begründeten Sonntagsdienst finanziell beteiligt, wodurch den Wienern die Angst genommen ist, im Notfall keine ärztliche Hilfe zu finden.

GR. Elisabeth Schindler (SPÖ): Zwar wird das Leben durch die medizinischen Erkenntnisse verlängert, die Gesundheit wird aber nicht wesentlich verbessert. Ursache dafür seien vor allem die Schäden durch steigenden Alkohol- und Nikotingenuß

./.

Während man in den Vereinigten Staaten allen jenen Prämien bezahlt, die das Rauchen aufgeben, habe man der Forderung eines Schulforums in Deutschland nachgegeben und für Burschen Raucherzimmer, für Mädchen Raucherterrains geschaffen. Sie rege an, eine Station für Exzessivraucher zu schaffen, wo diese unter ärztlicher Mithilfe der Sucht entwöhnt werden können.

Auf die hohen Kosten pro Tag und Spitalsbett eingehend, berichtete sie, Prof. Fellinger habe vorausgesagt, daß diese in den nächsten Jahren auf das drei bis vierfache ansteigen würden. Zunehmende Medikamentenkosten und lange Verweildauer in den Spitälern sind an diesen Kosten maßgeblich beteiligt.

Die vor Jahren von GR. Busta angeregte, jetzt offenbar vor der Verwirklichung stehende vorstationäre Untersuchung werde nicht nur dazu beitragen, die Kosten doch nicht ins Ungemessene ansteigen zu lassen, sondern auch den Kranken Doppeluntersuchungen und unerwünschte Krankenhausaufenthalte zu ersparen. Abschließend beschäftigte sich die Rednerin mit den widersprechenden Meldungen über den Stand der Heilpädagogik in Österreich. Während es nämlich bei dem im September abgehaltenen Kongreß geheißen habe, daß zuständige Kliniken sich nur in Wien und Innsbruck mit gehirngeschädigten Kindern beschäftigen, habe Gemeinderätin Hubinek sich in einer Zeitungsmeldung dahingehend geäußert, daß selbst die Bundesländer Tirol und Kärnten in der Früherfassung spastisch gelähmter Kinder allen übrigen österreichischen Städten weit voraus seien und Wien alle Anstrengungen unternehmen müsse, um entsprechende Einrichtungen und Fürsorgegesetze zu schaffen.

GR. Lehner (ÖVP) stellt fest, daß eine ständig wachsende Anteilnahme breiter Bevölkerungskreise an den Bauten und notwendigen Gelderfordernissen des Gesundheitssektors bestehe. "Es ist keine schlechtere Dotierung als im vergangenen Jahr, aber immer noch zu wenig, jeder will den bescheidenen Wohlstand genießen und gesund bleiben".

Erfreut ist der Redner über den Ausbau der Unfallspitäler im Bannkreis Wiens. Er rühmt die lange Liste der Umbauten, Neubauten etc. und bricht eine Lanze für das psychiatrische Krankenhaus am Steinhof. Hier müßte mehr getan werden. "Die Verpflegssätze sind zu niedrig, da gerade diese Patienten im Essen ihre Hauptbeschäftigung sehen". ./.

Altersheime: Sie sind schon mehr Alterskrankenhäuser. Beherbergte Lainz kurz nach der Gründung 10 Prozent Bettlagerige, so sind es heute nur mehr 10 Prozent Gehfähige!

Der Redner fordert sodann mehr Betten für Floridsdorf und eine endliche Realisation des Krankenhauses Ost. "Es bleibt das Problem, finanzielle Mittel zu streuen oder zu konzentrieren. Ich bin für's Konzentrieren". Ein weiteres Problem zieht er an, indem er die großen Kosten für Spitäler, die in wenigen Jahren schon der Spitzhacke zum Opfer fallen werden, feststellt. "Wir können die Kranken aber nicht vertrösten".

Zum Humanprogramm der SPÖ: Hier wird etwas für den Wahlkampf verbreitet - Zwischenruf der SPÖ: "Ja, aber aus Parteigeldern!" - Die ÖVP habe so etwas auch schon gehabt aber ihr Sozialministerium habe Vieles ohne zu reden bereits verwirklicht "Aber halten wir doch die Gesundheitspolitik aus der Streitpolitik heraus".

GR. Dr. Kurt Zemann (SPÖ) lobte die großen Erfolge der Polioimpfungen.

Die Einrichtung des Steriltestlabors bringt bedeutende Fortschritte. Die Tuberkulose-Fürsorgestellen werden laufend modernisiert, die Gesundheitszentren ausgebaut. Gute Fortschritte erzielt die Behindertenfürsorge bei Haltungsschäden von Schulkindern. An zahlreichen Schulen wird für diese Kinder spezieller Turnunterricht geboten, jedoch müsse noch einiges für die Beschaffung körpergerechterer Schulmöbel getan werden.

Der Redner vertrat schließlich die Ansicht, daß für die Gesundheit der Bürger die eingesetzten Mittel nie hoch genug sein können.

In seinem Schlußwort sagte Gesundheitsstadtrat Dr. Glück, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten in den Spitälern bisher nur leicht gesunken sei: von 22 auf 20 Tage. Sie soll durch vorstationäre Untersuchung weiter verkürzt werden.

Das Personalproblem könne solange nicht als gelöst bezeichnet werden, als Betten gesperrt sind. In naher Zukunft muß mit dem Ausscheiden von rund 550 geistlichen Schwestern gerechnet werden, wofür als Ersatz 1.100 bis 1.200 Schwestern notwendig sind.

./.

Die Bezahlung hat sich erfreulich gebessert. Schwestern im ersten Dienstjahr erhalten jetzt 3.990 Schilling, vor zehn Jahren waren es nur 1.449 Schilling. Ein Sekundararzt erhält jetzt 10.690 Schilling im Monat, ein Oberarzt 11.500, ein Rettungsarzt 10.900. An Arztnachwuchs besteht kein Mangel.

Während die Gesundenuntersuchungsstellen früher nicht voll ausgelastet waren, ergeben sich jetzt Wartezeiten infolge der Propaganda des Sozialministeriums und der Krebsausstellung im Rathaus. Derartige Untersuchungen können aber von allen Ärzten ausgeführt werden, wovon es in Wien 5.355 gibt, davon 2.830 Fachärzte.

Vom ärztlichen Standpunkt müsse den öffentlichen Häusern der Vorzug gegeben werden; die Situation bei der Geheimprostitution mit 20 bis 25 Prozent Erkrankungen würde dadurch jedoch kaum geändert werden.

Die acht Wiener Rettungsstationen reichen aus, durch den Funk und die Bettenzentrale konnte die Zahl der gefahrenen Kilometer gesenkt werden.

Der Ärzte-Notdienst hat sich nach anfänglichen Schwierigkeiten gut eingeführt und zu einer segensreichen Einrichtung entwickelt.

Gegen Alkohol- und Nikotinmißbrauch könne nur durch verstärkte Aufklärung etwas unternommen werden, weniger durch Polizeimaßnahmen.

Der Computer-Einsatz vermag viel administrative Arbeit abzunehmen, nicht jedoch Arbeiten am Bett.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird um 15.50 Uhr unterbrochen. Die Beratungen werden Montag, den 15. Dezember mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VI (Planung) fortgesetzt. Referent: Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ).

\- - -

Gesundheitsdebatte (Zusammenfassung)

Wien, 12.12. (RK) In seiner Budgetrede beschäftigte sich Gesundheitsstadtrat Dr.Glück zunächst mit der prophylaktischen Medizin, die in Wien große Erfolge aufzuweisen hat. So konnte die Kinderlähmung durch Impfaktionen zum Verschwinden gebracht werden. Im kommenden Jahr wird eine Gammaglobulinprophylaxe gegen Hepatitis eingeführt werden. Durch die intensive Krebsaufklärung ist die Errichtung von neuen Gesundenuntersuchungsstellen im Allgemeinen Krankenhaus, im Franz Josef-Spital und im Wilhelminenspital notwendig geworden. Alarmierend ist die Entwicklung der Tbc in Wien. Die Zahl der Neuerkrankungen [illegible] steigt.

Die Jugend muß stärker über den gesundheitsschädlichen Einfluß von Alkohol, Nikotin und Rauschgift aufgeklärt werden. In den letzten zwölf Monaten haben sich nachweislich 104 Jugendliche Opium selbst injiziert. Man rechnet damit, daß heuer bereits 1.000 Jugendliche in Wien diesem Gift verfallen sind. Ein großer Erfolg ist die sinkende Säuglingssterblichkeit (2,5 Prozent). Weiter ausgebaut wird die Fürsorge für Alkoholkranke.

Überaus wichtig sei die Familienplanung. Nur durch Sexualerziehung und Eheberatung werde es möglich sein, die Zahl der Abtreibungen (jährlich 100.000 in Österreich), zu verringern. Man denke auch daran, in Wien einen Gesundheitspaß einzuführen.

Von den Gesamtausgaben der Gruppe Gesundheitswesen (2.639 Millionen) entfallen allein auf die Krankenanstalten 1,7 Millionen. Außerdem sind für Investitionen 234 Millionen vorgesehen.

Für den Neubau des AKH sind 240 Millionen vorgesehen, für Arbeiten an der 2. Chirurgischen und der 1. Universitätsfrauenklinik 180 Millionen, für das Rudolfspital 32 Millionen und 26 Millionen für die Unfallchirurgie im Wilhelminenspital.

Das Gesundheitsbudget wurde mit den Stimmen SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. In der Debatte sprach GR.Tuma (DFP), der das System im Altersheim Lainz kritisierte. Die Personalsituation auf dem Gesundheitssektor sei sehr bedenklich.

./.

GR.Dr.Hirnschall (FPÖ): Der Spitalsaufwand hat zu einer Belastung der Gemeinden geführt, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Es sei beschämend, daß die verantwortlichen Stellen im Staat dieser Entwicklung tatenlos zusehen. Welche Maßnahmen, fragt er, werden zum Schutz der Bevölkerung vor der Verunreinigung der Alten Donau durch Wasservögel getroffen?

GR.Dr.Goller (ÖVP) lobt die Fluortablettenaktion, durch die die Karies der Schulkinder von 61 auf 28 Prozent gesunken ist. Alarmierend sei die steigende Infektionsgefahr durch Geheimprostituierte. Man solle dieses Problem nicht totschweigen oder verschleppen und die ärgsten Auswüchse einzudämmen versuchen.

GR.Leinkauf (ÖVP) verlangt mehr Rettungsstationen und mehr Rettungswagen.

GR.Elisabeth Schindler (SPÖ) warnt vor den Folgen des übermäßigen Alkohol- und Nikotingenusses. Die Kosten pro Spitalsbett werden auch in den nächsten Jahren steigen. Die vor der Verwirklichung stehende vorstationäre Behandlung werde Krankenhausaufenthalte sparen helfen.

GR. Lehner (ÖVP) fordert mehr Betten für Floridsdorf und die Realisierung des Krankenhauses Ost.

GR. Dr. Zemann (SPÖ) lobte die großen Erfolge der Polioimpfungen und die Modernisierung der Tbc-Fürsorgestellen. Für die Gesundheit der Wiener kann man nicht genug Geld aufwenden.

\- - -

schneebericht

26 wien, 12.12. (rk) auch in der vergangenen nacht war das personal der stadtreinigung vorwiegend mit der schneeabfuhr beschaeftigt. infolge dieses naechtlichen einsatzes von 2.334 schneearbeitern (davon 732 mann eigenes personal und 1.602 taglohner), 110 schneepfluegen, 52 streufahrzeugen, 230 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, zwoelf sandlademaschinen und 129 schneeladegeraeten wurden die mariahilfer strasse vom ring bis zur zwoelfergasse sowie der guertel von der mariahilfer strasse bis zur westbahnstrasse vom schnee gesaeubert.

freitag, den 12. dezember, entstand am morgen oertlich strassenglaette. das machte die neuerliche ausfahrt von 52 streufahrzeugen notwendig. saemtliche hauptfahrbahnen sind derzeit salzfeucht, zum teil auch schon trocken und durchgehend gut befahrbar. auch fuer heute freitag ist vordringlich die freimachung der uebergaenge und weitere schneeabfuhr angeordnet.

die wiener feuerwehr hatte wie in den letzten tagen wieder mehrere hundert ausfahrten zur entfernung von dachlawinen und eiszapfen zu verzeichnen.
1707

''juwelenhochzeit'' in hietzing

27 wien, 12.12. (rk) buergermeister bruno m a r e k und wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i statteten freitag mittag dem ersten wiener juwelenhochzeitspaar jakob und pauline k o v a c s im hietzinger pensionisten-heim foehrenhof einen besuch ab. der buergermeister und die stadtraetin gratulierte dem paar, das nun schon seit 72 1/2 jahren miteinander verheiratet ist und ueberreichten ehrengeschenke der stadtverwaltung. unter den zahlreichen uebrigen gratulanten befanden sich bezirksvorsteher eduard p o p p und bezirksvorsteher-stellvertreter dipl.ing. josef g e r s t b a c h .

jakob kovacs wurde 1873, seine frau 1874 geboren. beide leben seit vier jahren in dem pensionistenheim. von ihren drei kindern sind noch zwei am leben. die beiden enkel leben in daenemark und in den usa. am 18. dezember werden die ruestigen und unternehmungslustigen alten wiener von hostessen der stadtverwaltung begleitet in das rathaus fahren,um im festsaal an einer ehrung fuer jubelpaare teilzunehmen.
1703

staedtebund-tagung ueber das vermessungswesen

21 wien, 12.12. (rk) probleme und fragen des vermessungswesens standen am programm einer staedtebund-tagung, die freitag abgehalten wurde, und an der vertreter aus ganz oesterreich teilnahmen. im rahmen eines erfahrungsaustausches wurden dabei zahlreiche wuensche und anregungen, die das 1968 geschaffene vermessungsgesetz betrafen, aktuell. dieses gesetz unterscheidet sich in manchen punkten wesentlich von den bauordnungen der jeweiligen laender und verhindert so oft die notwendige zusammenarbeit der laender untereinander.

stadtrat ing. fritz hofmann uebernahm es, die gaeste namens des buergermeisters im rathauskeller zu begruessen, wobei er darauf hinwies, wie wichtig gerade bei planungsaufgaben die unterstuetzung der vermessungsarbeiten sei, die wesentlich zur koordinierung im bauwesen beitragen.
1622

staedtebund zur arbeitszeitverkuerzung

22 wien, 12.12. (rk) der personalausschuss des oesterreichischen staedtebundes hat freitag die frage der arbeitszeitverkuerzung im oeffentlichen dienst behandelt und dabei die von den vertretern der oeffentlichen dienstgeber mit dem verhandlungsausschuss der vier gewerkschaften des oeffentlichen dienstes getroffene vereinbarung vom 24. november zur grundlage seiner beratungen hat sich zu dieser regelung bekannt und empfiehlt auch jenen mitgliedsgemeinden, die nicht bereits gesetzlich an dienst-, besoldungs- und arbeitszeitrechtliche bestimmungen des bundesdienstes gebunden sind, sich an die getroffenen vereinbarungen zu halten.
1624

muster-hygieneverordnung beschlossen

19 wien, 12.12. (rk) der rechtsausschuss des oesterreichischen staedtebundes hat donnerstag unter dem vorsitz von magistratsdirektor dr. e r t l neben anderen aktuellen fragen nach einem referat von senatsrat dr. strassmann, wien, den entwurf einer ''muster-hygieneverordnung'' verabschiedet. dieser entwurf wurde in einem speziell fuer diesen zweck eingesetzten komitee unter derleitung von oberstadtphysikus dr. m e l c h i o r , graz, erarbeitet. der verordnungsentwurf soll den gemeinden als grundlage zur erlassung von verordnungen i m e i g e n e n w i r k u n g s b e r e i c h ''zur abwehr von das oertliche gemeinschaftsleben behindernden zustaende'' (muell, staub usw.) dienen.

weiter nahm der rechtausschuss zur frage der uebertragung der besorgung einzelner angelegenheiten des eigenen wirkungsbereiches der gemeinden auf dem gebiete der oertlichen baupolizei und der oertlichen raumplanung auf die bezirkshauptmannschaften stellung und vertrat nach einem bericht von generalsekretaer s c h w e d a einhellig die meinung, dass von dieser moeglichkeit im interesse der wahrung der gemeindeautonomie nur im falle unbedingter notwendigkeit gebrauch gemacht werden soll.
1619

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

kommenden montag:
trixi schuba bei der eroeffnung des jugendeislaufens

2 wien, 13.12. (rk) kommenden montag wird, wie berichtet, vizebuergermeister gertrude s a n d n e r die sportaktion der stadt wien ''jugendeislauf'' offiziell eroeffnen. im rahmen der geplanten darbietungen wird die weltmeisterschaftszweite trixi s c h u b a eine kuer laufen.

geehrte redaktion
sie werden herzlich eingeladen, zu dieser veranstaltung berichterstatter und fotoreporter zu entsenden. bitte merken sie vor:
zeit: montag, 15. dezember, 14 uhr.
ort: eishalle donaupark.

institut fuer industrieplanung nimmt arbeit auf

1 wien, 13.12. (rk) das vor kurzem konstituierte internationale institut fuer industrieplanung, (i.i.i.) dem die stadt wien als gruendungsmitglied angehoert, veranstaltet vom 20. bis 25. jaenner 1970 im ''haus der industrie'' auf dem schwarzenbergplatz das seminar ''lagertechnik 80''. bei dieser ersten veranstaltung des instituts werden internationale fachleute ueber methoden der lagerung, bedienungs- und foerdermittel, bau von lagergebaeuden, steuerungsmittel und automatisierung, lagerung nicht palettierbarer gueter und tendenzen des lagerwesens referieren.

das i.i.i., dessen wissenschaftlicher beirat zehn hervorragende experten aus allen teilen der welt versammelt, hat sich zur aufgabe gestellt, in wien eine internationale drehscheibe fuer alle fragen der industriellen planung zu etablieren. es wird auch weniger produktiven laendern der welt die erfahrungen und die ergebnisse der industrieplanung zur verfuegung stellen. das i.i.i. ergaenzt dadurch die taetigkeit der unido, von der die gruendung des neuen instituts gefoerdert wurde.

praesident des internationalen instituts fuer industrieplanung ist generaldirektor dkfm. franz l a n g h a n s , mit der geschaeftsfuehrung ist dipl.-ing. erich e. l e t h m a y e r betraut. das i.i.i. ist ueber postfach 98, 1082 wien, erreichbar, telefon 42 41 47.

im sommer waren 8,8 prozent mehr fremde in wien

3 wien, 13.12. (rk) wie aus dem neuen heft der '' mitteilungen fuer statistik und verwaltung'' des statistischen amtes der stadt wien zu entnehmen ist, nahmen in den monaten mai bis september die wiener beherbergungsstaetten 804.889 gaeste auf. das sind 8,8 prozent mehr als im gleichen zeitraum des vorjahres. die zahl der uebernachtungen lag mit 2,117.714 um 5,3 prozent ueber dem vorjahresstand.

der beste zuwachs im heurigen sommer wirkte sich vor allem auf den besuch der besser ausgestatteten hotels (kategorien a 1, a und b) aus, wogegen die hotels der mittelklasse eine frequenzabnahme verzeichneten.

weit ueber dem durchschnitt liegende zunahmen wiesen die jugendherbergen und campingplaetze auf. kamen im sommer 1968 32.482 gaeste in die jugendherbergen, so waren es von mai bis september 1969 bereits 38.134. das entspricht einer zunahme von 17,4 prozent. der besuch der campingplaetze steigerte sich gegenueber dem sommer des vorjahres sogar um 20 prozent. 1968: 60.513, 1969 schon 72.629 gaeste.

bei einer vergleichenden gegenueberstellung der angekommenen gaeste nach den wichtigsten herkuftslaendern faellt das wachsen des fremdenverkehrs aus der tschechoslowakei (1968: 37.440, 1969: 52.148 gaeste, steigerung somit 39,3 prozent) und jugoslawien auf, aus den usa (1968: 119.844 gaeste, 1969: 142.126 gaeste, steigerung somit 18,6 prozent) und italien kamen gleichfalls ueberdurchschnittlich mehr besucher als im vorjahr. einbussen an gaesten ergaben sich bei frankreich, grossbritannien, den niederlanden, der schweiz und ungarn, doch blieb auch die zunahme des besuchs aus den skandinavischen laendern hinter dem gesamttrend zurueck.

renner-preis fuer jubilierende wiener staatsoper

4 wien, 13.12. (rk) auf grund eines einstimmig gefassten beschlusses des von ihm eingesetzten kuratoriums hat buergermeister bruno m a r e k bestimmt, dass der dr. karl renner-preis der stadt wien im jahre 1969 ungeteilt im gesamtbetrag von 200.000 schilling der wiener staatsoper anlaesslich ihres 100 jaehrigen bestandsubilaeums verliehen wird.

die hohe auszeichnung ist dem gesamten kuenstlerischen und technischen personal der wiener staatsoper in wuerdigung seiner hervorragenden leistungen gewidmet.

der buergermeister wird die feierliche preisverteilung im rahmen einer festlichen veranstaltung im jaenner vornehmen. es handelt sich um die 16. preisverleihung seit dem bestehen der stiftung. diese traegt den namen des grossen staatsmannes der ersten und zweiten republik, dem der wiener gemeinderat anlaesslich seines 80 geburtstages am 14. dezember 1950 durch die nach ihm benannte stiftung ein geburtstagsgeschenk von bleibendem wert gemacht hat.

nach den geltenden richtlinien koennen einzelpersonen und personengemeinschaften in den genuss der stiftung treten. diese ist dazu bestimmt, verdienste um die republik oesterreich zu belohnen. es muss sich dabei um leistungen von ganz besonderer art handeln: um ein mutiges, beispielgebendes verhalten, das unter den erschwerendsten umstämden erfolgt und geeignet ist, die beziehungen zu den mitmenschen und das zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen. auch ein wirken von weittragender bedeutung, durch das das ansehen österreichs und seiner bundeshauptstadt erhoeht wird, kann der grund für eine preiszuerkennung sein.

erholungsgebiet bisamberg gesichert

5 wien, 13.12. (rk) in einer gemeinsamen aktion der landeshauptleute marek und maurer wurde die verbauung des bisamberges verhindert. nun hat die gemeinde wien durch den erwerb der flaechen rund um die sogenannte elisabeth-hoehe diese beschluesse auch faktisch abgesichert.

wie stadtrat hintschig in einem rundfunkinterview bekannt gab, ist mit dem juengst erfolgten ankauf von 717.000 quadratmetern grundflaeche am bisamberg dieses fuer die wiener so wertvolle erholungsgebiet nun endgueltig abgesichert. die gemeinde hat die absicht, hier die gruenflaechen zu erhalten und forstmaessig auszubauen. schon vor jahren hat wien durch den erwerb der elisabeth-hoehe im ausmass von 288.000 quadratmetern der verbauung in diesem wiener ausflugsgebiet einen riegel vorgeschoben. in langwierigen verhandlungen gelang es nun, die restflaechen der drohenden grundstueckspekulation zu entziehen und durch die beschluesse der beiden landeshauptleute steht bereits heute fest: der bisamberg bleibt naturschutzgebiet.

einer regen bautaetigkeit jenseits der donau steht dennoch nichts im wege, denn in floridsdorf und donaustadt sind zum gegenwaertigen zeitpunkt noch 90 prozent des gesamtareals unbebaut.

1015

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

sonderschau im leopoldstaedter heimatmuseum

5 wien, 15.12. (rk) im leopoldstaedter heimatmuseum 2, karmelitergasse 9, bereitet man gegenwaertig eine ausstellung vor, die samstag, den 20. dezember, eroeffnet werden wird. ihr erster teil umfasst eine muenz- und medaillenausstellung der oesterreichischen numismatischen gesellschaft, die in vier vitrinen untergebracht ist und unter anderem muenzen aus der roemischen republik und kaiserzeit, eine auswahl von wiener pfennigen sowie medaillen mit den verschiedensten praegungen zeigt. so werden etwa gepraege auf die siegreiche abwehr der tuerkenbelagerungen wiens ebenso zu sehen sein, wie kroenungs- und huldigungsjetons und erinnerungsmedaillen fuer wiener buergermeister, schauspieler und andere persoenlichkeiten.

der zweite teil beschaeftigte sich mit dem tuerkenjahr 1683. in einem 55 x 220 zentimeter grossen diorama sind insgesamt 580 zinnfiguren zu sehen, die den kampf der tuerken in der taborstrasse darstellen. tuerkische geschuetzstellungen, halbe und ganze karthausen, ein gefechtsbeobachtungsstand, spital und kirche der barmherzigen brueder sowie die kirche und das kloster der karmeliter sind naturgetreu nachgebildet. darueber hinaus gibt es aber auch noch originalexponate aus jenen tagen, zum teil leihgaben des historischen museum und des heeresgeschichtlichen museums, zu sehen.

die sonderschau bleibt bis 31. jaenner 1970 geoeffnet und ist jeweils mittwoch von 17-19 uhr, samstag von 14,30 bis 17 uhr und sonntag von 9 bis 12 uhr zugaenglich.
0900

1970 ein Leitbild für Wien

4. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe VI, Planung.
Referent Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ)
Einnahmen 193.000 Schilling, Ausgaben 25,492.000 Schilling.

Wien, 15. 12. (RK) Stadtrat Hofmann stellte sich zunächst als zweifacher "Debutant" vor: Es sei sein erstes Budget als Stadtrat und dies zu einer Geschäftsgruppe, die es erst seit der Neueinteilung der Geschäftseinteilung im Frühjahr 1969 gebe. Obwohl die Aufwendungen der Geschäftsgruppe Planung nur einen Promillesatz des Gesamtbudgets umfassen, entspreche es doch ihrer Aufgabenstellung, einschneidend und konzeptiv die Voranschläge der folgenden Jahre oder Jahrzehnte maßgeblich zu beeinflussen. Denn Raumordnung und Wirtschaftsentwicklung seien Aufgaben von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft schlechthin. Die Aktivitäten Wiens beeinflußten zudem nicht nur die gesamte Stadtregion, sondern weite Teile Ostösterreichs. Die wirtschaftlichen Chancen Wiens könnten aber nur durch eine optimale Raumordnungspolitik zum Tragen kommen, die wiederum Ergänzungen der Finanz-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik bedürfe.

Die früheren Vorstellungen, daß die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt lediglich durch Vorschriften und Verbote gelenkt werden könne, sei heutzutage ebenso überholt wie der Versuch, die räumliche Entwicklung lediglich durch Regulierungsmaßnahmen zu lenken. Daher lenke die Wiener Stadtverwaltung schon längst selbst die Entwicklung durch Investitionen, Erschließungen, Verkehrsausbau, Erhöhung des Energieangebotes, Verbesserung der Infrastruktur, durch Wirtschaftsförderungen und nicht zuletzt durch eine bewußte Steuer- und Abgabenpolitik in maßgeblicher Weise.

Hofmann erinnerte in diesem Zusammenhang an die großen Leistungen früherer Generationen, die ebenso großzügig geplant hätten: Dazu gehörten der Bau der Ringstraße, die große Stadterweiterung, oder die Donauregulierung

./.

und die Wasserversorgung. Auch die Ergebnisse der Wiederaufbauenquete 1946 habe überaus wertvolle Erkenntnisse gebracht.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Wiener Gemeinderates in dieser Legislaturperiode werde es gehören, die städtebaulichen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen für Wiens weitere Entwicklungen neu zu formulieren. Er werde daher im Laufe des kommenden Jahres ein räumliches Leitbild für Wien, ein Verkehrskonzept und schließlich die Leitlinien zur wirtschaftlichen Entwicklung Wiens vorlegen, kündigte Hofmann an.

Im Verlauf der Budgetdebatte sei wieder die Forderung nach einem Generalverkehrsplan erhoben worden. Es sei jedoch die Annahme falsch, eine einmalige Festlegung für ein Ausbaukonzept des öffentlichen und Individualverkehrs könne auf zwei oder drei Jahrzehnte gültig sein. Allein die Entwicklung der letzten zehn Jahre zeige, wie sehr Anforderungen, Voraussetzungen und Möglichkeiten für das Straßennetz erster Ordnung geändert worden seien. So habe allein das Projekt des internationalen Behördenzentrums beim Donaupark bedeutsame Rückwirkungen auf das gesamte Wiener Verkehrsnetz.

Das Verkehrskonzept werde selbstverständlich außer den Netzen des öffentlichen und Individualverkehrs auch Vorschläge zur Situierung von Parkgaragen und Fußgeherzonen enthalten. Ebenso werde es die Probleme des Autobahnnetzes, des Eisenbahn-, Flug- und Schiffsverkehrs aufzeigen.

Ausführlich beschäftigte sich Stadtrat Hofmann dann mit den Aufgaben der für die wirtschaftliche Entwicklung zuständigen Magistratsabteilung 22. Sofort nach Fertigstellung des Gutachtens von Prof. Jürgensen aus Hamburg über die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und Entwicklungsziele würden die Leitlinien zur wirtschaftlichen Entwicklung Wiens ausgearbeitet. Schon jetzt könne jedoch gesagt werden, daß die Untersuchungen Jürgensens die bisherigen städtebaulichen Zielsetzungen Wiens bestätigt hätten.

Der Planungsstadtrat skizzierte dann ein Bild der derzeitigen Wiener Wirtschaftssituation: Wien stelle 23 Prozent der Österreicher und 26 Prozent der Beschäftigten, von denen 30 Prozent des gesamten österreichischen Bruttonationalproduktes erarbeitet werde. Das Wiener Durchschnittseinkommen liege 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Zudem weise die Wiener Wirtschaft in den einzelnen Sektoren eine relativ günstige Struktur auf: Im Primärsektor, also der Landwirtschaft, Energieerzeugung und dem Bergbau beiteten nur zwei Prozent der Beschäftigten, im österreichischen ar-

./.

Durchschnitt 13 Prozent. Im Sekundärsektor, also der Produktion, mache der Anteil der Beschäftigten 43 Prozent und schließlich im Tertiärgewerbe, also im Dienstleistungssektor, rund 55 Prozent aus.

Freilich dürften zahlreiche Strukturschwächen Wiens nicht übersehen werden, die mit Hilfe mittel-, bis langfristiger Planungsmaßnahmen überwunden werden müßten:

Problem Nummer 1 sei das Zurückbleiben des Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren. Während von 1960 bis 1965 das Bruttonationalprodukt Österreichs real um rund 21 Prozent gestiegen sei, habe Wiens Zuwachs nur knapp 18 Prozent ausgemacht. Diese Entwicklung sei, wie das Beispiel zahlreicher ausländischer Großstädte zeige, für die moderne Industriewirtschaft typisch. Weil das Wachstum in den Entwicklungsgebieten eben erheblich rascher zunehme als in Ballungsräumen, die schon einen hohen Entwicklungsstand aufzuweisen hätten.

Problem Nummer 2 sei die unterdurchschnittliche Betriebsgröße der Wiener Unternehmen. Während die Industriebetriebe in den anderen Bundesländern durchschnittlich 130 Arbeitskräfte beschäftigten, seien es in Wien nur etwa 100.

Problem Nummer 3: Wien sei von seinen natürlichen Handelspartnern und früheren Zuwanderergebieten abgeschnitten und müsse bei der Belieferung des westeuropäischen Makktes höhere Transportkosten tragen.

Problem Nummer 4 sei die bekannt ungünstige Altersstruktur der Wiener Bevölkerung und

Problem Nummer 5 sei schließlich die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Wien weise zwar eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenrate auf, doch sei dies auch ein Beweis dafür, daß die Stadt so gut wie keine Arbeitskräftereserven besitze.

Es müßten daher Taten gesetzt werden, sollen die Strukturschwächen ausgemerzt werden, erklärte Hofmann: Um die Arbeitskraftreserven im Umland besser ausschöpfen zu können, müsse der Regionalverkehr verbessert, müsse eine wachstumsorientierte Investitionsförderung betrieben werden, mit der freilich bereits begonnen worden sei. Zahlreiche Betriebe, die im dichtverbauten Gebiet keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr haben, müßten günstige Möglichkeiten zur Übersiedlung an den Stadtrand vorfinden.

./.

Bevor durch die rechtskräftige Festlegung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen irgend eine der verschiedenen Entwicklungsvarianten eingeleitet werden könne, müsse man den materiellen Aufwand und die dafür notwendige Zeit erfassen. Die dreidimensionale Planung müsse daher un zwei weitere Dimensionen, nämlich die Kosten und die Zeit ergänzt werden.

Als Beispiel führte Stadtrat Hofmann eine Untersuchung für die Kostenberechnung der Stadtentwicklung im 23. Bezirk einschließlich des Gebietes für die Stadterweiterung Süd an, für die im kommenden Jahr ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben werden soll.

In diesen Gebieten könnten bis 1985 Wohnungen für zusätzlich 110.000 Einwohner und Arbeitsplätze für 30.000 Menschen geschaffen werden. Die Kosten dafür seien einschließlich der Schaffung der notwendigen Infrastruktur mit 37 Milliarden Schilling errechnet worden. Dieser schockierende Betrag verliere jedoch bei genauer Betrachtung seinen Schrecken: Denn für den Wohnungsbau dessen Folgeeinrichtungen sowie für die Betriebsansiedlungen machten die öffentlichen und privaten Investitionen nicht weniger als 26 Milliarden Schilling aus. Diese Kosten müssen auf jeden Fall aufgebracht werden, wenn der Ausbau der Stadt planmäßig weitergehen soll, und es sei dabei gleichgültig, um welchen Stadtteil es sich handle. Anders sei es mit den elf Milliarden, die für den Grunderwerb sowie die innere und äußere Aufschließung aufgebracht werden müßten. Beim Beispiel Liesing entfielen etwa acht Milliarden für den Grunderwerb und die innere Aufschließung. In anderen Entwicklungsgebieten wären voraussichtlich diese Kosten etwa gleich hoch, während sie in Gebieten, die im Zuge der Stadterneuerung erst umgebaut werden müßten, erheblich höher wären. Die echten Kosten für die Stadterweiterung im Raum Liesing seien also mit rund drei Milliarden Schilling zu beziffern und entfallen auf Großanlagen, wie die U-Bahn, neue Schnellstraßenbahnen, das übergeordnete Straßennetz oder neue Hauptsammelkanäle.

Derzeit würden derartige Berechnungen auch für den 22.Bezirk angestellt. Denn eine endgültige Entscheidung in welchem Teil Wiens die Entwicklung am zweckmäßigsten voranzutreiben sei, könne erst getroffen werden, wenn alle in Frage kommenden Gebiete untersucht worden seien.

Ausführlich ging Hofmann auch auf das Problem der Stadterneuerung ein: Die Randwanderung von Menschen und Getrieben sei die Voraussetzung für eine tiefgreifende Erneuerung der dichtgebauten Kernzone

./.

Diese Zonen dürfe man jedoch nicht sich selbst überlassen, weil ansonsten die Gefahr bestehe, daß sie zu biologisch und wirtschaftlich gefährdeten Gebieten Wiens absinken würden. Diese Gebiete müssen daher so umgestaltet werden, daß ihre Attraktivität neu belebt werde. Dies sei auch der Grund, warum Wien ständig nach einem Assanierungsgesetz verlange.

Die völlige Neubearbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für die dichtverbauten Gebiete Wiens sei bereits im Gange und soll 1970/71 abgeschlossen werden. Dabei müsse die bisherige Widmung "gemischtes Baugebiet" durch eindeutige Festlegungen wie Wohngebiet, Betriebsbaugebiet oder Geschäftsviertel ersetzt werden. Auf Grund zahlreicher Bestandsaufnahmen sollten jedoch nicht nur Vorschläge zur "Neuregulierung" sondern auch solche zur Umgestaltung der Kerngebiete vorgelegt werden. Schon jetzt gäbe es eine grobe Kategorisierung der Altbaugebiete in Schutzzonen, Ausbaugebiete, Umbaugebiete und Erneuerungsgebiete.

Die Schutzzonen seien jene Stadtteile, in denen die Erhaltung historisch wertvoller Bausubstanz den Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben müsse. Ausbaugebiete wären jene Teile, in denen die städtebauliche Struktur die Bebauung der einzelnen Grundstücke für sich allein zulasse. Umbaugebiete seien jene, in denen infolge einer ungünstigen Struktur eine Baulückenverbauung abgelehnt werden müsse, in denen aber der Umbau von Altobjekten wirtschaftlich und wohnkulturell vertretbar sei.

Schließlich seien alle jene Stadtteile Erneuerungsgebiete, in denen die Bausubstanz schlecht sei oder nicht reparable Strukturmängel den ehesten Abbruch erfordern und eine Neubebauung die zweckmäßigste Lösung sei.

Ein besonders Problem sei dabei die City, also der Kernbereich Wiens und der gesamten Stadtregion, in dem die zentralen Funktionen für die ganze Region situiert seien. Spezielle Untersuchungen in den nächsten beiden Jahren sollten die Möglichkeiten aufzeigen, wie diese zentrale Funktion des Kerngebietes bewahrt werden könne. Als bedeutsame Aufgabe seiner Geschäftsgruppe nannte Hofmann zudem Wiens Stellungnahme zum Raumordnungskonzept des Bundes und die Mitarbeit in der Planungsgemeinschaft Wien - Niederösterreich.

./.

Im kommenden Jahr stünden der Stadtplanung für die Vergabe von Arbeiten 15 Millionen Schilling zur Verfügung, was einer Verdoppelung seit dem Jahr 1968 entspreche. Für Arbeiten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Planung seien sieben Millionen Schilling vorgesehen. Außerdem werde durch das neugeschaffene Institut für Stadtforschung die Möglichkeit bestehen, das in Wien vorhandene geistige und wissenschaftliche Potential in den Dienst der Entwicklung Wiens zu stellen.

\- - -

Wohnbau hat Vorrang

4. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe VII, Hochbau

Referent Stadtrat Hubert Pfoch (SPÖ)

Einnahmen 362,499.900 Schilling, Ausgaben 1.506,267.400 Schilling.

Wien, 15. 12. (RK) In seiner Budgetrede stellte Hochbaustadtrat Hubert Pfoch fest, daß dem Wohnhausbau nach wie vor Vorrang eingeräumt wird. Dies aus der Verpflichtung heraus, vor allem den jungen Ehepaaren moderne, familiengerechte Wohnungen zu erschwinglichen Bedingungen bereitstellen zu können. Trotz intensiver Bautätigkeit gibt es in Wien nämlich immer noch 300.000 Wohnungen, die den Anforderungen der heutigen Zeit nicht entsprechen.

Wohl ermöglicht das Montagebauverfahren in einer Bauzeit von bloß zehn Monaten Wohnobjekte zu errichten, aber das Fehlen eines wirksamen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes, das von der Bundesregierung beschlossen werden müßte, wirkt außerordentlich verzögernd.

Für den Weiterbau der bisher begonnenen Wohnhausbauten sowie für den Neubeginn von 5.000 Wohnungen werden 1970 etwa 1,2 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Auf den Baustellen der Stadt sind mehr als 8.000 Arbeiter beschäftigt; dieser Stand wird auch während der sogenannten toten Saison im Winter durch Aufstellen von Thermoblocs oder Gas-Warmluftgeräten gehalten werden.

Aus der Arbeit der Architekten-Abteilung: Mit der Vorbereitung eines U-Bahn-Wettbewerbes wurde eine Gruppe namhafter Architekten und Designer beauftragt. Ziel dieses Wettbewerbes ist es, verschiedene Prototypen von Stationen - eine Röhrenstation, eine Station in offener Bauweise, den Umbau einer bestehenden Otto Wagner-Station und eine Hochstation - zu entwerfen.

Im Zuge des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses ist derzeit die dreigeschossige Tiefgarage für rund 2.350 Pkw, einer Tunneleinfahrt vom äußeren Gürtel und einer Tunnelausfahrt in die Borschkegasse mit einem Kostenaufwand von 323 Millionen Schilling in Arbeit.

./.

Mit dem Baubeginn des Hauptbaukörpers ist 1971 zu rechnen. Die gesamte Anlage des Neubaues wird Raum für 2.500 Betten bieten.

Auf der Baustelle der Krankenanstalt Rudolfsstiftung wird gegenwärtig im zwölften Obergeschoß des 16stöckigen Bettenhochbaues gearbeitet, mit dessen Fertigstellung 1974 zu rechnen ist.

In Vorbereitung sind das "Altersheim Süd in Atzgersdorf" mit 20 Krankenstationen, die 1.000 Betten enthalten werden, und das "Altersheim und Krankenhaus Ost" (Sozialmedizinisches Zentrum) im 22. Bezirk.

Nach Fertigstellung des Blumengroßmarktes wird 1970 mit der Errichtung des Gleisanschlusses begonnen. Als letztes Bauvorhaben ist der Neubau eines Restaurationsgebäudes und eines Amtsgebäudes vorgesehen.

Mit der Errichtung des Fleischgroßmarktes St. Marx wurde bereits begonnen. Der Rohbau des Fleischmarktes und des Kühlhauses in Fertigbauweise wird im Frühjahr 1970 fertig sein, im Frühjahr 1971 soll bereits der Fleischgroßmarkt vom Hauptzollamt nach St. Marx verlegt werden.

Mit dem Neubau des Hallenstadions (Radrennbahn) in der Engerthstraße wird gleichfalls im Frühjahr 1970 begonnen. Die Bauzeit beträgt voraussichtlich drei Jahre, die geschätzten Gesamtkosten 68 Millionen Schilling.

150 Millionen Schilling wird das Sportzentrum West, 14, Deutschordenstraße, kosten; für das Budgetjahr 1970 ist eine Baurate von zehn Millionen Schilling vorgesehen.

Für acht neue Schulbauten und die Weiterführung von 21 bereits begonnenen Bauten stehen über 120 Millionen Schilling bereit.

Für die heuer gegründete "Heizbetriebe Wien Ges.mbH" sind 250 Millionen Schilling vorgesehen, weitere 120 Millionen werden auf dem privaten Kapitalmarkt beschafft. Zur Zeit werden Spitäler, Schulen, Amtshäuser und andere Bauten mit einem Wärmeanschluß von rund 500 Giga-Kalorien pro Stunde beliefert (eine Giga-Kalorie pro Stunde reicht zur Wärmeversorgung von rund 160 Wohnungen).

./.

Darüber hinaus werden 22.000 fertiggestellte Wohnungen zentralbeheizt. Derzeit sind 42 Heizzentralen im sozialen Wohnhausbau in Betrieb und weitere 14 in Bau. Ende 1970 werden rund 30.000 und Ende 1971 zirka 39.000 Wohnungen fernwärmeversorgt sein.

Technisches Neuland wurde durch den Ausbau des provisorischen Heilbades Ober-Laa beschritten. Hier wird die Thermalwärme der Schwefelquelle mittels Wärmetransformationseinheiten für Heizzwecke ausgewertet. Das ergab im November 1969 eine Wärmemenge im Wert von rund 24.000 Schilling.

Die städtische Bäderverwaltung sieht für 1970 Einnahmen von 38,5 Millionen Schilling und Ausgaben in der Höhe von 146,5 Millionen vor. Zur Verwirklichung des Bäderkonzepts sind 54,9 Millionen bereitgestellt. Sie dienen zur Fortsetzung der Bauarbeiten am Dianabad, am Ottakringer Bad, Schafbergbad, Liesinger Bad, für Erneuerungsarbeiten im Jörger- und Amalienbad sowie für den Neubau eines Kinderfreibades in der Donaustadt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

\- - -

wilhelm wacek zum gedenken

6 wien, 15.12. (rk) auf den 17. dezember faellt der 25. todestag des komponisten wilhelm w a c e k , er wurde am 28. oktober 1864 als sohn eines lehrers und kirchenchorleiters in sobieslau, boehmen, geboren, besuchte das konservatorium in prag und wirkte zunaechst als sologeiger in einem orchester. 1894 uebernahm er als direktor nachfolger carl michael ziehrers in iglau die musikalische leitung der kapelle des infanterie-regiments hoch- und deutschmeister nr. 4. er verstand es, im rahmen eines umfangreichen programms, das walzer, polkas, maersche, opernphantasien, ouverturen und selbst symphonische werke umfasst, das hohe niveau der beruehmten kapelle aufrecht zu erhalten. einen seiner groessten erfolge errang wacek mit der deutschmeister-kapelle auf einer suedamerikatournee, die 1910 im anschluss an die weltausstellung von buenos aires stattfand. in wien war wilhelm wacek so populaer, dass seine konzerte wahre volksfeste wurden. diese fanden u. a. im volksgarten oder im dritten kaffeehaus im prater statt. auch bei hofbaellen, bei den rathausbaellen, den grossen redouten durfte wacek mit seiner kapelle nicht fehlen. wacek stand volle 25 jahre an der spitze der deutschmeister-kapelle, deren letzter aktiver kapellmeister er war. die anerkennung seines wirkens fand in zahlreichen auszeichnungen des in- und auslandes ihren niederschlag. so erhielt er u.a. das ritterkreuz des franz joseph-ordens, die ehrenmuenze der stadt wien und die nicolai-medaille der wiener philharmoniker. seine eigenen kompositionen gehoerten vor allem der unterhaltungsmusik an. besonders bekannt wurden der ''krupp-marsch'', der ''oberst von dueckelmann-marsch'', der ''freiherr von kirchbach-marsch'' sowie die walzer ''buergerweisen'', ''sonnenstrahlen'', ''rosenblaetter''.
0930

auslandsstimmen ueber wien

2 wien, 15.12. (rk) um einen allgemeinen ueberblick zu bieten, welches bild sich das ausland ueber wien macht und wie weit die oeffentlichkeitsarbeit der stadtverwaltung in die nachbarlaender, ja bis uebersee, reicht und welches echo sie dort findet, bringt der presse- und informationsdienst ab dezember einen auslandspressespiegel mit dem titel ''wien im spiegel'' heraus.

die erste nummer bringt berichte - teils im original, teils in uebersetzung - aus deutschland, der schweiz, tschechoslowakei, jugoslawien, ungarn, aus canada und vielen teilen der usa, wobei jeweils die titel der artikel in der originalsprache unveraendert uebernommen wurden. ''wien im spiegel'' soll einmal im monat erscheinen.

heuer wurde die oeffentlichkeitsarbeit der stadt wien auch im ausland stark aktiviert. die kontakte mit den in wien akkredidierten korrespondenten wurden noch enger gestaltet und ihre betreuung intensiviert. ausserdem bedient sich der presse- und informationsdienst seit dem fruehjahr 1969 gut eingefuehrter pr-agenturen, um die basis der nachrichtenstreuung zu vergroessern und alle massenmedien unmittelbar zu erfassen.

aus den usa hat die seit april 1969 fuer die pr-arbeit eingesetzte agentur rund 155 presseberichte mit 15.340 zeilen und illustrierendem bildmaterial bis ende november in form von zeitungsauschnitten im original vorgelegt, die in der mehrzahl auf den aussendungen der wiener stadtverwaltung basieren. da die zeitungsausschnittebueros - besonders in den usa - erfahrungsgemaess nur einen geringen prozentsatz der tatsaechlich erschienen berichte erfassen, ist ein zahlenmaessig viel umfangreicheres artikelmaterial anzunehmen.

bei den als ausschnitte vorliegenden berichten handelt es sich hauptsaechlich um solche, die in den groessten amerikanischen tageszeitungen und magazinen einen leserkreis von

./.

vielen millionen menschen angesprochen haben, und zwar auch ueber solche themen, die ohne gelenkte streuung niemals haetten bei den zeitungen untergebracht werden koennen. auch die agentur, die fuer die betreuung der oststaaten eingesetzt wurde und die ihren sitz in wien hat, brachte, obwohl sie ihre arbeit erst im august begonnen hatte, bereits schoene erfolge.
0906

experimentelle atelierschau

4 wien, 15.12. (rk) von einer neuen art der moeglichkeit, kontakte zwischen kuenstlern und publikum herzustellen, konnte sich samstag abend vizebuergermeister gertrude s a n d n e r beim besuch einer atelierschau in den raeumen eines foto-ateliers in der alser strasse 23 ueberzeugen. drei kuenstler, ein maler, ein keramiker und ein fotograf hatten sich fuer einen versuch zusammengeschlossen. bereits zur biedermeier-zeit gab es im nebenhaus alser strasse 25 einen salon, der ungezwungener treffpunkt fuer kuenstler wie zum beispiel nestroy und anzengruber war. von diesem gedanken ausgehend bemuehte sich nun dieses team in etwas modernerer form dem publikum die moeglichkeit zu geben, im intimen rahmen eines ateliers kontakt zum kuenstler und seinen werken zu pflegen. die drei kuenstler sind prof. josef s c h u l z mit bildern, gobelines und gobelinentwuerfen, peter g a n g l mit gefaesskermaik und hans m a y r mit zum teil durch polarisiertes licht ent-standenen experimentellen fotografien. seitens der initiatoren dieses experiments traegt man sich mit dem gedanken, diese art der veranstaltungen in periodischer weise fortzusetzen und damit wiens kulturleben neue impulse zu geben.
0910

gemeinderatskommission fuer altersheime wird gebildet

3 wien, 15.12. (rk) in der gemeinderatssitzung vom 19. november hatten spoe und oevp einen gemeinsamen antrag eingebracht, der sich mit der fuersorgerischen betreuung der wiener altersheiminsassen beschaeftigte. in durchfuehrung dieses antrages haben montag die auschuesse fuer wohlfahrts- und gesundheitswesen beschlossen, dem gemeinderat die schaffung einer kommission zu empfehlen. diese kommission, die aus je sieben mitgliedern der beiden ausschuesse bestehen wird, soll alle moeglichkeiten pruefen, die geeignet sind, die fuersorgerischen betreuungsbedingungen in den altersheimen zu verbessern.
0907

neues landesgesetzblatt

7 wien, 15.12. (rk) das neue ''landesgesetzblatt fuer wien'' enthaelt drei verordnungen im zusammenhang mit der wohnbaufoerderung, und zwar ueber die gewaehrung der wohnbeihilfe, ueber die angemessenen gesamtbaukosten und ueber die erhoehung der einkommensgrenzen.

das landesgesetzblatt ist um einen schilling im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei - wiener zeitung, 1, wollzeile 27 a, erhaeltlich.
0911

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Planungsdebatte

Wien, 15.12. (RK) GR.Müller (DFP) bedauert das Fehlen eines vorausschauenden städtebaulichen Grundkonzeptes mit einem umfassenden Verkehrs- und Bebauungsplan. Durch diesen Mangel komme es immer wieder zu Fehlplanungen, wie zum Beispiel jetzt beim Ausbau der Edelsinnstraße im Zuge der Tieferlegung der Bahn bei der Altmannsdorfer Straße. Den Anrainern wurde bei seinerzeitigen Anfragen nie eine konkrete Antwort gegeben, wieweit die Planungen für dieses Gebiet gediehen sind. Nun haben sie vielfach größere Investitionen vorgenommen und stehen in einigen Fällen vor einer teilweisen Räumung des Grundes. Ungeklärt ist auch, was mit den Schrebergärten in diesem Gebiet geschehen soll.

Die Ausstellung Karlsplatz habe man zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als bereits mit den Arbeiten begonnen wurde. Bis heute weiß man jedoch nicht, nach welchem Konzept dort gebaut werden soll.

Auch für die Schmelz, von der ein Teil für die Errichtung einer Universitätsturnanstalt verwendet wird, gebe es keinen Gesamtplan. Gerade für dieses Gebiet wäre die Schaffung eines entsprechenden Erholungsraumen notwendig.

Beim seinerzeitigen Bau der Stadthalle hat man auf die Schaffung von ausreichend Parkplätzen vergessen und das bereits 1958 versprochene Stadthallenbad sei erst jetzt in Planung.

Beim Sportstättenkonzept dürfte man sich nicht nur auf die Errichtung von Großanlagen konzentrieren, sondern müßte auch bestehende Sportplätze in den Bezirken ausbauen bzw. Fehlende errichten.

Dem Einfamilienhausbau wird in unserer Stadt zu wenig Augenmerk zugewendet. Die Bereitstellung der nötigen Grundflächen könnte durch ein Raumordnungskonzept erfolgen, das gemeinsam mit Niederösterreich erstellt werden müßte. Notwendig sei auch ein Konzept für die Erhaltung von Altstadtkernen und erhaltenswürdigen Althäusern.

./.

Die Zusammenfassung von Planen und Bauen in einem Ressort habe sich in Wien nicht bewährt, stellte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) fest: die Planung blieb dabei zurück.

Wien hat nicht nur zu wenig Kontakt mit Niederösterreich, als auch mit den umgebenden Gemeinden. Daher hält sich die Planung an juristische, nicht aber an soziale Grenzen. Beispiel: Es sei nicht möglich gewesen, sich mit den Marchfeldgemeinden über ein gemeinsames Krankenhaus Wien-Ost zu einigen. Daher baut jetzt Gänserndorf ein Spital mit 200 Betten, und im 22. Bezirk werde ebenfalls ein Krankenhaus gebaut.

Die Straßenbahnlinie 360 nach Mödling wurde eingestellt, obwohl diese für mehrere niederösterreichischen Gemeinden wichtige Linie nicht stärker passiv war als viele innerstädtische Linien.

Während das Gebiet jenseits der Wiener Grenzen vielfach als "feindliches Ausland" betrachtet wird, besitzt München in der "Region München" eine territoriale Einheit, der 21 Gemeinden der Umgebung angehören.

Man werde sich auch darüber Gedanken machen müssen, ob die gegenwärtige Wiener Bezirkseinteilung noch sinnvoll ist. Innerhalb des Gürtels werden wahrscheinlich vier bis fünf Bezirke genügen, jenseits der Donau drei Bezirke.

Wenn man annimmt, daß Wien bis zum Jahr 2.000 stagnieren wird, brauche man nicht über die Stadtgrenzen nachdenken. Wenn man jedoch an eine europäische Zukunft unserer Stadt glaubt, muß auch diese Frage geprüft werden. Im Norden und Osten ist noch genügend Platz für eine Stadterweiterung, im Süden sind die Grenzen hingegen zu eng.

Das Gelände des ehemaligen Nordbahnhofes müßte gesichert werden zur Errichtung einer Neben-City, die nach Fertigstellung der Linie U1 ausgezeichnete Verkehrsanschlüsse besitzen wird. Aber auch mit den Bundesbahnen hat Wien zu wenig Kontakt. Trotz U-Bahn wird man die Fragen des Massenverkehrs nicht lösen können, ohne die bereits bestehenden Eisenbahntrassen zu nützen. Nicht nur die Vorortelinie müßte schnellbahnmäßig befahren werden, auch nach Stadlau, Schwechat, Klosterneuburg und Tulln müßte der Verkehr intensiviert werden, ebenso auf der West- und Südbahn.

./.

Für eine Erweiterung der Wiener Universität kommen nicht das Gelände des Franz-Josefs-Bahnhofes oder die zukünftige Donau-Insel in Frage, sondern ausschließlich das Areal des derzeitigen Allgemeinen Krankenhauses, das erst in fünfzehn Jahren zur Verfügung stehen wird. Die Verbauung dieses Areals würde auch der Verödung der City entgegenwirken.

Schließlich sollten Stadtrandsiedlungen besser geplant werden: daß sie nicht zu blossen Schlafstädten entarten wie beispielsweise die Wohnhausanlage entlang der Altmannsdorfer Straße mit 1.200 Wohnungen. In der Südstadt gibt des dagegen immerhin großzügige Sportanlagen und im Winter einen Eislaufplatz.

GR. Dr. Macher (ÖVP) beschäftigte sich zunächst mit der Verzahnung der Gruppen Planung und Finanzwesen. Die wirtschaftliche Koordinierung, Zeitpläne, Kosten- Nutzenrechnungen könnten nur in Abstimmung mit dem Finanzreferat (MA 4) durchgeführt werden. Frage: Wer ist wem übergeordnet oder untergeordnet? Eine weitere Abhängigkeit der Planungsgruppe sieht der Redner in einem Erlaß der Magistratsdirektion, der - seiner Meinung nach - auf einen "Protektionismus für Kommunalbetriebe" hinausläuft.

Am Beispiel des novellierten Garagengesetzes deponierte Macher seine Besorgnis, daß rein fiskalisches Denken die wirtschaftspolitische Entwicklung hemmen könnte. Die Novelle habe keine Förderung für den Wiener Wirtschaftsverkehr gebracht.

Hinsichtlich Slaviks "Routinebudget" gehe es weniger um die Beseitigung fixer sozialpolitischer Ansätze, sondern um mehr Beweglichkeit bezüglich notwendiger Koordinierungsaufgaben. Es bleibe abzuwarten, wie sich der Planungsstadtrat "an der langen Leine" Slaviks (Einwurf Ing. Hofmanns: "Wann sie lang ist, ist es oh gut") bewegen werde. Er, Macher, hoffe, daß künftig der Stadtrat auch ohne Slaviks Zustimmung Initiativanträge einbringe.

Weiter rügte GR. Macher, daß weder den Ausschußmitgliedern noch dem Gemeinderat und der Bevölkerung rechtzeitig Expertenstudien zur Kenntnis gebracht werden. Er nannte dies eine "Bevormundung freigewählter Mandatare".

./.

Auch mit dem Planungstempo ist der ÖVP-Redner unzufrieden. Es hinke dem Wirtschaftsablauf nach. Die Folge: Hastige Beschlüsse und ungünstig wirkende Investitionsstöße. Macher: "Mengenkonjunktur ist keine legitime Wirtschaftsförderung."

Der Redner bemängelt dann die oft veralteten Daten, auf denen wirtschaftliche Prognosen basieren. Hier könnte man einige Mitarbeiter des Presse- und Informationsdienstes abziehen und der Magistratsabteilung 22 für die Datenerhebung zuteilen. Nützlicher als die heute im Gemeinderat aufliegende "schöne Arbeit" mit dem Titel "Wien im Spiegel" des PID sei eine Studie über Wirtschaftsstudien.

Schließlich kam Macher auf das Verhältnis Fachwissenschaftler - Politiker zu sprechen: Trotz des wissenschaftlichen Beistands bestehe die echte Aufgabe des Regierungsfunktionärs darin, bestmögliche Alternativen auszuwählen, sie dem Plenum vorzulegen und zu begründen.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) erinnerte daran, daß das Planen ja nicht erst mit der Schaffung einer neuen Geschäftsgruppe begonnen habe. So habe etwa das Institut für Raumplanung in den Jahren 1965 bis 1968 von der Stadt Wien eine Reihe von Aufträgen erhalten.

Die Planung sei ein sehr vielgestaltiges Beginnen, das Sachverhalte aller Art berücksichtigen müsse, nicht zuletzt die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur. Gott sei Dank sei das Märchen von der "sterbenden Stadt" nicht mehr aktuell, da von 1955 bis 1968 die Zahl der jährlichen Geburten von 12.900 auf 20.000 gestiegen ist. Gleichzeitig steige allerdings sehr stark der Anteil der älteren Jahrgänge. Im Jahre 1910 war nur einer von 14 Wienern älter als 60 Jahre, im Jahre 1961 war es schon einer von vier Wienern.

Die Rednerin wies auch auf die großen Schwierigkeiten bei der Verkehrsplanung hin: Neben vielen anderen Problemen gelte es, der innerstädtischen Pendelwanderung abzuhelfen. Zwei Drittel aller Wiener müssen von der Wohnung zum Arbeitsplatz Bezirksgrenzen überqueren. GR. Fiala sprach ihre Überzeugung aus, daß die mit Planungsaufgaben betrauten Stellen der Stadtverwaltung ihre Aufgaben im Sinne eines schöneren Wien lösen werden.

./.

GR. Neusser (ÖVP) begrüßt die Schaffung einer eigenen Geschäftsgruppe für Planung. Bisher hätten die Sozialisten ja keine glückliche Hand bei der Planung gehabt, was sich auch durch den oftmaligen Wechsel des Stadtplaners zeigte. Nach 1945 hätten wir die besten Chancen für eine geeignete Stadtplanung gehabt, leider haben wir sie verten und vielfach auch den Weg für die Zukunft verbaut. Der seinerzeitige Stadtplaner durfte die zweite Verkehrsebene nicht einmal erwähnen. Das nun beschlossene U-Bahn-Konzept wird einen enormen Einfluß auf die künftige Stadtentwicklung haben. Es ist jedoch zu befürchten, daß bei den derzeitigen Bauten am Karlsplatz die alten Sünden wiederholt werden und städtebaulich nicht wieder Gutzumachendes geschieht. Bei der Karlsplatz-Ausstellung in der Schmidt-Halle wurden leider nicht alle möglichen Varianten gezeigt, und auch die prinzipielle Frage über eine Hoch- oder Tieflage der Straße nicht berührt.

Generalverkehrsplan für Wien: Seine Fraktion fordere ihn bereits seit 1961. Der Bürgermeister habe nun vor einiger Zeit im Rundfunk berichtet, er wäre bereits fertig und beschlossen. Einige Zeit erklärte Stadtrat Heller, er sei fertig, aber nicht beschlossen. Ing. Hofmann teilte nun mit, der Generalverkehrsplan sei in Bearbeitung, während Stadtrat Hintschig vor kurzem erklärte, er müßte eine Veröffentlichung des Generalverkehrsplanes für Wien ablehnen, da dadurch der Grundstückspekulation Tür und Tor geöffnet würde. Was sei also nun wirklich geschehen?

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß man erst nach 25 Jahren auf die Idee kommt, Planungs- und Stadterweiterungsfragen den Bezirksvertretungen vorzulegen, obwohl die Bauordnung vorsieht, alle Anträge über die Festsetzung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderungen der Bezirksvertretung zur Stellungnahme zu übermitteln.

Abschließend gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Stadtrat darauf achten möge, daß die Bestimmungen der Bauordnung eingehalten werden.

Die Stadtplanung oblag früher nur den Technikern, stellte GR. Ing. Nedwed (SPÖ) fest, heute sind darüber hinaus auch Nationalökonomen, Soziologen, Statistiker und Biologen befaßt. Während sich Wien schon lange mit Problemen der Raumplanung be-

./.

schäftigt, konnte Niederösterreich erst durch den Druck der Sozialistischen Partei dazu gebracht werden, mit der Bundeshauptstadt auf diesem Gebiet zusammenzu arbeiten.

Bei einer Flächenbilanz für Wien, die in den Jahren 1961 bis 1964 ausgearbeitet wurde, zeigte sich, daß von dem 400 Quadratkilometer großem Stadtgebiet 150 Quadratkilometer verbaut und ebensoviel nicht verbaut ist. Somit bleiben noch 100 Quadratkilometer; damit wird man in den nächsten Jahrzehnten das Auslangen finden.

Eine Umfrage in Wien über die Lebensbedingungen (1967) ergab: 57 Prozent bezeichneten die Bedingungen als sehr gut, 39 Prozent als gut und nur zwei Prozent gaben ein negatives Urteil ab.

Die Frage nach der Reihenfolge der Aufgaben der Stadtverwaltung ergab: Wohnbau (74 Prozent), Verkehrsverbesserung (59 Prozent), Lärmbekämpfung (30 Prozent) und Verbesserung der Luft (27 Prozent).

Alte Stadtteile sollen nicht verfallen. Für den unteren Teil von Fünfhaus genügt es beispielsweise nicht, Detailpläne zu entwickeln, hier ist eine grundsätzliche Erneuerung dieses Gebietes erforderlich.

Die Erneuerungsvorschläge für das Gebiet unterhalb des Westbahnhofes sind die ersten, die ein stark verbautes Gebiet betreffen. Es soll nicht nur Wohnzwecken, sondern auch der Wirtschaft dienen. Erfreulich sei der Gedanke, statt vieler Hochgaragen unterirdische Garagen anzulegen, die oben von Grünflächen bedeckt sind.

Mit Schärfe trat der Debattenredner Plänen des Bundes entgegen, die Erholungsfläche des Auer-Welsbach-Parkes zugunsten von Sportflächen und Parkplätzen zu schmälern. Dieser Park wird in einem Gutachten als wichtiges Grüngebiet für den 15. Bezirk und als Schutzgebiet für den Schönbrunner Schloßpark bezeichnet.

Stadtplanung und Flächenwidmung hätten nicht allein nach technokratischen Möglichkeiten zu erfolgen - Stadtplanung sei vielmehr eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die im Mittelpunkt immer den Menschen sehen müsse.

Dipl.-Ing. Dr. Robert Strobl (ÖVP) nahm sich besonders der Stadtvermessung an, deren Aufgaben ständig wachsen. Respektable Leistungen dieser Abteilungen sind die Erstellung eines dichten Festpunktnetzes und die Schaffung einer modernen Stadtkarte. Ein Manko für die Evidenzhaltung dieser Karte sind die nicht ausreichenden Reproduktionsanlagen und fehlendes Personal.

Der Redner stellte auch die wiederholt geforderte Schaffung eines Leitungskatasters als wichtig für künftige Verkehrsaufschließungsarbeiten dar. Bei Grundtransaktionen bemängelte er die schwerfällige Praxis.

Wesentliche Punkte des Planungskonzeptes werden nach Meinung Strobls sehr zögernd verwirklicht. Er forderte auch ein Konzept für die verstärkte Sanierung der "grauen Rasterviertel" der Altstadtbezirke. Auch die Grünflächenplanung bezeichnete Strobl als mangelhaft. Hingegen wird die Festlegung landwirtschaftlicher Schutzgebiete für die Landesproduktenversorgung der Stadtbevölkerung mit Befriedigung registriert. Freude macht dem ÖVP-Redner die Ankündigung eines Stadtentwicklungsplanes für das Frühjahr 1970. Weniger gefällt ihm, daß 1969 der Fachbeirat der Stadtplanung überhaupt nicht zusammengetreten ist. Schließlich fordert er neuerdings eine enge Planungsgemeinschaft mit Niederösterreich und dem Burgenland. (. . .)

GR. Hans Mayr (SPÖ) forderte eine Strukturverbesserung der Wiener Wirtschaft. Hinsichtlich des Produktionsfaktors Arbeit sei zu sagen, daß der Arbeitsmarkt ausgeschöpft ist. Und zu den rund 30.000 Gastarbeitern Wiens: Maßnahmen sozialer Art seien hier nötig. Gastarbeiter werden in mancher Hinsicht diskriminiert und so unpopulär diese Forderung auch sei, man müsse überlegen, wie man die Familien dieser Menschen in Wien ansiedeln könne.

c/ .

Im übrigen: Die Bevölkerungsentwicklung sei positiver als sie auf den ersten Blick erscheine. Man müsse nur statt der Geburtenziffer die Fruchtbarkeitsziffer (Lebendgeborene auf 1000 gebärfähige Frauen) heranziehen. Die Ziffer ist gesamtösterreichisch 88,3, für Wien 66,7. Das ist für eine großstädtische Bevölkerung vergleichsweise recht gut.

Zum Produktionsfaktor Grund und Boden: Ansiedlung von Betrieben ist dann zu fördern, wenn bei großer Produktivität kleiner Flächenbedarf gefordert wird. Derzeit gibt es 61 Interessenten mit einem Flächenbedarf von 630.000 Quadratmeter. Da in den nächsten Jahren etwa eine Million Quadratmeter Betriebsareal geschaffen werden wird, können alle Wünsche erfüllt werden.

Auch die Umsiedlung von Betrieben wird gefördert, und zwar aus drei Gründen: der Umsiedler kann seine Produktivität auf dem neuen Areal erhöhen, der bisherige Anrainer kann sein Areal ausweiten, und schließlich wird auf diese Weise eine Entmischung von Wohn- und Betriebsgebieten erzielt.

Stadtrat Ing. Hofmann begrüßt es in seinem Schlußwort, daß das Planen heute eine so große Bedeutung bekommen hat. Die Diskussionsbeiträge werden für die Überlegungen der nächsten Arbeit herangezogen werden. Bei der Lösung des Fragenkomplexes Umland Wien sei man leider über theoretische Gespräche noch nicht hinausgekommen. Es soll jedoch alles unternommen werden, um hier vom Theoretischen zur praktischen Tat zu schreiten. Eine Grenzänderung dürfte jedoch Utopie sein.

Universität: Der seinerzeitige Bürgermeister Jonas hat das Versprechen abgegeben, daß auf den Gründen des AKH durchaus eine Erweiterung der Universitätseinrichtungen möglich sei, wenn der Bund zu einem Grundtausch bereit wäre. Dieses Versprechen gilt auch heute noch. Man kann es jedoch der Universität und den Studenten nicht zumuten, daß sie noch 15 bis 20 Jahre warten, bis überhaupt etwas geschieht. Es wäre daher ein durchaus gangbarer Weg nach anderen Standorten für Zwischen- und Nebenlösungen zu suchen, für die die Stadtverwaltung jede Unterstützung zugesagt hat.

Das Konzept Rainers habe nach wie vor Gültigkeit, doch muß man auch bei einem Weiterarbeiten nach diesem Konzept neuen

./.

Überlegungen Rechnung tragen. Planen könne nicht von einem Tag Null aus erfolgen, es muß ständig weiter betrieben und allen inzwischen eingetretenen neuen Erkenntnissen Rechnung getragen werden.

Alle, die sich mit Planung beschäftigen, wissen aber auch, daß es in irgendeiner Form dadurch auch zu Eingriffen in die Privatsphäre kommen muß.

Die Planungen, die nach 1945 erfolgten, kann man nicht als Fehlplanungen bezeichnen. Sie wurden nach damaligen Prognosen erstellt und fußten auf anderen Überlegungen als sie in manchen Fällen heute gelten.

Die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission wird ihre nächste Sitzung Mitte Jänner abhalten. Der Stadtrat versichert, er habe sich bemüht, aus den Planungen keine Geheimwissenschaft zu machen. Eine gewisse Zurückhaltung müsse man sich jedoch dort auferlegen, wo sich bekanntgegebene Planungsabsichten auf die Grundstückspreise auswirken könnten.

Abschließend erklärt der Referent, daß seine Verwaltungsgruppe im kommenden Jahr die Aufgabe zu erfüllen habe, Leitbilder für den Raum, für den Verkehr und die Wirtschaft vorzulegen. (Beifall).

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

jugendeislauf offiziell eroeffnet

10 wien, 15.12. (rk) zu einem kleinen volksfest gestaltete sich montag vormittag die offizielle eroeffnung der sportaktion der stadt wien ''jugendeislauf'' in der donauparkhalle durch vizebuergermeister gertrude s a n d n e r .

der jugendeislauf stelle ebenso wie die in kuerze startende aktion ''fahrt zum schnee'' und die sommersportaktionen das aktive bemuehen der wiener stadtverwaltung dar, der jugend ausserschulische sportmoeglichkeiten zu bieten, sie dem sport naeher zu bringen und sie so fuer ihr weiteres leben dem sport zu erhalten, betonte sandner.

die darbietungen der jungen nachwuchseislaeufer, vor allem aber die kuer von trixi schuba und das abschliessende eishockeymatch wurde von den kuenftigen eiskuenstlern und deren eltern mit herzlichem beifall aufgenommen.
1224

auslaendische besucher bei der budgetdebatte

14 wien, 15.12. (rk) fuenf junge thailaender und ein afrikaner aus malawi verfolgten montag vormittag aufmerksam die debatte des gemeinderates ueber planungsangelegenheiten. die sechs auslaender haben in wien einen zweijaehrigen lehrgang als berufsausbildner absolviert. fuer die ausbildung, die anfang 1970 zu ende geht, war - als funktionaer des oesterreichischen instituts fuer entwicklungshilfe - der wiener gemeinderat franz g a w l i k verantwortlich. die ausbildung fand in den lehrwerkstaetten der organisation ''jugend am werk'' statt.
1304

das groesste wiener hochzeitsfest aller zeit

15 wien, 15.12. (rk) das groesste wiener hochzeitsfest aller zeit findet diese woche am donnerstag, dem 18. dezember, um 15 uhr, im festsaal des rathauses statt. mehr als 400 jubelpaare von goldenen hochzeitern bis zu einer juwelenhochzeit, die in diesem vierteljahr ihr fest feierten, sind von buergermeister m a r e k zu dieser veranstaltung eingeladen worden. bisher wurden die hochzeits-jubelpaare sozusagen ''auf raten'' empfangen. zum ersten mal ist dieser aussergewoehnliche rahmen vorgesehen.

geehrte redaktion!

bitte merken sie den termin vor. die veranstaltung wird auch fuer fernsehen, film und fotoreporter sehr interessant sein.
1313

neuer leiter der abteilung fuer technische grundangelegenheiten

11 wien, 15.12. (rk) montag vormittag wurde der neue leiter der magistratsabteilung 40 (technische grundangelegenheiten und liegenschaftsbewertung) senatsrat dipl.-ing. friedrich b i s t o l e t t i im amtshaus rathausstrasse 4 von personal-Stadtrat hans b o c k in sein amt eingefuehrt.

der amtseinfuehrung wohnten magistratsdirektor dr. rudolf e r t l , stadtbaudirektor prof. dr. rudolf k o l l e r und obersenatsrat dr. fritz d e l a b r o bei.

senatsrat bistoletti ist der nachfolger von senatsrat dipl.-ing. rudolf b a r b o r a . stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g , zu dessen geschaeftsgruppe die magistratsabteilung 40 seit der vom wiener gemeinderat am 13. juni dieses jahres beschlossenen magistratsreform gehoert, begruesste in seiner ansprache die eingliederung des referates sechs der stadtbauamtsdirektion (liegenschaftstransaktionen - technische mitwirkung) in die nun unter bistolettis leitung stehende abteilung.
1258

nach elf tagen dauereinsatz: atempause fuer wiener schneearbeiter

18 wien, 15.12. (rk) war die nachtpartie der magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) in der nacht von samstag, den 13. auf sonntag, den 14. dezember noch pausenlos mit der schneeraeumung auf uebergaengen und der schneeabfuhr beschaeftigt, so gab es am gestrigen sonntag eine kleine atempause. angesichts der ruhigen wetterlage war nur halbtaegiger dienst von 6 bis 12 uhr angeordnet worden, um dem seit 11 tagen ununterbrochen im einsatz stehenden personal wenigstens eine bescheidene verschnaufpause zu goennen.

heute montag herrscht bei einer temperatur um 0 grad celsius bedecktes, ruhiges wetter. die meteorologen erwarten tauwetter.

derzeit stehe 2101 schneearbeiter (davon 713 mann eigenes personal und 1388 tagloehner), 43 schneepfluege, 85 streufahrzeuge, 216 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, 12 sandlademaschinen und 91 schneeladegeraete im einsatz.
1431

preisguenstige gemuese- und obstsorten

20 wien, 15.12. (rk)das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 4 bis 5 schilling, kohl 6 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, bananen 7 bis 8 schilling, orangen 5,50 bis 6 schilling, mandarinen 10 schilling je kilogramm.
1441

Planungsdebatte (Zusammenfassung)

Wien, 15. 12. (RK) Heute Montag wurde die Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat mit dem Referat von Planungsstadtrat Ing. Hofmann über die Verwaltungsgruppe VI (Ausgaben 25,5 Millionen) fortgesetzt. In einer Diskussion, an der sich acht Redner beteiligten, wurden die Ansätze der Gruppe Planung mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Stadtrat Hofmann, der sich als zweifacher Debutant (erstes Budget einer neuen Geschäftsgruppe) vorstellte, umriß die Aufgabenstellung seines Ressorts mit der Raumordnung und der Wirtschaftsentwicklung Wiens in den nächsten Jahrzehnten. 1970 sollen deshalb ein räumliches Leitbild für Wien, ein Verkehrskonzept und die Leitlinien der wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt werden.

Die derzeitige Wirtschaftssituation: Wien stellt 23 Prozent der Österreicher und 26 Prozent der Beschäftigten, die 30 Prozent des Bruttonationalproduktes erarbeiten. Das Wiener Durchschnittseinkommen liegt 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Freilich dürften Strukturschwächen nicht übersehen werden, so das Zurückbleiben des Wirtschaftswachstums, die unterdurchschnittlichen Betriebsgrößen, das Abgeschnittensein von den natürlichen Handelspartnern, die ungünstige Altersstruktur und die fehlenden Arbeitskräftereserven.

Um diese Strukturschwächen auszumerzen, müsse der Regionalverkehr verbessert werden, eine wachstumsorientierte Investitionsförderung betrieben und die dreidimensionale Planung müsse um die Dimensionen Kosten und Zeit ergänzt werden.

Zum Problem der Stadterneuerung: Die Erneuerung der dichtbebauten Kernzone müsse die Attraktivität dieses Gebietes neu beleben. Die völlige Neubearbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne dafür soll bereits 1970/71 abgeschlossen werden, und zwar nach der Einteilung Schutzzonen, Ausbaugebiete, Umbaugebiete und Erneuerungsgebiete.

GR. Müller (DFP) bedauerte in der Debatte das Fehlen eines vorausschauenden städtebaulichen Grundkonzeptes und führte dafür Beispiele an. Bis heute weiß man nicht, nach welchem Konzept auf

./.

dem Karlsplatz gebaut werden soll, für die Schmelz gibt es keinen Gesamtplan, bei der Stadthalle hat man auf Parkplätze vergessen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bedauert, daß die Planung nicht über die Gemeindegrenzen hinausreiche. So war es nicht möglich, sich mit den Marchfeldgemeinden über ein gemeinsames Krankenhaus Wien-Ost zu einigen, so wurde die Straßenbahnlinie 360 aufgelassen. Im Gegensatz dazu gibt es eine "Region München", die eine Planungsgemeinschaft von 21 Gemeinden bildet.

GR.DR. Macher (ÖVP) bedauert die Abhängigkeit der Planung von der Finanzverwaltung. Das rein fiskalische Denken könnte die wirtschaftspolitische Entwicklung hemmen. Das Planungstempo hinke dem Wirtschaftsablauf nach.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) erinnert, daß das Planen nicht erst mit der Schaffung der eigenen Geschäftsgruppe begonnen habe. Sie sei überzeugt, daß die Wiener Stadtplanung ihre Aufgaben im Sinn eines schöneren Wien lösen werde.

GR. Neusser (ÖVP) fragt, wie das mit dem Generalverkehrsplan sei. Der Bürgermeister habe berichtet, er sei fertig und beschlossen, Stadtrat Heller habe gesagt, er sei zwar fertig, aber nicht beschlossen. Stadtrat Hofmann teilt mit, er sei in Bearbeitung, während Stadtrat Hintschig erklärte, eine Veröffentlichung des Generalverkehrsplanes sei abzulehnen, weil der Grundstückspekulation Tür und Tor geöffnet würden.

GR. Nedwed (SPÖ) zitiert aus einer Umfrage über die Lebensbedingungen in Wien: 57 Prozent bezeichneten die Bedingungen als sehr gut, 39 als gut und nur zwei Prozent waren negativ.

GR. Dr. Strobl (ÖVP) hebt die Leistungen der Stadtvermessung hervor und bedauert, daß der Fachbeirat für Stadtplanung in diesem Jahr überhaupt nicht zusammengetreten ist. Er fordert neuerlich eine Planungsgemeinschaft mit Niederösterreich und dem Burgenland.

GR. Hans Mayr (SPÖ): Die Bevölkerungsentwicklung sei positiver als es auf den ersten Blick scheint. Man müsse statt der Geburtenziffer die Fruchtbarkeitsziffer (Lebendgeborene auf 1.000 gebärfähige Frauen) heranziehen. Diese Ziffer ist gesamtösterreichisch 86,3, für Wien 66,7, das ist für eine Großstadt recht gut. (Schluß).

\- - -

Hochbau-Debatte

Wien, 15.12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) gab zu, daß auf dem Bausektor viel getan wird, bezweifelt aber, daß genug getan werde. Dann bemängelte er die Qualität der Bauten, die Häßlichkeit der Wohnhäuser, die Einfallslosigkeit der Architekten.

Die "Wohnungen sind zu klein, vor allem Jugendliche müssen sich darin" beengt vorkommen. Viele Feindschaften unter Nachbarn haben ihre Ursache in der gegenseitigen Lärmbelästigung.

Grünflächen sollten nicht nach geometrischen Grundsätzen durch Wege unterteilt werden, sondern nach den "Gehgewohnheiten" der Bewohner der umliegenden Häuser.

Abschließend bemängelte der Debattenredner die mangelnde Kontrolltätigkeit der Gemeinde im Bauwesen. Durch ein Gerichtsurteil sei der Fall eines Poliers bekannt geworden, der in einem städtischen Objekt ein Stiegenhaus verkantet gebaut hat, trotzdem sei das Gebäude ohne Beanstandung abgenommen worden.

Prof. Dr. Fritz Wolfram (FPÖ) begrüßt die 1,2 Milliarden Schilling für weitere 5.000 Wohnungen, hofft aber, daß dafür auch die baureifen Gründe bereitstehen. Die äußere Gestaltung der Wohnhausbauten findet er eintönig und phantasielos. Er empfiehlt die Lektüre eines Artikels von Professor Rainer - "Warum Wien immer häßlicher wird" - in einer Wochenzeitung. Der Wiener Wohnbau habe weder etwas spezifisch wienerisches noch typisch großstädtisches. Der Montagebau, der sich entgegen früheren Plänen mit einem derzeitigen Anteil von 65 Prozent immer mehr in den Vordergrund geschoben hat, würgt die Individualität weitgehend ab. Von früher angeregten Architektenentwürfen zur Belebung der Montagebaufassaden habe man nichts mehr gehört.

Kritik übte der Redner ferner an der schlechten Schalldämmung bei Montagebauten, an der zu geringen Flexibilität der Raumeinteilung und an der Vergabepraxis bei Bauaufträgen. Wolfram stellt an Stadtrat Pfoch die Frage, ob es stimmt, daß von den 1,5 Milliarden Schilling der Wohnbauförderung 1968/69 bis jetzt erst für 700 Millionen Schilling Bescheide ausgestellt und erst 450 Millionen Schilling ausbezahlt wurden.

./.

Die Methode der Billigstbieter-Vergabe ist nicht immer ein Gewinn: In der Großfeldsiedlung mußten dadurch Wasserschäden kostspielig repariert werden. Eine mangelnde Koordinierung der Vergabe von Bauaufträgen führe zudem zu nicht mehr kostendeckenden Anboten und zu den verpönten Firmenabsprachen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) lobte die Struktur im Bau der neuen Per Albin-Hansson-Siedlung Ost, hier im besonderen den Umstand, daß im Montagebau neue Elemente der Fassadengestaltung auftauchen. Das sticht wohlwollend gegenüber gewissen Mängeln ab, etwa der "gräßlichen Farbgebung" der Montagebauten in der Ruthnergasse in Floridsdorf. Auch das Pensionistenheim Liebhartstal sei um Klassen besser als das - gar nicht so lang vorher gebaute - Pensionistenheim Föhrenhof.

Als besonderen Nachteil besonders in architektonischen Belangen bezeichnete der Redner das Mitspracherecht der Finanzverwaltung bei Projektsbesprechungen. Die bremsende Wirkung hinsichtlich aller Faktoren, die Mehrkosten verursachen, wirke sich häufig negativ aus. Dies gelte nicht nur für den Wohnbau, sondern vor allem auch für den Schulbau.

GR. Glaser (SPÖ) verweist auf die große und besondere Rolle, die die Bauwirtschaft in der Volkswirtschaft spielt. Von ihrer Wirtschaftslage wird ein großer Teil anderer Wirtschaftssparten direkt oder indirekt beeinflußt. Der Stagnation der Bauwirtschaft in den letzten Jahren stehen die Bemühungen der Wiener Stadtverwaltung zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in diesem Wirtschaftszweig gegenüber. Der Wiener Bauaufwand für Bau- und Baunebengewerbe macht 1970 41,2 Prozent der Gesamtausgaben aus. Im laufenden Budgetjahr waren es 38,9 Prozent, 1968 35,8 und 1967 33,7 Prozent der Gesamtausgaben. Der Nachwuchs in den Bauberufen ist ist in den letzten Jahren rückläufig, was zum Teil auf die Unterbewertung des Berufes, auf Unbilden der Witterung, die große Unfallgefahr und das Fehlen einer gesicherten Beschäftigung zurückzuführen sein dürfte.

Günstig wirkt sich auf dem Bausektor die Einrichtung der Montagebauweise aus, die ein schnelleres Bauen ermöglicht das und auch durch die Wintermonate kaum beeinträchtigt wird. Am 31. Jänner 1966 waren in der österreichischen Bauwirtschaft

./.

150.921 Arbeitskräfte beschäftigt, davon in Wien 36.375 und hievon 9.418 auf städtischen Baustellen. 1969, am selben Tag, waren von 125.679 österreichischen Bauarbeitern 30.754 in Wien und davon 11.139 auf städtischen Baustellen beschäftigt. Dabei sind jene Arbeitskräfte nicht miteingerechnet, die in Wiener Fertigteilbetrieben beschäftigt sind. Die Klagen der Innung über zu wenig Bauaufträge der Stadtverwaltung seien daher an die falsche Adresse gerichtet.

GR. Pelzelmayer (ÖVP) unterzog das Vergabewesen einer Kritik. Die öffentliche Hand kann sich gegen überhöhte Anbote zur Wehr setzen, indem sie diese nicht akzeptiert. Sie dürfe aber auch Unteranbote nicht annehmen, weil dadurch reelle Firmen geschädigt werden.

Als Beispiel führte er eine Installateurfirma an, deren Anbote 25 Prozent unter den anderen Anboten lagen. Sie wurde von der Gemeinde als "Preisbrecher" benützt. Das Endergebnis war der Untergang der betreffenden Firma mit einer Verschuldung von angeblich 20 Millionen.

Im Frühjahr 1967 sei der Punkt 4 der Vergaberichtlinien dahingehend abgeändert worden, daß gemeindeeigene oder gemeindenahe Firmen bei der Vergabe bevorzugt werden müssen. Diese Praxis sei im Interesse der Wirtschaft abzulehnen.

Bei der Vergabe von 15.000 Laufmeter Betonkunststeinstufen war mit 848.000 Schilling eine niederösterreichische Firma der billigste Bieter, während eine Firma mit Gemeindebeteiligung. mehr als eine Million Schilling verlangte. Die Vergebung erfolgte mit 60 Prozent des Auftrages an die Wiener Firma, der niederösterreichische Betrieb durfte 40 Prozent liefern.

Es habe sich herausgebildet, daß nach dem Anbot Preisnachlässe verlangt werden; das ist ungesetzlich, weil bis zum Zuschlag mit den Anbotbietern keine Verhandlungen erfolgen dürfen.

Gemeindebetriebe sollten nur dann geführt werden, wenn private Firmen nicht in der Lage sind, entsprechende Leistungen zu erbringen. Früher mögen Gemeindebetriebe als Preisregulatoren Existenzberechtigung gehabt haben, heute sorge die Konkurrenz für günstige Angebote, weshalb überprüft werden sollte, welche Gemeindebetriebe entbehrlich geworden sind.

./.

GR. Sagmeister (SPÖ) beschäftigte sich mit den Bädern und Fernheizwerken. Angesichts des Arbeitszeitverkürzung-Erfolgs der SPÖ seien ausreichende Erholungsmöglichkeiten immer dringlicher. Der Redner regt den weitern Bau von Hallenbädern an.

Die Fernheizwerke gewinnen immer mehr an Bedeutung: für die Wasseraufbereitung in den Bädern, für die Heizung und Entlüftung der U-Bahn-Stationen und Tunnels, für die künftigen Großprojekte wie Großgrünmarkt und Fleischmarkt St. Marx, aber auch für Schulklinik- und Wohnneubauten. Das internationale Studentenheim Döbling wird noch diesen Winter erstmals mit Fernwärme beheizt, außerdem erhält es die erste automatische Kochstraße.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) erneuerte die ÖVP-Forderung nach stärkerem Mitspracherecht der Bezirke beim Bäderbau und führte dazu an, daß Vizebürgermeister Sandner nach einer Berlinreise davon äußerst angetan gewesen sei, daß dort die Bezirke maßgeblich hinsichtlich der Bäder mitbestimmen. Nach zustimmender Würdigung des Geschehens am Ottakringer und Schafbergbad sprach Ebert über die "grauslich-heitere Groteske" des Dinanabades, das geplant und wieder verworfen, projektiert und wieder vergessen, mit einem 50-Meter-Becken ausgestattet und doch nicht ausgestattet worden sei. Heute stünden dort schon die fertigen Bürohäuser, die Gemeinde Wien sei gerade beim Bau der Brunnen für das neue Bad. Unter der Verschleppungstaktik in Sachen Dinabad leiden besonders die Wiener im 1., 2., 3. und 20. Bezirk.

Zur Fernwärme sagte Ebert, seine Partei bekenne sich grundsätzlich zu dieser Energieform. Was die ÖVP an den tatsächlichen Ereignissen auszusetzen habe, sei die katastrophale Vernachlässigung ökonomischer Kriterien. Ebert richtete zu diesem Problem einige Fragen an Stadtrat Pfoch, darunter die nach der Rentabilität in Beziehung zur Länge von Wärmeleitungen, weiters nach den Kosten des Verteilernetzes und nach den tatsächlichen und verbindlichen Kalkulationswerten hinsichtlich des Stadtgases.

Abschließend gab der Redner seiner Verwunderung Ausdruck, daß Stadtrat Nekula in einer Pressekonferenz ein Energiekonzept für Wien angekündigt habe, obwohl Gemeinderat Busta erklärt habe, die Erstellung eines solchen Konzeptes sei unmöglich.

./.

GR. Schreiner (SPÖ) sieht eine Diskrepanz darin, daß Dr. Ebert im Ausschuß die sachliche Zusammenarbeit anerkannt hat, hier nun aber so viele Klagen äußerte.

Die Errichtung eines 50-Meter Schwimmbeckens im Schafbergbad sei erfreulich. Sie wäre jedoch keine unbedingte Notwendigkeit gewesen, da dieses Bad ein echtes Erholungs- und Familienbad sei. Als erfreulich bezeichnet der Redner die Ansätze für den Wohnungsbau, die es ermöglichen, 5.000 Gemeindewohnungen zu errichten. Mit den verschiedenen Wohnbauförderungen werden es insgesamt 12.800 neue Wohnungen sein, die 1970 zu bauen begonnen werden können. Es waren die Sozialisten, die das Recht jedes Menschen auf eine eigene Wohnung nicht nur postuliert sondern auch realisiert haben. Sie wagten das Experiment des sozialen Wohnhausbaues trotz des Spotts der Konservativen. Der Redner gibt einen Rückblick auf die großen Wohnbauleistungen der Ersten Republik. Auch nach 1945 war es eine sozialistische Verwaltung, die bereits 1947 mit den einfachsten Mitteln und unter den größten Schwierigkeiten wieder mit dem sozialen Wohnhausbau begann. Ende Oktober dieses Jahres konnten wir die 100.000. neuerbaute Gemeindwohnung nach 1945 übergeben. Derzeit leben in Wien rund 510.000 Menschen in 170.000 gemeindeeigenen Wohnungen. Zusammengerechnet entspricht das der Bevölkerungszahl von Linz, Salzburg und Graz. Leider konnte trotz dieser gewaltigen Kraftanstrengung bisher nur der quantitative nicht aber der qualitative Wohnungsnotstand überwunden werden. Und darum müssen wir weiterbauen.

Große Fortschritte haben wir auch in der Ausstattung und in der Durchschnittsgröße der Wohnungen gemacht. Der soziale Wohnhausbau wurde in der Ersten Republik mit der bescheidenen Wohnungsgröße von durchschnittlich 38 Quadratmetern begonnen. Heute haben wir eine Durchschnittsgröße von 67 Quadratmetern. Ab 1970 werden praktisch alle Gemeindewohnungen mit einer Zentralheizung ausgestattet. Seine Fraktion sei stolz darauf, die Tradition der Ersten Republik auf dem Sektor des Wohnhausbaues weiterführen und weiter ausbauen zu können.

./.

In seinem Schlußwort kam Stadtrat Pfoch auf das wiederholt zitierte "schwedische Vorbild" zu sprechen und erwähnte, daß Schwedens Ministerpräsident Erlander bei seinem Aufenthalt in Wien den frühen Beginn des Sozialbaues in der österreichischen Bundeshauptstadt hervorgehoben hatte.

Zur Frage der Bodenbeschaffung: Es soll nicht entschädigungslos enteignet werden; hingegen gilt es zu verhindern, daß Einzelne auf Kosten der Gemeinschaft Profite erzielen.

Zur Schalldämmung: 40 bis 45 Prozent der Wohnungen werden im Montagebau errichtet; die Schalldämmung im Montagebau hat eine Fertigkeit, wie sie für Krankenhausbauten gefordert wird. Um störenden Lärm zu vermeiden, verlegt man keine Haupt-, sondern nur Nebenräume zu den Stiegenräumen hin. Die Mauern zu den Nebenwohnungen sind doppelt so stark wie die anderen Mauern, gegen obere und untere Stockwerke isolieren schwimmende Estriche.

Zu den Saalwohnungen: Sie vergrößern das Typenangebot, es ist jedoch nicht immer leicht, Mieter zu finden, die sich die Verbaumöbel leisten können, die in den Saalwohnungen als Raumtrennungen fungieren.

Zur Sanierung Liechtental: Die als unschön bezeichneten, das Konzept verderbenden Althäuser werden in naher Zukunft abgetragen, die Straße wird verbreitert.

Zur Fernwärme: Es sei eine Auszeichnung, wenn von "Sozialistischer Fernwärme" gesprochen wurde. Die Gemeinde ist bestrebt, Pionierleistungen zu setzen. Um eine Abgrenzung zwischen Elektrizität, Gas und Fernwärme in wirtschaftlicher Hinsicht zu erarbeiten, fanden bereits Besprechungen statt.

Zur Frage des Bäderbaues: Bäder gehören in dicht verbautes Gebiet, weil sie dort am besten der Erholung der Bevölkerung dienen können.

./.

Als Beweis dient die starke Frequenz des Theresien-, des Amalien- und des Floridsdorfer Bades.

Abstimmung: 7. Hauptstück mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Unterbrechung der Sitzung um 16.45 Uhr.

Die Budgetberatungen werden morgen, Dienstag, den 16. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, **Tiefbau,** fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 15. Dezember

27 Wien, 15.12. (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 8 Kühe, Summe 8. Neuzufuhren Inland: 47 Ochsen, 184 Stiere, 338 Kühe und 103 Kalbinnen, Summe 672, Gesamtauftrieb: 47 Ochsen, 184 Stiere, 346 Kühe, 103 Kalbinnen, Summe 680, verkauft alles.

Preise: Ochsen 15.50 bis 18, extrem 18.50 bis 18.60 (5), Stiere 14.50 bis 18.70, extrem 0, Kühe 11 bis 15.20, extrem 15.40 (2), Kalbinnen 14.50 bis 18, extrem 0, Beinlvieh Kühe 9 bis 10.50, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 14.30.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 1,38 Schilling, bei Stieren um 26 Groschen, Kühen um 33 Groschen und Kalbinnen 35 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen: Ochsen 16.41, Stiere 17.48, Kühe 13.41, Kalbinnen 16.12, Beinlvieh verbilligte sich bis zu 15 Groschen je Kilogramm.

1719

Hochbaudebatte (Zusammenfassung)

Wien, 15. 12. (RK) Stadtrat Hubert Pfoch referierte über die Verwaltungsgruppe VII, Hochbau (Ausgaben 1,5 Milliarden Schilling). Die Ansätze dieses Ressorts wurden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. In der Debatte sprachen acht Redner.

Stadtrat Pfoch stellte in seiner Budgetrede fest, daß dem Wohnhausbau nach wie vor Vorrang eingeräumt wird, weil es in Wien immer noch 300.000 Wohnungen gibt, die den heutigen Anforderungen nicht entsprechen. 1970 werden 1,2 Milliarden für den Neubau von 5.000 Wohnungen zur Verfügung stehen.

Die Architekturabteilung ist mit der Vorbereitung eines U-Bahn-Wettbewerbes beschäftigt, durch den verschiedene Prototypen von Stationen entworfen werden sollen.

Im Allgemeinen Krankenhaus baut man derzeit eine dreigeschossige Tiefgarage für 2.350 PKW. Baubeginn des Haupttraktes ist 1971. Mit der Fertigstellung des Rudolfsspitals rechnet man 1974. In Vorbereitung sind das Altersheim Süd mit 1.000 Betten und das Sozialmedizinische Zentrum in der Donaustadt.

Mit der Errichtung des Fleischgroßmarktes St. Marx wurde bereits begonnen. Im Frühjahr 1971 soll der Markt vom Hauptzollamt nach St. Marx verlegt werden. Im Frühjahr kommenden Jahres wird mit dem Neubau des Radstadions begonnen. Das Sportzentrum West wird 150 Millionen kosten.

Die Heizbetriebe Wien beliefern derzeit Spitäler, Schulen, Amtshäuser und andere Bauten mit 500 Giga-Kalorien pro Stunde (1 Gigakalorie kann 160 Wohnungen versorgen). Außerdem werden 22.000 neue Wohnungen zentralbeheizt. Ende 1970 werden 30.000, Ende 1971 39.000 Wohnungen durch Fernwärme versorgt sein.

Die Städtische Bäderverwaltung wird die Bauarbeiten am Dianabad, im Ottakringer Bad, Schafbergbad und Liesinger Bad fortsetzen, mit dem Neubau eines Kinderfreibades in der Donaustadt beginnen und Erneuerungsarbeiten im Jörgerbad und Amalienbad durchführen (insgesamt 54,9 Millionen).

./.

GR. Tema (DFP) kritisiert die Häßlichkeit der Wohnhäuser und die Einfallslosigkeit der Architekten. Die Wohnungen sind zu klein. Bedauerlich sei die mangelnde Kontrolltätigkeit im Bauwesen.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ)meint ebenfalls, die Gestaltung der Wohnhausbauten sei eintönig und phantasielos. Der Montagebau würgt die Individualität ab. Die Methode der Billigstbieter-Vergabe ist nicht immer die beste.

GR. Dr. Strobl (ÖVP) lobt im Gegensatz zu seinen Vorrednern die Struktur im Bau der neuen Per Albin Hansson-Siedlung und die neuen Elemente der Fassadengestaltung im Montagebau. Ein Nachteil in architektonischer Hinsicht sei das Mitspracherecht der Finanzverwaltung, das sich häufig bremsend und negativ auswirkt.

GR. Glaser (SPÖ): Die Bauwirtschaft spielt in der Volkswirtschaft eine besondere Rolle. Der Wiener Bauaufwand beträgt im kommenden Jahr bereits 41 Prozent der Gesamtausgaben.

GR. Pelzelmayer (ÖVP) kritisiert das Vergabewesen. So wurde eine Installateurfirma, deren Anbote 25 Prozent tiefer lagen, als Preisbrecher benützt. Das Endergebnis war der Untergang der betreffenden Firma mit Millionen-Schulden.

GR. Sagmeister (SPÖ) regt den weiteren Bau von Hallenbädern an. Die Fernheizwerke gewinnen immer mehr an Bedeutung.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) kritisiert die Verschleppungstaktik beim Bau des neuen Dianabades. Bei der Fernwärme werden die ökonomischen Kriterien katastrophal vernachlässigt. Verwunderlich sei, daß Stadtrat Nekula ein Energiekonzept angekündigt habe, während Gemeinderat Busta erklärte, ein solches Konzept sei nicht möglich.

GR. Schreiner (SPÖ) verweist auf die großen Wohnbauleistungen der Sozialisten in der Ersten und Zweiten Republik. Trotz allen Anstrengungen gelang es bisher nur, den quantitativen Wohnungsbedarf zu decken. Die Ausstattung der neuen Wohnungen sei allerdings ausgezeichnet. 1970 werden fast alle Neubauwohnungen mit Zentralheizung ausgestattet sein. (Schluß.)

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

1,6 Milliarden für Verkehrsbauten

5. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe VIII, Tiefbau.
Referent Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).
Einnahmen 838,871.400 Schilling, Ausgaben 1.749,831.800 Schilling.

Wien, 16. 12. (RK) In seinem nach Schwerpunkten gegliederten Referat befaßte sich Stadtrat Heller zunächst mit den Verkehrsbauten. Dabei dürften nicht nur die für den Straßenbau vorgesehenen Ausgaben von 262 Millionen Schilling betrachtet werden. Der Gesamtaufwand für alle Verkehrsbauten betrage im kommenden Jahr rund 1,1 Milliarden Schilling, wenn man alle relevanten Budgetposten zusammenzähle. Dazu kämen noch die Beträge des Bundes für den Autobahn- und Bundesstraßenbau, so daß Wien 1970 für Verkehrsbauten ohne die Aufwendungen der Stadtwerke mehr als 1,6 Milliarden Schilling ausgeben werde.

Der Tiefbaustadtrat nannte sodann einige wichtige Straßenbauvorhaben des kommenden Jahres: Die Umleitungsstrecken für den zweiten Bauabschnitt der U-Bahn im 4., 5. und 10. Bezirk, der Ausbau des inneren Gürtels von der Gumpendorfer Straße bis zur Mariahilfer Straße und anschließend der des Gaudenzdorfer Gürtels von der Linken Wienzeile bis zur Schönbrunner Straße. Im Zusammenhang mit der Nordost-Autobahn vom Donaukanal bis zum Knoten Kaisermühlen würden die anschließenden Straßenstücke ausgebaut und gleichzeitig sollen die Straßen zu beiden Seiten des Donaukanals saniert und zu Einbahnen erklärt werden.

./.

Ende 1970 werde daher eine leistungsfähige Verbindung von der Wagramer Straße über die vierte Donaubrücke bis zu den beiden Donaukanal-Begleitstraßen vorhanden sein, was sicher die Reichsbrücke entlasten wird.

Auch heuer sei er nicht in der Lage, dem Gemeinderat das Programm des Autobahn- und Bundesstraßenbaues für 1970 vorzulegen, erklärte Heller. In diesem Zusammenhang beschäftigte er sich mit dem Problem, daß die vorgesehenen Bundesmittel nicht gänzlich in Anspruch genommen würden, was übrigens auch in einiger anderen Bundesländern der Fall sei. Der Grund dafür liege seiner Meinung nach im Fehlen eines langfristigen Finanzierungskonzeptes. Für 1970 habe die Stadtverwaltung jedenfalls vor, für den Autobahn- und Bundesstraßenbau 535,7 Millionen Schilling auszugeben. Dazu gehörten der Umbau der Altmannsdorfer Straße, der Ausbau der Klosterneuburg-Tullner Straße, die provisorische Herstellung der Fahrbahndecke des Autobahn-Abschnittes Inzersdorf-Favoritenstraße und schließlich die Arbeiten im Zuge der Nordost-Autobahn.

Als zweiten Schwerpunkt der Arbeiten seiner Geschäftsgruppe nannte Heller den U-Bahn-Bau. Dabei betonte er, daß das Umleitungssystem im Bereich Karlsplatz zu einer Verbesserung der gesamten Verkehrsverhältnisse beigetragen habe. Der Schwerpunkt der Bauarbeiten für die U-Bahn werde 1970 im Bereich Karlsplatz liegen, doch sei beabsichtigt, den nächsten Abschnitt zwischen Paulanergasse und Theresianumgasse, in offener Bauweise Ende 1970 zu beginnen. Die Vorbereitungsarbeiten für die U 1 bis zum Reumannplatz würden ebenfalls zügig weitergeführt. Für den Bauabschnitt Stephansplatz-Nestroyplatz soll das Ausschreibungsproj. fertiggestellt werden. Für die Linien U 1 und U 2 seien 1970 Ausgaben von 376 und für den Ausbau der Linie U 4 35 Millionen Schilling vorgesehen.

Zum Projekt des verbesserten Hochwasserschutzes: 60 Million stünden für den Ausbau des rechten und 20 Millionen für den des linken Donauufers zur Verfügung. Dazu kämen noch rund 34 Millionen für die im Zusammenhang stehenden Kanalbauten. Der Bu leiste dazu vereinbarungsgemäß 60 Millionen Schilling.

./.

Auf Grund seiner Verhandlungen mit Minister Schleinzer sei damit zu rechnen, daß die Wasserrechtsverhandlung im Jänner abgeschlossen werden könne, so daß dem Baubeginn im Frühjahr 1970 nichts mehr im Wege stehen dürfte. Freilich seien bereits vor allem am rechten Donauufer zahlreiche wichtige Vorarbeiten vorgenommen worden.

Bei seinen Ausführungen zum Brückenbau informierte Stadtrat Heller den Gemeinderat auch über die zusammenfassende Darstellung der drei Gutachter, die vom Bund und der Stadt gemeinsam bestellt worden waren, um den Schadensfall an der vierten Donaubrücke zu untersuchen. Daraus gehe hervor, daß der Schaden durch das Zusammentreffen mehrerer Faktoren wie die ungünstige Lastverteilung im Montagezeitpunkt, eine ungleichmäßige Temperaturdehnung und schließlich durch konstruktive und unvermeidbare Ausführungsungenauigkeiten, die in dieser Kombination nicht berechnet worden waren, verursacht worden sei. Die Lagerung der Brücke und das Material seien einwandfrei gewesen. Die Baufirma, ein weltbekanntes Wiener Unternehmen, habe ausdrücklich erklärt, die Brücke zu den vertraglich vereinbarten Kosten termingerecht fertigzustellen, so daß weder dem Bund noch der Stadt aus dem Unglücksfall Kosten erwüchsen.

Heller wies dann darauf hin, daß 1970 die Investitionen für die Abwasserversorgung Wiens bedeutend und zwar auf 219 Millionen Schilling erhöht würden: Besonders die Hauptkläranlage, südlich des Donaukanals im Bereich von Kaiser-Ebersdorf, werde zu einer entscheidenden Verbesserung der Abwasser-Situation Wiens beitragen. Alle vorgesehenen Arbeiten zusammen, wozu auch der Umbau und der Neubau zahlreicher Kanäle gehörten, würden in den kommenden Jahren Investitionen von etwa 1,5 Milliarden Schilling notwendig machen. Unter anderem werde 1970 mit dem Bau des linken Donau-Sammelkanals begonnen, der die Abwässer des 21. und 22. Bezirkes aufnehmen und unterhalb der Donau zur Hauptkläranlage leiten soll.

./.

Trinkwasserversorgung: Der Stadtrat legte dem Gemeinderat eine Prognose über die voraussichtliche Entwicklung des Wiener Wasserverbrauches vor: Der jährliche Zuwachs werde zwei bis drei Prozent oder etwa 3,6 Millionen Kubikmeter betragen. Dies bedeutete, daß spätestens 1974 der Wasserbedarf aus den derzeit ausgebauten oder im Ausbau befindlichen Versorgungsanlagen nicht mehr voll gedeckt werden könne. 1968 betrug der gesamte Wasserverbrauch 183 Millionen, 1974 werde er voraussichtlich mehr als 200 Millionen Kubikmeter ausmachen. Daher müßte der Ausbau der Wassergewinnungsanlagen forciert werden. Neben weiteren Quellfassungen im Gebiet der I. und II. Hochquellenleitung sei vor allem die Nutzbarmachung des Grundwassers in der Mitterndorfer Senke vorgesehen.

Auf Grund einer wissenschaftlichen Studie wisse man nun einwandfrei, fuhr Heller fort, daß die Grundwasservorkommen im Wiener Gebiet selbst weitgehend ausgeschöpft seien. Der Vorwurf, die Wiener wollten Wasser aus anderen Bundesländern trinken, ohne zuvor die eigenen Vorräte genutzt zu haben, erfolge zu unrecht.

Mit "gedämpftem Optimismus" berichtete der Stadtrat dann dem Gemeinderat, daß der fast zwölfjährige Kampf um die III. Wiener Wasserleitung offenbar nun in ein Endstadium getreten sei. Landwirtschaftsminister Schleinzer habe der Stadt mitgeteilt, daß das Gutachten von Prof. Kresser unbestritten sei. Danach sei die Wasserentnahme aus dem Ebreichsdorfer Brunnen abzulehnen, jedoch eine dauernde Entnahme von je 400 Sekunden-Liter aus den beiden Brunnen in Moosbrunn zulässig. Freilich habe Schleinzer diese positive Stellungnahme an die Aufklärung von insgesamt fünf Bedenken geknüpft. Vier davon könnten nach Meinung der Experten kurzfristig und eindeutig geklärt werden.

Das fünfte Bedenken hingegen, das in dieser Form noch nie in einem wasserrechtlichen Verfahren vorgebracht worden sei, gäbe Grund zu einiger Besorgnis, erklärte Heller: Es sollte nämlich auf die Beeinträchtigung der Wasserreserven für unerwartete Entwicklungen im künftigen Bedarf der Siedlungen, der Landwirtschaft und im Grundwasserhaushalt Bedacht genommen werden.

./.

Solche unerwartete Entwicklungen könnte man größenordnungsmäßig quasi y-beliebig einsetzen und damit unter Umständen das ganze Projekt wieder zu Fall bringen. Dabei sei es doch so, daß Prof. Kresser in seinem Gutachten ohnehin die künftige Entwicklung berücksichtigt habe. Aber als unverbesserlicher Optimist hoffe er, erklärte Heller, die nötigen Bewilligungen 1970 zu erhalten, mit den Arbeiten beginnen zu können und aus diesem Grund mit den derzeit im Budget vorgesehenen Mitteln nicht auszukommen. Den Wasserwerken würden im kommenden Jahr insgesamt 495 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, denen Einnahmen von 423,5 Millionen Schilling gegenüberstünden. Dem Ausbau der Rohrleitungen werde auch 1970 ein besonderes Augenmerk zugewendet.

In diesem Zusammenhang beschäftigte sich Heller auch mit den Rohrnetzverlusten. Die Kritiker hätten immer wieder auf Statistiken anderer Städte hingewiesen, in denen die Netzverluste geringer als in Wien ausgewiesen würden. Er habe sich jedoch in den letzten Monaten davon überzeugt, daß die Berechnungen vor allem in den deutschen Städten ganz anders vorgenommen würden. Allein die Minderanzeigen der Meßgeräte, die etwa 2,3 Prozent ausmachten, würden bei den Wiener Berechnungen nicht berücksichtigt. Nähme man in Wien die gleichen Berechnungsgrundlagen wie in den deutschen Städten, komme man auch nur auf einen Netzverlust von 3,5 Prozent. Heller berichtete überdies, daß es in den letzten Tagen gelungen sei, für den größten Teil der eingereichten Anträge beim Wasserwirtschaftsfonds für Projekte der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung eine grundsätzliche Zusage des Bautenministeriums zu erhalten.

Durch das Stadtgartenamt würden 1970 zusätzlich 500.000 Quadratmeter Garten- und Grünflächen geschaffen. Die Wiener Internationale Gartenschau 1974, die von der Stadt gemeinsam mit dem Bundesverband der Erwerbsgärtner am Südhang des Laaer Berges durchgeführt werde, stoße bereits jetzt auf großes internationales Interesse: An dem Ideenwettbewerb würden sich vermutlich mehr als 200 Teilnehmer aus 25 Staaten beteiligen. Schließlich streifte Heller noch die Probleme der Lärmbekämpfung, des Gewässerschutzes und der Luftverunreinigung. So sei an die Schaffung eines Baulärmgesetzes gedacht, doch müßten zuvor noch heikle Rechtsfragen geklärt werden.

\- - -

Verkehrsregelung wird großräumiger

5. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe IX, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.
Referent: Stadträtin Dkfm.Dr.Maria Schaumayer (ÖVP)
Einnahmen: 129,048.100 Schilling, Ausgaben 257,499.800 Schilling.

Wien, 16.12. (RK) Zu Beginn ihrer Budgetrede hob Stadträtin Dr.Maria Schaumayer die Tätigkeit der MA 25 aus ihrem "Schattendasein": hier werde wertvolle Arbeit geleistet, die sich auf Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohnhäusern, bautechnische Überwachung, Kostenersatzbescheide und auf die Begutachtung von Bauvorhaben, die aus öffentlichen Fonds gefördert werden, konzentriert.

Die Zahl der § 7-Anträge (Instandsetzungsarbeiten) nahm heuer deutlich ab, was wohl auf die Erwartung des Wohnungsverbesserungsgesetzes 1969 zurückgeht. Mit diesem Gesetz erhält die MA 25 neue Aufgaben. Die neue Aktion, die hauptsächlich Aufzüge und Installationen umfassen wird, soll durch die Behörde "möglichst unbürokratisch und zügig" im Sinne der Wohnungsverbesserung abgewickelt werden.

Die Baupolizei ist bemüht, die Bevölkerung in erster Linie zu beraten. In den Bezirken 1 bis 9 und 20 stieg die Zahl der bewilligten Wohnungen gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent auf 1.088, in den Bezirken 10 bis 19 und 21 bis 23 wurden 6.375 Wohnungen bewilligt. Dazu kommen noch zusätzlich 5.297 Gemeindewohnungen.

Bei den Einstellungsverfügungen der Baupolizei handelt es sich nicht um "Spitzelaktionen", sondern um Maßnahmen zum Schutz des Erholungsraumes. 228 Baueinstellungen in den äußeren Bezirken und 41 derartige Verfügungen in den Innenbezirken sind die Erfolgsbilanz im Kampf gegen das "wilde Bauen". Die zuständige Magistratsabteilung hat ferner für 72 Siedlungen Widmungsanträge zwecks Sanierung gestellt.

./.

Durch eine Änderung des Kleingartengesetzes, wobei die bebaute Fläche von 25 auf 35 Quadratmeter ausgedehnt werden sollte, könnten von den derzeit nicht bewilligten 4.161 Kleingärten 1.155 genehmigt werden. Stadträtin Schaumayer schlug die baldige Gesprächsaufnahme zur Änderung dieses Gesetzes vor.

Die Arbeiten an der Bauordnungsnovelle werden sich konkret im kommenden Jahr niederschlagen. Neue Kunststoffe lassen zudem Pionierarbeit auf dem Sektor der Baustoffzulassungen erwarten. Neue Bauweisen und neue Baustoffe müßten unter den Gesichtspunkten Stadtbild, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit eingesetzt werden. Eine neue Tätigkeit für die Baupolizei bringt schließlich der U-Bahn-Bau: das eisenbahnbehördliche Genehmigungsverfahren für die U-Bahn-Abschnitte wurde an diese Abteilung delegiert.

Die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien wird 1970 in ihrem Neubau Rinnböckstraße arbeiten. Eine besonders interessante Arbeit dieser Anstalt waren heuer im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau Erschütterungsmessungen im Bereich der Karlskirche sowie Schallmessungen entlang der künftigen U-Bahn-Trasse. Auch die Lärmbekämpfung gehört zu den Aufgaben dieser Abteilung.

Wien wurde heuer um drei Prozent heller. 1970 stehen 98,2 Millionen Schilling für die öffentliche Beleuchtung zur Verfügung. Rationalisierungseffekte erwartet man aus den von Funkfernsteuerungs-Versuchen gewonnenen Erkenntnissen auch für die öffentliche Beleuchtung. Neue Aufgaben erwachsen für die Lichttechniker durch den U-Bahn- und Stadtautobahnbau.

Die mutwillige Beklebung der Lichtmasten bereitet Sorgen. 1969 mußten für Instandhaltungsanstriche an 3.000 Objekten 1,5 Millionen Schilling aufgewendet werden. Die Stadträtin schlug einen Design-Wettbewerb für Beleuchtungskörper vor.

Der höhere Ansatz der Budgetmittel (36,4 Millionen Schilling - ein Plus von acht Prozent gegenüber 1969) für die Magistratsabteilung 46 (Technische Verkehrsangelegenheiten) ist gerechtfertigt durch den immer größer werdenden Erhaltungsaufwand bei Verkehrslichtsignalanlagen und Verkehrszeichen.

./.

Die Arbeit dieser Abteilung ist in erster Linie eine verkehrspolitische Aufgabe, die eine echte Steuerung des Verkehrsgeschehens bewirken müsse. Dr.Schaumayer: "Ich kann dem Gemeinderat versichern, daß die MA 46 die nächste Umleitungsphase mit der gleichen Sorgfalt planen und ausführen wird, wie dies beim Karlsplatz zum Erfolg geführte."

Im Straßenbauprogramm 1970 stechen vor allem die Erweiterung des Vorrangstraßennetzes, die systematische Vermehrung der Kurzparkzonen und der zweite Umleitungsabschnitt für den U-Bahn-Bau hervor. Aus den beim ersten Umleitungsabschnitt am Karlsplatz gewonnenen Erfahrungen wird die MA 46 1970 einer verbesserten Beschilderung und Bodenmarkierung sowie der Einrichtung eines speziellen Dienstes für die Reparatur beschädigter Verkehrszeichen ihr Augenmerk schenken.

An die Verkehrsleitzentrale werden 1970 sechs wichtige Signalgruppen angeschlossen, was einen bedeutenden Schritt in Richtung auf eine großräumige Verkehrsregelung darstellt. Die Initiative ihres Amtsvorgängers Dr.Drimmerl, hob die Stadträtin hervor, habe dazu geführt, daß Wien auf dem Gebiet der elektronischen Verkehrsregelung manche europäische Großstadt ins hintere Feld abgeschlagen habe.

Abschließend kam Stadträtin Schaumayer auf die Initiativen zur Novellierung der Friedhofsordnung und die bereits bekannten Resultate der Befragungsaktion zu sprechen. Ein spezieller Unterausschuß hat soeben seine Arbeit aufgenommen. In zahlreichen Zuschriften sei auch die Sorge der Bevölkerung über die Benützungsdauer von Grabstätten zum Ausdruck gekommen. Sie habe in diesem Zusammenhang dem Unterausschuß einen Änderungsvorschlag zugeleitet, der weitere Verlängerungsmöglichkeiten vorsieht. Es werde ihre Aufgabe sein, betonte die Stadträtin, dem Gemeinderat im nächsten Jahr den Entwurf einer liberalisierten neuen Friedhofsordnung vorzulegen, der die Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

pruefung der wiener stadtverfassung

3 wien, 16.12. (rk) vor dem verfassungsgerichtshof wurde dienstag das verfahren zur ueberpruefung einiger bestimmungen der wiener stadtverfassung fortgesetzt. praesident a n t o n i o l l i gab dabei bekannt, dass die verkuendigung des erkenntnisses im pruefungsverfahren morgen, mittwoch, um 8.30 uhr erfolgen werde. im anschluss daran wird das beschwerdeverfahren des wiener gemeinderates franz o l a h fortgefuehrt.
1048

personalnachrichten

6 wien, 16.12. (rk) der wiener stadtsenat hat am dienstag die obermagistratsraete dr. leopold h a f n e r (magistratsabteilung 50), dr. herbert k r e n d l e s b e r g e r (magistratsabteilung 5), dr. richard s e h n a l (magistratsabteilung 65) sowie die oberstadtbauraete dipl.ing. otto e n g l b e r g e r (magistratsabteilung 18) und dipl.ing. richard p e t r y n a (verkehrsbetriebe) in die dienstklasse 8 befoerdert und ihnen den titel s e n a t s r a t verliehen.

der magistratsrat dr. alfred v o j i k (magistratsabteilung 12) wurde zum o b e r m a g i s t r a t s r a t, die stadtbauraete dipl. ing. herbert b e c h y n a (magistratsabteilung 37), dipl.ing. viktor b u k o v n i k (magistratsabteilung 43) sowie dr. edith s z o l d a t i c s (e-werke) wurden zu oberstadtbauraeten und die amtsraete karl b a u e r (generaldirektion), franz e i g n e r (e-werke), kurt g l u t t i g (magistratsabteilung 17), franz h o e l b l i n g (magistratsabteilung 6), egon k r e i s a (magistratsabteilung 50), alois l i p p e r t (magistratsabteilung 4), zu o b e r a m t s r a e t e n und der technische amtsrat ing. ferdinand h i m s l (gaswerke) zum t e c h n i s c h e n o b e r a m t s r a t befoerdert.
1136

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Tiefbau-Debatte

Wien, 16. 12. (RK) GR. Müller (DFP) bemängelte, daß für Lärmbekämpfung, Gewässerschutz und Reinhaltung der Luft nur geringe Mittel - nur 200.000 Schilling - bereitgestellt wurden. Durch Verkauf des krebsfördernden Biomulls werde der Boden vergiftet.

Statt im Zuge des Hochwasserschutzes ein zweites Flußbett anzulegen, sollte die Alte Donau als Umfluter benützt werden.

Im Straßenbau sollte an weniger Baustellen rascher gebaut werden. Gegen eine Verunreinigung der Straßen sollte mit strengeren Strafen vorgegangen werden, als Aufsichtsorgane könnte man uniformierte Pensionisten verwenden.

Beim Bau der dritten Wiener Wasserleitung sollte eine Nutzwasserleitung mitgebaut werden.

Bei der Müllabfuhr sei die Umstellung auf Großraumgefäße zwar zu begrüßen, vielfach haben aber diese neuen Gefäße nicht die Kapazität der kleinen Mülltonnen, die in größerer Zahl vorhanden waren.

Nicht nur einige Gartenanlagen und Parks sollten ausgestaltet werden, sondern auch die "Beserlparks" in den äußeren Bezirken.

Vor Baubeginn der U-Bahn hätten die bereits vorhandenen Massenverkehrsmittel verbessert gehört: Frequenzsteigerung bei Straßenbahn und Autobus, nicht Einstellung von Autobuslinien. Erst durch die auf dem Karlsplatz notwendig gewordenen Umleitungen sei man daraufgekommen, daß der Verkehr durch Einbahnen günstiger geführt werden kann.

In der Mariahilfer Straße sind die in der Straßenmitte verlegten Straßenbahnschienen schwer verkehrsbehindernd. Der Massenverkehr sollte auf Autobusse umgestellt werden. In allen Hauptverkehrsstraßen sollten die Straßenbahnschienen an den Straßenrand verlegt werden; dadurch wären auch die immer wieder anfallenden Gleisreparaturen weniger verkehrsbehindernd.

./.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) fand, die "Konzentration der Kräfte" in den beiden neuen Verwaltungsgruppen Tiefbau und Hochbau zwar begrüßenswert, bemängelte jedoch, daß zahlreiche mit dem U-Bahn-Bau befaßten Dienststellen nach wie vor auf verschiedene Gruppen verteilt sind. Eine eigene U-Bahn-Dienststelle wäre seiner Meinung nach besser.

Die Befürchtungen der Geschäftswelt über Störungen durch den U-Bahn-Bau erscheinen vielfach übertrieben. Am Beispiel München zeige sich, daß wichtige Verkaufsstraßen im U-Bahn-Bereich, die zu Fußgängerzonen erklärt wurden, eher umsatzanregend wirken. Bisher gebe es in München wenig Schwierigkeiten mit Entschädigungsforderungen. Von großer Bedeutung ist aber die rechtzeitige und lückenlose Information. Broschüren sind begrüßenswert, es ist jedoch blamabel, wenn darin falsche Straßennahmen vorkommen. Den zweiten U-Bahn-Prospekt fand Schmidt im Ton zuwenig freundlich und wienerisch, sondern "geschwollen".

Die geglückte Premiere des "Umleitungszirkus" am Karlsplatz mit der Schaffung neuer Verkehrswege zeigt, daß die Kapazität der Wiener Straßen noch nicht völlig ausgeschöpft ist.

Stimmt es, so fragte GR. Schmidt den Tiefbaustadtrat, daß Wien bis heute keine Ahnung hat über das detaillierte Bauprogramm des Bundes 1970 in Wien. Ferner, wieviel der heurigen Bundesmittel sind noch nicht verbraucht worden? Überhaupt wäre ein besserer Kontakt - eine Art "rotes Telefon" zwischen Bautenminister und Tiefbaustadtrat wünschenswert. Dies nicht nur bei unangenehmen Dingen (zum Beispiel vierte Donaubrücke) sondern auch in Fragen der rationellen Steuermittelverwendung.

GR. Schmidt beklagt dann die teilweise ungenügende Beschilderung und stellt die Forderung nach einem wirkungsvollen, vor allem kreuzungsfreien Schnellstraßennetz auf.

Die Bedeutung des Kanalnetzausbaues wurde bisher unterschätzt, die hier geplanten Investitionen sind zu begrüßen. Immer noch hoffen aber weite Siedlungsgebiete seit Jahren auf den Kanalanschluß.

Hinsichtlich des Starts der dritten Wasserleitung zeigte Dr. Schmidt wenig Optimismus, die Untersuchungen hätten schon 1948 begonnen. Wenn man dazu die Bauzeit der ersten Wasserleitung

./.

(1866 bis 1873, Vorbesprechungen ab 1858) vergleicht, müsse man der Gemeinde Wien doch ein "gerütteltes Maß an Inaktivität" vorwerfen.

Beklagt wird von der Bevölkerung - insbesondere von den Frauen - die ständige Abnahme der öffentlichen Bedürfnisanstalten. (1958 269, 1968 nur mehr 238).

Auch hinsichtlich der Luftverunreinigung, Wasserverschmutzung und Lärmbekämpfung sei die Stadt Wien in ihren Gegenmaßnahmen recht zögernd und wenig wirkungsvoll.

GR. Josef Hoffmann (ÖVP) dankte der Wiener Straßenreinigung für ihre Bewährung anläßlich der "Zerreißprobe" nach den jüngsten Schneefällen. Auch die Verkehrsbehinderung durch die Fahrzeuge der Müllabfuhr sei nach Koordinationsgesprächen stark vermindert worden.

Der Redner bedauerte, daß der Aufwand für Verkehrsbauten seit 1964 ständig gesunken sei, im Voranschlag 1970 nur mehr 1,9 Prozent betrage. Der Bund greife hier rettend ein: Im Jahr 1970 werde jeder zweite Schilling für Straßenbauten in Wien aus Bundesmitteln stammen.

Im Straßenzustand sei seit 1945 viel erreicht worden, die totale Winterfestigkeit der Wiener Straßen sei immer noch nicht gegeben. Der Redner widmete sich auch eingehend einem Detailproblem: Man solle sich doch mehr nach Möglichkeiten umsehen, wie Verkehrsbauwerke auch unter Mitführung eines Kinderwagens benützt werden könnten. Schließlich richtete Hoffmann an alle Beteiligten den Appell, sie mögen "zusammenarbeiten, um Wien auch auf dem Straßensektor zu einer Weltstadt zu machen."

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) erklärt, daß wir beim U-Bahn-Bau gewisse Fixpunkte unter der Erde, z. B. den Wienfluß, nicht verändern können. Die gemachten Vorschläge sollen jedoch untersucht werden. Der Meinung, auch Wien sollte ein U-Bahn-Amt haben, könne er nicht zustimmen. Das Stadtbauamt verfügt über die entsprechende Zahl von Technikern und die diversen Abteilungen arbeiten bestens zusammen. Die Abteilungen haben während der vergangenen drei Jahre gute Vorarbeiten für den U-Bahn-Bau geleistet, ausländische Erfahrungen studiert und auch die

./.

immer wieder neu auftauchenden Systeme berücksichtigt. Es gibt eine Internationale der U-Bahn-Bauer, mit der wir in engem Kontakt arbeiten.

Bisher wurden sämtliche geplanten Termine für den U-Bahn-Bau eingehalten. Die Ausschreibung selbst wurde von Fachleuten als vorbildlich bezeichnet. Auch für eine möglichst geringe Schallbelästigung wurde Vorsorge getroffen.

Nach den umfangreichen Vorbereitungsarbeiten konnte am 3. November am Karlsplatz mit dem U-Bahn-Bau begonnen werden. Vorher war es notwendig, die Versorgungsleitungen umzulegen, eine Grundwasserabsenkung vorzusehen und die nötigen Umfahrungsstraßen mit sämtlichen Einbauten zu errichten.

Wir müssen allen jenen danken, die diese Vorarbeiten so vorbildlich gleistet haben. Wichtige Studien werden unter anderem über die Normung von U-Bahn-Rolltreppen, Erdungs- und Schutzmaßnahmen, strömungstechnische und thermodynamische Vorkehrungen geleistet. Ein Architektenwettbewerb wird für die Gestaltung der Stationen die gestalterisch eine Einheit bilden sollen ausgeschrieben.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) forderte Stadtrat Heller auf, in seiner Eigenschaft als Staatskommissär für die Internationale Gartenschau in Ober-Laa, die am 18. April 1974 ihre Pforten öffnen wird, darauf zu achten, daß nicht wieder so hohe Kostenüberschreitungen vorkommen wie bei der Gartenschau im Donaupark. (Dort belief sich die Überschreitung auf 100 Prozent).

Die Heilquelle Ober-Laa fließt nunmehr bereits das vierte Jahr, das provisorische Bad - am 2. Oktober eröffnet - befindet sich in einem barackenähnlichen Holzgebäude und ist infolge geringer Kapazität lange Zeit im Voraus ausgebucht. Das warme Heilwasser wird nur in geringem Maße genützt: 100 Wannen täglich, während pro Tag 6.000 Wannen gefüllt werden könnten. Samstag und Sonntag sei kein Kurbetrieb.

Vielleicht wäre es besser gewesen, nicht Stadtgartendirektor Ing. Auer zum Geschäftsführer der Heilquelle zu bestellen - der auch mit den Vorbereitungen der Gartenschau beschäftigt ist - sondern einen Arzt oder einen kommerziellen Fachmann.

./.

Abschließend bezeichnete der Debattenredner die verkehrsmäßige Erschließung des Gartenschau- und Heilquellengeländes als ungenügend. Für den Individualverkehr werden zwar genügend Straßen zur Verfügung stehen, außerdem seien 10.000 Parkplätze (davon 7.000 als Provisorium nur während der Gartenschau) vorgesehen, für den Massenverkehr werde man aber mit der Verlängerung der Autobuslinie 167 bis zum WIG-Gelände kaum das Auslangen finden. Diese Linie ist bereits jetzt stark überlastet.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka wiederholte seinen bereits früher gemachten Vorschlag, die Donau-Uferbahn schnellbahnmäßig auszubauen. Auf ihrer Trasse könnte ein zweites Geleise verlegt werden, da die Bahnlinie ursprünglich zweigleisig war (das zweite Geleise wurde während der Besatzungszeit demontiert). Bis zur Elektrifizierung könnten die Züge mit Diesellokomotiven geführt werden. Aus dem Raum von Meidling könnten die Züge über die Pottendorfer Linie nach Ober-Laa fahren.

GR. Nittel (SPÖ) attackierte die "uneinheitliche" Haltung der ÖVP zum Hochwasserschutz. Hätte man sich zur Kaiserzeit - so meinte er - auch für die kleinlichere Lösung entschieden und nur die bestehenden Dämme verdichtet, würden links der Donau heute noch Fischerdörfer sein.

Niemand weiß, ob bei einer nächsten Hochwasserkatastrophe der Damm nicht bricht und die Bezirke links der Donau einschließlich des Umlandes gefährdet werden. Es wird Zeit zur sachlichen Zusammenarbeit, das großzügige Schutzprojekt ist kein Gegenstand der Parteidemagogie. (ÖVP-Einwurf von Neusser: "Wir haben nichts gegen die Insel gesagt, nur gegen den Zeitpunkt.")

Der Redner polemisierte dann - unter ÖVP-Protestrufen - gegen den "Alleingang" des Bundes bei der Namensgebung der vierten Donaubrücke und sagte, die Wiener Bevölkerung sei darüber mit Recht empört. In diesem Zusammenhang beschwerte sich Nittel auch über die "fahrlässige Berichterstattung" mancher Zeitungen. Er appellierte an die Presse, die positive Arbeit der Mandatare mehr zu unterstützen und brach auch eine Lanze für feierliche Straßen- und Brückenübergaben durch politische Funktionäre.

./.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) beschäftigte sich mit der zukünftigen Trinkwasserversorgung Wiens: Der gedämpfte Optimismus in Sachen dritter Wasserleitung sei ebenso erfreulich wie die - rechnerisch ermittelten - verminderten Rohrnetzverluste. Merkwürdigerweise habe die Wiener SPÖ allerdings auf ein Angebot des burgenländischen Nationalrats Robak keine Antwort erteilt, burgenländisches Wasser nach Wien zu leiten.

Zum Kapitel Gewässerschutz sagte Strunz, man solle sich doch die Gewässersanierung anderswo ansehen und daraus für die Alte Donau Lehren ziehen. Er selbst habe einen Berliner Badesee erfolgreich saniert.

Luftreinhaltung: Die Dotierung von 200.000 für das einschlägige Referat der Baudirektion sei mehr als kärglich, etwa verglichen mit den elf Millionen, die als Ausgabeposten für Repräsentationszwecke des Rathauses vorgesehen seien.

Zur Wasserversorgung brachte Dr. Strunz einen Antrag ein, der eine Fortsetzung jener Versuche fordert, die im Jahr 1951 zur künstlichen Grundwassergewinnung im südlichen Wiener Becken begonnen wurden.

GR. Stockinger (SPÖ) bezeichnet die Bundesbeiträge für den Wiener Straßenbau als zu gering. Die Bundeseinnahmen an Mineralölsteuer betrugen 4,9 Milliarden, Wien erhielt davon nur etwas mehr als 500 Millionen, obwohl 40 Prozent der Mittel von Wiener Autofahrern aufgebracht werden. Trotzdem können wir feststellen, daß die Straßenverhältnisse in Wien durch die Leistungen der Stadtverwaltung gut sind. Praktisch besteht der gesamte Wiener Straßenbelag aus rutschfestem Material.

Zum U-Bahn-Bau: Rein sachlich muß manfeststellen, daß die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene durch die Elektrifizierung der Stadtbahn zur Amtszeit von Bürgermeister Seitz erfolgte und die Schnellbahn gegen den Widerstand der ÖVP-Fraktion während der Amtszeit von Verkehrsminister Waldbrunner durchgesetzt wurde. Auch der seinerzeitige Verkehrsminister Probst ließ ein Schnellbahnkonzept für Wien ausarbeiten, von dem man aber seit der ÖVP-Alleinregierung nichts mehr hört. Ja nicht einmal für die Schnellbahnstationen brachte der Bund die notwendigen Mittel auf, sie mußten von der Stadtverwaltung im Wege der Vorfinanzierung errichtet werden.

./.

Für die Behebung des Schadens an der vierten Donaubrücke kommt die bauausführende Firma durch Heranziehung von Versicherungen auf.

Der etappenweise Ausbau der Hauptkläranlage geht weiter und in acht Jahren wird eine 70 prozentige Reinigung des Wiener Abwassers erfolgen können. Leider läßt auch hier die Bundesförderung zu wünschen übrig. Die Kläranlage Blumental arbeitet bereits vollbiologisch und klärt das Abwasser zu mehr als 90 Prozent. Das Wasser, das in den Liesingbach über die Kläranlage abgeleitet wird, hat nur ein Viertel des Schmutzanteils des Wassers des Liesingbaches.

Zur Wasserversorgung: Durch die Wiental-Wasserleitung zusäztliche Quellfassungen, Verdoppelung der aus dem Grundwasserwerk Lobau geförderten Menge konnte die tägliche Wasseranlieferung um 100.000 Kubikmeter vermehrt werden. Daneben wird seit 1948 versucht, mit dem Bau der III. Wasserleitung zu beginnen.

Die Straßenreinigung hat den überdurchschnittlichen Schneefall gut gemeistert. Ihr und auch den disziplinierten Autofahrern ist zu danken.

Die gute Arbeit des Stadtgartenamtes hat sicher einen großen Anteil an der Anziehungskraft, die Wien auf die Fremden ausübt. Die öffentlichen Gartenanlagen dienen der Gesunderhaltung der Bevölkerung und der Luftverbesserung. Ein Hektar Grünfläche mit Baumwuchs vermag 45 Tonnen Staub zu binden.

Bei der Schaffung der Donauinsel dürfte man nicht auf die Anlage von Campingplätzen verzichten. Der WIG 74 ist zu wünschen, daß sie ein ebensolcher Erfolg wird wie die WIG 64.

In seinem Schlußwort stellte Stadtrat Heller fest, daß der von der "Biomull" hergestellte Dünger keineswegs krebsfördernd sei; das Fabrikat steht unter ständiger Kontrolle der Hochschule für Bodenkultur.

Die Umstellung einer Straßenbahnlinie auf Autobusbetrieb ist nur dann möglich, wenn die Frequenz gering ist; bei starker Frequenz ist die Straßenbahn nicht ersetzbar.

Durchstich Alte Donau: Er würde nicht nur die Qualität des Badewassers verschlechtern, sondern wäre auch ein unzureichender Hochwasserschutz, weil im Stadtgebiet gelegen. ./.

Verkehrsreserven: Die 1955 in Wien durchgeführte internationale Verkehrsenquete zeitigte 109 Empfehlungen; davon wurden bereits 101 verwirklicht.

Kinderwagen-Rampen bei Fußgängerpassagen zu bauen ist aus technischen Gründen kaum möglich (Platzmangel).

Bundesstraßen: Innerhalb des Wiener Stadtgebietes sind nur die Wiental-Begleitstraßen und die Südautobahn Bundesstraßen, alle anderen Einfahrten sind ab Stadtgrenze Gemeindestraßen. Die Mittel des Bundes für diese Straßen stammen aus zweckgebundenen Steuern, die größtenteils von der Wiener Bevölkerung und der Wiener Wirtschaft aufgebracht wurden.

Bundesmittel für den Straßenbau konnten erstmalig 1969 für andere Projekte, als sie bestimmt waren, verwendet werden. Für 1970 ist das Straßenbauprogramm des Bundes noch nicht bekannt.

Eine Trennung des U-Bahn-Baues vom übrigen Baugeschehen erscheint nicht zweckmäßig.

Donauwasser als Nutzwasser ist ohne entsprechende Aufbereitung unbrauchbar.

Burgenländisches Wasser für Wien: Die angebotene Menge ist zu geringfügig, sie würde nicht die erforderlichen Aufwendungen rechtfertigen.

Ozonisierung des Trinkwassers: Macht das Wasser nur an der Durchflußstelle keimfrei, nicht aber im Leitungsnetz. Städte, die ozonisierten, chlorieren nun zusätzlich.

Bedürfnisanstalten: 1945 gab es 75, jetzt bestehen 143 Anstalten.

Kosten der WIG 74: Können noch nicht bekanntgegeben werden, weil noch keine Projekte vorliegen. Der Plan für die verkehrsmäßige Aufschließung von Ober-Laa wird 1970 vorliegen.

Heilquelle Ober-Laa: Samstag und Sonntag findet deshalb kein Kurbetrieb statt, weil noch nicht genug Fachpersonal vorhanden ist. Ab Februar 1970 wird der Kurbetrieb auch an Samstagen von 7 bis 21 Uhr durchgeführt werden.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Ein Antrag der ÖVP, betreffend die Verbesserung des Trinkwassers, wurde zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Tiefbaudebatte (Zusammenfassung)

Wien, 16.12. (RK) Am fünften Tag der Budgetdebatte referierte Tiefbaustadtrat Kurt Heller (SPÖ) über sein Ressort mit Ausgaben von 1.750 Millionen. Allerdings sind große Projekte, wie zum Beispiel U-Bahn und Hochwasserschutz nicht in diesem Ressort budgetiert. So beträgt, wie der Stadtrat betont, allein der Gesamtaufwand für alle Verkehrsbauten im kommenden Jahr 1,6 Milliarden Schilling. Das Tiefbaubudget wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Heller bedauerte, auch heuer dem Gemeinderat nicht das Programm des Autobahn- und Bundesstraßenbaues vorlegen zu können. Es fehlt leider ein langfristiges Finanzierungskonzept des Ministeriums.

Schwerpunkt der Gruppe Tiefbau ist 1970 der U-Bahn-Bau. Man wird vor allem im Bereich Karlsplatz, aber auch zwischen Paulanergasse und Theresianumgasse mit den Arbeiten beginnen. Für den verbesserten Hochwasserschutz stehen 114 Millionen, davon 60 Millionen vom Bund, zur Verfügung.

Für Kanalbauten (Hauptkläranlage, linker Donausammelkanal) sind in den kommenden Jahren etwa 1,5 Milliarden budgetiert.

Die Wasserwerke rechnen mit einem jährlich um 3,6 Millionen Kubikmeter steigenden Wasserverbrauch. 1974 wird Wien bereits 200 Millionen Kubikmeter benötigen. Die Grundwasservorkommen im Wiener Gebiet sind weitgehend ausgeschöpft, so daß der Bau der 3. Wasserleitung unbedingt notwendig sei. Der Stadtrat hoffe, die nötigen Bewilligungen für den Bau der 3. Wasserleitung im kommenden Jahr zu erhalten.

Durch das Stadtgartenamt werden 1970 zusätzlich 500.000 Quadratmeter Gartenflächen geschaffen. Am Ideenwettbewerb für die WIG 74 werden sich mehr als 200 Teilnemer aus 25 Staaten beteiligen.

GR. Müller (DFP) macht verschiedene Vorschläge. Zum Hochwasserschutz; die Alte Donau als Umfluter zu benutzen, strenge Strafen für Verunreinigung von Straßen; Bau einer Nutzwasserleitung, Verlegung der Straßenbahngleise an den Straßenrand.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verlangt eine unabhängige U-Bahn-Dienststelle und bezeichnet die Premiere des Umleitungszirkus als geglückt. Bedauerlich sei, daß in der Broschüre falsche Straßen-

./.

namen vorgekommen sind. Skeptisch war Dr. Schmidt wegen der dritten Wasserleitung. Bedauerlich sei die ständig geringer werdende Zahl der öffentlichen Bedürfnisanstalten.

GR. Josef Hoffmann (ÖVP) dankte der Stadtreinigung für ihre Bewährung bei den letzten Schneefällen. Bedauerlicherweise sinke der Aufwand für Verkehrsbauten ständig. Der Bund greift jedoch rettend ein. Jeder zweite Schilling für Straßenbauten stammt 1970 aus Bundesmitteln.

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) erklärt, Wien brauche kein eigenes U-Bahn-Amt; das Stadtbauamt verfügt über die entsprechende Zahl von Technikern und die Abteilungen arbeiten bestens zusammen.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) fordert auf, darüber zu achten, daß nicht wieder so hohe Kostenüberschreitungen für die WIG 74 vorkommen wie bei der WIG 64. Die Heilquelle Ober-Laa wird nur gering genützt; 100 Wannen täglich, während 6.000 Wannen gefüllt werden könnten. Das künftige Gartenbaugelände sei auch verkehrsmäßig zu wenig erschlossen.

GR. Nittel (SPÖ) ruft Protest bei der ÖVP hervor, als er gegen den Alleingang des Bundes bei der Namensgebung der vierten Donaubrücke Stellung nimmt. Der Redner beschwert sich auch über die fahrlässige Berichterstattung mancher Zeitungen.

GR. Dr. Strunz (ÖVP) bringt einen Antrag ein, die Versuche fortzusetzen, die 1951 zur künstlichen Grundwassergewinnung im südlichen Wiener Becken begonnen wurden.

GR. Stockinger (SPÖ) bezeichnet die Bundesbeiträge für den Wiener Straßenbau als zu gering. Zum U-Bahn-Bau: die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene wurde bereits zur Amtszeit von Bürgermeister Seitz durch die Elektrifizierung der Stadtbahn begonnen. Die Schnellbahn mußte gegen den Widerstand der ÖVP von Verkehrsminister Waldbrunner durchgesetzt werden. (Schluß.)

\- - -

neue schneefaelle

7 wien, 16.12. (rk) mit schnee werden die wiener im dezember in keiner weise bescheiden bedacht. in der vergangenen nacht setzte bei einer temperatur um 0 grad celsius leichter schneefall ein, der verbreitet im ganzen stadtgebiet schneeglaette verursachte. daher wurde die ausfahrt aller einsatzfahrzeuge auf den alarmrouten angeordnet.

heute dienstag, den 16. dezember herrscht bei einer temperatur von wiederum 0 grad bedecktes ruhiges wetter. die hauptfahrbahnen sind auf grud des naechtlichen einsatzes salzfeucht und gut befahrbar. 2289 schneearbeiter (davon 741 mann eigenes personal und 1548 tagloehner), 34 schneepfluege, 214 streufahrzeuge, 214 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, 11 sandlademaschinen und 101 schneeladegeraete stehen im einsatz.
1139

preisguenstige gemuese- und obstsorten

15 wien, 16.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 4 bis 5 schilling, kohl 6 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 1) 10 schilling, aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, bananen 6 bis 8 schilling orangen 5,50 bis 6 schilling, mandarinen 9 bis 10 schilling je kilogramm.
1530

aus der heutigen stadtsenats-sitzung

wien, 16.12. (rk) dienstag frueh fand im rathaus die letzte sitzung des wiener stadtsenates vor dem abschluss der budgetdebatte statt. sie ist aber noch nicht die letzte sitzung dieser koerperschaft in diesem jahr, denn der stadtsenat wird auch noch am 23. dezember zusammentreten. die erste sitzung im kommenden jahr ist fuer den 13. jaenner anberaumt.

heute wurden einschliesslich der vorangegangenen kurzen sitzung der wiener landesregierung insgesamt 115 geschaeftsstuecke behandelt. darunter befanden sich sehr wichtige, wie zum beispiel die erhoehung des kreditrahmens und der einzelkredite in der investitions-kreditaktion der gemeinde wien fuer gewerbliche betriebe. der kreditrahmen und die einzelkredite wurden auch fuer die existenzgruendungskredite erhoeht. weiter wurde die vereinbarung zwischen der stadt wien und der kammer der gewerblichen wirtschaft ueber die richtlinien fuer die gewaehrung von hilfen durch diese beiden institutionen an die durch den u-bahn-bau in ihrer existenz bedrohten gewerbetreibenden behandelt. fuer einen schulneubau im 22. bezirk, meissnergasse, wurde die grundsaetzliche genehmigung erteilt. zwecks errichtung eines sonderkindergarten-tagesheimes auf dem ringelseeplatz in floridsdorf wurden entwurfkosten und baubewilligung referiert.

beantragt wurden ferner untersuchungen des oeffentlichen verkehrs von wien im zusammenhang mit dem u-bahn-bau (zweite bauphase), die durchfuehrung eines konstruktiven vorprojektes fuer den guertel-sued vom landstrasserknoten bis blamauergasse, ferner auftraege an das institut fuer empirische sozialforschung zwecks analyse des privaten konsums.

fuer die errichtung des fuenften bauteils der staedtischen wohnhausanlage, 10, per albin hansson-siedlung ost, wurden entwurfkosten und baubewilligung vorgelegt. eine reihe von antraegen befasste sich mit dem ausbau der wasserversorgung und der errichtung koordinierter automatischer verkehrslichtsignalanlagen. auf der tagesordnung gab es ferner subventionen fuer zahlreiche kulturelle einrichtungen und die einsetzung einer kommission des gemeinderates zur untersuchung der moeglichkeiten einer weiteren verbesserung der betreuung der altersheimpflege.

1134

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte Baubehördliches

Wien, 16. 12. (RK) Dr. Tuma (DFP): Die wertvolle Arbeit der MA 25 ließ diese zu einer objektiven Mittlerin zwischen Hauseigentümern und Mietern werden. Ihre Gutachten werden heute "unbeschaut" von den Richtern respektiert. Die Baupolizei wirkt heute in erster Linie beratend und trägt damit zur Baudisziplin bei. Hinsichtlich der schwierigen Ersatzvornahmen findet der Redner eine kostendeckende Gebarung völlig gerechtfertigt.

Gegen Gleichmacherei und für individuelle Grabgestaltung plädiert Tuma beim Thema Friedhöfe.

Verkehrsanlagen müßten noch viel besser ausgebaut werden, hier kommt es weniger auf finanziellen Einsatz sondern mehr auf Nachdenken an.

GR. Peter (FPÖ) würdigte die gute öffentliche Beleuchtung, kritisierte allerdings Mängel, wie etwa ein Stück des Handelskais, das seit Jahren völlig unbeleuchtet ist. Bei den städtischen Uhren wäre es angebracht, ein Lichtsignal anzubringen, das bei Stillstand der Uhr aufleuchtet.

Zum Friedhofsproblem begrüßte der Redner die Fragebogenaktion der Stadtverwaltung, sprach sich jedoch für äußerste Behutsamkeit bei allen geplanten Maßnahmen aus. Grundsätzlich solle im Bereich des Totenkults dem persönlichen Geschmack größtmöglicher Spielraum garantiert werden.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) bezeichnet die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien als eine der erfreulichsten Abteilungen unserer Verwaltung, die aus bescheidenen Verhältnissen etwas aufgebaut hat, das einen echten Dienst an der Bevölkerung darstellt.

Bei der öffentlichen Beleuchtung ist es das große Problem, von der Oberflächenbeleuchtung zur differenzierten Beleuchtung zu kommen, die nicht nur der Ästhetik, sondern auch der Verkehrssicherheit bestens Rechnung tragen muß.

./.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß öffentliche Einrichtungen zu Wahlzeiten für die Plakatierung mißbraucht werden. Die Demokratische Partei müßte sich hier im nächsten Wahlkampf Zügel anlegen. Der Appell des Bürgermeisters allein wird leider nichts nützen. Man müßte es zur Beurteilung einer Partei miteinbeziehen, wie diszipliniert sie in der Plakatierung ist. Vielleicht könnte man für die Plakatierung verwendete städtische Einrichtungen mit einem Belag versehen, der das Bekleben unmöglich macht.

Das Interesse der Bevölkerung an der Friedhofsgestaltung sei noch größer, als man erwartet hat. Auf die Befragungsaktion gingen in kurzer Zeit 91.000 Rückantworten ein, die raschest ausgewertet wurden, und nun auch berücksichtigt werden sollen.

GR. Peska (SPÖ) kam ebenfalls auf die Friedhofsordnung zu sprechen, die nun erneut entsprechend den Wünschen der Bevölkerung abgeändert werden soll. Alle Maßnahmen, die eine Gleichmacherei als Ziel haben, seien verfehlt; im Rahmen der neuen Bestimmungen, mit deren Ausarbeitung ein Ausschuß befaßt ist, wird ein weiter Gestaltungsspielraum geboten werden.

Den bei der Friedhofsbefragung mitausgegebenen Prospekt bezeichnete der Debattenredner als den mißglückten Versuche einer Aufklärungsschrift;

Die 46 Wiener Friedhöfe sind 446 Hektor groß. Sie umschließen 564.000 Erdgräber und 59.000 Urnengräber. Von den 28.000 Bestattungen im Laufe eines Jahres sind 85 Prozent Erdbegräbnisse und 15 Prozent Urnenbeisetzungen. Pro Jahr werden rund 8.000 Neu- oder Wiederbelegungen durchgeführt. Während nach dem Ersten Weltkrieg 40 Prozent der Bestattungen in Schachtanlagen erfolgten, gibt es jetzt nur mehr drei Prozent Schachtbegräbnisse.

Abschließend kam GR. Peska auf die Straßenbeleuchtung zu sprechen und teilte mit, daß in Wien zur Zeit 162.000 Straßenlampen in Betrieb stehen. Einige Straßenzüge sind allerdings noch immer nicht ausreichend beleuchtet, und zwar Praterstraße, Ausstellungsstraße, Simmeringer Hauptstraße und Kaiser-Ebersdorfer-Straße.

An der Kreuzung Simmeringer Hauptstraße-Weißenböckstraße ist die Installierung einer Verkehrsampel dringend notwendig.

./.

GR. Neusser (ÖVP) unterstrich zunächst, daß GR. Windisch (SPÖ) der Vater der Fragekartenaktion auf den Friedhöfen ist.

Dann ging er zu Verkehrsproblemen über: Die heutige Verkehrsleitzentrale sei ein Verdienst des jetzigen Kammerpräsidenten Lakowitsch, der seinerzeitige Vizebürgermeister Drimmel hat sie mit einem Computer bestückt. Diese Weitsicht und der Einsatz einer österreichischen Firma beim Aufbau der Anlage habe dazu geführt, daß Wien zu einem Mekka für die computergesteuerte Verkehrslenkung wurde.

Die Kapazität des auf 300 Kreuzungen ausgelegten Verkehrsrechners ist erst zu einem Drittel ausgenützt. Bis Anfang 1970 werden 120 Kreuzungen angeschlossen sein. Derzeit sind 19 TV-Kameras installiert, fünf weitere (darunter eine am Wienerberg mit 10 Kilometer Reichweite) sind im Bau. An Beispielen in Margareten und in Simmering kritisierte Neusser die derzeitige Einbahnregelung und verlangte ein Gesamtkonzept für Einbahnen.

Aus Zeitungsmeldungen, wonach Stadtrat Pfoch einen Kraftfahrbeirat bei der Stadtplanung angeregt hat, schloß der Redner, daß sich die SPÖ nun den 1966 eingebrachten ÖVP-Antrag eines Verkehrsbeirates zu eigen gemacht hat. Für den Fall, daß es doch nicht zu dieser Institution kommt, schlug Neusser ein Gremium vor, das innerhalb der Geschäftsgruppe mit den Kraftfahrverbänden und dem Kuratorium für Verkehrssicherheit einschlägige Fragen behandelt. Der Redner urgiert auch Berichte über die Arbeit eingesetzter Spezialkommissionen, zum Beispiel für den Bau unterirdischer Garagen.

Mit Nachdruck forderte Neusser eine Hilfspolizei aus Pensionisten und Frauen zur Ahndung von Parksündern. Wenn man für diese Arbeit hochqualifizierte Polizisten in Ledermontur einsetzt, erscheinen die ständigen Klagen über den Personalmangel bei der Polizei wenig glaubhaft. Ähnlich wie bei den Schülerlotsen in den übrigen Bundesländern könnte Wien mit einer solchen Initiative - auch ohne ausdrückliche gesetzliche Regelung vorangehen. Abschließend reklamierte Neusser - angesichts der vielen SPÖ-Programme - von der Mehrheitspartei auch ein Verkehrsprogramm.

./.

GR. Outolny (SPÖ) würdigte die erfolgreiche Forschungsarbeit der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien, die mehrfach internationale Anerkennung erhalten hat. Auf dem Gebiet baulicher Vorschriften forderte der Redner die Schließung von Lücken in den gesetzlichen Bestimmungen. Durch solche Lücken wird es etwa möglich, daß ein Haus als Supermarkt verwendet wird, obwohl die dortigen Mieter wegen Einsturzgefahr abgesiedelt und mit Gemeindewohnungen versorgt werden mußten. Außerdem verstecke sich die Wiener Unterwelt in den alten Häusern der Assanierungsgebiete.

Auch die Arbeiterherbergen für Gastarbeiter seien ein Beispiel von Profitgier und Ausbeutung nach dem Muster der Wienerberger Ziegelarbeiter im 19. Jahrhundert. Schließlich ging der Redner noch auf eine Forderung des Blindenverbandes ein, wonach an den Kreuzungen des Gürtels mit der Gumpendorfer Straße und der Josefstädter Straße akustische Signalanlagen zu errichten wären.

Stadträtin Dr. Schaumayer weist in ihrem Schlußwort erhobene Verdächtigungen gegen Mitglieder dieses Hauses zurück. Auf dem Areal Diefenbachgasse 35 bis 39 sei nach dem Abbruch nicht eine Garage zur weiteren Benützung übriggeblieben, sondern der verbliebene Gebäudeteil beinhaltet einen Kabelkopf, der nicht nur der Firma dient, sondern auch der weiteren Umgebung.

Sie wendet sich auch dagegen, daß Probleme der Arbeiter- und Studentenherbergen so vorgebracht werden, daß der Eindruck entsteht, die Volkspartei leiste derartigen Vorkommnissen nicht nur Vorschub sondern ziehe Nutzen aus den aufgezeigten Praktiken. Sie habe immer, wurden ihr derartige Vorkommnisse zur Kenntnis gebracht, die sofortige Einsetzung fliegender Kommissionen verlangt.

Das Nichtvorliegen einer neuen Bauordnung dürfte man keineswegs ihrem Amtsvorgänger anlasten. Ihre Geschäftsgruppe werde mit ganzer Kraft überall dort mitarbeiten, wo ihre Kompetenzen betroffen sind, werde sich jedoch nicht anmaßen, in andere Kompetenzen einzugreifen. Abzulehnen sei auch, daß man jede Fehlplanung und jede Unterlassung als Folge des fehlenden Assanierungsgesetzes hinstelle. Die Stellungnahme ihrer Fraktion sei wiederholt klar und deutlich festgelegt worden. Sie setze sich für

./.

jede vernünftige Maßnahme ein, wende sich jedoch scharf gegen eine manchmal sehr eigenartig interpretierte Enteigungsauslegung.

Bezüglich des beim Handelsministerium liegenden Schulwegsicherunggesetzentwurfes betonte Stadträtin Schaumayer, daß es die der SPÖ unterstehenden Abteilungen der SPÖ und der Städtebund waren, die dazu negativ Stellung genommen haben. Im übrigen findet nächste Woche zwischen dem Stadtschulrat und den zuständigen Magistratsabteilungen eine Besprechung statt, die das Problem Schulwegsicherung auch ohne gesetzliche Regelung einer tauglichen Lösung zuführen soll.

Die Stadträtin sprach ferner die Hoffnung aus, daß der Finanzreferent den Neubau der chemischen Labors der Versuchs- und Forschungsanstalt seine Zustimmung nicht mehr versagen werde.

Vorwürfe über eine mangelnde Koordination zwischen Straßenbau und verkehrstechnischen Einrichtungen beantwortete Dr. Schaumayer mit dem Hinweis auf den oft hemmenden Rotstift der Finanzabteilung. Eine bessere Beleuchtung ist von gemeinsamem Interesse, die Unterstützung durch die SPÖ ist hier begrüßenswert.

Daß GR. Peska die bestehende Friedhofsordnung verteidigt hat, läßt erwarten, daß es im Unterausschuß einige Diskussionen geben wird. Und dazu wurde dieser Ausschuß ja geschaffen. Die Rednerin ist der Ansicht, es sei Aufgabe der Behörde, nicht Zensor zu sein über Material- und Gestaltungsfragen. Das Endergebnis der Arbeit dieses Unterausschusses wird dem Gemeinderat zur Debatte vorgelegt werden.

Das Verkehrswesen sei zu einer Disziplin geworden, die zwischen den einzelnen wissenschaftlichen Gebieten liegt. Man müsse hier nicht nur den Stadtplaner und Städtebauer mitgestalten lassen, sondern auch den Verkehrstechniker, den Mediziner, den Psychologen und den Bauingenieur und andere.

Bei Einbahnregelungen müssen wir jene Synthese zwischen den lokalen Erfordernissen und Einsichten und der großräumigen Einbindung finden, ohne deren Zusammenwirken entsprechende Regelungen nicht erfolgen können.

Als notwendig bezeichnet, die Rednerin die Schaffung eines Verkehrsbeirates auf institutionalisierter Basis, dem sowohl die beiden Kraftfahrerorganisationen wie auch das Kuratorium für

./.

Verkehrssicherheit angehören müßten. Derzeit beträgt die Motorisierung in unserer Stadt 177 PKW auf 1.000 Einwohner, und Prognosen für die Zukunft werden sicher so wie jene, die in der Vergangenheit erstellt wurden, übertroffen werden.

Abstimmung: 9. Hauptstück einstimmig angenommen.

Unterbrechung der Sitzung um 17.40 Uhr.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, den 17. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe X, Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Debatte Baubehördliches (Zusammenfassung)

Wien, 16. 12. (RK) Über die Verwaltungsgruppe IX, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, referierte Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP). Die Ausgaben dieser Gruppe betragen 257,5 Millionen Schilling. Die Ansätze wurden einstimmig angenommen.

Die Stadträtin ging in ihrer Budgetrede zunächst auf die Magistratsabteilung 25 (Ersatzvornahmen) ein: Hier werde wertvolle Arbeit geleistet (Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohnhäusern, bautechnische Überwachung, Begutachtung von Bauvorhaben, etc.).

Die Baupolizei ist bemüht, in erster Linie zu beraten. Bei den Einstellungsverfügungen handelt es sich nicht um Spitzelaktionen, sondern um Maßnahmen zum Schutz des Erholungsraumes. 269 Baueinstellungen sind die Erfolgsbilanz im Kampf gegen das Wilde Bauen.

Eine neue Tätigkeit für die Baupolizei bringt der U-Bahn-Bau.

Die Abteilung für Technische Verkehrsangelegenheiten hat in erster Linie eine verkehrspolitische Aufgabe; für 1970 sind geplant die Erweiterung des Vorrangstraßennetzes, mehr Kurzparkzonen und der zweite Umleitungsabschnitt für den U-Bahn-Bau.

Abschließend kam Stadträtin Schaumayer auf die Initiativen zur Novellierung der Friedhofsordnung zu sprechen. Ein Unterausschuß hat seine Arbeit aufgenommen, sie habe diesem Ausschuß einen Änderungsvorschlag zugeleitet, und zwar wegen der Benützungsdauer von Grabstätten. Im nächsten Jahr soll der Entwurf einer liberalisierten Friedhofsordnung vorgelegt werden.

GR. Dr. Tuma (DFP) plädiert zum Thema Friedhöfe für individuelle Grabgestaltung.

GR. Peter (FPÖ): Im Bereich des Totenkults sollte dem persönlichen Geschmack größtmöglicher Spielraum gewährt werden.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) bedauert, daß öffentliche Einrichtungen zu Wahlzeiten für die Plakatierung mißbraucht werden. Die Wiener müßten bei der Beurteilung einer Partei mit einbeziehen, wie diszipliniert sie in der Plakatierung ist.

./.

GR. Peska (SPÖ) sprach ebenfalls zur Friedhofsordnung. Gleichmacherei sei verfehlt. In Wien gibt es zur Zeit 162.000 Straßenlampen; noch nicht ausreichend beleuchtet sind unter anderem Praterstraße, Ausstellungsstraße und Simmeringer Hauptstraße.

GR. Neusser (ÖVP): Die Verkehrsleitzentrale ist erst zu einem Drittel ausgenützt. Bis Anfang 1970 werden 120 Kreuzungen angeschlossen sein. Der Redner fordert eine Hilfspolizei zur Bestrafung von Parksündern, um nicht hochqualifizierte Polizisten damit zu beschäftigen. Angesichts der vielen SPÖ-Programme reklamierte Neusser auch ein Verkehrsprogramm.

GR. Outolny (SPÖ) würdigt die erfolgreiche Arbeit der Forschungs- und Versuchsanstalt. Bei den baulichen Vorschriften kritisiert er ungenügende gesetzliche Bestimmungen. Konkret: ein einsturzgefährdetes Haus wird heute als Supermarkt verwendet. Vorher wurden die Mieter wegen des desolaten Zustandes des Objektes abgesiedelt und mußten Gemeindewohnungen erhalten.

\- - -

hohe landesauszeichungen fuer wiener polizisten
polizeipraesident holaubek erhielt das grosse goldene ehrenzeichen

23 wien, 16.12. (rk) im rahmen einer feierstunde im stadtsenatssaal des wiener rathauses ueberreichte landeshauptmann bruno m a r e k dienstag nachmittag dem wiener polizeipraesidenten josef h o l a u b e k das grosse goldene ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien. ebenso wie der polizeipraesident wurden 60 polizisten mit landesauszeichnungen geschmueckt. polizei-vize praesident dr. rueff s e u t t e r erhielt das grosse silberne ehrenzeichen- das goldene ehrenzeichen erhielten unter anderem generalinspektor dr. gottfried l i p o v i t z , polizeigeneral ing. alfred d o n n e r , hofrat dr. erich b a u m und der leiter des verkehrsamtes der bundespolizeidirektion wien, oberpolizeirat dr. hermann w e i n m a n n.

die auszeichnungen wurden sowohl fuer den 100prozentigen einsatz der polizisten, als auch aus anlass des 100jaehrigen jubilaeums der wiener sicherheitswache verliehen. der aufschwung dieses aeltesten sicherheitswachekorps oesterreichs ist eng mit dem namen seines generalinspektors dr. gottfried lipovitz verbunden. dr. lipovitz,der im jahre 1919 in graz geboren wurde, studierte an der universitaet seiner heimatstadt,wo er den grad eines doktors beider rechte erwarb. seit 30. dezember 1961 steht er der wiener sicherheitswache vor.

in seiner laudatio betonte landeshauptmann m a r e k , dass josef holaubek der am laengsten amtierende polizeipraesident in der geschichte der stadt wien sei. holaubek bekleidet dieses hohe amt seit dem 3. september 1947. ''ein harter dienst, der verlust von ruhe und bequemlichkeit bedeutet,steigende kriminalitaet und verwaltungsarbeit fordern das letzte von den nerven den wiener polizisten. ihre ruhmestaten aufzuzaehlen wuerde einen sehr langen zeitraum in anspruch nehmen. man kann nur sagen, dass das verhaeltnis zwischen bevoelkerung und polizei gerade in den aera holaubek sehr gut geworden ist, '' erklaerte marek.

im namen der ausgezeichneten dankte der wiener polizeipraesident in herzlichen worten.

vienna-jubilaeumsbuch fuer den buergermeister

28 wien, 16.1. (rk) kommerzialrat wilhelm h e r z o g ueberreichte dienstag nachmittag buergermeister bruno m a r e k das im verlag buecher herzog erschienene buch ''first vienna football-club''. zur ueberreichung dieser publikation, die aus anlass des 75jaehrigen bestandes dieses aeltesten oesterreichischen fussballvereines erschienen ist, hatte sich auch vienna-praesident stadtgartendirektor ing. alfred a u e r im arbeitszimmer des stadtoberhauptes eingefunden.
1814

zur ueberreichung der landesauszeichnungen hatten sich landeshauptmann-stellvertreter gertrude s a n d n e r ,die die verleihungsurkunden verlas, zahlreiche mitglieder der landesregierung mit dem landesamtsdirektor, der erste und der zweite praesident des landtages, mitglieder des landtages und angehoerige der dekorierten eingefunden.
1729

puppenadoption im wiener rathaus

21 wien, 16.12. (rk) so wie jedes jahr vor weihnachten gab es auch heuer wieder im wiener rathaus die traditionelle puppenadoption. wohlfahrsstadtraetin maria j a c o b i hatte zu dem ''adaoptierten puppenglueck'' donnerstag nachmittag insgesamt 102 maedchen in den wappensaal zu einer kleinen feier eingeladen.

50 von ihnen hatten bereits im vorjahr puppen erhalten und duerfen diese nun nach einem jahr guter und liebevoller pflege behalten. 52 maedchen haben zum erstenmal puppen erhalten und muessen nun ebenfalls ein jahr lang beweisen, dass sie gute puppenmuetter sind. sinn und zweck dieser von stadtraetin maria jacobi ins leben gerufenen aktion ist es, die kleinen maedchen auf ihre kuenftigen muetteraufgaben vorzubereiten und sie beweisen zu lassen, dass sie bereits etwas vom hegen und pflegen verstehen.
1636

mauereinsturz in der gumpendorfer strasse

24 wien, 16.12. (rk) umstuerzende mauerteile einer bauruine in der gumpendorfer strasse 65 beschaedigten dienstag, gegen 16 uhr, das dach einer benachbarten garage, einen stiegenaufgang und das kino ''mariahilf''. die feuerwehr poelzte betontraeger in den raeumlichkeiten des kinos und fuehrte abbrucharbeiten durch.
1732

schweinehauptmarkt vom 16. dezember

19 wien, 16.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhren: 5.527, durchlaeufer 562, gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles. auftrieb auslandsschlachthof: 363 schweine aus der ddr, laut mitteilung der ma 60.

preise: extrem 18,80 bis 19,60 (19.70 7 stueck), 1. qualitaet 18,30 bis 18,70, 2. qualitaet 17,60 bis 18,20, 3. qualitaet (15,80 21 stueck) 16 bis 17,50, zuchten extrem 14,50 bis 15,50, zuchten 14 bis 14,30, altschneider (9 1 stueck) 12 bis 13.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine ermaessigte sich um 65 groschen je kilogramm und betraegt 18,09. aussermarktbezuege in der zeit vom 12. bis 16. dezember (ohne direkteinbringung in die bezirke) 2.257 stueck.

pferdehauptmarkt vom 16. dezember

20 wien, 16.12. (rk) auftrieb: 17 pferde, davon 0 fohlen. herkunft: 9 pferde aus niederoesterreich, 3 aus oberoesterreich, 5 aus burgenland, verkauft wurden als schlachttiere 13, als nutztiere 0, so dass 4 unverkauft blieben.

notierungen: fohlen 0. extrem 10,50 bis 11, 1. qualitaet 9 bis 10, 2. qualitaet 8 bis 8,50, 3. qualitaet 6 bis 7, auslandsschlachthof 0.

der durschnittspreis fuer inlaendische pferde ermaessigte sich um 32 groschen je kilogramm und betraegt fuer schlachtpferde 8,96, schlachtfohlen 0, schlacht-und nutztiere 0, pferde und fohlen 0.

1640

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

200 Millionen für Grundankäufe

6. Tag Budgetdebatte, 1.Referat

Verwaltungsgruppe X, Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten

Referent: Stadtrat Dkfm.Alfred Hintschig (SPÖ)

Einnahmen 141,719.500 Schilling, Ausgaben 581.188.400 Schilling.

Wien, 17. 12. (RK) Für Grundtransaktionen der Stadt Wien sind im Jahr 1970 200 Millionen Schilling vorgesehen. Es geht dabei in erster Linie um den Erwerb großer zusammenhängender Flächen für den Bau neuer Stadtteile, wie sie etwa die Erweiterung der Großfeldsiedlung zur Seyringer Straße darstellt. Aber auch außerhalb Wiens wurden größere Areale erworben, etwa im Raum Kalksburg und in Ober-Laa. Und erst vor wenigen Wochen gab es eine Transaktion innerhalb der Stadt: 220.000 Quadratmeter wurden an der Triester Straße und der Neilreichgasse erworben. Damit ist der größte Teil des Grundes entlang der Wiener Südeinfahrten in der Hand der Bundeshauptstadt.

Stadtrat Hintschig stellte den "Bodenerwerb auf Vorrat" in den Mittelpunkt: Dadurch wird jede Verbauung nach Art von Fleckerlteppichen vermieden. Außerdem kann nur so die optimale wirtschaftliche Erschließung und eine sinnvolle Einordnung in das Gesamtkonzept des sozialen Städtebaues garantiert werden.

Andere Probleme gibt es in den dichter verbauten Gebieten: Die Assanierung wird durch kleine und kleinste Parzellen ebenso erschwert wie durch das Festhalten an antiquierten Eigentumsbegriffen. Hier wirkt sich das Fehlen entsprechender gesetzlicher Grundlagen besonders tragisch aus.

./.

Die Bilanz des Jahres 1969 weist an Grunderwerbungen 1,33 Millionen Quadratmeter aus. Dafür wurden 343 Millionen Schilling ausgegeben. Gegenüber 1968 sind das höhere Kosten für weniger Boden. Die Erklärung liegt darin, daß es sich im Jahre 1969 um wertvollere Liegenschaften mit entsprechend höherem Preis handelte.

Für 1970 sind auch wieder umfangreiche Verkäufe in der Größenordnung von etwa 55 Millionen Schilling geplant. Diese Verkäufe dienen vornehmlich der An- oder Umsiedlung von Betrieben. Dazu kommt natürlich auch - dem selben Zweck dienend - die Bestellung und Vergabe von Baurechten.

Gemeinnützige Wohnbauvereinigungen erhielten 1969 Baurechte an Grundstücken im Ausmaß von mehr als 100.000 Quadratmeter. So fördert die Stadt den sozialen Wohnbau. 1970 soll im erhöhten Maß zum Verkauf von Grundstücken an Wohnbauvereinigungen übergegangen werden.

Die Vergebung von Baurechten ist auch für das Parkraumproblem von Bedeutung, nämlich wegen der Errichtung von Garagen. Die Privatinitiative zum Bau von Tiefgaragen hat erfreulich zugenommen, seitdem sich gezeigt hat, daß die Kosten je Stellplatz bei etwa 50.000 Schilling gehalten werden können. Unter dem Beethovenplatz und unter dem Rathausplatz wurde bereits mit solchen Bauvorhaben begonnen, weitere stehen bevor.

Ebenfalls zur Verwaltungsgruppe X gehören Grundstücksoperationen in der Form von Umlegungen. Dieses international schon sehr gebräuchliche Instrument zur Erzielung besserer Grundstückszuschnitte - und damit höherer Nutzungsmöglichkeiten - wurde in Wien vor einiger Zeit erstmals exerziert. Es handelt sich um das Areal südlich der Scheydgasse im 21. Bezirk. Stadtrat Hintschig sprach seine Zufriedenheit darüber aus, daß durch dieses erste Beispiel auch mißtrauische und abwartende Grundeigentümer von den Vorteilen solcher Operationen überzeugt worden sind.

Gleichzeitig urgierte der Referent eine Rationalisierung innerhalb der Stadtverwaltung: Er forderte die Schaffung eines

./.

zentralen Grundkatasters, der die notwendige Abstimmung der richtigen Daten bei allen grundverwaltenden Dienststellen übernehmen soll, und zwar besonders hinsichtlich der Kriterien Grundbuchstand, Katasterstand und tatsächlicher Bestand in der Natur. Er bezeichnete eine solche zentrale Grundevidenz als unerläßliche Voraussetzung einer zeitgemäßen Grundverwaltung.

Der Referent wies auf die umfangreiche Arbeit im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau hin: Allein für den ersten Bauabschnitt (Paulanergasse - Stephansplatz) mußten 142 Wegservitute erworben werden. Stadtrat Hintschig sagte voraus, daß ganz allgemein auf dem Gebiet der Grundstücksoperationen die Lösung der bevorstehenden Aufgaben einen stark erhöhten finanziellen Aufwand erfordern werde.

182,8 Millionen sind für die Feuerwehr der Stadt Wien reserviert. Im kommenden Jahr steht die Fertigstellung folgender Objekte bevor: Feuerwache Simmering, neue Gerätehäuser für die Freiwilligen Feuerwehren Breitenlee und Süßenbrunn. Für die beiden letzten Feuerwachen, die noch aus der Zeit vor 1914 stammen, nämlich Landstraße und Dornbach, wird die Planung der Neubauten nächstes Jahr abgeschlossen, so daß 1971 mit den Neubauten - übrigens an besseren Standorten - begonnen werden kann. Die rasche Stadtentwicklung links der Donau macht außerdem Überlegungen notwendig, ob die dort vorhandenen Feuerwachen nicht verstärkt oder überhaupt durch eine neue Feuerwache ergänzt werden müßten.

Hinsichtlich des Presse- und Informationsdienstes ging Stadtrat Hintschig auf mehrfach geäußerte Kritik an der Beauftragung eines amerikanischen Public-Relations-Beraters ein. Die "angeblich zu hohen Kosten" haben sich außerordentlich bezahlt gemacht: Im ersten Halbjahr 1969 konnten 60 Zeitungsausschnitte insgesamt 13.000 Zeilen - zum Teil aus den prominentesten Blättern der USA - gesammelt werden. Alle diese Mitteilungen sind auf die Initiative des US-Beraters zurückzuführen. In Inseratenform hätte eine derartige Wien-Information Unsummen verschlungen.

Tiefster Stand an vorgemerkten Wohnungswerbern

6. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe XI, Wohnungswesen
Referent Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ)
Einnahmen 1.806,738.300 Schilling, Ausgaben 2.412,722.900 Schilling.

Wien, 17.12. (RK) Stadtrat Suttner stellte zunächst fest, daß das Kapitel Wohnungswesen nicht nur unter einem anderen Hauptstück - XI statt bisher IX - zu finden sei, durch die Neueinteilung der Geschäftsgruppen habe sich auch eine wesentliche Veränderung des Aufgabenbereiches und damit auch des Budgetrahmens ergeben.

Bei der Wohnhäuserverwaltung hat sich die Zahl der Objekte vom 1. Jänner bis 30. November 1969 um 31 Anlagen mit 5.361 Wohnungen und 358 Geschäftsräumen erhöht. Von den 5.719 durch Neubau hinzugekommenen Mietobjekten sind 4.780 oder 83,5 Prozent zentralbeheizt. Insgesamt gibt es derzeit 20.165 zentralbeheizte Objekte.

Die MA 52 verwaltet gegenwärtig 1.912 Wohnhausanlagen und Siedlungen, in denen sich 174.350 Wohnungen und 9.186 Geschäftslokale befinden. An Mietzinseinnahmen wird für 1970 mit 262,5 Millionen Schilling gerechnet, das ist eine Steigerung um 18,5 Millionen infolge Zuganges weiterer Mietobjekte.

Die zu den Wohnhausanlagen gehörenden Grünflächen haben bereits ein Flächenmaß von 4,5 Millionen Quadratmeter erreicht, eine Fläche, die fast dreimal so große wie das Areal von Schönbrunn ist oder etwa einem Fünftel des Flächenausmaßes des Lainzer Tiergartens entspricht. Da bereits gute Erfahrungen mit der Betreuung der Grünflächen durch die Hausbesorger gemacht wurden, wird diese Aktion in Zukunft weiter ausgebaut.

./.

In den letzten zwölf Monaten wurden von der Magistratsabteilung 50 insgesamt 8.841 Wohnungen vergeben. Seit Wegfall des Einweisungsrechtes in Privatwohnungen ist dies die absolut höchste Ziffer, die innerhalb eines Jahres erreicht wurde. Damit wird auch das ganze Gerede über angeblich unanbringliche Gemeindewohnungen ad absurdum geführt.

Die rege Bautätigkeit der Stadt Wien aber auch der Gemeinnützigen Bauvereinigungen hat zu einer merklichen Senkung der Zahl der vorgemerkten Wohnungssuchenden geführt. Mit Ende November wurde der tiefste Stand an Vorgemerkten seit Bestand des Wohnungsamtes verzeichnet, nämlich 22.612.

Von insgesamt 5.259 baukostenpflichtigen Wohnungen, die heuer vergeben wurden, haben 2.940 Wohnungswerber den Baukostenbeitrag zur Gänze erlegt. In 1.087 Fällen wurde ein Teilbetrag erlegt, für die restlichen Baukosten wurde Ratenzahlung bewilligt.

In weiteren 307 Fällen wurde neben einer Teilzahlung der restlichen Baukostenbeitrag gestundet, in 308 Fällen wurde für den gesamten Baukostenbeitrag Ratenzahlung bewilligt, und in 617 Fällen erfolgte eine gänzliche Stundung.

Das Sinken der Zahl der Vormerkungen macht es möglich, ab 1. Jänner 1970 die Vormerkungsbestimmungen in einem sehr entscheidenden Punkt - nämlich hinsichtlich des Überbelages - zu ändern.

Wurde bisher ein Überbelag dann gewertet, wenn die Zahl der in einer Wohnung lebenden Personen die Zahl der Wohnräume um mindestens drei überstieg, wird ein Überbelag künftig dann angenommen, wenn auf einen Wohnraum mehr als zwei Personen entfallen. Das wird sich insbesondere bei den zahlreichen Zimmer-Küche-Wohnungen auswirken, wo bisher ein Überbelag erst ab vier Personen, künftig aber schon ab drei Personen angenommen wird.

Die Zahl der Wohnungssuchenden wird durch diese Maßnahme wieder ansteigen. Die Zimmer-Küche-Wohnung ist bekanntlich die Standardwohnung in den alten Häusern, in derartigen Wohnungen leben Hunderttausende Wiener.

In aller Deutlichkeit stellte Stadtrat Suttner fest, daß niemand von den Wohnungssuchenden, die nach dem 1. Jänner 1970 vorgemerkt werden, erwarten dürfe, schon innerhalb der nächsten

./.

vierzehn Tage eine Wohnung zu bekommen. Das Wohnungsamt ist derzeit dabei, alle Vormerkungen für Computerbearbeitung zu speichern; bisher sind bereits über 11.500 Akte gespeichert. Mit Hilfe des Computers werden die Wohnungssuchen sowohl nach Dringlichkeit, wie auch nach der Dauer der Vormerkung ausgewählt, so daß sich für jene Wohnungswerber, die erst jetzt vorgemerkt werden, zweifellos längere Wartefristen ergeben müssen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

26 millionen fuer einrichtungen in st. marx

4 wien, 17.12. (rk) im neuen fleischzentrum st. marx gehen die bauarbeiten zuegig weiter: kuehblock und fleischmarkt sind die ersten abschnitte, die gestalt annehmen. 26,2 millionen schilling fuer die schlachttechnische ausstattung des viehmarkts, des fleischmarkts und des kuehlblocks wurden mittwoch vom hochbauausschuss des gemeinderates auf antrag von stadtrat hubert p f o c h genehmigt. der grossauftrag wird an eine arbeitsgemeinschaft von wiener firmen vergeben. damit soll es moeglich werden, 1971 den betrieb im neuen fleischzentrum auch dann aufzunehmen, wenn die aeusseren bauarbeiten noch nicht ganz vollendet sind.
0907

landesgesetzblatt mit dienstgeberabgabe erschienen

3 wien, 17.12. (rk) das 17. stueck des ''landesgesetzblatt fuer wien'' enthaelt das vom wiener landtag am 11. juli und 12. september beschlossene gesetz ueber die einhebung einer dienstgeberabgabe, der sogenannten u-bahn-steuer.

das landesgesetzblatt ist um einen schilling im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei-wiener zeitung 1, wollzeile 27a, erhaeltlich.
0859

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Liegenschafts-Debatte

Wien, 17. 12. (RK) GR. Müller (DFP) übte Kritik an der Höhe der Präsidialausgaben und forderte in einem Antrag die Reduzierung der veranschlagten elf Millionen Schilling auf drei Millionen.

Weitere kritische Anmerkungen galten der publizistischen Arbeit der Stadtverwaltung und Publikationen des Presse- und Informationsdienstes. Die einzelnen dafür eingesetzten Posten stellten eine "Budgetverschleierung" dar.

Zum Thema Liegenschaften meinte der Redner, daß der Privatbesitz nicht ganz zerstört werden sollte.

Auch mit dem Einsatz der Bundespolizei zeigte sich der DFP-Redner unzufrieden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezog sich auf eine Äußerung von Dr. Drimmel, der dem Wiener Polizeipräsidenten für die rechtzeitige Vorbeugung gegen Manifestationen der außerparlamentarischen Opposition gedankt haben solle. Hirnschall meinte, Präsident Holaubek komme ein derartiges Verdienst nicht zu: vielmehr liege die Ruhe daran, daß Extremisten - wie es sie ja auch in Wien gebe - in Österreich einfach keine Resonanz finden.

Viel ernster hingegen sei die Krise in den allgemeinen Sicherheitsverhältnissen. Dies betreffe gar nicht so sehr die Kapitalverbrechen, sondern die Häufung von Gewalttätigkeiten aller Art, die dazu führt, daß besonders alte Leute sehr beunruhigt sind und am Abend die Straßen mancher Bezirke meiden. Da die derzeitige Organisationsform der Wiener Polizei nicht geeignet sei, einen wirksamen Schutz der Bevölkerung zu garantieren, sollten der Bürgermeister und der zuständige Stadtrat ehestens mit dem Polizeipräsidenten in Kontakt treten, um Maßnahmen zur Erhöhung des effektiven Bevölkerungsschutzes zu besprechen.

Hinsichtlich des PID meinte Hirnschall, er könne sich eingehendere Erörterungen ersparen, da er es schließlich gewesen sei, der schon vor Jahren vor der sich anbahnenden Entwicklung gewarnt habe. Seine Fraktion sei niemals gegen die Information des Bürgers,

./.

sehr wohl aber gegen die im Presse- und Informationsdienst praktizierte Selbstbeweihräucherung, Hofberichterstattung und kaum verdeckte Wahlpropaganda. Dies sei genau derselbe Mißbrauch von Steuergeldern, wie er von der Bundesregierung mit ihrer Informationstätigkeit getrieben werde. Zum Vertrag mit dem amerikanischen PR-Konsulenten Maurice Feldman erklärte der Redner, die von Stadtrat Hintschig angeführten Zeitungsausschnitte mit Meldungen über Wien seien keineswegs Beweis dafür, daß das Honorar gut angelegt sei. Über alle Städte werde in allen Zeitungen aller Länder immer wieder publiziert, und zwar ohne jede Nachhilfe von seiten irgendwelcher Konsulenten.

Zum Komplex Demokratiereform erneuerte Hirnschall die Wünsche seiner Fraktion nach der Einführung einer Fragestunde und der Verankerung des Volksbegehrens in der Wiener Stadtverfassung.

GR. Dr. Drimmel (ÖVP) meldet sich zu einer Richtigstellung zu Wort. Er habe sich in seinem Budgetbeitrag mit der Wiener Studentenschaft beschäftigt und auf den vorteilhaften Unterschied der polizeilichen Aktionen in Wien gegenüber jenen in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Selbstverständlich bezogen sich seine Ausführungen nicht auf die Vorfälle im Zusammenhang mit dem Exkommunisten Genner, sondern auf die Großdemonstrationen der Studenten, wie sie in Wien stattgefunden haben. Er habe sich mit einer Welle auseinandergesetzt, die aus der Bundesrepublik komme und die auf Wien übergegriffen hat. Ein Beispiel dafür sei auch gestrige Fernsehsendung. Eine Sendung, in der uns aus Österreich exportierte Schmutzfinken in bundesdeutscher Verkleidung vorgeführt wurden. Menschen, die ihr eigenes Land in der niederträchtigsten Weise besudelt, seine Kunst und seine kulturelle Vergangenheit mit Ausdrücken kritisiert haben, die unter ordentliche Menschen überhaupt nicht verwendet werden. (GR. Windisch, SPÖ: eine Schande!) Und diese Schmutzwelle aus Deutschland habe er gemeint und nicht die Exzesse des Sohnes des Exkommunisten Laurenz Genner. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) schlug vor, die Form der Budgetdebatte zu ändern. Vielleicht sollten die Geschäftsgruppen nur in den Ausschüssen diskutiert werden, die Generalredner könnten dann die großen Linien im Plenum des Gemeinderates abhandeln.

./.

vielleicht sollte ein Budgetausschuß eingeführt werden - aber dazu konnte sich bisher die Mehrheit des Hauses nicht entschließen.

Die vergangene Arbeiterkammerwahl hat gezeigt, daß es technisch möglich ist, jedem Wähler auf einer durch den Computer gedruckten Karte Wahlort und Wahlzeit mitzuteilen. Das sollte auch für die Wiener Gemeinderatswahl gemacht werden.

Der "Tag der offenen Tür" wird von Jahr zu Jahr problematischer: er ist nun nur mehr auf das Rathaus und die Feuerwehr beschränkt. Bei den Jungbürgerbällen sind, wie der Augenschein zeige, nicht nur Jungbürger als Gäste.

Hinsichtlich des Presse- und Informationsdienstes sei es schwer den Gesamtumfang des für ihn vorgesehenen Budgets herauszubekommen. Amateure in der Wiener Budgetwissenschaft sind bisher auf zirka 44,8 Millionen gekommen, das würde zusammen mit den Personalkosten etwa 50 Millionen ergeben. Das ist um zehn Millionen mehr, als die Bundesregierung für die Öffentlichkeitsarbeit für ganz Österreich ausgibt.

Für ein so gewaltiges Bauvorhaben wie die U-Bahn sei zwar eine Sonderinformation notwendig, fraglich sei jedoch, ob bis jetzt schon 3,4 Millionen dafür ausgegeben werden mußten. Fraglich sei auch, wozu der Presse- und Informationsdienst einen Messepavillon benötigt, für den als erste Baurate drei Millionen vorgesehen sind.

Der Debattenredner betonte, er stelle sich keineswegs dagegen, daß eine Gebietskörperschaft wie Wien eine großangelegte Werbung betreibt. Es sei aber die Frage, ob sie in diesem Ausmaß notwendig und auch wirklich effektiv sei. Die Effektivität werde schon in Frage gestellt, wenn man die Maße der Broschüren betrachtet. Problematisch seien Ausstellungen; statt einer in einer fremden Landeshauptstadt gezeigten Ausstellung wäre es vielleicht besser, in dem betreffenden Land einen Fernsehfilm zu zeigen.

Beim Amtsblatt sei die fallweise eingebundene und in 80.000 Exemplaren hergestellte Betriebszeitung "Unter uns" problematisch, die wie eine mit großem Aufwand hergestellte Maturazeitung wirke.

Lobend erwähnte GR. Dr. Glatzl den "Ratgaber für die Wiener", den Karlsplatzprospekt und den Friedhofsprospekt. Hingegen seien

./.

die Plakataktionen im Großen und Ganzen reine Propaganda, die Entwürfe dazu manchmal sehr unter dem Durchschnitt. Bei manchen Inseratenaktionen schien das Geld des Presse- und Informationsdienstes noch am besten angelegt gewesen zu sein.

Information und Aufklärung, wie sie die Rathaus-Korrespondenz betreibt, sei zu bejahen, einseitige Propaganda müsse jedoch verneint werden.

GR. Friederike Seidl (SPÖ) - auf dem Rednerpult vor sich ein rotes Spielzeugfeuerwehrauto - befaßte sich eingehend mit der Arbeit der Feuerwehr, brachte Wünsche vor und sparte auch nicht mit Lob. Die Zahl der Einsätze wächst ständig, heuer werden es über 13.000 sein. Dabei sind dreimal so viel technische Hilfsleistungen wie Brandeinsätze zu verzeichnen. Bei einem Personalstand von 1.334 Feuerwehrmännern kommt ein Mann auf 1.287 Einwohner.

Probleme wird die kommende Arbeitszeitverkürzung (derzeitige Arbeitszeit 68 1/2 Wochenstunden) bringen. Es wären 865 zusätzliche Feuerwehrmänner notwendig. Ein Problem, das nur durch ständige Rationalisierung und technische Modernisierung wenigstens teilweise gelöst werden kann. In diesem Zusammenhang verwies die Gemeinderätin auf die Verwendung von Frauen als Feuerwehrfahrerinnen in England.

Notwendige Maßnahmen sind der erfolgte Ankauf des Öleinsatzfahrzeuges, der ständige Ausbau des Funkmeldeverkehrs und die Umstellung der Nachrichtenzentrale auf die Zwei-Meter-Funkfrequenz.

Eine höhere Effektivität würde auch die Zusammenlegung mehrerer Gruppenwachen zu einer Zugwache bedeuten. Zwecks Verwaltungsvereinfachung bei der Beschädigung von PKW's durch Feuerwehrfahrzeuge im Zuge der Schneeräumung schlug Friederike Seidl den Abschluß einer Pauschalhaftpflichtversicherung vor.

Gegen ungerechtfertigte Presseangriffe anläßlich des Großbrandes in der kanadischen Botschaft nahm die Rednerin die Feuerwehr energisch in Schutz. Bereits vier Minuten nach der Brandmeldung war der erste Bereitschaftszug am Brandort.

GR. Dr. Habl (ÖVP) kritisierte die "unrealistischen Ansätze" für Grundstücksankäufe, von denen man ja wisse, daß sie während des Budgetjahres immer wieder überschritten würden. Überdies sei

./.

es merkwürdig, daß diese Ansätze nach mehrjährigem Steigen (von 150 auf 220 Millionen) im Budgetjahr 1970 plötzlich rückläufig seien (200 Millionen).

Der Redner deponierte den Dank seiner Fraktion für die schwere und unermüdliche Arbeit der Feuerwehr, merkte allerdings an, daß mit einer Reaktion des Kontrollamtes zu rechnen sei, wenn man - wie geschehen - Reisen der Feuerwehrkapelle in die Schweiz und nach Deutschland als Dienstreisen deklariere.

Dr. Habl forderte auch eine Modernisierung der Wiener Stadtverfassung, besonders hinsichtlich des Stückes "Wien als Land". Zur Ablehnung verschiedener einschlägiger ÖVP-Anträge meinte er, es sei doch merkwürdig, daß diese Ablehnung hinsichtlich der Einführung einer Fragestunde darauf zurückzuführen sei, daß der - dafür gar nicht zuständige - Magistrat die Meinung vertreten habe, für eine Fragestunde bestehe "kein Bedürfnis".

Die direkte Demokratie in der Gemeinde sei am Beispiel Graz vorexerziert worden: Dort habe man die Bevölkerung über die Alternativen zur Renovierung des Rathauses entscheiden lassen. In Wien böte etwa das Projekt der Donauinsel eine hervorragende Gelegenheit zu ähnlichem Vorgehen.

GR. Srp (SPÖ) erklärt zur Kritik am U-Bahn-Plakat, daß dieses sicher mehr Anklang fände als das ÖVP-Plakat "15 Jahre zu spät". Denn nicht einmal die Naivsten werden glauben, daß wir damals bereits mit dem U-Bahn-Bau hätten beginnen können. Eine Volksbefragung über den Hochwasserschutz würde sicherlich positiv ausfallen. Er hätte sich gefreut, hätte die ÖVP eine Volksbefragung bezüglich Abhaltung der Olympiade durchgeführt.

Grundtransaktionen: Sie stellen eine Schlüsselposition im Gesamtbudget dar, hängt es doch entscheidend von ihnen ab, in welchem Maße wir unsere Bauvorhaben, die Schaffung von Erholungsflächen und Betriebsansiedlungen vornehmen können.

Der Vorwurf, die Stadtverwaltung kaufe wahllos Grundstücke, gehe daneben. Sie kann nur dort Grund kaufen, wo er angeboten wird und wo der Kauf vor der Öffentlichkeit vertreten werden kann. Wir würden selbstverständlich auch einen "Hofratsteich" um einen Quadratmeterpreis von einem Schilling kaufen, wenn er uns angeboten würde. Wir würden ihn aber für andere Zwecke als für

./.

Hofräte verwenden. Leider wird durch das Fehlen eines geeigneten Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes der notwendige Grunderwerb in vielen Fällen verschleppt oder verhindert.

Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf den Bau des Wiener Großmarktes in Inzersdorf, für den außer den vorhandenen Gemeindegrundstücken 267.000 Quadratmeter gekauft oder im Tauschwege erworben werden mußten. Als man hörte, daß die Gemeinde auf diesem Gelände ein Projekt vorbereitete, stiegen die Grundpreise und die Verhandlungen zogen sich in die Länge.

Als man in Kaisermühlen für ein geplantes Schulgebäude den nötigen Grund erwerben wollte, wurde das hiefür vorgesehene Areal trotz bereits mit der Gemeinde geführter Verhandlungen an die Nationalbank verkauft. Die Gemeinde schlug der Nationalbank den Tausch dieser Grundfläche gegen entsprechende andere vor, nicht nur im 22. Bezirk, sondern auch in Hadersdorf und im 19. Bezirk. Alle diese Angebote wurden abgelehnt. Man hat dann die Schule anderweitig vergrößert. Nun, nach viereinhalb Jahren, wird uns dieser Grund von der Nationalbank zum Kauf oder zum Tausch angeboten, um eine Tiefgarage errichten zu können. Derartige Fälle zeigen, wie notwendig entsprechende Gesetze wären. Wir brauchen Grund, um die Wünsche der Bevölkerung erfüllen zu können.

In seinem Schlußwort kam Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ) zuerst auf die mehrmals kritisierte Höhe der Repräsentationskosten zu sprechen. Beträge, die dafür ausgegeben werden, Wien als bedeutendes kulturelles Zentrum herauszustreichen, sind nicht umsonst ausgegeben: sie fließen über den vermehrten Fremdenverkehr wieder in unsere Kassen zurück.

Die Kosten für den Presse- und Informationsdienst müsse man in der richtigen Relation sehen. Halte man dagegen die Werbebudgets in der Privatwirtschaft, dann schneidet Wien schlecht ab. Wenn andere Städte weniger tun, dann gereiche es Wien eher zur Ehre, daß wir mehr machen.

Zu Polizei und Sicherheit: Sowohl Bürgermeister Marek als auch er selbst hätten bereits mit dem Polizeipräsidenten über diese Probleme gesprochen. Leider fehle das notwendige Personal. Der Polizeipräsident habe zugesagt, mit dem Innenminister diese Dinge zu erörtern.

./.

Zur Feuerwehr: Die Ausrüstung müsse weiter modernisiert werden, um einerseits die Schlagkraft zu erhöhen, andererseits Personal einzusparen. Dringend notwendig ist der Neubau der Feuerwachen Landstraße und Dornbach; im dritten Bezirk konnte bereits ein entsprechendes Grundstück erworben werden.

Zum Vorwurf, Wien besitze zu viele unverbaute Grundstücke: Diese 61 Millionen Quadratmeter bestehen aus 10,5 Millionen Quadratmeter Parkanlagen, 20 Millionen landwirtschaftlich genützter Gründe, 2,7 Millionen Hafengelände, 5 Millionen Prater und Krieau sowie 1,1 Millionen Quadratmeter Lagerplätze.

Bei Grundstückankäufen wird kein Vermittler eingeschaltet. Wenn aber beispielsweise ein Realitätenhändler, der den Verkäufer vertritt, ein Angebot macht, dann müsse dem Realitätenhändler eine Provision bezahlt werden.

Die Enteignungsverfahren im Zuge der Errichtung des Großgrünmarktes sollten zutreffender "Zwangsverkäufe im öffentlichen Interesse" genannt werden.

Nachteilig sei das Fehlen geeigneter Gesetze zur Bodenbeschaffung. Abstimmung: Der Antrag der DFP, betreffend die Änderung der Repräsentationskosten wurde abgelehnt.

Die Ansätze des zehnten Hauptstückes werden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Liegenschaftsdebatte (Zusammenfassung)

Wien, 17.12. (RK) In seinem Referat zur Verwaltungsgruppe X, Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten (Ausgaben 581 Millionen), beschäftigte sich Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ) besonders eingehend mit den Grundtransaktionen der Stadt Wien. Die Ansätze dieser Geschäftsgruppe wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Wie der Stadtrat betonte, wird durch den "Bodenerwerb auf Vorrat" jede Verbauung nach Art von Fleckerlteppichen vermieden. In dichter verbauten Gebieten wird leider die Assanierung durch kleine und kleinste Parzellen ebenso erschwert wie durch das Festhalten an antiquierten Eigentumsbegriffen. Im Jahr 1969 wurden 1,33 Millionen Quadratmeter um 343 Millionen erworben.

Andererseits werden Grundstücke an Wohnbauvereinigungen verkauft. 1969 wurden Baurechte im Ausmaß von mehr als 100.000 Quadratmeter vergeben. Diese Baurechte sind auch für die Errichtung von Garagen von Bedeutung. Die Privatinitiative hat hier erfreulich zugenommen, seitdem sich gezeigt hat, daß die Kosten pro Stellplatz bei 50.000 S liegen.

Als eine unerläßliche Voraussetzung für eine zeitgemäße Grundverwaltung verlangte Stadtrat Hintschig eine zentrale Grundevidenz.

Viel Arbeit gibt es mit dem U-Bahn-Bau. Allein für den Abschnitt Paulanergasse-Stephansplatz mußten 142 Wegservitute erworben werden.

Für die Feuerwehr sind 182,8 Millionen vorgesehen. 1970 sollen die Feuerwache Simmering und neue Gerätehäuser für die Freiwilligen Feuerwehren Breitenlee und Süßenbrunn fertiggestellt werden. Für die letzten alten Feuerwachen, nämlich Landstraße und Dornbach, wird 1971 mit Neubauten begonnen.

GR. Müller (DFP) übte Kritik an der Höhe der Präsidialausgaben und der Arbeit des Presse- und Informationsdienstes. Zum Thema Liegenschaften: Der Privatbesitz sollte nicht ganz zerstört werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezieht sich auf eine Äußerung von Dr. Drimmel, der den Polizeipräsidenten für die rechtzeitige Vorbeugung gegen Manifestationen der außerparlamentarischen Oppositionen gedankt habe und schließt daran an, daß die allgemeinen Sicherheits-

./.

verhältnisse zu Besorgnis Anlaß geben. Beim Presse- und Informationsdienst lehnte er die Selbstbeweihräucherung, die Hofberichterstattung und kaum verdeckte Wahlpropaganda ab.

GR. Dr. Drimmel (ÖVP) meldet sich zu einer Richtigstellung zu Wort. Er habe in seiner Rede auf den vorteilhaften Unterschied der polizeilichen Aktionen in Wien gegenüber jenen in Deutschland hingewiesen. Die Fernsehsendung (Tu Felix Austria) am Dienstag abend kritisierte Drimmel in diesem Zusammenhang auf das heftigste.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) schlägt Reformen für die Budgetdebatte vor. Der "Tag der offenen Tür" wird immer problematischer. Beim Presse- und Informationsdienst kritisierte er die Höhe der Ansätze (zehn Millionen mehr als die Bundesregierung). Die Effektivität der Arbeit des PID sei in Frage gestellt. Zu loben sei der Ratgeber und die "Rathaus-Korrespondenz".

GR. Friederike Seidl (SPÖ) befaßte sich eingehend mit der Arbeit der Feuerwehr und nahm sie gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz.

GR. Dr. Habl (ÖVP) kritisiert die unrealistischen Ansätze für Grundstückankäufe und fordert neuerlich die Einführung einer Fragestunde.

GR. Srp (SPÖ): Das Wiener U-Bahn-Plakat findet sicher mehr Anklang als das seinerzeitige ÖVP-Plakat "15 Jahre zu spät". - Die Grundtransaktionen beeinflussen entscheidend die Durchführung der städtischen Bauvorhaben. Die Stadtverwaltung kann nur dort Grund kaufen, wo er angeboten wird. Die Beispiele Großgrünmarkt (die Grundpreise stiegen als die Gemeinde Grundstücke erwerben wollte) und Kaisermühlen (es war nicht möglich, den nötigen Grund für ein Schulgebäude zu erwerben) zeigen, wie notwendig entsprechende Gesetze wären.

\- - -

Explosion in Gemeindewohnung

Wien, 17.12. (RK) Durch eine Gasexplosion wurde am Mittwoch um 8.52 Uhr die Wohnung der 82 Jahre alten Franziska Krautschneider in der Winarskystraße 19, Stiege 19, 4. Stock, Tür 16, schwer beschädigt. Franziska Krautschneider wurde dabei leicht verletzt. Vor Eintreffen der Feuerwehr hatte ein Nachbar der Wohnungsinhaberin, der Bundesbahnpensionist Franz Dobruschka, das infolge der Explosion entstandene Feuer in der Küche der Wohnung mit einigen Kübeln Wasser gelöscht. Die Feuerwehr mußte über Anordnung der Baupolizei eine von zwei beschädigten Zwischenwänden pölzen.

Von der Feuerwehr konnte die Ursache dieser Explosion eindeutig geklärt werden: Zwei Hähne des Gasherdes von Franziska Krautschneider mußten einige Stunden lang bereits offen gewesen und daher Gas ausgeströmt sein, als die alte Frau versuchte, eine Flamme des Gasherdes zu entzünden. Dabei kam es zu einer Explosion des Luft-Gas-Gemenges.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

Wien, 17.12. (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 4 bis 5 S, Karotten 5 S, Weißkraut 3 bis 4 S, Kohl 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel, Qualitätsklasse II 5 bis 7 S, Kochobst 3 bis 4 S, Bananen 6 bis 8 S, Orangen 5.50 bis 6 S je Kilogramm.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Wohnungsdebatte

Wien, 17. 12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) deponierte Beschwerden über Mißstände des Wohnungswesens. Den Wohnungswerbern, insbesondere jungen Eheleuten und kinderreichen Familien werden zu hohe Lasten aufgebürdet. In diesen Fällen müßte der Wohnungsbau wirklich "sozial" sein: ohne sofortige Gegenleistung und bei minimaler Belastung für die Zukunft sollten die Wohnungen vergeben werden.

Die "Heimlichtuerei" bei der Wohnungsvergabe ist dem Redner ein besonderer Dorn im Auge: Er brachte dazu einen Antrag mit detaillierten Vergabemodalitäten durch die Bezirksvertretungen ein. Die Vergabelisten sollten dort öffentlich aufgelegt werden.

Mit einem Budgetrahmen von rund 2,4 Milliarden Schilling sei die Verwaltungsgruppe Wohnungswesen vom Aschenputtel zur Budgetprinzessin aufgestiegen, meinte GR. Dr. Schmidt (FPÖ). Für den Bürger jedoch sei nach wie vor die Zersplitterung auf dem Gebiet der Wohnbauförderung lästig, Vorschriften die vom Bund, vom Land und von der Gemeinde stammen. Hier müßte sich doch eine gemeinsame Basis finden lassen.

Den Wohnungsmarkt bezeichnete der Redner als "nach wie vor angespannt". Begrüßenswert sei allerdings die von Stadtrat Suttner für 1970 angekündigte Lockerung der Vormerkungsbedingungen. Noch immer nicht verwirklicht sei leider die Möglichkeit bargeldloser Mietzinszahlung in Gemeindewohnungen - unverständlich sei dies besonders deshalb, weil doch E-Werke und Gaswerke heute schon längst derartige Inkassomethoden praktizieren.

In der Praxis der Wohnungszuweisung sei man liberaler geworden, doch bei den jetzt sehr begehrten Altwohnungen (Errichtung vor dem 7.11.1958) oder bei Neuwohnungen in attraktiver Lage mache sich nach wie vor der "bestimmende Einfluß" der Rathausmehrheit bemerkbar.

GR. Deistler (SPÖ) verweist auf das Bestreben der Amtshäuserverwaltung, alle zentralen Stellen im und um das Rathaus zu konzentrieren. Wir wissen aber auch, daß wir einige Dienststellen in gemieteten Häusern unterbringen müssen. Über die Mieten für diese Amtsräume wird immer im zuständigen Ausschuß beraten.

./.

Einen amtlichen Titel wie den der städtischen Wohnhäuserverwaltung für ein ÖVP-Wahlplakat zu verwenden, sei eine Anmaßung und eine Irreführung der städtischen Mieter.

Große Schwierigkeiten hat die Wohnhäuserverwaltung bei der Absiedlung von Mietern aus Althäusern, die aus Gründen der Assanierung abgetragen werden. Oft kann die schönste Neubauwohnung einem alten Menschen nicht die gewohnte Umgebung ersetzen. Zur Kritik an den neuen Siedlungsgebieten ist zu sagen, daß sich diese Siedlungen durch ihre hervorragende gärtnerische Gestaltung in blühende Gartenstädte verwandeln. Die Stadtverwaltung ist auch bemüht, in den in der Zwischen- und Nachkriegszeit errichteten Wohnhäusern verschiedene Verbesserungen vorzunehmen.

Die noch bestehenden 30 Zentralwaschküchen sollen durch maschinelle Kleinwaschküchen ersetzt werden. Der Rückgang in der Besucherzahl der Hausbadeanlagen geht auf die moderne Wohnbautätigkeit zurück. Der Aufzugseinbau in Althäusern kann nur im Einverständnis mit den Mietern vorgenommen werden.

Es gebe auch die Möglichkeit, zwei Kleinwohnungen an eine größere Familie zu vermieten, wobei die Mieter gerne bereit sind, aus eigenen Mitteln zur Modernisierung und Verbesserung der Wohnung beizutragen. Über die Möglichkeit der bargeldlosen Zinszahlung werden Untersuchungen angestellt.

Der Wohnungstausch ohne Leistung eines Baukostenbeitrages sei dann möglich, wenn zum Beispiel ein altes Ehepaar eine Großwohnung mit einer kinderreichen Familie aus einer Kleinwohnung tauscht. Leider habe sich das Mietrechtsänderungsgesetz auf den Wohnungstausch nachteilig ausgewirkt. Das Leerstehen von Altgemeindewohnungen sei auf die oft lange Zeit in Anspruch nehmenden Verlassenschaftsverhandlungen zurückzuführen.

Die Ansätze für Kinderspielplätze seien nicht nur in der Gruppe III sondern auch in den Gruppen VII und XI budgetiert. Die Wohnhäuserverwaltung ist ständig bemüht, die Kinderspielplätze instand zu halten und auch die Gartenanlagen werden gut betreut. Man wird in Zukunft versuchen, nachträglich Parkplätze unter den Grünflächen der Wohnhausanlagen zu errichten, um das soziale Grün nicht durch Beton zu ersetzen. Die Vermietung der Parkplätze erfolge gerecht. ./.

Die Geschäftslokale in neuen Wohngebieten wollen aus Geschäftsinteresse ihren Betrieb erst aufnehmen, wenn die Anlage vollkommen besiedelt ist.

GR. Kowarsch (ÖVP) wies darauf hin, daß die Ansätze für das Wohnungswesen den Rahmen der übrigen Budgetansätze weit überragen. Diese begrüßenswerte Steigerung sei zweifellos durch die erhöhten Leistungen des Bundes auf dem Wohnungssektor möglich geworden.

Bereits 1969 sei ein Teil der Bundesmittel nicht widmungsgemäß verwendet worden, auch 1970 werden nicht alle Beiträge rechtzeitig verbaut werden. Es müßte daher für die volle Ausnützung der Baukapazität gesorgt werden.

In Zukunft werde sich die Zahl der vorgemerkten Wohnungswerber vermindern, weil viele finanziell nicht mehr in der Lage sein werden, eine Gemeindewohnung nehmen zu können.

Die Lockerung der Vormerkbestimmungen sei zu begrüßen. Es ist zu hoffen, daß nun auch junge Ehepaare mit Kind, die mit den Eltern in einer Zweieinhalb Zimmer-Wohnung leben, einen Vormerkschein erhalten.

Man sollte davon abgehen, jungen Ehepaaren nur so große Wohnungen zu geben, als dies dem augenblicklichen Familienstand entspricht. Wenn sich die Zahl der Kinder vergrößert, müßte dann umgezogen werden. Maßgeblich sollte die finanzielle Leistungsfähigkeit sein.

Es wäre nun an der Zeit, daß die Stadt Wien nur mehr für die sozial wirklich Schwachen baut. Finanzkräftigere Wohnungswerber sollten den Genossenschaften überlassen werden. Auf diese Weise könnten enorme Beträge eingespart werden, mit denen man den Bau der U-Bahn finanzieren könnte.

Die Tauschbestimmungen sollten erleichtert werden. Gegenwärtig dürfte der Erfolg des Tauschreferats in keinem Einklang zum Aufwand stehen.

Als Grund für das lange Leerstehen fertiger Wohnungen nannte der Debattenredner den gesteigerten Werwaltungsaufwand. Bis zur Schlüsselübergabe vergehen oft mehrere Monate. Schätzungsweise stehen jährlich etwa 5.000 Wohnungen leer, wodurch der Gemeinde viel Zins entgeht.

./.

Die Einbaumöbel sind zwar preisgünstig, aber ein weiteres Erschwernis. Früher, als die Wohnungswerber noch keinen Baukostenzuschuß zu bezahlen hatten, fiel es ihnen leichter, 17.000 Schilling aufzubringen.

Die Heizkosten bei Zentralbeheizung wurden ursprünglich pauschaliert berechnet. Das war ungerecht. Die nun in Einführung begriffene individuelle Berechnung sei zu begrüßen, aber noch immer sei nicht bekannt, auf welcher Basis sie erfolgt.

Das mit 1. Jänner 1970 in Kraft tretende Wohnungsverbesserungsgesetz zur Sanierung alter Wohnungen könnte den kommunalen Wohnungsbau fühlbar entlasten. Es wird auch dazu beitragen, die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe zu verringern. Durch den Einbau von Aufzügen wird es möglich sein, daß viele alte Menschen in der altgewohnten Umgebung bleiben können.

GR. Schemer (SPÖ) konstatierte, daß heute sogar bei den Gegnern des kommunalen Wohnbaus ein Umdenken stattfinde. Dies sei nicht immer so gewesen: damit holte der Redner zu einem längeren historischen Rückblick aus, der anhaltende ÖVP-Protestrufe ("zur Sache, zum Budgetkapitel") hervorrief. Der soziale Wohnbau in den 20er Jahren sei es gewesen, der erst die Wohnungsnot zu lindern begann.

Heute stehen noch zehntausende Wohnungen leer, weil die Eigentümer auf Bestbieter warten (ÖVP-Einwurf von Neusser: "Weil kein Assanierungsgesetz da ist". - Replik Schemer: "Ihre Partei weigert sich ja im Parlament, ich freue mich, daß sie nun gemeinsam mit der SPÖ gehen wollen")

Ein Problem bei der Assanierung ist, daß die Gemeinde die Häuser zu horrenden Preisen aufkaufen und die Mieter in kommunale Wohnungen einweisen muß. Auch bei baufälligen Wohnungen muß die Gemeinde die Mieter unterbringen, während der Hauseigentümer dann das sanierte Objekt mit Gewinn verkaufen kann. Die SPÖ lehnt diesen Schacher ab.

GR. Windisch (SPÖ) erwiderte auf verschiedene Argumente der Vorredner: Wien brauche sich seiner neuen Bauten nicht zu schämen, in anderen Städten seien vergleichbare Objekte keineswegs viel schöner, und außerdem sei die Gestaltung eines Bürohauses architektonisch leichter zu bewältigen als die eines Wohnhauses.

./.

Zu den Bundesgesetzen der letzten Zeit, die das Wohnungswesen betreffen, meinte Windisch, die Hoffnung sei trügerisch gewesen, daß das Mietrechtsänderungsgesetz zu einem Sinken oder gar Wegfall der Ablösen führen werde. Im Gegenteil: Die Ablösen seien in ihrer Höhe gleichgeblieben (Windisch zitierte Beispiele aus dem Inseratenteil einer Tageszeitung), hingegen seien für die Hausbesitzer neue Verdienstmöglichkeiten durch die freie Mietzinsvereinbarung erschlossen worden.

Aber noch trauriger stehe es um die "Segnungen", die das Wohnungsverbesserungsgesetz bringen werde: 30 Millionen für ganz Österreich im Bundesbudget 1970, davon rund zehn Millionen für Wien. Windisch stellte diesem Betrag zwei Fakten gegenüber: Die Erneuerung einer Wohnung wird in Skandinavien mit rund 80 bis 90 Prozent der Neubaukosten angenommen. In Wien gibt es 130.000 Wohnungen, die älter sind als 90 Jahre (Zitat aus einer Pressekonferenz der ÖVP-Stadträte). Folgerung: Selbst unter der Voraussetzung, daß man die Erneuerungskosten mit nur 50 Prozent der Neubaukosten annimmt, werde mit dem zur Verfügung stehenden Betrag für nicht mehr als 100 von 130.000 Wohnungen eine Erneuerung möglich sein.

Windisch richtete an die ÖVP den Appell, auf ihre Bundesfraktion einzuwirken, um die Voraussetzungen für die Schaffung eines Assanierungsgesetzes herbeizuführen. Er begründete dies mit einem "Alarmzeichen ersten Ranges": In der letzten Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates habe die größte Wiener Wohnbauvereinigung keinen einzigen Förderungsantrag eingebracht, und zwar ganz einfach aus dem Grund, weil diese Wohnbauvereinigung eben keinen Baugrund mehr hat, auf dem sie Wohnungen errichten könnte. Windisch sagte, er wolle keinen Zweifel daran bestehen lassen, daß der Wohnbau in Wien einer Katastrophe zusteuere, wenn auf dem Gebiet der Grundstücksbeschaffung nicht bald gesetzliche Regelungen erfolgen.

GR. Hahn (ÖVP) erklärt sich gerne bereit, der Aufforderung von Vizebürgermeister Slavik nachzukommen und im Fernsehen an einer Wohnbau-Debatte teilzunehmen. Das sozialistische Wohnbaukonzept habe viele Pferdefüße und weise viele Ungereimtheiten auf. Das Bausparen nur mehr dann zuzulassen wenn die angesparten Mittel

./.

für den Erwerb einer Wohnung verwendet werden, würde sich auf den Kapitalmarkt äußerst ungünstig auswirken. Die Zahl der Bausparer würde dadurch sicherlich um zwei Drittel sinken.

Zum Ablösewucher: Die Vertreter der ÖVP haben ihn nie verteidigt. Sie haben im Juli 1968 eine Anfrage an den Bürgermeister betreffend Beachtung der Bestimmungen des Mietengesetzes gerichtet. Ende April hatte das Bundesministerium an alle Ämter der Landesregierungen ein Schreiben gerichtet, wonach im Einvernehmen mit Justiz- und Sozialministerium alle Landesregierungen ersucht werden, die nachgeordneten Behörden anzuweisen, daß den Bestimmungen des Mietengesetzes - besonders den Strafbestimmungen wegen zu hoher Ablösen - besondere Beachtung zu zollen wäre. Die Beantwortung dieser Anfrage war, daß eine Ausfertigung des Erlasses der Magistratsdirektion, in der auf den Erlaß des Bundesministeriums verwiesen wird, allen Magistratsdienststellen zur Kenntnis und Beachtung übermittelt wurde. Was haben nun die Bezirksämter auf Grund dieses Erlasses zur Bekämpfung des Ablösewuchsers unternommen und was tun sie gegen die Vermietung von baupolizeilich gesperrten, gesundheitsschädlichen Wohnungen?

Das Wohnungsverbesserungsgesetz habe Gemeinderat Windisch als "Frozzelei" bezeichnet. Warum haben die Sozialisten im Nationalrat dieser "Frozzelei" zugestimmt? Dieses Wohnungsverbesserungsgesetz könne nur ein Anfang sein und die Länder müßten im eigenen Bereich geeignete Maßnahmen treffen.

Manche Häuser, für die Darlehen nach §7 gegeben wurden, hätten besser weggerissen werden sollen.

In Fragen der Wohnraumbeschaffung seien sich die Sozialisten anscheinend nicht einig. So verlangen die Vertreter der Bundesländer eine Verfassungsänderung in der Form, daß die Bodenbeschaffung Landessache wird.

Abschließend verweist der Redner darauf, daß die Gemeinde Wien 1962 um 210 Millionen Schilling die sogenannten Drasche-Gründe erworben hat. Die Gründe hätten in dieser Zeit entsprechend erschlossen und entweder von der Gemeinde selbst für den Wohnungsbau verwendet werden müssen oder man hätte sie gemeinnützigen Wohnbauvereinen im Baurecht überlassen oder verkaufen können.

./.

In seinem Schlußwort sagte Stadtrat Suttner, es sei egal, wo die Mittel für den Wohnbau herkommen, entscheidend sei die Belastung der Mieter. Um diese möglichst gering zu halten, sind öffentliche Mittel 25 Jahre rückzahlungsfrei.

Zu den Draschegründen: Zur Versorgung dieses Gebietes ist die Errichtung der dritten Wasserleitung notwendig. Seit dem Ankauf 1962 ließ man die Zeit keineswegs ungenützt verstreichen: es wurden die Kläranlage Blumental, das Fernheizwerk Süd und die Montagefabrik Süd gebaut.

Zur Wohnungsvergabe: Die Veröffentlichung der Vergebungen durch Anschlag oder Anführung im Amtsblatt könnte für die neuen Mieter unangenehm sein, da sich eine Flut von Vertretern auf sie stürzen würde.

Wiedervermietungen: Heuer wurden 3.312 Wiedervermietungen durchgeführt ; es handelte sich hauptsächlich um Kleinwohnungen, die durch Tod frei wurden. Diese Wohnungen ohne Baukostenzuschuß wurden vor allem an pensionierte Hauswarte, Schuldiener etc. vergeben.

Wenn die Gemeinde nur mehr für sozial Bedürftige bauen würde, könnte das zur Entstehung von Arme-Leute-Siedlungen führen, was unbedingr vermieden werden muß.

Zum Assanierungsgesetz: Der Entwurf zu diesem Gesetz liegt seit über einem Jahr in der Schreibtischlade des Bautenministers. Es wäre zu wünschen, daß der Entwurf endlich zur Stellungnahme veröffentlicht wird.

Hinsichtlich eines Grundbeschaffungsgesetzes sollte man entsprechende Gesetze in der Deutschen Bundesrepublik und in Italien als Vorbild nehmen.

Verrechnung der Heizkosten: An den in den Wohnungen montierten Verdunstungszählern läßt sich der Wärmeverbrauch nicht ohne weiteres ablesen. Pro Haus gibt es einen geeichten Zähler, der den gesamten Wärmebezug registriert; die Kosten pro Mieter werden dann mit Hilfe der Verdunstungszähler ermittelt.

Einbaumöbel: Früher wurde die Hälfte der Wohnungen mit Einbaumöbel versehen, jetzt ein Drittel.

Bargeldlose Mietzinszahlung: Nur ein Viertel der Mieter besitzt ein Girokonto. Für drei Viertel würden sich daher weitere

./.

Wege als nur bis zum Hausbesorger ergeben. Aufzüge: Nachträglicher Einbau nur dann möglich, wenn sich Mieter mit Änderung des Mietvertrages und Übernahme der Betriebskosten (600 S pro Monat) einverstanden erklären. Die Einbaukosten von 300.000 Schilling trägt die Gemeinde.

Wohnbaufonds: Von diesen Mitteln werden Ende des Jahres nur mehr 44,8 Millionen Schilling übrig sein.

Wohnungsverbesserungsgesetz: Als Beweis für die rasche Arbeit des Wohnungsamtes: den Interessenten wird bereits ab 1. Jänner 1970 ein diesbezügliches Merkblatt der Gemeinde Wien zur Verfügung stehen.

Abstimmung: 11. Hauptstück mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Ein Antrag der DFE wurde zugewiesen.

Unterbrechung der Sitzung um 16.30 Uhr.

Die Beratungen werden morgen Donnerstag, den 18. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe XII, Wirtschaftsangelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Wohnungsdebatte (Zusammenfassung)

Wien, 17. 12. (RK) In seinem Budgetreferat über die Verwaltungsgruppe Wohnungswesen (Ausgaben 2.413 Millionen) konnte Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ) feststellen, daß Ende November der tiefste Stand an vorgemerkten Wohnungssuchern mit 22.612 erreicht wurde. Das Kapitel Wohnungswesen wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung verwaltet gegenwärtig 1.912 Wohnhausanlagen mit 174.350 Wohnungen und 9.186 Geschäftslokalen. Für 1970 rechnet man mit 262,5 Millionen Mietzinseinnahmen (plus 18,5 Millionen). Die zu den Wohnhausanlagen gehörenden Grünflachen machen bereits 4,5 Millionen Quadratmeter aus.

In den letzten zwölf Monaten wurden insgesamt 8.841 Wohnungen vergeben. Damit wird das ganze Gerede über angeblich unanbringliche Gemeindewohnungen ad absurdum geführt. Von insgesamt 5.259 baukostenpflichtigen Wohnungen, die heuer vergeben wurden, haben 2.940 Wohnungswerber den Beitrag zur Gänze erlegt. In 1.087 Fällen wurde ein Teilbetrag erlegt, in 307 Fällen wurde neben einer Teilzahlung der restliche Beitrag gestundet, in 308 Fällen wurde für den gesamten Beitrag Raten bewilligt und in 617 Fällen erfolgte eine gänzliche Stundung.

Die Vormerkungsbestimmungen sollen ab Jänner hinsichtlich des Überbelages erleichtert werden. Die Zahl der Wohnungssuchenden wird durch diese Maßnahmen wieder steigen. Niemand darf erwarten, schon innerhalb der nächsten 14 Tage eine Wohnung zu bekommen. Das Wohnungsamt ist derzeit dabei, alle Vormerkungen für Computerbearbeitung zu speichern.

GR. Dr. Tuma (DFP) bringt einen Antrag mit detaillierten Vergabemodalitäten durch die Bezirksvertretungen ein.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) begrüßt die angekündigte Lockerung der Vormerkungsbedingungen. Die Möglichkeit bargeldloser Mietenzahlung sei leider noch immer nicht verwirklicht. In der Praxis der Wohnungszuweisung sei man liberaler geworden, doch mache sich bei begehrten Wohnungen noch immer der Einfluß der Rathausmehrheit bemerkbar.

./.

GR. Deistler (SPÖ) spricht von den vielfältigen Bestrebungen der Wohnhäuserverwaltung zu Verbesserungen. Die neuen Siedlungsgebiete verwandeln sich in blühende Gartenstädte. Die noch bestehenden 30 Zentralwaschküchen sollen durch maschinelle Kleinwaschküchen ersetzt werden. In Zukunft wird man versuchen, unter den Grünflächen der Wohnhausanlagen Parkplätze zu errichten.

GR. Kowarsch (ÖVP) meint, daß sich in Zukunft die Zahl der Wohnungswerber vermindern wird, weil sich viele eine Gemeindewohnung finanziell nicht mehr leisten können. Die Lockerung der Vormerkbestimmungen sei aber zu begrüßen. Enorme Beträge könnten eingespart werden, wenn die Stadt Wien nur mehr für die wirklich sozial Schwachen baut. Das neue Wohnungsverbesserungsgesetz zur Sanierung alter Wohnungen könnte den kommunalen Wohnbau fühlbar entlasten.

GR. Schemer (SPÖ) erinnert an den Werdegang des sozialen Wohnbaues und konstatierte, daß heute sogar bei den Gegnern ein Umdenken stattfindet. Er kritisierte dann, daß zehntausende Privatwohnungen leerstehen, weil die Eigentümer auf Bestbieter warten. Bei Assanierungen muß die Gemeinde die Häuser zu horrenden Preisen aufkaufen und die Mieter in kommunale Wohnungen einweisen. Auch bei baufälligen Wohnungen muß die Gemeinde die Mieter unterbringen.

GR. Windisch (SPÖ): Wien brauche sich seiner neuen Wohnbauten nicht zu schämen. In anderen Städten sind vergleichbare Objekte keineswegs schöner. Die Hoffnung, daß das Mietrechtsänderungsgesetz etwas an den Ablösen ändern werde, sei trügerisch gewesen. Das Wohnungsverbesserungsgesetz werde nicht viel helfen. Mit dem zur Verfügung stehenden Betrag werden nicht mehr als 100 Wohnungen erneuert werden können. Als Alarmzeichen wertete Windisch, daß die größte Wiener Wohnbauvereinigung keinen Baugrund mehr hat, auf dem sie Wohnungen errichten könnte.

GR. Hahn (ÖVP) spricht als letzter Redner über das sozialistische Wohnbaukonzept, das, wie er sagte, viele Pferdefüsse habe und viele Ungereimtheiten aufweise. Die ÖVP habe den Ablösewucher nie verteidigt. Das Wohnungsverbesserungsgesetz sei nur ein Anfang. Die Sozialisten haben im Nationalrat übrigens zugestimmt.

(Schluß.)

\- - -

neuer direktor fuer den landwirtschaftsbetrieb

15 wien, 17.12. (rk) dienstag abend fand zugleich mit der verabschiedung des alten direktors die amtseinfuehrung des neuen leiters des landwirtschaftsbetriebes der stadt wien statt. in anwesenheit von buergermeister bruno m a r e k, den stadtraeten b o c k und n e k u l a sowie des generaldirektors der wiener stadtwerke, dr. r e i s i n g e r, wurde dipl. ing. herfried v i n c z e zum neuen chef der stadt-domaenen bestellt. der langjaehrige direktor des landwirtschaftsbetriebes, dipl.ing. josef p i w n i c z k a, wurde nach erreichung der dienstaltersgrenze verabschiedet.

in ihren ansprachen hoben die ehrengaeste die verdienste des ausscheidenen, die vor allem auf dem gebiet der umstellung der betriebe von der gemischten auf die reine ''koerndlwirtschaft'' und in der rationalisierung zu finden sind, hervor.

der neue direktor hat vor, die landwirtschaftsbetriebe noch weiter zu spezialisieren und rationalisieren, da er selbst dank seiner langjaehrigen taetigkeit auf den mustergueterm ueber eine hervorragende erfahrung auf diesem gebiet verfügt.
1415

teile der wiener stadtverfassung aufgehoben

9 wien, 17.12. (rk) der verfassungsgerichtshof hat heute einige bestimmungen der wiener stadtverfassung wegen verfassungswidrigkeit aufgehoben. in dem von praesident a n t o n i o l l i muendlich verkuendeten erkenntnis ueber die von amtswegen und auf grund eines antrages der bundesregierung erfolgte pruefung der stadtverfassung hiess es, dass teile der paragraphe 14 und 24 im widerspruch zum art. 95, 2 stehen. bei diesen bestimmungen handelt es sich darum, dass ein gemeinderatsmandat waehrend eines strafverfahrens ab einleitung der voruntersuchung wegen eines nicht politischen verbrechens nicht ausgeuebt werden darf bzw. darum, c

./.

dass ein gemeinderatsmitglied durch das disziplinarkollegium unter bestimmten voraussetzungen an der teilnahme von der laufenden und von hoechstens drei weiteren gemeinderatssitzungen ausgeschlossen werden kann.

als begruendung fuer das erkenntnis wurde angefuehrt, dass die bestimmungen der wiener stadtverfassung ueber das passive wahlrecht enger gefasst seien als die entsprechenden bundesgesetzlichen bestimmungen. eine verletzung der menschenrechtskonvention oder der abgeordnetenimmunitaet wurde vom verfassungsgerichtshof nicht festgestellt.

im anschluss an dieses verfahren wurde mittwoch auch das beschwerdeverfahren des gemeinderates franz olah gegen die verfuegung des wiener buergermeisters vom 13. juni 1969 entschieden. der verfassungsgerichtshof gab der beschwerde auf grund der aufhebung des paragraphen 14, 4 der wiener stadtverfassung, der zum zeitpunkt der verfuegung des buergermeisters nach den feststellungen des allein zur pruefung der verfassungsmaessigkeit von gesetzen zustaendigen hoechstgerichtes noch in geltung stand, statt. der verfassungsgerichtshof hat jedoch keine veranlassung gesehen, in seinem erkenntnis auf die frage, ob durch die faktische amtshandlung des buergermeisters eine verletzung der persoenlichen freiheit erfolgt waere, einzugehen. es wurde lediglich eine verletzung des passiven wahlrechtes, zu dem auch die ausuebung des mandates gehoere, festgestellt.

1235

burgtheater-direktor hoffmann seit heute wiener

7 wien, 17.12.(rk) ''ich gelobe, dass ich der republik oesterreich als getreuer staatsbuerger angehoeren, ihre gesetze stets gewissenhaft beachten und alles unterlassen werde, was den interessen und dem ansehen der republik abtraeglich sein koennte.''

mit der ablegung dieses geloebnisses und der ueberreichung der verleihungsurkunde ist burgtheater-direktor paul h o f f m a n n ab nun wiener buerger. die feierliche ueberreichung der urkunde ueber die von der wiener landesregierung verliehene oesterreichische staatsbuergerschaft fand mittwoch vormittag durch senatsrat dr. karl t h e u e r, dem leiter der magistratsabteilung 61 (bevoelkerungswesen), im wiener rathaus statt.

senatsrat dr. theuer wies bei der verleihung auf die grossen verdienste um das kuenstlerische leben oesterreichs hin, die sich paul hoffmann seit vielen jahren erworben hat. hoffmann, dessen frau margarit gleichfalls das geloebnis ablegte, ist seit 1. september 1968 direktor des wiener burgtheaters. sein erstes engagement datiert jedoch viel weiter zurueck: 1956 bis 1958 spielte und inszinierte er am theater in der josefstadt. 1959 holte ihn der damalige burgtheater-direktor haeussermann ins haus am ring, dem er von da an ununterbrochen als schauspieler und regisseur angehoerte.

aber auch die josefstadt war noch nicht des burg-chefs frueheste verbindung zu wien. die reicht noch viel weiter zurueck- naemlich bis ins jahr 1924, als hoffmann ein semester lang an der wiener universitaet germanistik studierte. ja, und noch zwei oder drei jahre frueher - da gab's den nun wirklich ersten kontakt hoffmanns zu oesterreichs bundeshauptstadt: die dissertation, die der junge student der germanistik, kunstgeschichte und philosophie fuer die universitaet wuerzburg geschrieben hatte, befasste sich mit johann ludwig deinhardstein als dramatiker - und deinhardstein war bekanntlich von 1832 bis 1841 burgtheater-direktor.

./.

die uebrigen stationen der kuenstlerischen karriere des 1902 in duesseldorf geborenen burgtheater-direktors als schauspieler und regisseur waren vor allem wuerzburg, wo er mit 22 jahren 1924 sein erstes engagement antrat, dresden (1927 bis 1945), zuerich, muenchen und schliesslich stuttgart, dessen staatliches schauspielhaus hoffmann von 1950 bis 1956 leitete.

trotz der vielfaeltigen beruehrungspunkte mit jener stadt, deren buerger er nun ist, hatte paul hoffmann eigentlich nie daran gedacht, in wien ansaessig zu werden. ''aber jetzt bin ich froh darueber, dass es so gekommen ist'', meinte er ''und als juengster wiener fuehle ich mich natuerlich sehr wohl .....''
1230

sitzung einer bezirksvertretung in dieser woche

8 wien, 17.12. (rk) in dieser woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

donnerstag, 18. dezember:

19.30 uhr, waehring, 18, martinstrasse 100, 2. stock.
1232

marek zum spruch des verfassungsgerichtes

21 wien, 17.12. (rk) der verfassungsgerichtshof hat mittwoch einige bestimmungen der wiener stadtverfassung wegen verfassungswidrigkeit aufgehoben. dazu erklaerte buergermeister bruno m a r e k vor journalisten: ''selbstverstaendlich nehme ich so wie jeder andere demokrat auch diese entscheidung von dem allein zur pruefung der verfassungsmaessigkeit der gesetze zustaendigen hoechstgerichtes widerspruchslos zur kenntnis.

aber ich muss neuerlich betonen, dass auch der verfassungsgerichtshof in seinem erkenntnis ausdruecklich darauf hingewiesen hat, dass die nun aufgehobenen bestimmungen der wiener stadtverfassung am 13. juni 1969 voll in geltung waren. als buergermeister und landeshauptmann, der ich zur wahrung der gesetze verpflichtet bin, musste ich daher damals der geltenden wiener stadtverfassung, die vom gemeinderat franz olah eklatant verletzt worden war, respekt verschaffen. im gegenteiligen fall haette naemlich ansonsten ich das geltende recht missachtet.

ich moechte zudem auch darauf hinweisen, dass der verfassungsgerichtshof der beschwerde olahs gegen meine verfuegungen nur mit der begruendung recht gegeben hat, dass die rechtsgrundlage dafuer nicht verfassungskonform ist. das hoechstgerich hat jedoch nicht festgestellt, dass der beschwerdefuehrer in seiner persoenlichen freiheit verletzt worden waere.

die nun aufgehobenen bestimmungen der wiener stadtverfassung standen seit 1920 in geltung und waren auch bei der wiederverlautbarung der wiener stadtverfassung vor einigen jahren nicht angefochten worden. zudem gibt es zahlreiche andere bundeslaender, in deren gemeindewahlordnungen analoge bestimmungen enthalten sind. in niederoesterreich zaehlt sogar als grund fuer das ruhen des mandates die einleitung eines konkursverfahrens, waehrend dafuer in wien bis heute ein nicht politisches strafverfahren massgeblich war.''

1647

hochschuljubilaeumsstiftung der stadt wien vergab 3,6 millionen

25 wien, 17.12. (rk) im rahmen eines festaktes in der wiener universitaet vergab buergermeister bruno m a r e k mittwoch nachmittag die foerderungsmittel der hochschuljubilaeumsstiftung der stadt wien mit einer gesamtsumme von 3,6 millionen schilling.

das stadtoberhaupt erklaerte in seiner ansprache: ''als praesident der hochschuljubilaeumsstiftung der stadt wien habe ich heute die ehre, die foerderungsmittel aus dieser stiftung zu verleihen. ich freue mich, dass wir in diesem jahr 56 forschungsprojekte mit einer gesamtsumme von 3,6 millionen schilling unterstuetzen koennen. unter den gefoerderten wissenschaftlichen arbeiten befinden sich auch solche, die unmittelbar mit den beduerfnissen des modernen grossstadtlebens zusammenhaengen. zum beispiel untersuchungen auf dem gebiet der waermehygiene und ueber den laermschutz in der stadtplanung. einige arbeiten beschaeftigen sich mit der geschichtlichen entwicklung der wiener sozialstruktur.

mittwoch abend gab die wiener stadtverwaltung fuer die preistraeger der stiftung einen empfang. vizebuergermeister gertrude s a n d n e r begruesste dabei die gaeste namens des buergermeisters.

1734

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wirtschaftsschwerpunkt: Marktkonzept

7. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe XII, Wirtschaftsangelegenheiten.
Referent Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP).
Einnahmen 139,996.500 Schilling, Ausgaben 439,949.800 Schilling.

Wien, 18.12. (RK) Die kürzliche Eröffnung des Blumengroßmarktes in Inzersdorf bezeichnete Stadtrat Dr. Prutscher als den "ersten Pfeiler des Marktkonzeptes". Die technischen Kinderkrankheiten seien schon beinahe überwunden, die Verkehrsversorgung mittels Autobus dürfte unmittelbar bevorstehen. Etwa ein Viertel der Kundschaften dieses Marktes benützt nämlich die öffentlichen Verkehrsmittel.

Für den Großmarkt Wien-Inzersdorf sind 91 Millionen Schilling für Planung und Neubau vorgesehen. Stadtrat Prutscher berichtete, daß dort vor kurzer Zeit das letzte strittige Grundstück in den Besitz der Stadt Wien übergegangen ist. Dem Baubeginn steht fast nichts mehr im Wege, und bei entsprechendem Tempo könnte bereits in zwei Jahren der Großmarkt vom Naschmarkt nach Inzersdorf übersiedeln. Der Stadtrat wies darauf hin, daß hier immer wieder gegen die Irrmeinung angekämpft werden müsse, auch der Detailmarkt solle nach Inzersdorf verlegt werden. In Wirklichkeit solle auf dem Naschmarkt ein "autogerechter Detailmarkt" mit 450 Parkplätzen entstehen.

./.

Dr. Prutscher behandelte auch die Verkehrssituation: Die beiden Großmärkte Inzersdorf und St. Marx werden durch nicht mehr als 7,5 Kilometer Autobahn voneinander getrennt sein, somit nur durch zehn Auto-Minuten. Man werde vermutlich weniger Zeit für diese Entfernung benötigen als jetzt zu Zeiten der Verkehrsspitze vom Naschmarkt zur Großmarkthalle.

Die zentralen Anlagen in St. Marx befinden sich derzeit im Stadium des Baues von Kühlblock und Markthalle. Die beiden Objekte sollen nach dem Zeitplan in der ersten Februarwoche im Rohbau fertig sein. Innenausstattung und -einrichtung müßten bis Ende 1970 zu bewältigen sein. Das wäre dann auch der Zeitpunkt für die Räumung der Großmarkthalle. Allerdings wäre dafür noch ein Zusatzkredit von 150 Millionen Schilling notwendig. In diesem Zusammenhang ging der Referent auch auf die Frage ein, warum die beiden Anlagen (Inzersdorf und St. Marx) nicht an ein und demselben Platz errichtet worden seien: Diese Lösung hätte die Baukosten um eine halbe Milliarde Schilling hinaufgetrieben.

Für offene Märkte und Markthallen ist ein Betrag von 1,870.000 Schilling bereitgestellt. Was dafür geleistet wird, wird zwar nicht besonders ins Auge fallen, ist aber sehr wichtig: Durch die Errichtung und Instandsetzung von Versorgungs- und Entsorgungsleitungen soll auf den Wiener Märkten ein Zustand herbeigeführt werden, der den wesentlichsten sanitären Forderungen entspricht. Allerdings wäre für eine komplette Sanierung ein weit höherer Betrag nötig - etwa 20 Millionen Schilling.

Die Schaffung des Air-Terminals an der Landstraße hat auch offene Fragen des dortigen Detailmarktes für Fleisch und Lebensmittel mit sich gebracht. Stadtrat Prutscher teilte mit, es habe sich Übereinstimmung ergeben, daß der Markt erhalten bleiben solle. Keine Einigung sei allerdings bisher darüber erzielt worden, welcher Standort ihm im einzelnen zuzuweisen sei.

Der Stadtrat stellte allerdings fest, daß die Freude über das neue Fleischzentrum in St. Marx durch "handfeste Sorgen" hinsichtlich der wirtschaftlichen Gestaltung getrübt sei.

./.

Er führte dazu unter anderem die Zahlen über den Rückgang der Schlachtungen voh 1968 auf 1969 an. Dieser Rückgang beläuft sich in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres bei Schweinen auf rund 30.000 gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres, bei Rindern zeigt sich eine ähnliche Tendenz.

Für den Viehmarkt sieht die Entwicklung nicht viel besser aus: Die Wochendurchschnittswerte bei den Schweinen haben sich um 15,6 Prozent verringert, der Rindermarkt hat noch stärker abgenommen (16,2 Prozent). Stadtrat Prutscher meinte dazu, es sei falsch, das Problem so zu sehen, als werde hier Geld hinausgeworfen, indem man bei sinkenden Umsätzen ein neues Fleischzentrum errichte. Einerseits könne durchaus das ehrwürdige Alter der jetzigen Einrichtungen Ursache sinkender Umsätze sein, andererseits solle das neue Zentrum Kristallisationskern für Industrie, Gewerbe und Handel werden. Allerdings: Durch Zeitversäumnisse bei der Planung sei es möglich geworden, daß inzwischen andere Konkurrenten auf den Plan traten. Eine große Schlachtanlage sei in Niederösterreich in Bau, viele kleine Betriebe des Umlandes hätten ihre Anlagen ausgebaut und modernisiert.

Es komme also zunächst darauf an, für das Fleischzentrum vorerst den derzeitigen Benützerstand zu halten. Grundsatz der Führung des Fleischzentrums müsse jedenfalls das gemeinsame Interesse der Stadt Wien und der Benützer am wirtschaftlichen Erfolg sein.

Zur Bedeutung der beiden Einkaufsabteilungen des Magistrats (Baustoffbeschaffung und Beschaffungsamt), erklärte Stadtrat Prutscher, diese sei größer, als sie aus den Budgetansätzen hervorgehe: Die Baustoffbeschaffung sei im Voranschlag mit rund 23 Millionen enthalten, habe aber allein in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres etwa 235 Millionen Schilling Umsatz gehabt. Auch beim Beschaffungsamt täusche der Ansatz von rund 41 Millionen: Der Umsatz habe dort vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1969 etwa 240 Millionen Schilling betragen.

Eine sehr stark steigende Post seien die "Raum- und Hauskosten" bei verschiedenen Abteilungen. Die meisten Abteilungen der Verwaltungsgruppe XII seien vor kurzem in das neue Amtshaus

./.

Am Modenapark übersiedelt. Dort betrage die Miete pro Quadratmeter und Monat nicht weniger als 85,25 Schilling. Dabei würden die Kosten für Beheizung und Büroreinigung noch gesondert berechnet. Diese Ausgaben, die ja nicht unmittelbar mit der Tätigkeit der Abteilung zu tun haben, erhöhen sich also für die Magistratsabteilungen 21, 54, 59 und 60 von etwa 164.000 Schilling im Jahre 1969 auf rund 3,7 Millionen im Jahre 1970.

Zum Stadtforstamt erklärte der Referent, das Sorgenkind dieser Abteilung sei die Lobau, deren Erholungswert in den letzten Jahren abgenommen habe. Eine Sanierung sei dringendst erforderlich. Das Nichtvorhandensein sanitärer Einrichtungen könnte sogar einmal das Risiko mit sich bringen, daß die Wasserverschmutzung die Trinkwasserversorgung gefährde.

Für den Wienerwald könnte die "Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung der Laubwälder" im Landwirtschaftsministerium nützlich werden. Stadtrat Prutscher erklärte, er habe angeregt, in diese Arbeitsgemeinschaft einen Vertreter der Stadt Wien zu entsenden. Tatsächlich habe an der ersten Sitzung bereits ein Vertreter des Forstamtes teilgenommen. Man werde an eine Bestandsaufnahme gehen, die die Erstellung eines Wienerwaldplanes möglich machen solle. Zwar besitze die Stadt Wien nur rund 1,5 Prozent des Wienerwaldes, aber das Interesse der Wiener an diesem Erholungsgebiet sei eminent.

\- - -

Ein Minibudget, aber viel legistische Arbeit

7. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe XIII, Verschiedene Rechtsangelegenheiten. Referent Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP). Einnahmen 0, Ausgaben 297.000 Schilling.

Wien, 18. 12. (RK) Im ersten Bericht der neugebildeten Geschäftsgruppe XIII gab Stadtrat Dr. Krasser einen umfassenden Tätigkeitsbericht aus dem Rechtsbereich der Stadtverwaltung. Sieben Rechtsabteilungen befassen sich teils mit administrativer, teils mit vorbereitender Arbeit auf legislativem Gebiet.

Der Generalredner der Freiheitlichen hatte sich über diese Geschäftsgruppe mit dem kleinsten Budget lustig gemacht. Der Stadtrat gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß der Redner - selbst ein Jurist, Beamter des Finanzamtes - den Wert der geistigen Leistung so gering schätzt, daß er die Verwaltungsgruppe XIII nur nach den Kosten für die Rattenbekämpfung und die Bergung von Wasserleichen bewertet. Tatsächlich steht die effektive Bedeutung der zu dieser Verwaltungsgruppe ressortierenden sieben Magistratsabteilungen zu ihrem Minibudget in krassem Gegensatz.

Im Bevölkerungswesen (MA 61) wurde durch eine Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes jener Abschnitt des Personenstandsgesetzes aufgehoben, wonach abgeschlossene Eintragungen in den Personenstandsbüchern in den nicht besonders geregelten Fällen nur auf Anordnung der Gerichte berichtigt werden konnten. Die auf diese Weise den Gerichten entzogene Befugnis wurde mit Bundesgesetz vom 22. Jänner 1969 den Bezirksverwaltungsbehörden, in Wien dem Magistrat, übertragen.

In Wien wurden in den ersten elf Monaten des Jahres 1969 20.203 Geburten, 12.429 Eheschließungen und 26.010 Sterbefälle verzeichnet. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt ein leichtes Absinken der Zahlen, und zwar bei den Sterbefällen um 0,1 Prozent, bei den Eheschließungen um 4,7 Prozent und bei den Geburten um 5,6 Prozent.

./.

Zieht man jedoch die Ziffern des Jahres 1955, des ersten Nachkriegsjahres, in dem Wien seinen heutigen Gebietsumfang erhielt, zum Vergleich heran, dann übertrifft die Zahl der Geburten des heurigen Jahres die des Vergleichsjahres um 53,3 Prozent; die Zahl der Sterbefälle liegt um 15,1 Prozent, die der Eheschließungen um 2,3 Prozent höher.

Ein Problem, das in letzter Zeit häufig auftaucht, ist die Frage, welchen Familiennamen die Ehefrau zu führen hat, wenn der Gatte Ausländer ist. Grundsätzlich richtet sich die Beantwortung dieser Frage nach den gesetzlichen Bestimmungen des Staates, dem der Mann angehört. Diese Vorschriften sind sehr verschieden. In manchen Fällen stehen sie den Ämtern, für die der Name der Frau eine Rolle spielt, gar nicht zur Verfügung. In manchen Fällen sind sie so abgefaßt, daß verschiedene Auslegungen möglich sind. Die Praxis hat ergeben, daß in solchen Fällen des öfteren an das Bundesministerium für Inneres um bescheidmäßige Feststellung des Familiennamens herangetreten wurde. Wenn dann diese Behörde entschieden hatte, war zumindest für die österreichischen Behörden verbindlich geklärt, welchen Namen diese Ehefrauen zu führen hatten.

Wenn eine Österreicherin auf Grund der ausländischen Bestimmungen einen Namen zu führen hat, mit dem sie gar nicht einverstanden ist, kann sie bei der MA 61 um Namensänderung ansuchen. Derartigen Ansuchen wird auch in der Regel stattgegeben. Die Praxis in Namensänderungsangelegenheiten ist überhaupt - so weit es die gesetzlichen Vorschriften zulassen - äußerst liberal.

In den ersten elf Monaten dieses Jahres wurden 58.757 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt, das sind ungefähr ebensoviel wie im Vorjahr, aber um fast 10 Prozent mehr als 1967 und um fast 35 Prozent mehr als 1966. Das Steigen erklärt sich aus der Tatsache, daß das Prinzip der Familieneinheit auf staatsbürgerschaftsrechtlichem Gebiet nicht mehr gilt. In der Regel reicht der Staatsbürgerschaftsnachweis des Mannes nicht mehr als Nachweis der Staatsbürgerschaft der Ehefrau und der Kinder aus.

Der Aufbau der Wiener Staatsbürgerschaftsevidenz wird zügig fortgesetzt. Einschließlich November langten wieder annähernd 100.000 Mitteilungen ein, die vorzumerken waren.

./.

Die Wiener Staatsbürgerschaftsevidenz umfaßt derzeit ungefähr 635.800 Karteiblätter, von denen etwa 182.300 in den letzten elf Monaten angelegt wurden.

In diesen elf Monaten haben in Wien 989 Ausländer unmittelbar durch Einbürgerung und Staatsbürgerschaftserklärung die österreichische Staatsbürgerschaft erworben, um ungefähr sechs Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Zahl der Ausländerinnen, die mit Österreichern verheiratet sind, ist um etwa acht Prozent angestiegen. Von diesen Frauen waren weitaus die meisten Angehörige unserer Nachbarstaaten: Jugoslawien, Tschechoslowakei, Deutschland und Ungarn.

Seit 1. Jänner 1969 ist die Gewerberechtsnovelle 1968 in Kraft. Seither ist es Sache der Gemeinde, kleineren Gewerbetreibenden das Feilbieten ihrer eigenen Erzeugnisse innerhalb des Gemeindegebietes von Haus zu Haus zu gestatten, dies auf Grund sogenannter Austrägerscheine.

Durch diese Novelle wurden auch einige Handelstätigkeiten liberalisiert. So wurde der Kleinhandel mit Heiz- und Gasölen von der Erbringung des großen Befähigungsnachweises befreit, außerdem entfällt bei Konzessionen für die Verabreichung von Milch die Bedarfsprüfung.

Am 1. Jänner 1970 wird das Berufsausbildungsgesetz in Kraft treten, das die Berufsausbildung für Lehrlinge auf eine einheitliche Grundlage stellt.

Im letzten Jahr wurden wegen Übertretung der Gewerbeordnung Strafbeträge in der Höhe von insgesamt 1,967.276 Schilling eingenommen.

Durch das Fortschreiten der Motorisierung ist auch auf dem Tankstellensektor eine anhaltende Aufwärtsentwicklung festzustellen.

In der MA 64, die die administrativen Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten zu besorgen hat, wurde im laufenden Jahr vor allem an der Großen Bauordnungsnovelle gearbeitet, weiter an der Novellierung des Wiener Garagengesetzes, des Kleingartengesetzes, des Feuerpolizeigesetzes, des Feuerwehrgesetzes und des Gesetzes über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren. In Ausarbeitung befinden sich Entwürfe des Straßen-

./.

verwaltungsgesetzes, der Ölfeuerungsverordnung und eines Baulärmgesetzes; letzteres soll der Bevölkerung Schutz vor unerträglichem Baulärm sichern.

Die MA 70 (Rechtliche Verkehrsangelegenheiten) besorgt die Agenden des Kraftfahrrechtes. In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November waren beim Verkehrsamt 2.062 Führerscheinentziehungen gemeldet. Davon erfolgten 1.679 wegen Trunkenheit am Steuer, 36 wegen Fahrerflucht und 347 aus anderen Gründen.

Von der Bundespolizeidirektion Wien wurde in den ersten zehn Monaten 1969 wegen Übertretung der Straßenverkehrsvorschriften rund 35,2 Millionen Schilling gegenüber 36,2 Millionen Schilling im Jahr 1968 an Strafgeldern eingehoben und an das Land Wien zum Zweck der Straßenerhaltung abgeführt. Der ziffernmäßige Rückgang der Beträge ist darauf zurückzuführen, daß öfter mit Arrest anstatt mit Geldstrafen vorgegangen wurde. Wer, ohne im Besitz eines Führerscheins zu sein, ein Auto lenkt, erhält primär eine Woche Arrest.

Um die Medikamentenversorgung der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen, wurde durch Verhandlungen mit der Apothekerkammer von dieser eine liberalere Einstellung bei Neuzulassungen erreicht. Demnächst wird eine neue Apotheke im 22. Bezirk und anschließend eine im 11. Bezirk zugelassen werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

\- - -

50 christbaeume fuer 172 kinder

3 wien, 18.12. (rk) eine aktion, die stadtraetin maria j a c o b i voriges jahr ins leben gerufen hat, wird heuer fortgesetzt: freitag wird eine fürsorgerin an 50 wiener adressen je einen christbaum mitsamt dem dazugehörigen schmuck, kerzen und vielen süssigkeiten abgeben. die empfänger sind durchwegs familien, die in bedraengten verhaeltnissen leben, wie sie auch im schatten der konjunktur noch immer vorkommen: viele kinder, ein elternteil vielleicht krank oder aehnliche schwierigkeiten.

in den fuenfzig familien gibt es zusammen 172 kinder, denen nun durch diese aktion ein schoenes weihnachtsfest garantiert werden kann. das jugendamt arbeitet bei dieser aktion eng mit der aktion ''rettet das kinde'' zusammen.
0853

der neue landeskonservator stellt sich vor

5 wien, 18.12. (rk) der neue landeskonservator von wien, dr. peter p o e t s c h n e r, wurde mittwoch nachmittag vom praesidenten des bundesdenkmalamtes, prof. dr. walter f r o d l, buergermeister bruno m a r e k vorgestellt. dr. poetschner, der frueher im historischen museum der stadt wien arbeitete, ist der nachfolger von dr. alfred s c h m e l l e r. der neue landeskonservator, der die bundeshauptstadt wie seine westentasche kennt, gab bekannt, dass das geburtshaus ferdinand raimunds in der mariahilfer strasse 47 naechstes jahr unter denkmalschutz gestellt wird. ausserdem wird 1970 eine reihe von altfassadenaktionen in den inneren und aeusseren bezirken durchgefuehrt werden. das kulturamt der stadt wien hat fuer diese zwecke namhafte beitraege bereitgestellt.
0913

feiertagstarife bei den verkehrsbetrieben

4 wien, 18.12. (rk) zu den weihnachtsfeiertagen, also am 25. und 26. dezember, gelten auf allen im gemeinschaftstarif fahrenden oeffentlichen und privaten massenverkehrsmittel wiens die sonntagstarife. die kinder sonn- und feiertags-zwei-fahrtenfahrscheine zu einem schilling haben auch im sondertarif fuer die strassenbahnlinie 317 gueltigkeit. ebenso gilt zu dieser zeit dort der fuenfschilling-(vier-schilling-vorverkaufs)-fahrschein. kurzstreckensammelkarten, die arbeitslosen- und jugendfuersorgefahrscheine sowie saemtliche streckenkarten mit wochenwertmarken sind an diesen tagen nicht gueltig.

die kartenausgabestelle in wien 6, rahlgasse 3, ist am mittwoch, dem 24. dezember und mittwoch, dem 31. dezember von 8 bis 12 uhr geoeffnet. die betriebseigenen vorverkaufsstellen sind am 1. jaenner 1970 von 6.30 bis 12.30 uhr geoeffnet. am christtag und stephanitag bleiben die betriebseigenen vorverkaufsstellen geschlossen.

mit ruecksicht auf die weihnachtsfeiertage und weihnachtsferien der schulen findet der verkauf der monatswertmarken fuer den jaenner bereits jetzt bei allen betriebseigenen vorverkaufsstellen statt.

0856

Niedriger Mietzins auch für mit Bundesförderung errichtete Gemeindewohnungen

Wien, 18.12. (RK) Der Wiener Gemeinderat beschloß Donnerstag in seiner im Anschluß an die Budgetdebatte abgewickelten Geschäftssitzung eine neuerliche Änderung in den Bestimmungen des Wiener Wohnbaufonds. Wie Wohnungsstadtrat Suttner dazu ausführte, besteht der Sinn dieser Änderung darin, daß die Möglichkeit gegeben ist, auch bei aus Mitteln der Bundeswohnbauförderung 1968 errichteten Wiener Gemeindewohnungen einen niedrigen Mietzins zu berechnen, analog den Gemeindewohnungen, deren Errichtung direkt mit Mitteln der sozialen Wohnbauförderung der Stadt Wien durchgeführt wird. Darüber hinaus sollen für solche Wohnungen auch die Bestimmungen, betreffend die Gewährung von Wohnbeihilfen gelten.

Bei den aus Mitteln der Wohnbauförderung 1968 von der Stadt Wien errichteten Wohnungen würden nämlich hinsichtlich der Mietzinsbildung die Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 gelten. Dies hätte zur Folge, daß sich ein Quadratmeter-Preis von 18.40 Schilling (einschließlich Betriebskosten, Aufzug, Heizung etc.) ergeben würde. Durch den Beschluß des Wiener Gemeinderates wird es nun möglich, die Bestimmungen des Wiener Wohnbaufonds auch auf solche Wohnungen anzuwenden, wodurch sich ein monatlicher Mietzins von nur 11.25 Schilling ergibt.

Es bleibt jedoch dem Mieter weiterhin freigestellt, ob er die Wiener Regelung mit 20 Prozent Eigenmittel und niedrigem Zins der Bundesregelung mit hohem Mietzins vorzieht.

\- - -

weitere 12 millionen fuer schneeraeumung

6 wien, 18.12. (rk) um die schneeraeumung auch in den kommenden wochen klaglos durchfuehren zu koennen, bewilligte der tiefbauausschuss des gemeinderates donnerstag weitere 12 millionen schilling. 6,5 millionen schilling davon werden zur heranziehung privater fuhrunternehmer benoetigt, 3,5 millionen schilling fuer die aufnahme zusaetzlicher schneearbeiter und zwei millionen schilling gehen als beitrag an die verkehrsbetriebe fuer deren mitwirkung beim schneeraeumdienst.

tiefbaustadtrat kurt h e l l e r wuerdigte den nach besten kraeften erfolgenden einsatz der arbeitskraefte und schneeraeumgeraete durch die zustaendige magistratsabteilung 48. er betonte auch, dass die zusammenarbeit mit privaten firmen klaglos funktioniert. die kosten fuer die schneeraeumung sind freilich enorm: faellt nur ein zentimeter neuschnee, bedeutet das fuer das gesamte stadtgebiet einen schneemenge von rund 200.000 kubikmeter, deren beseitigung kosten in der hoehe von 400.000 schilling verursacht.

1026

Kindergärtnerinnen: Weihnachtslieder aus ganz Europa

Wien, 18.12. (RK) Mehr als fünfzig ausgebildete Kindergärtnerinnen hat die Städtische Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen heuer in das Berufsleben entlassen. Mittwoch besuchte Stadträtin Maria Jacobi die Anstalt zu einer Weihnachtsfeier besonderer Art: Die Schülerinnen boten einen Querschnitt durch das europäische "Repertoire" an Weihnachtsliedern. Flandern, Böhmen, Portugal und viele andere Regionen standen auf dem Programm.

Die Stadträtin erklärte in einer kurzen Festrede, die Menschheit verwirkliche einen ihrer Träume nach dem anderen, erst jüngst den vom Besuch anderer Himmelskörper. Ein Traum jedoch, der geträumt werde, seit Menschen auf der Erde leben, harre noch seiner Verwirklichung: der Traum vom Frieden auf Erden. Die Kindergärtnerinnen sollten in ihrem Beruf nie vergessen, ihren kleinen Schützlingen den Vorrang von Toleranz und Menschlichkeit einzupflanzen.

\- - -

Weinkönigimnen beim Bürgermeister

Wien, 18. 12. (RK) Die österreichische Weinkönigin, die Burgenländerin Rita Hofmann sowie die niederösterreichische Weinkönigin Anneliese Pröstler, besuchten Donnerstag vormittag Bürgermeister Bruno Marek in dessen Arbeitszimmer im Wiener Rathaus. Anläßlich des bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrsfestes überbrachten sie dem Bürgermeister einen Geschenkkorb mit zwölf Weinflaschen. Jede Flasche symbolisiert einen Monat des Jahres und kommt jeweils aus einem anderen Weinbaugebiet Österreichs. Die "Majestäten" wurden vom Präsidenten des österreichischen Weininstitutes Fritz Salomon begleitet.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Wirtschaftsdebatte

Wien, 18. 12. (RK) Als erster Debattenredner kritisierte GR. Peter (FPÖ) die - gerade aus dem Wirtschaftsbudget ersichtlichen - Preissteigerungen in Österreich, die in krassem Gegensatz zu den Wahlversprechungen der beiden Großparteien stünden. Es sei klar, daß solche Erhöhungen natürlich zu berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen führen müßten.

Die Funktion der Märkte sei ebenfalls diskussionsbedürftig: Da die Stadt Wien hier ein Defizit von 137 Millionen aufweise, müsse man sich ernstlich fragen, ob die Märkte heute noch ihrer Aufgabe als "Wohltat für die Bevölkerung" gerecht würden, insbesondere hinsichtlich der preisregulierenden Wirkung. Der Redner regte eine Enquete über alle Marktprobleme an, dabei sollte auch über die lärmerregende Wirkung der Märkte gesprochen werden.

Die Berichterstattung der Tageszeitungen über die Budgetdebatte im Rathaus sei außerordentlich dürftig. Peter kritisierte dabei an erster Stelle das "Volksblatt", welches seinen Lesern grundsätzlich Redner aller Parteien außer der ÖVP unterschlage. Dagegen widme die Arbeiter-Zeitung den Rednern anderer Fraktionen als der SPÖ doch wenigstens einige Zeilen - eine Bemerkung, die der Redner ausdrücklich nicht als Manifestation freiheitlichen Linksdralls verstanden wissen wollte.

GR. Franziska Fohler (SPÖ) hebt die großen Leistungen des Beschaffungsamtes hervor. Der Gesamtumsatz dieser Abteilung betrug vom 1. Jänner 1969 bis Ende Oktober 240,9 Millionen Schilling. 500 Firmen erhielten Aufträge des Beschaffungsamtes, und auch damit wurde ein großer Beitrag zur Sicherung der Wiener Arbeitsplätze geleistet.

Bei der städtischen Bäckerei konnte durch verschiedene Rationalisierungen trotz einer Personalverminderung eine bedeutende Leistungssteigerung erzielt werden.

Das Beschaffungsamt hat auch die Weihnachtspakete für unsere Dauerbefürsorgten zusammenstellen lassen. Die Stadtverwaltung will mit dieser Aktion den sozial und wirtschaftlich am schlechtesten Gestellten eine kleine Weihnachtsfreude bereiten.

./.

Eine große soziale Tat der Gemeindeverwaltung sei es gewesen, als man 1927 die Abgabe eines Säuglingswäschepaketes an jede Wiener Mutter einführte. Diese Aktion wurde nach 1945 wieder ins Leben gerufen und hat bereits in vielen Ländern Nachahmung gefunden.

Die in letzter Zeit erfolgten Preiserhöhungen wirken sich natürlich auch in den Ausgaben des Beschaffungsamtes aus.

Das österreichische Lebensmittelgesetz bezeichnet die Rednerin als unzureichend, da es in keiner Weise den Anforderungen der heutigen Lebensmittelversorgung entspreche. Sie bedarf einer besonderen Überwachung und Kontrolle. An dieser Tatsache achtlos vorüberzugehen, könnte der Volksgesundheit beträchtlichen Schaden zufügen. Leider könne sich die ÖVP-Fraktion im Parlament bisher nicht zur Beschließung eines neuen, zeitentsprechenden und wirkungsvollen Lebensmittelgesetzes entschließen.

Große Probeleme gibt es auf dem Reinigungssektor, da das Angebot an heimischen Arbeitskräften hier sehr gering ist. Man hat jedoch versucht, hier durch den Einsatz moderner Maschinen Abhilfe zu schaffen. Allein für Wasch- und Reinigungsmittel wurden 2,9 Millionen Schilling aufgewendet.

Im Schulsektor stieg der Gesamtaufwand des Schulbedarfes um 7,2 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr. Die Voraussetzung für eine aussichtsreiche Chance im Leben ist mehr denn je eine solide Schul- und Berufsausbildung. Die Gemeinde Wien sorgt dafür auch in diesem Bereich beispielgebend durch Beistellung kostenloser Lehrmittel. Die Versorgung der Privatschulen mit Büchern und Broschüren, die seit 1968 erfolgt, brachte eine Ausgabensteigerung um 30 Prozent.

Eine Neuerung stellen die mobilen Klassen dar, die in Form von Pavillons an elf bestehende Schulen angeschlossen wurden. Modern und der heutigen Zeit entsprechend, wurde auch das Haus des Buches, das Haus der Begegnung und das Amtsgebäude am Modenapark eingerichtet. Auch die städtischen Dienststellen werden nach Möglichkeit mit technischen Hilfsmitteln ausgestattet, um Rationalisierungen zu erreichen.

./.

GR. Jedletzberger (ÖVP) forderte die Schaffung einer Agrarbehörde für Wien, auch ein Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz sei dringend notwendig.

Zum Entwurf der Land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer-Schutzverordnung sind die Wiener Landwirte absolut positiv eingestellt; im Hinblick auf die zahlreichen Familienbetriebe seien jedoch einige Änderungen vorzunehmen.

Der vor kurzem eröffnete Blumengrossmarkt entspricht allen Anforderungen, die noch fehlende Autobusverbindung ist bereits in Vorbereitung. Da Inzersdorf eine stürmische Gegend ist, müßten für den Landparteienmarkt des Großmarktes besondere Schutzmaßnahmen eingeplant werden; vielleicht könnte man die Standeln in eine Halle verlegen.

Hinsichtlich der Schaffung des Schlachtviehhofes St. Marx sei Eile notwendig, da im Umkreis von Wien mehrere Schlachtviehhöfe entstehen, die eine Konkurrenz darstellen.

Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen in Wien nimmt die Hochglasfläche weiter zu. Sie wird 1970 eine Million Quadratmeter betragen. Besonders groß ist die Zunahme in Essling, wohin jene Betriebe umgesiedelt werden, die anderswo abgesiedelt wurden.

Die Feingemüse-Produktion hatte heuer eine Zunahme von zehn Prozent zu verzeichnen. Gegenüber 1968 war der Frischgemüsepreis um 20 Groschen pro Kilo niedriger. Auch der Durchschnittspreis für Obst liegt heuer etwas tiefer.

Da die Wiener Landwirtschaft zu 50 Prozent aus Pächterbetrieben besteht, müßte die Möglichkeit des Grunderwerbs durch die jeweiligen Pächter geschaffen werden.

In Simmering sind mehrere Gärtnerbetriebe noch immer nicht an die Trinkwasserversorgung angeschlossen; der Ausbau des Leitungsnetzes soll rasch vorangetrieben werden, da die Qualität des Grundwassers ständig abnimmt.

GR. Maria Hlawka (SPÖ): Erfreulich ist die erste Budgetrate von 91 Millionen Schilling für den Bau des Großgrünmarktes Inzersdorf. Kürzlich wurde das letzte Grundstück erworben, mit dem Bau möge es genau so gut vorangehen wie beim Blumengroßmarkt. Es ist zu hoffen, daß auch die Konzession für einen Autobus bald erteilt werden wird.

./.

Die Frage, ob die Planung des neuen Detailmarktes am Naschmarkt und der Schnellstraßenbau sinnvoll mit dem Planungsstadtrat koordiniert werde, richtete die Gemeinderätin an Stadtrat Dr. Prutscher.

Maria Hlawka forderte dann - besonders für die Neubaugebiete im Süden und Osten - mobile Märkte, mit denen man ja in Hamburg gute Erfahrungen gemacht habe. Die Bedeutung der Märkte für die Preisbildung, für die rasche Verteilung und das breitgefächerte Warenangebot ist unbestritten.

Lebensmittelpolizei: 1969 wurden 20.680 Proben gemacht, in 640 Fällen mußten Anzeigen wegen Übertretung des Lebensmittelgesetzes erstattet werden. Die SPÖ urgiert im Parlament seit Jahren ein neues Lebensmittelgesetz (das derzeit gültige stammt aus 1896). Mehr Preisstabilität vor allem bei Kalbfleisch und Schweinefleisch forderte die Rednerin abschließend und ersuchte Stadtrat Dr. Prutscher, in dieser Richtung auf die Bundesregierung einzuwirken.

GR. Dr. Tuma (DFP) ging wie die meisten Vorredner auf die Preissituation auf dem Lebensmittelsektor ein: Nur durch einschneidende legistische Eingriffe sei es möglich, einmal zu einer konsumentenfreundlichen Preisgestaltung zu kommen.

Zu den Märkten sagte Tuma, seine Fraktion bemängle in erster Linie das Fehlen eines Gesamtkonzepts, eines Ausblicks auf künftige Situationen und Maßnahmen. Über die Versorgungseinrichtungen in den Satellitenstädten müsse man sich doch rechtzeitig Gedanken machen.

Der Standort des Blumengroßmarkts in Inzersdorf sei fragwürdig: Es bleibe noch abzuwarten, ob sich die Stadtrandlage dieses Marktes nicht kostensteigernd - und damit vielleicht auch preissteigernd - auswirken werde.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) bedauert, daß zuwenig Geld für die Modernisierung der Märkte ausgegeben wird, obwohl die sanitären und hygienischen Zustände völlig unzureichend sind. Leider gehe man vielfach bei der Planung neuer Märkte nicht zweckmäßig vor. So hat man den Vorgartenmarkt verlegt, was zu einem gewaltigen Umsatzrückgang führte. Ähnlich sei die Situation beim Hannovermarkt. Dort wollte man eine neue Art von Verkaufsständen schaffen, dies

./.

komme jedoch bei der Bevölkerung nicht an. Vielleicht müßte man bei Marktplanungen die Hausfrauen zu Rate ziehen.

Naschmarkt: Die Verlegung des Großmarktes aus dem Zentrum sei notwendig. Für den verbleibenden Detailmarkt müßte man Parkplätze schaffen, da er durch die derzeitige Verkehrsregelung in seinem Bereich sehr ungünstig beeinflußt werde. Noch immer ungelöst ist die Planung für den Detailmarkt im 3. Bezirk.

Die Bediensteten des Veterinär- und Marktamtes haben im Interesse unserer Bevölkerung gute Arbeit geleistet. Als Vertreter der Handelskammer von Wien gibt der Redner die Versicherung ab, daß jene Gewerbetreibenden, die sich außerhalb der Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes stellen, durch die Kammer nicht die geringste Rückendeckung erfahren.

Zu den Preiserhöhungen: Auch seine Fraktion sei keineswegs dafür. Leider machen aber die Verbraucher immer wieder den Fehler, günstigere Preise nicht auszunützen. So wird viel geredet, weil die Milch um fünf Groschen teurer wurde, aber niemand kauft offene Milch, die um 20 Groschen billiger ist. Ja die Leute kaufen vielfach nicht einmal die Flaschenmilch sondern die noch teurere Tetra-Pack-Milch, und den Kaffee will man überhaupt nur mehr mit Sahne. (Zwischenrufe aller Fraktionen: In Wien heißt das Obers! Dr. Ebert "beknirscht" sich: selbstverständlich "Obers"!)

Dasselbe zeige sich bei Brot und Gebäck. Wir sind mit den maschinell hergestellten Semmeln nicht zufrieden, die ja am Vortag gebacken, dann eingekühlt und am nächsten Tag verkauft werden. Man könne aber nicht einerseits für Modernisierungen und Rationalisierungen eintreten, gleichzeitig im Kollektivvertrag verlangen, daß niemand entlassen werden darf und dann noch denselben Preis zu fordern. (Zwischenruf GR. Windisch (SPÖ): Das ist ja ein Märchen).

Der Redner verweist darauf, daß die Produktionskosten heute in der ganzen Welt ständig steigen. Dieses Steigen sei aber der Preis für die Vollbeschäftigung und den relativ echten Wohlstand. Wie jedoch selbst aus einer Broschüre der Arbeiterkammer zu entnehmen ist, stiegen die Löhne höher als die Preise.

./.

Zu den Fleischimporten: Wir müssen ein vernünftiges Mittelmaß zwischen Exportnotwendigkeit und Inlandsverbrauch finden. Wir können uns aber nicht in Zeiten mit geringem Fleischangebot vom Auslandsmarkt zurückziehen, da wir ihn dadurch auch für die übrige Zeit verlieren würden.

Zum Lebensmittelgesetz: Die gesetzlichen Voraussetzungen sind vorhanden, wir müssen jedoch jetzt schnellstens dazu die notwendigen Verordnungen beschließen, damit Industrie und Gewerbe wissen, nach welchen Bestimmungen sie zu arbeiten haben. In der heutigen Zeit sei es leider so, daß etwas, wie zum Beispiel vor einigen Jahren der Genuß von Schmalz als gesundheitsschädlich erklärt wurde. Jetzt sei die neueste Attraktion aller Heurigen das Grammelschmalzbrot. Ähnlich war es beim DDT, das zuerst angepriesen, jetzt aber als gesundheitsschädlich bezeichnet wird.

Als unerfreulich bezeichnet der Redner die Entwicklung der Wirtschaft in Wien. Der Beschäftigtenstand in einzelnen Sparten nimmt ab, und immer mehr Betriebe wandern nach Niederösterreich und in andere Bundesländer ab. Der Redner sieht einige der Ursachen darin, daß Wien für die Wirtschaftstreibenden zuwenig tut, daß für die Ansiedlung von Industriebetrieben kein Gesamtkonzept bestehe, daß die Verkehrsplanung für diese Gebiete unzureichend sei und den Betrieben durch die U-Bahn-Steuer zu große Lasten aufgelegt werden.

Die mobilen Märkte müssen dort errichtet werden, wo tatsächlicher Bedarf besteht, nicht aber in Gebieten, wo ausreichend Geschäfte zur Verfügung stehen.

GR. Deutsch (SPÖ) wandte sich gegen den Debattenbeitrag seines Vorredners, GR. Dr. Ebert, wonach laut Kollektivvertrag jene Arbeiter eines Bäckereibetriebes, die durch Einsatz neuer Maschinen frei werden, anderweitig verwendet werden müssen. GR. Deutsch stellte fest, daß zwar ein Mitspracherecht bei technischen Veränderungen im Betrieb besteht, daß aber eine große Zahl von Bäckereiarbeiter entlassen wurde , als die Betriebe neue, automatisch arbeitende Maschinen anschafften.

Früher stellte ein Bäcker pro Schicht 220 Kilo Brot her. 1954 begann die Umstellung auf Maschinen, heute stellt ein Bäckereiarbeiter 1.000 Kilo Brot pro Schicht her.

./.

In der Semmelproduktion erzeugte ein Bäcker früher 1.800 Stück pro Schicht. Mit Hilfe vollautomatischer Semmelstraßen bringen es heute zwei Bäckereiarbeiter auf 100.000 Semmeln pro Schicht. Die Industrie, sagte GR. Deutsch, hätte aber die durch Rationalisierung erreichte Verbilligung der Maschinsemmel nicht an die Konsumenten weitergegeben.

Bevor sich GR. Michalica (SPÖ) ausführlich mit dem geplanten Fleischzentrum St. Marx beschäftigte, betonte er die Aktivität Wiens zur Förderung von Betriebsansiedlungen sowie die Initiative von Bürgermeister Marek zu einer Regionalplanung gemeinsam mit Niederösterreich und dem Burgenland (Zwischenruf Dr. Ebert, ÖVP: "Nachdem wir sie jahrelang gefordert haben!" - Replik Michalica: "Wir warten noch immer auf eine Antwort von Landeshauptmann Maurer").

Im Zusammenhang mit dem Fleischtransport forderte Michalica bessere Hygienebestimmungen. Er kritisierte, daß bei den Anlieferungen aus Niederösterreich vielfach primitivste Hygienevorkehrungen mißachtet werden. Der Entwurf eines Hygienegesetzes durch das Sozialministerium ist begrüßenswert. Es wird aber darauf ankommen, welche Verordnungen dazu in Zusammenarbeit zwischen Landwirtschafts- und Handelsministerium erlassen werden.

Zum Fleischgroßmarkt stellte der Gemeinderat an Stadtrat Dr. Prutscher einige Fragen: Wie geschieht die Vergabe der Stände? Welche Überlegungen macht man sich bezüglich des Personalbedarfs? Wie wird es mit der Reinigung aussehen? Wird an den Marktordnungen gearbeitet?

Wie werden die genauen Unterlagen für die Preisgestaltung erarbeitet?

Michalica forderte auch Vorschläge zur Erhaltung der alten Kunden und zur Gewinnung neuer Kunden für den Fleischmarkt. St. Marx müßte Exportmarkt werden, um ein weiteres Sinken der Viehanlieferungen zu verhindern. Schließlich müßte auch der stoßweise Anlieferungsverkehr an bestimmten Tagen durch niedrigere Marktentgelte an weniger beliebten Tagen reguliert werden.

GR. Ascherl (SPÖ) beschäftigte sich mit dem Wienerwald. Im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung des Wienerwaldes im Landwirtschaf

./.

ministerium fragte Ascherl Stadtrat Prutscher, welche konkreten Maßnahmen und Initiativen er erwäge, um den Wienerwald zu erhalten. Der Redner fragte auch, ob Stadtrat Prutscher für sein zukünftiges Vorgehen über ein langfristiges Konzept verfüge.

Ascherl wies auf die hohen Geldbeträge hin, die die Stadt Wien seit Jahren zur Erhaltung und Verbesserung ihrer Forste aufwendet. Er stellte dazu die Frage, mit welchen Maßnahmen sich der Bund - bekanntlich größter Grundeigentümer im Wienerwald - bisher zur Erhaltung dieses für die Wiener so wichtigen Erholungsraumes eingestellt habe.

Stadtrat Dkfm. Dr. Prutscher im Schlußwort: Einige der vorgebrachten Wünsche und Beschwerden betreffen nicht seine Gruppe oder ihre Erledigung liege nicht in seinem Bereich. So habe in der Frage der Gebühren die Finanzabteilung zu entscheiden. Für die Lebensmittelkontrolle steht nach 16 Uhr, und zwar bis 18 Uhr, ein Journaldienst zur Verfügung, und auch nach dieser Zeit können Stichprobem gemacht werden. Jene Betriebe, bei denen keine Beanstandung erfolgt, werden natürlich in größeren Zeiträumen kontrolliert, als jene, die sich nicht an die Vorschriften halten. Der Rindfleischexport ist praktisch bis Ende März freigegeben. Importe haben nicht immer zu einem Sinken der Preise beigetragen, da verschiedentlich die ausländischen Rindfleischpreise höher lagen. Die Fertigstellung von St. Marx, sowohl des Lebendmarktes, des Fleischmarktes und der Kühlhallen sei technisch im kommenden Jahr möglich. Es fehlen jedoch 150 Millionen, die aber bei der Budgetperlustrierung mündlich zugesagt wurden. Es könnten in St. Marx nicht nur fleischverarbeitende Betriebe angesiedelt werden, sondern kurzfristig vielleicht auch andere Sparten.

Was die Hygiene betrifft, werden von den Abteilungen alle entsprechende Verordnungen angewendet. Bedeutende Verbesserungen werden durch den neuen Fleischmarkt selbst eintreten.

Als Stadtrat Dr. Prutscher über Betriebsansiedlungen spricht und über den niedrigen Grundpreis, den die Exzent in der Großfeldsielung zu zahlen hatte, kommt es zu lebhaften ständigen Zwischenrufen aus den Reihen der SPÖ. GR. Hans Mayr wirft dem Stadtrat vor, daß durch sein Zögern die Versorgung der Bevölkerung nicht

./.

funktionieren konnte. Demgegenüber weist der Stadtrat darauf hin, daß die Finanzverwaltung ihm nicht unterstellt ist. GR. Mayr repliziert, daß es nicht immer um Geld gehe bei Entscheidungen.

Den Bericht der IBB habe er an die Amtsinspektion und die Magistratsdirektion weitergegeben, weil die Schlußfolgerungen aus diesem Bericht sehr weitgehend die Finanzen der Stadt betreffen. Er könnte daher erst nach Äußerung dieser Stellen etwas dazu sagen. Auch die Frage der Marktentgelte gehöre dazu.

Den Vorschlag, das Schlachtentgelt nach den Tagen zu staffeln, unterstreiche er hundertprozentig.

Rechtzeitige Vorsorge für eine Autobuslinie zum Grünmarkt: Er habe diesen Wunsch rechtzeitig bei der zuständigen Verwaltungsgruppe angemeldet.

Man hatte ursprünglich nicht die Schwierigkeit der Frage der Konzession genannt, sondern erklärt, die Schwierigkeit liege im Fehlen der Autobusse und der Lenker. Er habe daraufhin den Vorschlag unterbreitet, die Firma Richard einzuschalten, und es wurde um die Konzession angesucht.

Landparteienplatz: Die Standeln werden sich unter Dach befinden, eventuell soll eine Windschutzwand errichtet werden.

Mobile Märkte: Eine ausführliche Studie, wie weit derartige Märkte notwendig sind, lag bereits 1967 vor. Sie wurde im Mai 1968 an alle Bezirksvorstehungen ausgeschickt mit dem Ersuchen um Stellungnahme. Leider kamen keine Anregungen. Im Ausland haben sich mobile Märkte bestens eingeführt.

Eine Studie, wo sich ein Detailmarkt für den 3. Bezirk am günstigsten befinden soll, ist derzeit in Ausarbeitung.

Der Ansicht, daß der Inzersdorfer Großmarkt infolge weiterer Entfernung vom Stadtzentrum schwerer für Detaillisten erreichbar sei, widersprach Stadtrat Dr. Prutscher. Wohl sei die Entfernung größer, es gebe aber keine Parkplatzmisere wie auf dem Naschmarkt.

Ein Konzept über den Wienerwald als Naturpark wird derzeit ausgearbeitet. Der Bund ist bereit, Grund für Lagerwiesen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung: Das 12. Hauptstück wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Wirtschaftsdebatte-(Zusammenfassung)

Wien, 18.12. (RK) Über die Verwaltungsgruppe XII, Wirtschaftsangelegenheiten, referierte Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP). Die Ansätze dieser Gruppe mit Ausgaben von 440 Millionen Schilling wurden mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Stadtrat Prutscher bezeichnete in seiner Budgetrede die kürzliche Eröffnung des Blumengroßmarktes als den ersten Pfeiler des Marktkonzeptes. Für den Großmarkt in Inzersdorf sind 91 Millionen vorgesehen. Bei entsprechendem Bautempo könnte der Großmarkt vom Naschmarkt bereits in zwei Jahren übersiedeln. Der Detailmarkt auf dem Naschmarkt wird jedoch bleiben.

Die beiden Großmärkte Inzersdorf und St. Marx werden in Zukunft durch die Autobahn nur zehn Autominuten entfernt sein. In St. Marx wird derzeit am Kühlblock und an der Markthalle gebaut.

Die Freude über das neue Fleischzentrum sei allerdings durch wirtschaftliche Aspekte getrübt. Die Zahl der Schlachtungen ist rückläufig (30.000 Schweine in elf Monaten weniger). Auch für den Viehmarkt ist eine rückläufige Entwicklung festzustellen. Es kommt daher darauf an, vorerst den derzeitigen Benützerstand für das Fleischzentrum zu halten.

Die beiden Einkaufsabteilungen Baustoffbeschaffung und Beschaffungsamt weisen gewaltige Umsätze auf: Baustoffbeschaffung (in den ersten elf Monaten) 235 Millionen, Beschaffungsamt 240 Millionen.

Zum Stadtforstamt erklärte Prutscher, das Sorgenkind dieser Abteilung sei die Lobau. Eine Sanierung sei dringend erforderlich, damit die mangelnden sanitären Einrichtungen keine Gefährdung der Trinkwasserversorgung herbeiführen. Für den Wienerwald könnte die Arbeitsgemeinschaft im Ministerium, der auch ein Vertreter der Stadt Wien angehört, nützlich werden.

GR. Peter (FPÖ) kritisiert die aus dem Wirtschaftsbudget ersichtlichen Preissteigerungen. Die preisregulierende Funktion der Märkte sei fragwürdig geworden.

./.

GR. Franziska Fohler (SPÖ) spricht über die großen Leistungen des Beschaffungsamtes. Das österreichische Lebensmittelgesetz sei unzureichend. Leider könne sich die ÖVP im Parlament nicht zum Beschluß eines neuen Gesetzes entschließen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) fordert die Schaffung einer Agrarbehörde für Wien; auch ein landwirtschaftliches Siedlungsgesetz sei dringend notwendig. Weiter spricht der Redner über Probleme der Wiener Landwirtschaft.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) hofft, mit dem Bau des Großgrünmarktes möge es genauso gut vorangehen wie beim Blumengroßmarkt. Sie stellt die Frage, ob die Planung des neuen Detailnaschmarktes und der Schnellstraßenbau mit dem Planungsstadtrat koordiniert wird. Für die Neubaugebiete im Süden und Osten fordert die Rednerin mobile Märkte.

GR. Dr. Tuma (DFP) bemängelt das Fehlen eines Gesamtkonzeptes für die Märkte. Der Standort des Blumengroßmarktes am Stadtrand sei fragwürdig.

GR. Dr. Ebert (ÖVP): Es müßte mehr Geld für die Modernisierung der Märkte ausgegeben werden. Bei Marktplanungen sollte man die Hausfrauen zu Rate ziehen. Für den verbleibenden Detailmarkt des Naschmarktes müssen Parkplätze geschaffen werden. Zu den Preiserhöhungen: Die Verbraucher nützen günstigere Preise nicht a

So wurde viel geredet, weil die Milch um fünf Groschen teurer geworden ist, aber niemand kauft offene Milch, die 20 Groschen billiger ist. Ähnlich ist es bei den maschinell hergestellten Semmeln. Man könne aber nicht im Kollektivvertrag verlangen, daß niemand entlassen werden darf und dann noch den selben Preis fordern.

GR. Deutsch (SPÖ) stellt dazu fest, daß eine große Anzahl Bäckereiarbeiter entlassen wurde, als die Betriebe neue Maschinen anschafften. Früher erzeugte ein Bäcker 1.800 Semmeln pro Schicht. Heute bringen es zwei Arbeiter auf 100.000 Semmeln.

./.

GR. Michalica (SPÖ) betont die Aktivität Wiens zur Förderung von Betriebsansiedlungen und die Initiative Mareks zur Regionalplanung mit Niederösterreich und dem Burgenland. Im Zusammenhang mit Fleischtransportenfordert er bessere hygienische Bestimmungen. St. Marx müsse Exportmarkt werden, um ein weiteres Sinken der Viehanlieferungen zu verhindern.

GR. Ascherl (SPÖ) stellt einige Fragen an den Referenten, welche Maßnahmen und Initiativen erwogen werden, um den Wienerwald zu erhalten.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Debatte Rechtsangelegenheiten

Wien, 18. 12. (RK) Der Zivilschutz müßte parat stehen, die Bevölkerung müßte entsprechend geschult werden und Luftschutzvorbereitungen sind notwendig, stellte GR. Dr. Tuma (DFP) fest. "Wenn heute Österreich über Nacht besetzt würde, wüßte kein Mensch, was er zu tun hätte."

Wenn man sich nur auf eine geistige Landesverteidigung konzentriert und darüber organisatorische und materielle Voraussetzungen vernachlässigt, bedeutet das ein Aufzäumen des Pferdes am Schwanz.

Ein Manko des Rechtsressorts, findet Dr. Tuma ferner, ist das Fehlen eines legislativen Büros, das alle Landesgesetze auf seine äußere Form und die Vernunft des Inhalts hin kontrolliert. Als Beispiel für mangelnde Koordination auf legislativem Gebiet führt der Gemeinderat das U-Bahnsteuer-Gesetz an, das seiner Meinung nach gewisse Inkonsequenzen enthält.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellte fest, daß man der Verwaltungsgruppe XIII die wesentlichsten Rechtsagenden der Gemeindeverwaltung vorenthalten habe. Die Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten, die Fragen der Verfassung sowie die Komplexe des Verwaltungsrechts und des Wahlrechts hätte man Dr. Krasser zuordnen können. So aber sei ihm als Arbeitsbereich nur ein Butterbrot geblieben, garniert mit dem Zivilschutz und der Rattenbekämpfung, welch letztere Dr. Krasser nur der Großzügigkeit seines Kollegen Dr. Glück zu verdanken habe.

Die Rattenplage bezeichnete der Redner als "nach wie vor bedeutend". Ursache dafür sei nicht zuletzt das veraltete Kanalnetz der Stadt. Mit dem Aufstellen von Fallen solle man nicht erst bis zum Erscheinen von Ratten warten, sondern schon vorbeugend in rattengefährdeten Gebieten damit beginnen.

Zum Zivilschutz meinte Dr. Schmidt, hier sei die Bereitschaft der Gemeinde Wien äußerst dürftig. Unter anderem sei es versäumt worden, im Zuge des U-Bahn-Baues Schutzräume zu errichten.

Insgesamt äußerte sich Dr. Schmidt zu den 13. Hauptstücken des Budgets der Hoheitsverwaltung, es stelle sich jetzt heraus

./.

daß die Rathauskoalition der alten Art fröhliche Urständ feiere und daß die ÖVP auch weiterhin nichts anderes sei als der treue und gehorsame Partner der sozialistischen Rathausmehrheit.

GR. Dr. Macher (ÖVP) verweist darauf, daß es zu den kommenden Aufgaben dieser Geschäftsgruppe gehört, ein Altstadterhaltungsgesetz zu schaffen, das dem öffentlichen und dem privaten Interesse dient.

Das Gesetz wird Gebote und Verbote für die Liegenschaftseigentümer enthalten was das äußere Aussehen, das der Innenhöfe, Durchgänge und Dachformen betrifft. Hier beginnt die rechtliche Problematik, handelt es sich doch um Einschränkungen der Verfügungsfreiheit, die außerdem noch mit einem nicht unerheblichen Aufwand verbunden sind. Diese Frage wird nach den Grundsätzen des Rechtsstaates geregelt werden müssen. Es kann, wenn es das allgemeine Wohl erfordert, zu Enteignungen geschritten werden, aber gegen angemessene Entschädigung. Auch die Rechtsgrundsätze nach idem Mietengesetz müssen dabei berücksichtigt werden. Es werden sich viele Gehirne damit beschäftigen müssen, wie sie die wirtschaftlichen Lasten mit dem rechtsstaatlichen Prinzip in Übereinstimmung bringen können.

Zum Garagengesetz: Dieses Gesetz ist deshalb so wichtig, weil dem bestehenden Gesetz eine vollkommene Fehleinschätzung der Entwicklung des Wiener Verkehrs zugrunde lag. Das Verhältnis ein Stellplatz zu vier Wohnungen ist längst überholt. Das Garagengesetz soll nicht nach der Bauordnung erstellt werden, sondern zumindest gleichzeitig mit ihr, um eine Parallelität zu gewährleisten.

Die legistische Arbeit habe auch im Bereich der Landesgesetzgebung zugenommen. Gesetzliche Formulierungen und Textierungen sind simultane Übertragungen von technischen, wirtschafts-, sozial und finanzpolitischen Vorschriften in eine Wiener rechtsstaatliche Landesgesetzgebung. Sie wächst zwangsläufig mit der kommunalen Tätigkeit. Wenn die Gruppe XIII eine echte Konzentration auf legislativem Gebiet zustande bringt, was mehr ist als bestehende Rechtsvorschriften zu bereinigen und der heutigen Sprache anzupassen, dann stellt sie eine Koordinationsstelle dar, die im Rechtsbereich das sichert, was auf technische und wirtschaftlichem Gebiet in der Gruppe VI als Planung und Koordination angestrebt wird.

./.

GR. Dr. Gräf (ÖVP) verglich die legistische Tätigkeit der Juristen mit der Arbeit von Designern: die Kunst liege darin, aus mehreren Möglichkeiten die günstigste zu wählen. Gesetze dienen der Ordnung: dieser Ordnung bedarf es umso mehr, je näher die Menschen zusammenrücken müssen. An und für sich sei das Vorhandensein der Ordnung weniger interessant - ihr Fehlen wird aber sofort als höchst unangenehm empfunden.

Hinsichtlich des Zivilschutzes gehen alle Vorschriften ins Leere, wenn die Bevölkerung nicht die Absicht hat, sich selbst zu helfen. Der Zivilschutz sei nicht nur im Kriegsfall von größter Wichtigkeit. Auch bei Katastrophen, ungünstigen Witterungsverhältnissen oder einem Verkehrschaos soll die Bevölkerung wieder zu einer Gemeinschaft werden, die aus eigener Kraft mit den Schwierigkeiten und Problemen fertig wird.

Nicht nur von der budgetären, sondern auch von der menschlichen Seite sollte man das Rechtsressort betrachten, meinte GR. Brosch (SPÖ). Jeder fünfte Wiener hat innerhalb eines Jahres mit einer der Abteilungen der Geschäftsgruppe XIII zu tun, und es kommt vor allem auf den menschlichen Kontakt an, den die Beamten pflegen.

Einige Anregungen: Maßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb sind notwendig; zu viele Tankstellen im bebauten Gebiet sollten durch die Bauordnung verhindert werden; die in etwa zwei Jahren zu erwartende Bauordnungsnovelle sollte möglichst den letzten technischen Erkenntnissen angepaßt sein; wirksame Baulärmvorschriften sind notwendig; desgleichen Maßnahmen gegen den Lärm von Verkehrsflugzeugen.

Der Zivilschutz müßte zunächst mit Erste-Hilfe-Kursen (auch gegen Atomgefahren) und Rettungsschwimmen einen Anfang machen.

Bei Führerscheinentziehungen müßte zwar mit der Strenge des Gesetzes gehandelt werden, in berücksichtigungswürdigen Fällen aber auch menschlich.

In seinem kurzen Schlußwort ging Stadtrat Dr. Krasser (ÖVP) zunächst auf die Bezeichnung "Butterbrotbudget" (von Dr. Schmidt) ein: Da es sich nur um Verwaltungsagenden handle, habe er von Vizebürgermeister Slavik dafür gar kein "finanzielles Wiener Schnitzel" erwartet.

./.

Krasser schloß sich dem Bedauern darüber an, daß im Zuge des U-Bahn-Baues keine Zivilschutzräume errichtet werden, merkte jedoch an, daß ein solches Vorhaben einen Mehraufwand von fünf Prozent an Baukosten gebracht hätte. Hinsichtlich der Bauordnungsnovelle bemerkte der Stadtrat, bei der Ausarbeitung neuer Bestimmungen werde selbstverständlich der Entwicklung auf dem Baustoffsektor Rechnung getragen werden.

Abstimmung: 13. Hauptstück mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. (Fortsetzung mit Geschäftssitzung des GR. U-Bahn-Hilfe, Wohnbaufonds etc.).

\- - -

Debatte Rechtsangelegenheiten (Zusammenfassung)

Wien, 18. 12. (RK) Über die Gruppe XIII, Verschiedene Rechtsangelegenheiten, die ausgabenschwächste Geschäftsgruppe (297.000 Schilling), referierte Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP). Die Ansätze seiner Gruppe wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

In seiner Budgetrede gab Stadtrat Dr. Krasser einen umfangreichen Tätigkeitsbericht aus dem Rechtsbereich der Stadtverwaltung. Der Wert dieser Geschäftsgruppe drücke sich allerdings nicht in den Budgetzahlen aus.

Die Abteilung Bevölkerungswesen registrierte in den ersten elf Monaten 20.203 Geburten, 12.429 Eheschließungen und 26.010 Sterbefälle. Ein Problem, das in letzter Zeit häufiger wird: welchen Familiennamen die Ehefrau zu führen hat, wenn der Gatte Ausländer ist. Hier gibt es in den verschiedenen Staaten verschiedene Vorschriften. Jedoch ist man bei Namensänderungen in dieser Frage äußerst liberal.

Heuer wurden (elf Monate) 58.757 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt. Der Ausbau der Staatsbürgerschaftsevidenz wird zügig fortgesetzt. Sie umfaßt derzeit 635.800 Karteiblätter.

Seit Jänner 1969 ist die Gewerberechtsnovelle 1968 in Kraft, durch die einige Handelstätigkeiten liberalisiert wurden. Wegen Übertretung der Gewerbeordnung wurden im letzten Jahr 1,9 Millionen Strafbeträge eingenommen.

Heuer wurde vor allem an der großen Bauordnungsnovelle gearbeitet, weiter an der Novellierung von Garagengesetz, Kleingartengesetz, Feuerpolizeigesetz u.a. In Ausarbeitung befinden sich Entwürfe des Straßenverwaltungsgesetzes und eines Baulärmgesetzes.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten: Bis 30. November waren beim Verkehrsamt 2.062 Führerscheinentziehungen gemeldet, davon 1.679 wegen Trunkenheit und 36 wegen Fahrerflucht. Die Wiener Polizei kassierte in den ersten zehn Monaten 35,2 Millionen Strafgelder, die an das Land Wien für Straßenerhaltung abgeführt wurden.

GR. Dr. Tuma (DFP): Die Bevölkerung müßte im Zivilschutz geschult und für den Luftschutz vorbereitet werden. Geistige Landesverteidigung genügt nicht.

./.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meint, daß der Gruppe XIII die wesentlichsten Rechtsagenden vorenthalten bleiben: Zivil- und Strafrecht, Verfassungs-, Verwaltungsrecht und Wahlrecht. Die Rattenplage sei nach wie vor bedeutend. Zivilschutz: Man hat es versäumt, im Zuge des U-Bahn-Baues Schutzräume vorzusehen.

GR. Dr. Macher (ÖVP): Zu den Aufgaben dieser Gruppe wird es gehören, ein Altstadterhaltungsgesetz zu schaffen, das öffentlichem und privatem Interesse dient. Das neue Garagengesetz soll zumindest gleichzeitig mit der Bauordnung erstellt werden.

GR. Dr. Gräf (ÖVP): Die Kunst der legistischen Tätigkeit liege darin, aus mehreren Möglichkeiten die günstigste zu wählen. Beim Zivilschutz gehen alle Vorschriften ins Leere, wenn die Bevölkerung sich nicht selbst helfen will.

GR. Brosch (SPÖ) gibt einige Anregungen: Maßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb wären notwendig. Nicht zu viele Tankstellen in verbautem Gebiet, wirksame Baulärmvorschriften, desgleichen Maßnahmen gegen den Lärm von Verkehrsflugzeugen.

\- - -

Gemeinderats-Geschäftssitzung (Nachlese)

(Wien, 18. 12. (RK) Nach Abschluß der Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt für 1970 fand eine Geschäftssitzung des Gemeinderates statt (siehe auch unsere Berichte über U-Bahnhilfe und neue Richtlinien im Wohnbaufonds). Dabei wurden ohne Debatte 51 Tagesordnungspunkte angenommen, darunter die Haftung für Kredite der Zentralsparkasse an die Heizbetriebe Wien Ges.mbH bis zur Höhe von 400 Millionen Schilling. Das Kuratorium Wiener Pensionistenheime erhält zur Fertigstellung des Pensionistenheimes in Döbling ein unverzinsliches Darlehen von 10,521.000 Schilling, 11,1 Millionen Schilling wurden für die Errichtung des Sonderkindertagesheimes auf dem Ringelseeplatz bewilligt.

Weiter genehmigte der Gemeinderat den Bau eines Ersatzstollens in Neubrück bei Scheibbs, wo die II. Hochquellenleitung schadhaft geworden ist, und eine Erhöhung des Betrages für die Einleitung der Sieben Quellen (von 230 auf 250 Millionen).

Genehmigt wurde auch die Errichtung des 5. Bauteils der Per Albin Hansson-Siedlung Ost (638 Wohnungen, 162 Millionen Schilling) sowie die Errichtung von insgesamt 1[illegible] Verkehrslichtsignalanlagen.

\- - -

Kommission für bessere Betreuung in Altersheimen

Wien, 18. 12. (RK) GR. Herbert Mayr (SPÖ) beantragte in der Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates am Donnerstag die Einrichtung einer Kommission, die aus zehn Gemeinderatsmitgliedern der SPÖ und vier der ÖVP bestehen soll. Sie hat die Aufgabe, Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung der Betreuung der in den städtischen Altersheimen untergebrachten Mitbürger zu untersuchen und entsprechende Vorschläge zu erstatten. Von der SPÖ werden vorgeschlagen: Stadträtin Maria Jacobi, die Gemeinderäte Franz Gawlik, Josef Srp, Leopoldine Schlinger, Anton Konir, Johann Nimmerrichter, Herbert Dinhof, Margarete Tischler, Franz Rosenberger und Elisabeth Schindler; von der ÖVP die Gemeinderäte Dr. Marga Hubinek, Gertrude Härtel, Walter Lehner und Hans Leinkauf.

GR. Müller (DFP) begrüßte die Schaffung einer derartigen Kommission, verweist jedoch auf die nach der Geschäftsordnung bestehende Möglichkeit, auch Gemeinderäte anderer Fraktionen als beratende Mitglieder miteinzubeziehen. Er stellt einen entsprechenden Zusatz-Antrag.

GR. Herbert Mayr stellt fest, es werde der Kommission obliegen, wen sie einlädt. Sie wird über ihre Tätigkeit berichten und zu diesen Vorschlägen kann diskutiert werden.

Abstimmung: Referentenantrag einstimmig angenommen; der Zusatz-Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt.

\- - -

endlich wieder ein hundertjaehriger wiener

12 wien, 18.12. (rk) die vormacht der hundertjaehrigen wienerinnen ist zwar nicht zu brechen, aber immerhin konnte nach laengerer zeit wieder ein wiener den hundertsten geburtstag feiern.

buergermeister bruno m a r e k stattete deshalb donnerstag vormittag herrn august k u r s a v e im altersheim lainz einen besuch ab. das stadtoberhaupt ueberreichte die ehrengeschenke der stadtverwaltung und gratulierte dem jubilar im namen aller wienerinnen und wiener. august kursave wurde in goschuetz/polen geboren. er war von beruf gemeindebeamter.
1255

preisguenstige gemuese- und obstsorten

20 wien, 18.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 5 schilling, kohl 6 schilling und weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse roem. zwei) 5 bis 7 schilling, bananen 6 bis 8 schilling und orangen 5,50 bis 6 schilling je kilogramm.
1447

sitzung des landessanitaetsrates

16 wien, 18.12. (rk) unter dem vorsitz von landeshauptmann bruno m a r e k trat am donnerstag der wiener landessanitaetsrat zu einer sitzung zusammen. zunaechst hielt der landeshauptmann einen nachruf auf professor hans h o f f , der bekanntlich vor einiger zeit gestorben ist. marek stellte sodann prof. otto n o v o t n y , den vorstand der universitaetsklinik fuer hals- nasen- und ohrenerkrankungen als neues mitglied des kollegiums vor.

nachdem ueber ersuchen von landeshauptmann marek prof. b r e i t e n e c k e r den vorsitz uebernommen hatte, behandelte der sanitaetsrat insgesamt sieben tagesordnungspunkte. fuer die neubesetzung eines vorstandes des medizinisch-chemischen zentrallabors im krankenhaus lainz wurde folgender vorschlag erstellt: 1. dr. michael f i s c h e r , oberarzt in lainz und 2. dr. wilhelm b i s t j a n c i c , oberarzt im wilhelminenspital. fuer die neubesetzung der gynaekologie in lainz lautet die terna: dozent dr. josef a r t n e r von der zweiten frauenklinik an erster stelle, dozent dr. alfred k r a t o c h w i l , ebenfalls von der zweiten frauenklinik an zweiter und an dritter stelle ex equo die oberaerzte dr. karlheinz l o e w und dr. engelbert p i c h a , beide von der ersten frauenklinik. schliesslich einigten sich die mitglieder des sanitaetsrates auch auf einen vorschlag zur besetzung des vorstandes fuer das roentgeninstitut von der rudolfstiftung, ,primo loco dr. gerhard m e r l i t s c h e k , facharzt an der rudolfstiftung, secondo loco ex equo dr. Konrad b r e z i n a, oberarzt im franz joseph spital und primarius dr. kurt s t e l l a m o r vom spital der barmherzigen brueder sowie tertia loco dr. herbert s c h r a t t e r, oberarzt an der zweiten chirurgischen universitaetsklinik.

1445

wiener budget von spoe und oevp beschlossen

21 wien, 18.12. (rk) im anschluss an die behandlung der geschaeftsgruppe dreizehn brachte der vorsitzende den voranschlag der bundeshauptstadt wien fuer das jahr 1970 in seiner gesamtheit zur abstimmung. nach siebentaegiger debatte wurde das budget mit den stimmen von spoe und oevp angenommen. ebenso wurden die antraege auf ueberpruefung der gebuehren angenommen.

die beratungen werden morgen freitag, den 19. dezember, mit der behandlung der wirtschaftsplaene der wiener stadtwerke (referent stadtrat nekula, spoe) fortgesetzt und abgeschlossen. vorher (9 uhr) findet eine sitzung des wiener landtages statt.
1539

schweinenachmarkt vom 18. dezember

24 wien, 18.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhren: 147, davon 147 durchlaeufer, verkauft alles. laut mitteilung der magistratsabteilung 60 60 schweine aus der ddr. marktverkehr ruhig, hauptmarktpreise.

pferde- und rindernachmarkt vom 18. dezember

25 wien, 18.12. (rk) kein auftrieb.
1652

Verkehrsbetriebe weiterhin Sorgenkind

9. und letzter Tag der Budgetdebatte

Verwaltungsgruppe XIV, Wiener Stadtwerke
Referent Stadtrat Franz Nekula (SPÖ)
Erträge: 5.283 Millionen Schilling, Aufwendungen: 5.767 Millionen Schilling.

Wien, 19.12. (RK) Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke werde auch im kommenden Jahr durch das Sorgenkind Verkehrsbetriebe entscheidend beeinflußt, erklärte Stadtrat Franz Nekula in seinem Referat über die Wiener Stadtwerke am letzten Tag der diesjährigen Budtetdebatte vor dem Gemeinderat. Der echte Verlust der Verkehrsbetriebe werde voraussichtlich 1.113 Millionen Schilling ausmachen und könne nur dadurch verringert werden, daß die Hoheitsverwaltung einen Zuschuß von 200 und die E-Werke einen solchen von 180 Millionen Schilling gewährten. Die wirtschaftliche Situation der Wiener Verkehrsbetriebe zwinge daher zu Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage bei den Wiener Stadtwerken abzielten. Nekula nannte unter anderem die Ausschöpfung aller innerbetrieblichen Rationalisierungsmöglichkeiten. Aus diesem Grunde sei der Direktor der Hannoveranischen Verkehrsbetriebe, Prof. Dr. Lehner, mit einer umfassenden Überprüfung der Fahrpläne sowie des Liniennetzes baauftragt worden.

./.

Lehner werde Mitte Jänner mit seiner Arbeit beginnen. Der Experte schätzte, das Ergebnis seiner Untersuchungen in etwa anderthalb Jahren vorlegen zu können.

Darüber hinaus seien Verhandlungen zwischen der städtischen Finanzverwaltung und der Generaldirektion der Stadtwerke in Fluß gekommen, die ebenfalls eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zum Ziel hätten. Diese Absicht sei umso bedeutsamer, da man ohne Übertreibung sagen könne, daß für das E-Werk, das Gaswerk und die Verkehrsbetriebe, also jene Unternehmungen, von denen die entscheidenden Versorgungsleistungen der Stadt erbracht würden, gleichsam ein neues Zeitalter anbräche. Darunter seien der Bau der U-Bahn, die Umstellung der Gasversorgung von Stadtgas auf Erdgas und schließlich die Vermehrung der Energieproduktion beziehungsweise die Erneuerung der wesentlichsten Einrichtungen des E-Werkes in den nächsten zehn bis zwölf Jahren zu verstehen.

Gaswerk

Durch den mit der Sowjetunion abgeschlossenen Importvertrag über Erdgas sei die Rohstoffbasis der Gaswerke auf Jahrzehnte gesichert. Daher könne nun die Umstellung auf die direkte Erdgasbeliferung der Konsumenten in Angriff genommen werden. Und deshalb habe man heuer im August auch den Betrieb der letzten Kammeröfen in Leopoldau einstellen können, was überdies zu einer Ersparnis von 217 Dienstposten geführt habe.

Da Wien mit 767.414 Abnehmern eines der dichtesten Gasversorgungsnetze Europas besitze, sei der Arbeitsaufwand für die Umstellungsaktion enorm. Man rechne derzeit mit einer Umstelldauer von 15 Jahren, erklärte Nekula. Um diese Aktion optimal vorzubereiten, habe man einer Privatfirma einen entsprechenden Planungsauftrag gegeben. Nekula wies darauf hin, daß infolge des rund doppelt so hohen Kaloriengehaltes des Erdgases die Kapazität des bestehenden Rohrnetzes - etwa 2.600 Kilometer - mit geringen Investitonen verdoppelt werden könne.

./.

E-Werke

Der Stromverkauf werde im kommenden Jahr voraussichtlich 3.289 GWh oder um acht Prozent mehr als 1969 ausmachen. Im Herbst kommenden Jahres sei mit der Inbetriebnahme von Block 6 der Kraftwerksgruppe Simmering zu rechnen. Da Wien auf Grund des ständig steigenden Energiebedarfes 1973 ein weiteres Kraftwerk mit einer Leistungsfähigkeit von 150 MW benötige, werde mit dem Bau dieses Werkes ebenfalls 1970 begonnen. Diese Situation habe auch dazu geführt, daß Wien sich nicht beim Bau des ersten österreichischen Kernkraftwerkes beteiligen werde, weil dieses erst 1975/76 seinen Betrieb aufnehmen werde können. Aber selbstverständlich würden die Wiener Stadtwerke die Entwicklung der Kernenergie in Österreich als Mitglied der Planungsgesellschaft weiterhin im Auge behalten.

Nekula gab zudem bekannt, daß mit der Schaffung eines Energiekonzeptes für Wien und damit der Beseitigung möglicher Fehler bei den Investitionen der drei Energieträger begonnen worden sei: unter dem Vorsitz von Stadtrat Pfoch und ihm selbst seien die Arbeitsgespräche zwischen E-Werk, Gaswerk und Fernwärmegesellschaft bereits aufgenommen worden, um eine sinnvolle Koordination zu erreichen.

Verkehrsbetriebe

Der Frequenzrückgang werde auch 1970 anhalten, wenngleich mit einer Verlangsamung zu rechnen sei. Tramway und Autobus schätzten insgesamt 417,5 Millionen Beförderungsfälle. Das Sinken der Durchschnittserlöse im Einheitstarif werde als beendet angenommen und dürfte so wie heuer 244,5 Groschen pro Person betragen.

Den Vorteil des öffentlichen Verkehrsmittels gegenüber dem Auto illustrierte Nekula an Hand eines Beispieles. Eine Fahrt zum und vom Arbeitsplatz zwischen Philadelphia-Brücke und Rathaus mache täglich 14 Kilometer aus und selbst wenn man dafür nur die Kosten eines Kleinautos berechne, entstünden täglich Ausgaben von 12,46 Schilling (89 Groschen pro Kilometer).

./.

Für eine Fünf-Tage-Woche betrügen die Fahrtkosten demnach mit dem Auto 62,30, mit einer Wochenstreckenkarte hingegen lediglich 25 Schilling. Neben dieser Ersparnis von wöchentlich 37,30 Schilling würde sich der Verkehrsteilnehmer aber auch noch die Sorgen ersparen, einen Parkplatz zu finden. Die öffentlichen Massenverkehrsmittel müßten daher so attraktiv werden, daß sie das "Umsteigen" vom Auto erleichterten, was zweifellos durch die U-Bahn geschehen werde.

Die wirtschaftliche Lage und die Personalsituation der Verkehrsbetriebe verlangten jedoch nach Maßnahmen, die in kürzerer Zeit als dies durch die U-Bahn geschehen könne, wirksam würden, fuhr Nekula fort. Der Stadtrat nannte sodann einige in Aussicht genommene Rationalisierungsmaßnahmen: die Aufsichtsbehörde habe bereits zugestimmt, auch die Triebwagen schaffnerlos zu führen, was zu einer Verminderung des Personals führen würde. Dafür müßten allerdings einige Investitionen vorgenommen werden. Fahrscheinautomaten für die schaffnerlosen Züge, Totmann-Einrichtung und schließlich Funkeinrichtungen, damit der Fahrer ständig mit der Betriebsleitung in Kontakt bleiben könne.

Eine weitere Verbesserung habe sich bei Gesprächen mit der Aufsichtsbehörde abgezeichnet: die Revisionszeiten dürften demnach entsprechend dem Baualter der Wagen gestaffelt und nach einem höheren Kilometerausmaß bewilligt werden. Auch der Einsatz von Frauen als Fahrerinnen hänge nur noch von einem Universitätsgutachten ab.

Nekula kritisierte dann eine "eigenwillige Praxis" bei der Besteuerung der Verkehrsbetriebe durch den Bund. Zwei Prozent vom Erlös pro Straßenbahnfahrgast müßten an Beförderungssteuer entrichtet werden, würden jedoch Umstellungen von Straßenbahn auf Autobus vorgenommen, so mache die Beförderungssteuer drei Prozent aus. Auch ein anderer steuerlicher Widerspruch scheine überholungsbedürftig: während die Massenverkehrsmittel durch die Beförderungssteuer "bestraft" würden, werde den Autofahrern ein Kraftfahrzeugpauschale, also eine Steuerermäßigung, gewährt.

Bestattung

Die Bestattung rechne im kommenden Jahr mit etwa 32.000 Sterbefällen.

Abschließend erklärte Stadtrat Nekula, die Wiener Stadtwerke hätten ihren Personalstand insgesamt um 431 Dienstposten und zwar von 18.036 auf 17.605 senken können. Trotzdem würden die Personalaufwendungen mit 2.578 Millionen Schilling um 146,6 Millionen oder sechs Prozent höher als 1969 sein.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

\- - -

slavik bei weihnachtsfeier im amerika-haus

2 wien, 19.12.(rk) samstag, den 20. dezember, um 16.30 uhr, findet im neuen amerika-haus, 1,friedrich schmidt-platz 2 (hinter dem rathaus), eine weihnachtsfeier statt, zu der waisenkinder aus dem st. josefs-heim , schueler der american school und kinder von angehoerigen der amerikanischen botschaft eingeladen wurden. vizebuergermeister s l a v i k wird zu der feier einen 'oesterreichischen' christbaum mitbringen und begruessungsworte sprechen. das programm sieht lieder der wiener saengerknaben vor, ferner wirken heinz c o n r a d s und der amerikanische saenger walker wyatt mit. gemeinsam gesungene weihnachtslieder beenden die feier.
0844

neuer bezirksvorsteher fuer den 18. bezirk gewaehlt

3 wien, 19.12. (rk) mit den stimmen aller parteien wurde donnerstag abend dkfm. hans h e m m e l m a y e r (oevp) im amtshaus martinstrasse 100 zum neuen bezirksvorsteher des 18.bezirkes gewaehlt. den wahlvorgang leitete bezirksvorsteher-stellvertreter dipl.-ing. guenter h a i d e n . der bisherige bezirksvorsteher ddr. viktor leo g r a e f trat die nachfolge des verstorbenen gemeinderates und landtagsabgeordneten dr. franz weninger an.
0845

neuer vorstand der ''vereinigung der kommunalberichterstatter''

4 wien, 19.12.(rk) die vereinigung der wiener kommunalberichterstatter hielt freitag vormittag ihre generalversammlung ab. da helmut k o r z e n d o e r f e r (kurier) seinen posten als obmann zur verfuegung gestellt hatte, wurde ein neuer vorstand gewaehlt. obmann der vereinigung ist nun alois b r u n n t h a l e r (arbeiter-zeitung), stellvertretender obmann anton f u e r s t (volksblatt). zum schriftfuehrer wurde leo w e b e r (rathaus-korrespondenz) gewaehlt und zum kassier walter s c h w a r z (''die presse'').
1013

paul taylor-ballett in wien

7 wien, 19.12. (rk) die wiener festwochen werden auch im naechsten jahr ihre heuer begonnene ballettambition fortsetzen. intendant b a u m g a r t n e r hat in new york paul t a y l o r , einen der wesentlichsten vertreter des modern dance, mit seiner kompanie eingeladen, vom 10. bis 13. juni im theater an der wien zu gastieren. paul taylor wird vor allem seine choreographie ''orbs'' zeigen, eines der besten beispiele einer verbindung von beethoven musik mit moderem tanz, sowie andere tanzschoepfungen, die noch nicht in europa zu sehen waren. die paul taylor company beginnt in wien ihre europa-tournee.

ebenso ist die intendanz der wiener festwochen in verhandlung mit dem royal ballett, die ashton-choreographie von beethovens einzigem ballett '' die geschoepfe des prometheus'' auch nach wien zu bringen.
1201

Wiener Landtag

Wien, 19. 12. (RK) Vorsitz: Erster Landtagspräsident Dr. Stemmer.

Durch das Ableben des Abgeordneten Dr. Weninger ist die Funktion eines Mitgliedes des Immunitätskollegiums neu zu besetzen. Der von der ÖVP für diese Funktion vorgeschlagene Abgeordnete Dr. Glatzl wird mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt.

Verbesserung des Mutterschutzgesetzes

Stadtrat Bock (SPÖ) referiert einen Antrag auf Verbesserung einiger Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes. So soll in Zukunft der Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft den Lauf der Dienstzeit nicht mehr hemmen. Ferner soll mit Beginn der Sechswochenfrist jeder Urlaub ohne Bezüge enden. Das Gesetz soll mit 1. Jänner 1970 in Kraft treten.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Sandner (SPÖ) referierte einen Antrag auf Abänderung des Wiener Theatergesetzes. Es geht um Anpassung an bundesgesetzliche Regelungen, bis am 1. März 1970 das Theatergesetz durch ein Veranstaltungsgesetz ersetzt wird.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Ebenfalls um eine Anpassung an bundesgesetzliche Regelungen ging es beim Antrag auf Abänderung des Wiener Ausstellungsgesetzes. (Berichterstatter: Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Sandner). Auch dieses Gesetz soll nächstes Jahr durch das neue Veranstaltungsgesetz ersetzt werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik (SPÖ) referierte den Abänderungsantrag zu Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetzen: Es geht im wesentlichen um eine Fristverlängerung, die auch nach dem 1. Jänner 1969 fertiggestellte Wohnungen steuerlich begünstigt.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Bei dem Abänderungsantrag zum Gesetz über öffentliche Sammlungen (Berichterstatter: Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ)

./.

geht es ebenfalls um eine bundesgesetzliche Anpassung.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Durch den Abänderungsantrag zum Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, den Stadtrat Dr. Hannes Krasser referierte, sollen in erster Linie Schutzbestimmungen für die Kanalarbeiter und für die Erhaltung der Objekte aufgenommen werden. Ferner geht es um eine bundesgesetzliche Anpassung.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Als letztes Geschäftsstück referierte Stadtrat Dr. Krasser einen Abänderungsantrag zur Wiener Bauordnung: Mit Blick auf die kommende große Bauordnungsnovelle scheint es nicht sinnvoll die 1956 geschaffene Bauklasseneinteilung wirksam werden zu lassen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Mit den besten Wünschen zu den Feiertagen, die auch den anwesenden Mitgliedern des Bundesrates galten, schloß Landtagspräsident Dr. Stemmer um 9,25 Uhr die Sitzung.

\- - -

Stadtwerkedebatte

Wien, 19. 12. (RK) Die Debatte eröffnet GR. Müller (DFP), der das Projekt eines neuen Dampfkraftwerkes für Wien als unmodern bezeichnet.

Kabel und Rohrleitungen sollten in Sammelschächten unter den Gehsteigen verlegt werden, die von den Kellern der Häuser zugänglich sind; auf diese Weise könnte das häufige Aufgraben vermieden werden.

Zur Umstellung auf Erdgas könne man nur sagen: Hoffentlich kommt kein Krieg, sonst drehen uns die Russen das Gas ab.

Die zahlreichen Pensionisten der Verkehrsbetriebe sollten zur Entlastung derselben den Ruhegenußempfängern der Gemeindeverwaltung zugeschlagen werden.

Nachdem GR. Müller auf die schlechten Verkehrsverhältnisse im Gebiet Schönbrunner Straße - Reinprechtsdorfer Straße hingewisen hat, schlägt er abschließend vor, die Vorortelinien für den Nahverkehr auszubauen.

GR. Peter (FPÖ) bemängelte zuerst, daß in den Unterlagen für die Gemeinderäte heuer nichts mehr über das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital bei den Stadtwerken enthalten sei. Man wisse allerdings dennoch, daß sich dieses Verhältnis dauernd zu Ungunsten des Eigenkapitals verschlechtere.

E-Werke: Leider steige das Angebot an elektrischer Energie in Wien nicht mit gleicher Geschwindigkeit wie der Bedarf. Außerdem müsse man sich eines überlegen: Was solle denn mit den teuren Anlagen der Dampf- und Wasserkraftwerke geschehen, wenn einmal der Strombedarf durch Kernenergie gedeckt wird?

Gaswerke: Hier öffne sich ebenfalls die Schere zwischen Bedarf und Angebot von Jahr zu Jahr weiter. Der Erdgasbezug aus dem Ausland sei problematisch, weil dadurch bei geänderten politischen Verhältnissen einem anderen Land Pressionsmöglichkeiten gegenüber Österreich in die Hand gegeben würden, und zwar nicht nur dem Lieferanten selbst, sondern auch jedem, über dessen Territorium die Transportleitungen führen.

Verkehrsbetriebe: Der Redner stellte die Rechnung auf, daß das Defizit 1970 bereits 2,7 Millionen Schilling pro Tag aus-

./.

mache. Und auch die Betreuung des Hamburger Verkehrsbetriebe-Direktors, Dr. Lehner, solle man nicht allzu hoffnungsfroh betrachten: Denn schon vor Jahren habe ein Schweizer Institut Untersuchungen ähnlicher Art über die Situation der Verkehrsbetriebe auftragsgemäß durchgeführt, aber die damaligen Vorschläge seien überhaupt nicht beachtet worden. Grundsätzlich sei zu sagen, daß ja bekanntlich die Verkehrsbetriebe in allen Großstädten defizitär seien. Aber es gehe doch darum, dieses Defizit möglichst gering zu halten.

Der ÖVP warf der Redner vor, durch ihre Zustimmung zum Wirtschaftsplan werde sie auch die U-Bahnsteuer sanktionieren, gegen die sie als Partei außerhalb des Rathauses so vehement auftrete. (Zwischenruf GR. Mühlhauser (ÖVP): Die Steuer ist doch in einem Landesgesetz beschlossen worden.)

GR. Haag (ÖVP) bedauert, daß bei E- und Gaswerken ein Teil der für Investitionen veranschlagten Beträge einer Sperre unterliegt. Nach wie vor müssen die E-Werke auch einen Beitrag an die Verkehrsbetriebe, leisten. Der Kraftwerksbau in der Lobau am Steinsporn wird fortgesetzt. Wir könnten dort mit dem Bau eines stadteigenen Atomkraftwerkes beginnen.

Durch eine Beteiligung an der nunmehr gegründeten Kernkraftwerke-Gesellschaft hätten wir die Möglichkeit gehabt, Erfahrungen über die Stromgewinnung aus Kernenergie zu erhalten. Er teile nicht die Ansicht von GR. Peter, daß man in einigen Jahren unsere Wasserkraftwerke und thermischen Werke einfach "wegschmeißen" müßte. Der Strombezug werde sich in diesem Zeitraum verdöppeln und die Erzeugung von Atomstrom wird als zusätzliche Versorgungsquelle eine dominierende Rolle spielen.

Die Bevölkerung hätte man müssen darüber informieren, daß als Ausgleich für die herabgesetzte Nachtheizzeit ein zweistündiges Nachheizen während des Tages zum Nachttarif ermöglicht wurde.

Abzulehnen sei auch, daß private Firmen in Neubauten mit der Werbung für Nachtspeicher gleichzeitig den Mieter auffordern, sich beim E-Werk die notwendige Energie hiefür reservieren zu lassen. Wenn dann andere Mieter oder das Gewerbe stärkere Geräte anschließen wollen, wird dies nicht bewilligt weil die Leitungen zu schwach dimensioniert sind. Als kaum tragbare Belastung für die Wirtschaft bezeichnet der Redner die sogenannten Baukostenzuschüsse.

./.

Ungerecht wäre es auch, den industriellen Strombezug mit einem Pauschale zu berechnen, das Gewerbe jedoch für alle Maschinen mit einer Grundgebühr zu belasten. Eine Beschwerde des Elektrohandels sei es, daß zum Beispiel die Beleuchtung der Geschäfte und der vielen ausgestellten Luster in den Abend- und Nachtstunden nicht unter Berechnung des billigeren Nachtstromes erfolgen kann.

Unsere E-Werke arbeiten wirtschaftlich sehr gut. Die Wiener Eigenstromerzeugung deckt den Bedarf bereits zu 70 Prozent, von der Verbundgesellschaft beziehen wir nur 30 Prozent unseres Gesamtbedarfes.

Der Redner urgiert ein umfassendes Konzept für die Umstellung von Stadtgas auf Erdgas. Eine Koordinierung müßte hinsichtlich der Versorgung zwischen Strom, Gas und Fernwärme erfolgen. Der Redner stellt dazu einen Antrag auf Koordinierung verschiedener Energieträger in Wien.

Sogar schärfste Kritiker an den E-Werken, betonte GR. Hirsch (SPÖ), müssen zugeben, daß es bisher in Wien zu keinem totalen "blackout" in der Stromversorgung, wie dies etwa in New York der Fall war, gekommen ist.

Ein Zeichen für die gute Arbeit und richtige Kalkulation ist auch der Haushaltstarif: 1933 betrug er 70 Groschen, 1969 61 Groschen.

Die gut ausgestattete öffentliche Beleuchtung macht Wien zu einer der sichersten Städte der Welt. Freilich muß da und dort noch auf Anschlüsse gewartet werden, da das in 70 Jahren gewachsene E-Leitungsnetz in nächster Zeit stufenweise erneuert werden muß.

GR. Hahn (ÖVP) erinnerte einleitend an die Budgetdebatte des Vorjahres: damals forderte GR. Gawlik Stadträtin Dr. Schaumayer auf, dem Gemeinderat die Grundzüge eines Sanierungskonzeptes vorzulegen. In einer Rekordzeit - bis zum 17. Februar - wurde dieses Konzept mit den Beamten der Generaldirektion ausgearbeitet und vorgelegt aber nicht mehr vom Gemeinderat behandelt.

Er werde Stadtrat Nekula nicht in Verlegenheit bringen und heute den gleichen Antrag stellen. Heute wisse man nur, daß das Defizit der Stadtwerke mit 484 Millionen Schilling und das der

./.

Verkehrsbetriebe mit 1.133 Millionen das Höchste seit Bestehen der Verkehrsbetriebe sei.

Hinsichtlich der Gebrauchsgebühren von Gas- und E-Werk, die Vizebürgermeister Slavik im Vorjahr für die Zeit von 1957 bis 1969 mit 293 Millionen Schilling angegeben hatte - die aber nicht bezahlt wurden - rechnete der Debattenredner vor, daß diese Gebühren insgesamt 978 Millionen betragen müßten.

In diesem Zusammenhang brachte Gr. Hahn eine Anfrage nach der Höhe der bisher bezahlten beziehungsweise gestundeten Gebrauchs- und Wegebenützungsgebühren ein.

Wer im Voranschlag das echte Defizit der Verkehrsbetriebe sucht, findet es sicher nicht. Auch der Zuschuß der Hoheitsverwaltung sei nicht zu finden. Aus diesem Grund stellte der Debattenredner einen Antrag nach detaillierten Unterlagen über die finanzielle Situation der Wiener Stadtwerke.

Für den Neubau der Zentralwerkstätte sind 1970 nur 70 Millionen Schilling vorgesehen, obwohl für die Fertigstellung bis 1973 85 Millionen notwendig wären; die neue Zentralwerkstätte wird daher um ein Jahr später fertig werden.

Erfreulich sei die Verlängerung der Linie 16 in die neuen Wohngebiete; allerdings wäre es besser, zuerst die Verkehrsverbindungen zu schaffen.

Bereits heute fehlen 250 Mann Fahrpersonal. Die Einführung der 43-Stundenwoche erfordert zusätzlich 200 Mann. Infolge des geringen Anfangsgehaltes sei es für junge Leute nicht sehr attraktiv, zu den Verkehrsbetrieben zu gehen.

Trotz des Sinkens des Personalstandes von mehr als zehn Prozent in sechs Jahren ist eine Erhöhung des Personalaufwandes um zirka 44 Prozent zu verzeichnen, auf den einzelnen Bediensteten kommen sogar 66 Prozent.

Ein Punkt der Forderungen von Stadträtin Dr. Schaumayer werde von Nekula bereits behandelt, nämlich die Überprüfung des Liniennetzes durch unabhängige Fachleute: Direktor Lehner, Hannover, und Direktor Mroß, Hamburg.

Abschließend kam GR. Hahn auf das ÖBB-Gesetz zu sprechen, als Beispiel dafür, daß den Verkehrsbetrieben auf ähnliche Weise geholfen werden könnte.

./.

GR. Bednar (SPÖ) hielt ebenfalls fest, daß am Defizit der Stadtwerke in erster Linie die Verkehrsbetriebe schuld sind. Natürlich werde der Fahrgastschwund, der in den letzten zehn Jahren rund 16 Prozent betrug, noch weitergehen, dies aus der klaren Ursache, daß in Österreich die Vollmotorisierung längst noch nicht erreicht sei. Deshalb hinke auch der Vergleich mit Hamburg, wo man den Fahrgastschwund zum Stillstand gebracht habe.

Die Verkehrsbetriebe müßten unbedingt zu einem Sanierungskonzept kommen, erste Maßnahmen seien getroffen und Anfangserfolge bereits vorhanden. Die für dieses Ressort 24 Jahre lang zuständigen ÖVP-Stadträte hätten viel früher schalten müssen.

Zu den E-Werken meinte der Redner, alle Vorkehrungen für die Zukunft seien getroffen. Dem steigenden Strombedarf werde durch die Errichtung des Kraftwerkes am Steinsporn Rechnung getragen. Eine Beteiligung an einem Kernkraftwerks-Projekt werde vielleicht einmal aktuell sein, sei derzeit aber noch nicht ernstlich zu erwägen. Bednar deponierte im übrigen den Vorschlag, das Kühlwasser des E-Werkes Simmering im Winter für die Eisfreihaltung des Wiener Hafens einzusetzen.

Zu den Gaswerken meinte er, die sinnvolle Koordinierung zwischen den Versorgungsschienen Gas, Strom und Fernwärme sei natürlich unerläßlich, im einzelnen aber erst festlegbar, wenn die derzeit noch nicht abschätzbaren Größenordnungen der Umstellung auf Erdgas genau beurteilt werden könnten. Und natürlich hätten sich die Fachleute Gedanken über die durch einen Erdgasbezug aus dem Ausland vielleicht entstehende Abhängigkeit Österreichs gemacht: Daher sei auch vorgesorgt worden, daß in Extremfällen die Gasversorgung auf andere Weise sichergestellt werde.

Stadtrat Nekula wiederholt in seinem Schlußwort, daß das erste österreichische Atomkraftwerk voraussichtlich erst 1975 oder 1976 fertig sein wird, daß Wien aber bereits 1973 auf Grund des steigenden Energiebedarfes ein Kraftwerk in der Größenordnung von 150 Megawatt braucht. Wasserkraftwerke haben gegenüber Dampfkraftwerken den Nachteil, daß sie nicht so kontinuierlich Strom liefern können. Daher sei der Bau weiterer Dampfkraftwerke nötig und nicht als Fehlinvestition zu bezeichnen.

./.

Verkabelung in Kollektoren: Würde man alle Versorgungskabel in einem Strang unterbringen, könnte zum Beispiel durch einen Gasaustritt ein Schaden an der gesamten Versorgung entstehen. Außerdem brauchen Erdkabel eine Isolationsschicht, die die Erde vorzüglich bietet.

Sollte die Erdgaslieferung aus Rußland aus irgendeinem Grund plötzlich eingestellt werden, so hätten wir eine ausreichende heimische Erdgasreserve.

Autobuslinie 63: Die Verkehrsbetriebe haben seinerzeit im Zusammenhang mit der Rationalisierungskommission ein Liniennetz für Wien entworfen. Leider haben wir einen großen Personalmangel, der es vielfach unmöglich macht, die notwendigen Linien in neuerschlossene Gebiete zu führen. Durch die nun auf der Linie 63 freiwerdenden Lenker konnte die Linie 15, sie führt auf den Laaer-Berg, eingerichtet werden.

Zur Frage der Vorortelinien: Auf Grund von Untersuchungen wurde festgestellt, daß sie nicht das Fahrgastaufkommen hätten, das für das U-Bahn-Grundnetz errechnet wurde. Die Vorortelinie müßte mit einem großen Aufwand saniert werden, die Tunnelanlagen müßten vollkommen erneuert und erweitert werden. Außerdem erklärt sich der Bund außerstande, den Güterverkehr auf der Vorortelinie nur während der Nachtstunden abzuwickeln. Die Führung der Trasse für beide Linien sei aber technisch nicht möglich.

Die Stromerzeugung kann den Strombedarf ausreichend decken. Was jedoch den Anschluß verschiedener moderner Geräte verhindert, sei das Fehlen entsprechender Steigleitungen. Das sei aber Sache der einzelnen Hausverwaltung oder der Inhabung. Bei den Verkehrsbetrieben wurden auf dem Personalsektor bedeutende Rationalisierungen vorgenommen. So konnten zum Beispiel durch die Verwendung von Geldzählautomaten 40 Verwaltungsbeamte eingespart werden. Hamburg auf dem Verkehrssektor als Vergleich heranzuziehen, sei unrichtig, da Hamburg einen Verkehrsverbund hat, der bis 60 Kilometer in die Region reicht. Bei Tarifvergleichen schneidet Wien günstiger ab. Hamburg rechnet 1969 auch bereits wieder mit einem Fahrgastverlust von rund einem Prozent. In Wien rechnen wir mit rund 1,2 Prozent.

Zum ÖVP-Antrag: (Koordination zwischen den drei Energieträgern) stellt der Referent fest, daß derzeit bereits Gespräche

./.

geführt werden. Die Frage an sich sei nicht leicht zu klären, da es nicht dem Einzelnen überlassen bleiben kann, auf welche Art er seine Wohnung beheizen will, da die Fernwärmeplanung für ganze Gebiete erfolgen muß. Die Vorlage eines Sanierungskonzeptes für die seinerzeitige Geschäftsgruppe XII sei dem Finanzreferenten nicht übermittelt worden. Im Ausschuß wurde nur ein mündlicher Bericht erstattet. Lediglich der Presse wurde eine ausführliche Information gegeben. Die Ausschußmitglieder erhielten schriftliche Unterlagen erst bei der nächsten Sitzung.

Die Möglichkeit für die Einführung schaffnerloser Triebwagen wurde geschaffen. Die Bedenken des Sozialministeriums in Zusammenhang mit dem Einsatz von Schaffnerinnen konnten beseitigt werden.

Zwischen der Finanzverwaltung der Stadt Wien und der Generaldirektion wurden Gespräche begonnen und Verhandlungen eingeleitet mit dem Ziel, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen. Der Referent ist davon überzeugt, daß er in absehbarer Zeit darüber berichten wird können.

Stadtrat Nekula betonte auch, daß die Hoheitsverwaltung seit 1962 1,07 Milliarden Schilling zur Sanierung der Verkehrsbetriebe gleistet hat.

Die nächsten Jahre bringen für die Stadtwerke enorme Aufgaben: Erdgasumstellung, Neubau zweites Kraftwerk, U-Bahnbau. Auch der Sektor Atomenergie wird nicht vernachlässigt werden, Es werden weiterhin Maßnahmen gesetzt, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Stadtwerke führen.

Abstimmung: die Wirtschaftspläne der Stadtwerke wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen, die beiden ÖVP-Anträge (Finanzierung, Energieträger-Koordinierung) wurden einstimmig zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Stadtwerkedebatte (Zusammenfassung)

Wien, 19. 12.(RK) Die Verkehrsbetriebe bleiben weiterhin Sorgenkind, führte Stadtwerke-Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) bei der Beratung der Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke (5,7 Milliarden Aufwendungen) aus. Die Wirtschaftspläne wurden mit den Stimen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Der echte Verlust der Verkehrsbetriebe wird voraussichtlich 1,1 Milliarden ausmachen, sagte Stadtrat Nekula und könne nur dadurch verringert werden, daß die Hoheitsverwaltung 200 Millionen und die E-Werke 180 Millionen zuschießen. Zur Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten wurde der Direktor der Hannoveranischen Verkehrsbetriebe, Dr. Lehner, mit einer umfassenden Überprüfung der Fahrpläne und des Liniennetzes beauftragt. Das Ergebnis soll in eineinhalb Jahren vorgelegt werden.

Die Rohstoffbasis für die Gaswerke ist durch die Erdgasverträge mit der Sowjetunion gesichert. Daher könne die Umstellung auf Erdgas begonnen werden. Wien besitze mit 767.000 Abnehmern eines der dichtesten Gasversorgungsnetze Europas. Man rechne deshalb mit einer Umstelldauer von 15 Jahren. Wegen des doppelt hohen Kaloriengehaltes des Erdgases kann die Rohrnetzkapazität verdoppelt werden.

Die E-Werke rechnen für 1970 mit einer achtprozentigen Steigerung, voraussichtlich 3.289 GWh. Im Herbst sei mit dem neuen Block 6 in Simmering zu rechnen. Im kommenden Jahr wird auch mit dem Bau eines weiteren Kraftwerkes von 150 MW-Leistung begonnen. Da das erste österreichische Kernkraftwerk erst 1975/76 den Betrieb aufnehmen wird, hat sich Wien auch nicht bei diesem Bauvorhaben beteiligt.

Mit der Schaffung eines Energiekonzeptes für Wien wurde begonnen. Arbeitsgespräche zwischen E-Werke, Gaswerke und Fernwärme sind bereits aufgenommen.

Der Frequenzrückgang bei den Verkehrsbetrieben wird sich verlangsamen. Man rechnet mit 417,5 Millionen Beförderungsfällen. Folgende Rationalisierungsmaßnahmen sind in nächster Zeit in Aussicht genommen: Schaffnerlose Triebwagen, längere Revisionszeiträume, Frauen als Fahrerinnen. Kritik übte Nekula

./.

an der Besteuerung der Verkehrsbetriebe durch den Bund. Wenn eine Straßenbahnlinie auf Autobus umgestellt wird, erhöhe sich die Beförderungssteuer von zwei auf drei Prozent.

Abschließend erklärte Stadtrat Nekula, die Wiener Stadtwerke hätten ihren Personalstand insgesamt um 431 Dienstposten und zwar von 18.036 auf 17.605 senken können. Trotzdem würden die Personalaufwendungen mit 2.578 Millionen Schilling um 146,6 Millionen oder sechs Prozent höher als 1969 sein.

GR. Müller (DFP): Zur Umstellung auf Erdgas: Hoffentlich kommt kein Krieg, sonst drehen uns die Russen das Gas ab.

GR. Peter (FPÖ): Was soll mit den teuren Anlagen der Dampf- und Wasserkraftwerke geschehen, wenn einmal der Strombedarf durch Kernenergie gedeckt wird. Der Erdgasbezug aus dem Ausland sei problematisch. Verkehrsbetriebe: Sie sind in allen Großstädten defizitär, man sollte aber doch das Defizit möglichst gering halten.

GR. Hirsch (SPÖ): Selbst die schärfsten Kritiker an den E-Werken müssen zugeben, daß es in Wien noch nie zu einem totalen "blackout" wie etwa in New York gekommen ist.

GR. Hahn (ÖVP) erinnerte an die vorjährige Budgetdebatte, als GR. Gawlik Stadträtin Schaumayer aufforderte, dem Gemeinderat die Grundzüge eines Sanierungskonzeptes vorzulegen. Er werde jedoch Stadtrat Nekula nicht in Verlegenheit bringen und den gleichen Antrag stellen. Im weiteren brachte der Redner einen Antrag nach detaillierten Unterlagen der finanziellen Situation der Stadtwerke ein.

GR. Bednar (SPÖ): Die ersten Maßnahmen für ein Sanierungskonzept der Verkehrsbetriebe seien getroffen und Anfangserfolge bereits vorhanden. Bei den E-Werken sind alle Vorkehrungen für die Zukunft getroffen. Bei den Gaswerken sei eine Koordinierung zwischen Gas, Strom und Fernwärme jedoch unerläßlich.

\- - -

Neue Periode in der Geschichte Wiens beginnt

Die Schlußansprache des Bürgermeisters

Wien, 18. 12. (RK) Bevor der Wiener Gemeinderat heute nachmittag in die Weihnachtsferien ging, hielt Bürgermeister Bruno Marek die traditionelle Abschlußrede. Der Wiener Bürgermeister betonte darin, daß so wie vor ungefähr 100 Jahren eine neue Periode in der Geschichte der Wiener Kommunalpolitik beginnt. Das Budget 1970 stellt die Weichen für den Ausklang dieses Jahrhunderts.

Im einzelnen führte Bürgermeister Marek aus: "Seit dem 10. Dezember haben sich die gewählten Vertreter der Stadt Wien mit dem Voranschlag für das kommende Jahr beschäftigt. Diese Diskussion und das Budget 1970 bilden eine tiefere und einschneidendere Zäsur in unserer Kommunalpolitik als jemals Haushaltsberatungen in früheren Jahren. Um die Bedeutung eines Voranschlages richtig zu verstehen, müssen wir ihn vor dem Hintergrund der Geschehnisse betrachten, aus denen er gewachsen ist, müssen wir ihn einordnen in die Geschichte unserer Stadt.

Blicken wir die 24 Jahre zurück, in denen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Wiener Budgetvorschläge ausgearbeitet wurden, können wir diese Zeit in großen Zügen in zwei Perioden einteilen: Von 1945 bis 1955 die Epoche des Aufbaues, der Wiederkehr des Blutes in alle Lebensadern unserer Stadt, von 1955 bis in unsere Tage eine Periode der Konsoldierung, der Sammlung, der Festigung und Erweiterung des Erreichten, eine Periode des Atemholens vor dem nächsten großen Schritt.

Mit dem Budget 1970, meine Damen und Herren, hebt nun eine neue Periode in der Geschichte unserer Kommunalpolitik an. Dieser Haushaltsvoranschlag nimmt nicht nur das kommende Jahr vorweg und legt uns nicht nur in unserem Generalprogramm bis zum Ende der sechsten Verwaltungsperiode des Wiener Gemeinderates, bis 1974, fest - dieses Budget stellt die Weichen für die Siebzigerjahre, ja, wir können ohne Übertreibung sagen, es stellt die Weichen für den Ausklang dieses Jahrhunderts.

./.

Der Zufall will es oder vielleicht auch die Logik der Entwicklung, daß Wien vor fast genau hundert Jahren ebenfalls das Antlitz wechselte und in eine neue Epoche seiner Geschichte eintrat. Der Bau der Ringstraße, der Hochquellenleitung, die Errichtung des Rathauses und die erste große Donauregulierung charakterisieren unter anderem diesen Wandel, in dessen Verlauf sich das neue Gesicht der Haupt- und Residenzstadt eines 50-Millionen-Reiches prägte.

Heute, an der Schwelle des siebenten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts, steht unsere Heimatstadt vor ähnlich großen Umwälzungen in ihrer Struktur und ihrem äußeren Bild. Das Monsterprojekt der Untergrundbahn, der totale Hochwasserschutz, die neue Donauinsel und das neue Stadtviertel der UNIDO und anderer Organisationen der Vereinten Nationen reichen in ihrer Planung und Ausführung weit in die Zukunft hinein. Sie werden dem unwandelbaren und unzerstörbaren Wiener Stadtcharakter, der uns vertraut ist, neue Züge hinzufügen. Wien ist unterwegs zu einer internationalen Stadt, zu einer Metropole der Völkerverbindung, zur Hauptstadt eines geistigen Reiches und vielleicht - so hoffen wir - zu einem neuen Kristallisationspunkt eines künftigen, geeinten Europa.

Wir können nicht umhin festzustellen, daß in unserer Stadt dank einer vorausschauenden Konjunkturpolitik in weiten Kreisen Wohlstand herrscht, daß es keine Sorge um das tägliche Brot, keine Sorge um den Arbeitsplatz gibt. Es steht mir nicht zu, mich mit der Kommunalwirtschaft anderer Städte in Österreich oder in anderen europäischen Ländern zu befassen. Ich bin jedoch glücklich darüber, daß wir in Wien seit Jahren ein schuldenfreies, fast ausgeglichenes und konstruktives Budget haben, das uns die Wahrung unserer Errungenschaften und den sicheren Fortschritt garantiert. Die Ausgewogenheit unseres Haushaltes ist das Verdienst der Finanzpolitik unseres Finanzstadtrates Vizebürgermeister Felix Slavik, dem ich an dieser Stelle meinen besonderen persönlichen Dank und den Dank der Stadtverwaltung aussprechen will.

Auch in Zeiten der Konjunktur und der Unbeschwertheit von existentiellen Problemen dürfen wir jedoch eines nicht vergessen: wir danken diese Entwicklung unseren Leistungen, unseren Anstrengungen, unserem Fleiß. Die Erfolge sollten uns nicht dazu verleiten, in unserem Bemühen nachzulassen und zu warten, daß

./.

uns die reifen Früchte von selbst in den Schoß fallen. Die Wohlstandsgesellschaft darf nicht mit einem Füllhorn verwechselt werden, das die öffentliche Hand über allen ausschüttet, die darnach Verlangen tragen. Auch wenn es uns gut geht, muß jeder Vorteil mit echter Leistung bezahlt werden. Wir müssen vermeiden, daß es zu einer Abwertung der Arbeitsenergien, zu einer Inflation des guten Willens kommt.

Der Mensch und seine Leistung werden auch in Zukunft im Zentrum des Wirtschaftsgeschehens stehen. Ein amerikanischer Wissenschafter hat kürzlich in einem Vortrag in Wien behauptet, in nicht allzu ferner Zeit werde der Computer das Herz der Betriebe bilden. Nein, meine Damen und Herren, das ist falsch! Ein Computer kann niemals Herz und Idee ersetzen. Wir werden uns nicht vom Strudel der Probleme fortreissen und zu Sklaven der Roboter machen lassen. Das Elektronengehirn soll uns nur als dienstbarer Geist an die Hand gehen und schneller und zuverlässiger ausführen, was der Mensch ihm souverän gebietet. Im Zeichen dieser Maxime wird die Wiener Kommunalpolitik auch in Zukunft in erster Linie dem Wohl der Bürger dieser Stadt dienen.

Zu guter Letzt, meine Damen und Herren, habe ich das Bedürfnis, Ihnen allen, den Amtsführenden Stadträten und allen Mitgliedern des Gemeinderates und der Beamtenschaft, gleich an welcher Stelle der einzelne tätig war, für Ihre tatkräftige Mitwirkung herzlich zu danken. Ich möchte auch nicht versäumen, allen Wienerinnen und Wienern für das Verständnis und das Wohlwollen Dank zu sagen, das sie in ihrer großen Mehrzahl der Arbeit der Stadtverwaltung entgegengebracht haben.

Ich wünsche Ihnen allen frohe Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr!"

\- - -

weihnachtssingen auf dem rathausplatz

17 wien, 19.12. (rk) am montag, dem 22. dezember, 15 uhr, findet das traditionelle singen von kindern der wiener kinderfreunde in anwesenheit des buergermeisters vor dem grossen weihnachtsbaum auf dem rathausplatz statt.

1508

weihnachtsfeier der sozialberatungsstellen

18 wien, 19.12. (rk)die wiener sozialberatungsstellen bleiben wegen der weihnachtsfeiertage vom 22. dezember bis einschliesslich 6. jaenner geschlossen.

1507

preisverteilung fuer aufsatzwettbewerb ''wien im blumenschmuck''

15 wien, 19.12. (rk) im grossen festsaal des stadtschulrats-
gebaeudes fand freitag vormittag die preisverteilung des
aufsatzwettbewerbes ''wien im blumenschmuck''statt. stadtrat
kurt h e l l e r und stadtschulratspraesident **hofrat dr.**
hermann s c h n e l l verteilten im beisein des stadtschul-
rats-vizepraesidenten gemeinderat markus b i t t n e r und
des stadtgartendirektors ing. alfred a u e r insgesamt
33 preise. den ersten preis - einen vierfachdukaten und einen
gummibaum - des vom stadtschulrat anlaesslich der aktion
''wien im blumenschuck'' veranstalteten wettbewerbes errang
der strebersdorfer gymnasiast franz n a h r a d a .

die aktion ''wien im blumenschmuck'' wird bekanntlich seit
18 jahren von der gemeinde wien in zusammenarbeit mit der
oesterreichischen gartenbaugesellschaft veranstaltet.

stadtrat heller, seines zeichens auch vizepraesident der
oesterreichischen gartenbaugesellschaft, fuehrte den anwesenden
mittelschuelern die anstrengungen der stadtverwaltung auf dem
sektor der gruenflaechen vor augen. ohne die bundesgaerten und
den lainzer tiergarten verfuegt wien ueber gruenflaechen im
ausmass von 18,7 millionen quadratmetern: jedes jahr kommen
weitere 500.000 quadratmeter hinzu.
1500

kleine budgetdebatten-statistik

14 wien, 19.12.(rk) die budgetdebatte des wiener gemeinderates dauerte insgesamt 57 stunden und eine minute. in der debatte wurden insgesamt 96 diskussionsbeitraege gezaehlt. das laengste referat erstattete vizebuergermeister s l a v i k mit einer stunde 35 minuten. das kuerzeste referat hielt wohnungsstadtrat s u t t n e r mit 25 minuten. der laengste debattenbeitrag stammt von gr. f r o e h l i c h, der in der generaldebatte eine stunde 45 minuten sprach, am kuerzesten fasste sich gr. w i e s i n g e r . sein debattenbeitrag in der personaldebatte (wortmeldung zu einer richtigstellung) dauerte drei minuten.
1444

schneebericht

16 wien, 19.12. (rk) der donnerstag in den fruehen abendstunden bei einer temperatur um 0 grad einsetzende schneefall verursachte ueber das ganze stadtgebiet verbreitet vorwiegend strassenglaette. daher wurde um 21 uhr und 1 uhr die zweimalige ausfahrt saemtlicher einsatzfahrzeuge der magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) auf den alarmrouten angeordnet.

freitag. herrschte bei bedecktem wetter leichter schneefall. die hauptfahrbahnen waren auf grund des naechtlichen einsatzes nass und nur bedingt verkehrssicher. am nachmittag stand eine nochmalige ausfahrt aller einsatzfahrzeuge auf dem programm der strassenreinigungsabteilung. 2.247 schneearbeiter (davon 721 mann eigenes personal und 1.526 ~~fremde Arbeiter~~), 48 schneepfluege, 210 streufahrzeuge, 148 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, 12 sandlademaschinen sowie 77 schneeladegeraete standen im einsatz.
1506

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

gesperrt bis sonntag, 21. dezember, 19.30 uhr

buergermeister marek ueber die u-bahn-hilfe

1 wien, 20.12. (rk) im rahmen der sendereihe ''wiener probleme'' sprach buergermeister bruno m a r e k am sonntag, dem 21. dezember, um 19.30, im programm oesterreich-regional von radio wien ueber die vom wiener gemeinderat beschlossene u-bahn-hilfe und entbot den wienern die weihnachtsgruesse der stadtverwaltung.

im einzelnen fuehrte der buergermeister aus:

''ich moechte, nein, ich muss sogar wieder einmal vom u-bahnbau in wien sprechen. und zwar nicht etwa deshalb, weil dieses gigantische bauvorhaben auf viele jahre dem wiener leben einen akzent geben wird, sondern weil in einem bestimmten teilbereich eine wichtige entscheidung gefallen ist: die gemeinde und die kammer der gewerblichen wirtschaft fuer wien haben sich auf eine gemeinsame aktion zur unterstuetzung fuer jene unternehmer geeinigt, deren geschaeftsgang durch den u-bahnbau in existenzbedrohender form beeintraechtigt wird. die legitime vertretung der wiener wirtschaft und die stadtverwaltung dokumentieren mit dieser aktion ihre bereitschaft, den problemen der wiener wirtschaft gerecht zu werden. denn selbstverstaendlich ist die stadtverwaltung an einer wettbewerbsfaehigen wirtschaft in wien interessiert.

./.

dass dies nicht bloss leere worte sind, zeigen die zahlreichen foerderungsmassnahmen, die zum teil von der stadt allein, zum anderen teil gemeinsam mit anderen institutionen in den letzten jahren ins leben gerufen worden sind.

so war es von anbeginn der verhandlungen, die durch ein gespraech zwischen kammerpraesident kom. rat l a k o w i t s c h und vizebuergermeister s l a v i k eingeleitet wurden, voellig unbestritten, jenen gewerbetreibenden ihre existenzgrundlage zu bewahren, die durch den u-bahnbau gefaehrdet erscheint. denn obwohl der u-bahnbau fuer die gesamte wiener wirtschaft in hohem mass stimulierend wirkt, darf doch nicht uebersehen werden, dass einzelne firmeninhaber, deren geschaefte im baustellenbereich gelegen sind, unverschuldet ihre existenzgrundlage verlieren koennten.

stadtverwaltung und kammer sind daher uebereingekommen, in solchen haertefaellen wirksam und rasch zu helfen. so sind kostenlose betriebsberatungen, die gewaehrung von zinsenzuschuessen zu krediten oder ueberhaupt niederverzinsliche darlehen, die uebernahme von buergschaften und schliesslich auch zahlungen von entschaedigungen vorgesehen. die beiden vertragspartner haben vereinbart, zunaechst einen betrag vonn je zwei millionen schilling zur verfuegung zu stellen. mit aller deutlichkeit moechte ich aber darauf hinweisen, dass es sich dabeium oeffentliche gelder handelt. aus diesem grund mussten in die richtlinien fuer diese gemeinsame aktion natuerlich zahlreiche bestimmungen aufgenommen werden, die gewaehrleisten sollen, dass tatsaechlich nur jenen unternehmern geholfen wird, die nachweislich durch den u-bahnbau in ihrer existenz bedroht sind. auch die interessierte oeffentlichkeit wird daher fuer die notwendigen ueberpruefungen verstaendnis aufbringen.

freilich wird es auch unternehmen geben, die durch den u-bahnbau zwar einen gewissen geschaeftlichen rueckgang erleiden, aber deshalb nicht gleich in ihrem bestand gefaehrdet sind und die daher nicht in den genuss der vorerwaehnten massnahmen kommen. dazu moechte ich aber sagen, dass man aus den erfahrungen vieler anderer grossstaedte weiss, wie sehr

./.

die umsaetze jener geschaefte an den u-bahnlinien zunehmen, sobald die bauarbeiten beendet sind. denn ist die tramway einmal aus diesen strassenzuegen verschwunden, findet der wirtschaftsverkehr guenstigere bedingungen vor, steht ein vermehrtes parkplatzangebot zur verfuegung und nimmt daher das interesse der motorisierten kunden stark zu. reine fussgaengerstrassen, in denen lediglich zu bestimmten zeiten der wirtschaftsverkehr erlaubt ist, bilden im bereich der u-bahn zudem einen ganz besonderen anreiz fuer das kaufpublikum. und unsere planer sind schon dabei, in einigen bereichen der kuenftigen wiener u-bahn derartige fussgaengerzonen zu projektieren. also gruende genug fuer viele unternehmer, eventuellen baubedingten schwierigkeiten gelassen entgegenzusehen.

ich moechte heute noch von einer weiteren positiven angelegenheit im zusammenhang mit dem u-bahnbau sprechen. ich hatte die wiener autofahrer vor der sperre des karlsplatzes fuer den individualverkehr gebeten, sich mit dem neuen neuen einbahnsystem anzufreunden und disziplin zu bewahren. ich freue mich ausserordentlich, dass der ''einbahnzirkus'', wie dieses system im bereich karlsplatz gerne genannt wird, vorzueglich funktioniert. und im besonderen masse moechte ich als buergermeister den autofahrern ''danke'' sagen, weil sie sich so diszipliniert verhalten und eigentlich dadurch erst die vorzuege des einbahnsystems voll zur geltung kommen koennen. bisher musste erst ein einziges auto, das verkehrsbehindernd abgestellt war, aus einer der umleitungsstrecken abgeschleppt werden. dises resultat hat und dieses ''gestaendnis'' lege ich sehr gerne ab - selbst die groessten optimisten unter unseren verkehrsexperten ueberrascht.

ich hoffe, dass der autoverkehr vor den feiertagen trotz der grossen zunahme ebenfalls in einigermassen geordneten bahnen verlaeuft und die kraftfahrer aufeinander und auf die fussgaenger ruecksicht nehmen.

weihnachtsgruesse

zum fuenfundzwanzigsten mal feiern wir weihnachten und neujahr in einem freien, demokratischen oesterreich. wir feiern es ohne sorge um das leben unserer naechsten angehoerigen, ohne

./.

sorge um das taegliche brot. eine neue generation ist herangewachsen, die zu ihrem glueck nicht mehr weiss, dass es einmal weihnachten mit leeren gabentischen und ohne den vater, ohne die soehne oder brueder gab. wir aelteren aber sollten uns manchmal dessen erinnern und dankbar sein fuer alles, was wir erreicht, was wir ueberwunden haben und was hoffentlich niemals mehr wiederkehrt. der schein der kerzen leuchtet heute in die zukunft, in eine zukunft, auf die wir uns durch unsere arbeit, durch unseren fleiss, durch unsere faehigkeiten ein anrecht erworben haben, das uns niemand in der welt mehr streitig machen kann.

die feiertage fallen heuer so guenstig, dass sich die arbeiter und angestellten mit nur wenigen freien tagen einen laengeren urlaub gleichsam zaubern koennen. und es ist charakteristisch fuer das allgemeine wohlstandsniveau, dass hotels und reisebueros allein schon wegen dieser gunst des kalenders vorbereitungen fuer eine masseninvasion von gaesten getroffen haben und sicherlich nicht enttaeuscht werden. und dass wir uns diese sorgenfreien tage zwischen den jahren goennen, dass wir sie unbeschwert von alltagsproblemen verleben koennen, das danken wir der sicherheit und dem festen bestand unseres heimatlandes. das danken sie , liebe wienerinnen und wiener im besonderen der tatsache, dass die stadtverwaltung in den vergangen jahren unermuedlich am werk war, die konjunktur in dieser stadt zu erhalten und damit ihre arbeitsplaetze zu sichern und zu gewaehrleisten, dass sie fuer ihr gutes geld auch die entsprechenden waren und leistungen erhalten.

ich wuensche ihnen allen, dass sie ein frohes und friedliches weihnachtsfest feiern und die schwelle der siebziger-jahre mit dem gefuehl der befriedigung fuer das in der vergangenheit geleistete ueberschreiten.''

aenderungen beim autobus

2 wien, 20.12. (rk) ab montag, dem 22. dezember, werden die autobusse der linie 60 a ab maurer hauptplatz ueber endresstrasse, kaserngasse zur haltestelle kaserngasse vor maurer lange-gasse beziehungsweise ab haltestelle kaserngasse vor maurer lange-gasse ueber die maurer lange-gasse, valentingasse, endresstrasse zum maurer hauptplatz gefuehrt. in der zur stadt fuehrenden richtung wird in der endresstrasse vor haus nr. 122 vor neudoerflgasse und in der stadtauswaertsfuehrenden fahrtrichtung in der kaserngasse nr. 38 vor maurer lange-gasse eine neue haltestelle errichtet.
ab dem gleichen tag wird das teilstueck liesing hauptplatz - siebenhirten getrennt gefuehrt, die autobusse, die diesen streckenteil befahren, tragen das liniensignal 160 a.

die feuerwehr im november

3 wien, 20.12. (rk)aus der arbeit der wiener feuerwehr im monat november stechen eine schwierige technische hilfeleistung und zwei einsaetze bei grossbraenden hervor. bei dem technischen einsatz wurde versucht, mit hilfe von elf rohren und eines wasserwerfers eine weitere deformation der brueckentraeger der vierten donaubruecke zu verhindern.

die grossbraende ereigneten sich in einem stoff- und schneiderzubehoergeschaeft und im rosenhuegel-kino.

insgesamt rueckten die feuerwehrmaenner im abgelaufenen monat zu 1.299 einsaetzen aus. davon galten zwei ausrueckungen grossbraenden, neun mittelbraenden, 240 kleinbraenden, zehn rauchfangfeuern, 671 technischen hilfeleistungen, 74 untersuchungen, 205 arbeitsleistungen und 36 uebungen. 34 einsaetze erwiesen sich als blinder alarm, 18 mal wurde die feuerwehr boeswillig irregefuehrt. sonderfahrzeuge mussten im november 71 mal eingesetzt werden.

als brandursachen wurden vier selbstentzuendungen, zwei explosionen, 13 bauliche einrichtungen, eine maschine, elf elektrische anlagen, drei sonstige feuergefaehrliche stoffe, 40 sonstige feuer-, licht- und waermequellen, fuenf brandlegungen, eine kinderbrandstiftung und 171 unbekannte gruende ermittelt. 125 personen wurden aus einer zwangslage befreit. die zahl der erstehilfe-leistungen bei tieren belief sich auf 13.

und wieder schnee

4 wien, 20. 12. (rk) fuer das ueberlastete personal der stadtreinigung brachten die neuerlichen schneefaelle wieder kein ruhiges wochende. bereits in der nacht von freitag auf samstag fuhren 103 schneepfluege und streugeraete und 42 lastwagen zur schneeabfuhr durch die strassen.

heute, samstag, stehen insgesamt 1.744 schneearbeiter im einsatz, davon 1.117 aufgenommene arbeitskraefte. zur schneeraeumung sind 134 pfluege eingesetzt, die auch als streugeraete arbeiten. fuer die schneeabfuhr fahren 96 lastwagen. wegen schneeverwehungen mussten die johann staud-gasse in ottakring und eine strasse in oberlaa voruebergehend gesperrt werden.
1040

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

oskar walzel zum gedenken

2 wien, 22.12. (rk) auf den 24. dezember faellt der 25. todestag des literaturhistorikers univ.-prof. dr. oskar w a l z e l.

er wurde am 28. oktober 1864 als sohn eines bekannten opernlibrettisten in wien geboren, wo er an der universitaet das fachstudium absolvierte und sich bereits 1894 habilitierte. 1897 erfolgte seine berufung zum ordinarius nach bern, anschliessend nach dresden und schliesslich nach bonn. oskar walzel ist als germanist vor allem durch seine arbeiten, die sich mit der geschichte der deutschen literatur seit goethes tod beschaeftigen, sehr bekannt geworden. er erhielt auch den ehrenvollen auftrag, die literaturgeschichte scherers, die nur bis zu goethes tod reicht, bis zur gegenwart fortzusetzen. als seine zweite grosse lebensleistung muss vor allem das mehr als 20 baende umfassende riesenwerk ''handbuch der literaturwissenschaft'' genannt werden. sehr wertvoll ist auch die umfangreiche untersuchung ''gehalt und gestalt im kunstwerk des dichters''. seine mitarbeit an der heine-ausgabe des insel-verlags duerfte mit ein grund gewesen sein, dass sich walzel im ersten jahr der herrschaft des nationalsozialismus in deutschland von seiner akademischen taetigkeit zurueckzog. sein leben hat er in dem schoenen buch ''erinnerungen, wachstum und wandel'', das erst zwoelf jahre nach seinem tod erschienen ist, festgehalten.
0933

fuehrungen im historischen museum der stadt wien im jaenner

1 wien, 22.12. (rk)

donnerstag	1.	10	uhr	sonderausstellung ''wien 1800 - 1850'' (dr. deutschmann)
samstag	3.	15	uhr	sonderausstellung ''wien 1800 - 1850'' (dr. dueriegl)
sonntag	4.	10	uhr	sonderausstellung ''wien 1800 - 1850'' (dr. dueriegl)
dienstag	6.	10	uhr	sonderausstellung ''wien 1800 - 1850'' (dr. dueriegl) letzte fuehrung
samstag	10.	15	uhr	wien vom 16. bis zum 18. jahrhundert (dr. deutschmann)
sonntag	11.	10	uhr	wien im 19. jahrhundert (dr. deutschmann)
samstag	24.	15	uhr	wien im mittelalter (dr. dueriegl)
sonntag	25.	10	uhr	gesamte schausammlung (dr. bisanz)
samstag	31.	15	uhr	wien im 20. jahrhundert (dr. bisanz)

uhrenmuseum, 1, schulhof 2

sonntag	4.	10	uhr	die uhren des 19. jahrhunderts (heinrich lunardi)
		11.15	uhr	biedermeier-spieluhrenmusik (mit vorfuehrungen, heinrich lunardi)
sonntag	18.	10	uhr	wiener biedermeier-uhren (heinrich lunardi)
		11.15	uhr	glockenspiele und mechanische orgelmusik (mit vorfuehrungen, heinrich lunardi)

fuer geschlossene gruppen koennen auch andere termine vereinbart werden. telefonische anmeldung fuer das historische museum unter der nummer 42 804 klappe 741-46, fuer das uhrenmuseum unter der nummer 63 22 65. die fuehrungen sind kostenlos, es wird der normale eintrittspreis eingehoben.
0915

weitere industrieansiedlungen im 21. bezirk

4 wien, 22.12. (rk) noch in diesem jahr wird die wiener betriebsansiedlungsgesellschaft m.b.h. (wibag) zwei bedeutende unternehmen im neuen industriegebiet strebersdorf (scheydgasse) im 21. bezirk ansiedeln. es handelt sich um einen betrieb der verpackungsindustrie und um ein stahlverarbeitendes unternehmen, fuer die ein areal von rund 32.000 quadratmeter aufgeschlossen wurde. baubeginn ist voraussichtlich fruehjahr 1970.

beide unternehmen sind wachstumsorientiert und werden in der endphase einen beschaeftigungsstand von rund 400 arbeitern und angestellten aufweisen. damit werden auch neue arbeitsplaetze fuer weibliche arbeitskraefte geschaffen. beide betriebe werden 1971 die produktion aufnehmen.
1057

wohnungs-informationsstelle kurzfristig geschlossen

3 wien, 22.12. (rk) die informationsstelle der stadt wien fuer genossenschafts- bzw. eigentumswohnungen, 1, doblhoffgasse 6, ist in der zeit vom 24. dezember 1969 bis 6. jaenner 1970 geschlossen.
1004

schwierige schneesituation auch auf den friedhoefen

5 wien, 22.12. (rk) riesige schneemengen liegen auch auf den wiener friedhoefen. die hauptwege konnten ueberall geraeumt werden und auch dort, wo beerdigungen stattfinden, wird separat geschaufelt. unmoeglich ist es aber,in der jetzigen situation auch die nebenwege freizumachen, weil in den meisten faellen gar nicht die moeglichkeit besteht,den schnee wo anders zu lagern. die friedhofsverwaltungen bitten daher die friedhofsbesucher, fuer die aussergewoehnliche lage verstaendnis zu haben.
1119

angelobung von bezirksraeten

6 wien, 22.12. (rk) am donnerstag, dem 18. dezember, wurden von stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g in vertretung des buergermeister im rathaus friedrich r e m e s c h (4. bezirk) und johanna p a u l (8. bezirk) als neuberufene bezirksraete angelobt. obermagistratsrat dr. l i s k a verlas die geloebnisformel. die neuen bezirksraete leisteten stadtrat dkfm. hintschig mit handschlag das geloebnis.
1128

weihnachts- und neujahrsgratulationen fuer den buergermeister

8 wien, 22.12. (rk) montag vormittag hatten sich anlaesslich des bevorstehenden weihnachts- und neujahrsfestes zahlreiche gratulanten im arbeitszimmer von buergermeister bruno m a r e k eingefunden. den anfang machte eine abordnung der wiener brueckenbau ag, der auch zwei lehrlinge des weltbekannten wiener unternehmens angehoeren, sie ueberreichten dem stadtoberhaupt eine von ihnen hergestellte staehlerne wanduhr.

nach den brueckenbauern kam eine gruppe von wiener kindergartenkindern, die von den senatsraeten dr. walter p r o h a s k a und dr. ernst k o t h b a u e r angefuehrt wurde. die kleinen intonierten weihnachtsgesaenge und ueberbrachten gebastelte kerzen.

den kindergartenkindern folgte eine delegation des wiener jugendhilfswerkes, die unter anderem eine holzeinlegearbeit mitbrachte. amtsrat fritz l e h n e r vom jugendhilfswerk konnte dem buergermeister die erfreuliche mitteilung machen, das heuer ueber 11.000 kinder und jugendliche sorglose tage in den wijugheimen verbringen durften.

repraesentanten von ''jugend am werk'' uebergaben marek ein hoelzernes saeuglingsbett. in den werkstaetten der ''jugend am werk'' werden gehirngeschaedigte jugendliche zu grossartigen manuellen leistungen hingefuehrt.

den abschluss der gratulanten bildete eine vertretung der staedtischen lungenheilstaette baumgartner hoehe mit primarius dr. clemens l a n g e r an der spitze. waehrend zwei schulpflichtige jugendliche, die kurz vor genesung stehen, stoff und wachshandarbeiten praesentierten, uebergab der krankenhausverwalter einen aus teakholz geschnitzen reiher sowie eine aus demselben material hergestellte windmuehle, die auch als fernsehleuchte verwendung finden kann. diese kuenstlerischen arbeiten haben erwachsene krankenhausinsassen hergestellt.

buergermeister marek erwiderte die glueckwuensche saemtlicher gratulanten und ueberreichte ihnen schallplatten mit wiener musik, ferner gepresste blumen und suessigkeiten.

das wochenende brachte 15 zentimeter neuschnee:
kampf an der schneefront geht weiter

7 wien, 22.12. (rk) der heurige winter duerfte alle dezember-schneerekorde schlagen: das vergangene wochenende hat wieder 15 zentimter neuschnee beschert. damit sind bisher insgesamt 65 zentimeter schnee gefallen - eine menge, die ungefaehr dem langjaehrigen jahresdurchschnitt entspricht...

heute stehen im stadtgebiet 2.270 schneearbeiter (darunter 1,489 aufgenommene kraefte) im einsatz, weiter 65 schneeladegeraete, 129 schneepfluege, 146 lastwagen fuer die schneeabfuhr, 125 streufahrzeuge und 13 sandlademaschinen. in den randgebieten des 14. und 22. bezirkes arbeiten schneefraesen.

die schneefaelle in der nacht von samstag auf sonntag - bei -9 grad celsius und heftigen winden - machten eine zweimalige ausfahrt auf den alarmrouten (jeweils 21 uhr und 2 uhr) notwendig. dadurch konnten alle hauptfahrbahnen fuer den verkehr offen gehalten werden. auch sonntag war die gesamte mannschaft der strassenpflege ganztaegig im dienst, fremde schneearbeiter wurden unbegrenzt aufgenommen. zwei grosse schneefraesen oeffneten die zufahrtsstrassen zu den siedlungen im 14. und 22. bezirk. durch den samstag frueh aufgekommenen starken wind war es hauptsaechlich am noerdlichen und suedlichen stadtrand zu starken verwehungen gekommen, so dass einige strassenzuege gesperrt werden mussten.

in der nacht von sonntag auf montag wurden die wichtigsten kreuzungen und die maerkte geraeumt, ferner der schnee auf der mariahilfer strasse innerhalb des guertels abgefuehrt. um 1 uhr frueh fuhren saemtliche raeum- und streugeraete auf den alarmrouten aus, wodurch in den hauptstrassen eine reibungslose abwicklung des fruehverkehrs moeglich wurde.

verkehrsbetriebe: pausenlos hauptreinigungen

die verkehrsbetriebe gingen mit 300 eigenen und 467 aufgenommenen schneearbeitern gegen die weisse pracht vor. die 73 triebwagen-raeumfahrzeuge mit 56 anhaenger-schneepfluegen wurden von 15 auto- und 18 vw-pfluegen unterstuetzt.

./.

in den letzten 48 stunden ging eine hauptreinigung praktisch in die andere ueber, und auch bei nacht gab es fuer die strassenbahner keine pause. erst von sonntag auf montag wurde mit restlichen vorreinigungen der winter endgueltig von den schienen gefegt - zumindest fuer dieses mal.

die hauptsaechlichen verkehrsstoerungen, die in allen bereichen, sowohl des autobus- wie auch des strassenbahnbetriebes auftraten, wurden durch glatteis, fahrunfaehig gewordere pkws und vereiste weichen verursacht. lediglich beim 331er gab es groessere schwierigkeiten: er musste ab samstag 19.50 uhr eingestellt werden. nachdem man die ganze nacht ueber gegen die verwehungen gekaempft hatte, konnte er am sonntag wieder den betrieb aufnehmen. in der zwischenzeit hatte ein autobus-ersatzverkehr die fahrgaeste befoerdert.

feuerwehr: rekordeinsatz

mit fast 300 einsaetzen am samstag und sonntag stand die wiener feuerwehr zwar pausenlos unter druck, hatte die situation aber immer in der hand. ein bedauerlich hoher prozentsatz der einsaetze wurde durch undisziplinierte pkw-fahrer verursacht, die, wenn sie nicht mehr weiter konnten, ihre fahrzeuge einfach mitten auf der fahrbahn stehen liessen und sich entfernten. deshalb mussten auch drei fahrzeuge von der feuerwehr abgeschleppt und auf den abstellplatz der magistratsabteilung 48 gebracht werden, etwa 50 autos wurden von den schienen der strassenbahn entfernt.

die magistratsabteilung 48 brauchte aber auch selbst hilfe: einer ihrer schneepfluege war von der strasse abgerutscht und musste von der feuerwehr flottgemacht werden. an zwei daechern in wien entstand durch die schneelast einsturzgefahr: die feuerwehr half durch abraeumen des schnees.

sonntag wurde auch der 14.000ste einsatz erreicht. durch die beiden schneekatastrophen ist die anzahl der heurigen einsaetze in unerwartetem masse angestiegen. seit dem 5. dezember wurde eine bisher nie erreichte haeufung von einsaetzen registriert: in 17 tagen gab es 2175 einsaetze, das entspricht etwa einem drittel der gesamteinsatzzahl des jahre 1960.

fuer den rettungsdienst war das vergangene wochenende hin-

./.

gegen eher ruhig. an beiden tagen mussten die fahrzeuge der rettung nur zu 210 einsaetzen ausfahren, eine zahl, die eher unter dem durchschnitt liegt. in der nacht von samstag auf sonntag wurden 123 ausfahrten registriert.
1432

praesident der ingenieurkammer angelobt

9 wien, 22.12. (rk) landeshauptmann bruno m a r e k nahm am montag die angelobung des praesidenten der ingenieurkammer fuer wien, niederoesterreich und das burgenland, dipl.-ing. herbert m u e l l e r - h a r t b u r g, vor. die wiederwahl muellerhartburgs zum praesidenten der ingenieurkammer war am 18. dezember 1969 auf grund des neuen ingenieurkammergesetzes vorgenommen worden.
1436

diplomfeier im preyer' schen kinderspital

10 wien, 22.12. (rk) eine kleine feier galt montag 14 absolventinnen der kinderkrankenpflegeschule des preyer'schen kinderspitals. stadtrat hans b o c k ueberreichte den jungen diplomschwestern die dekrete ihrer ernennung. neun von ihnen hatten die pruefungen mit ausgezeichnetem erfolg bestanden, eine davon ''sub auspiciis''. christiane p o i s s l , die ''sub-auspiciis'' schwester , hat innerhalb der dreijaehrigen ausbildung auf jede pruefung ein ''sehr gut'' bekommen. zwei ihrer schwestern haben ebenfalls den beruf einer kinderschwester ergriffen. buergermeister m a r e k wird christiane poissl ins rathaus einladen, um ihr persoenlich zu gratulieren. in seiner ansprache betonte stadtrat bock die bedeutung des berufs einer kinderschwester, ueber 5.000 diplomierte schwestern sind derzeit in den spitaelern der stadt wien beschaeftigt.
1522

silvester-nachtverkehr

11 wien, 22.12. (rk) in der silvesternacht vom 31. dezember 1969 auf 1. jaenner 1970 wird, wie alljaehrlich, auf einzelnen radial- und rundlinien der strassenbahn sowie auf der autobuslinie 39 a, anschliessend an den tagverkehr, ein nachtverkehr bis etwa 5.00 uhr frueh ab ring und kai beziehungsweise stadtbahnstation nussdorfer strasse eingerichtet.

die in der silvesternacht betriebenen linien sind aus den in allen wagen angebrachten anschlaegen zu ersehen. der nachtfahrpreis betraegt fuer jede ueber 6 jahre alte person 10 schilling.

alle uebrigen fahrscheine und fahrausweise (ausgenommen schwerkriegsbeschaedigtenausweise) haben auf den zuegen des nachtverkehrs keine gueltigkeit.
1529

weihnachtssingen auf dem rathausplatz

12 wien, 22.12.(rk) vor dem grossen christbaum auf dem rathausplatz veranstalteten am montag die wiener kinderfreunde ein weihnachtssingen fuer buergermeister bruno m a r e k. der buergermeister war in begleitung von vizebuergermeister gertrude s a n d n e r , den stadtraeten ing. h o f m a n n und n e k u l a sowie stadtschulratspraesident s c h n e l l und den obmann der gewerkschaft der gemeindebediensteten, w e i s z , gekommen, um die weihnachtslieder zu hoeren. marek dankte in einer kurzen ansprache fuer die musikalischen gruesse und wuenschte allen oesterreichischen kindern ein frohes fest. die saenger lud der buergermeister schliesslich zu einer jause ins rathaus ein.
1608

rinderhauptmarkt vom 22. dezember

13 wien, 22.12.(rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhr inland 9 ochsen, 51 stiere, 109 kuehe, 28 kalbinnen, summe 197. neuzufuhr jugoslawien: 9 ochsen, 3 stiere, 14 kuehe, 1 kalbin, summe 27. gesamtauftrieb: 18 ochsen, 54 stiere, 123 kuehe, 29 kalbinnen, summe 224. verkauft 18 ochsen, 50 stiere, 107 kuehe, 29 kalbinnen, summe 204. unverkauft : 4 stiere, 16 kuehe, summe 20.

preise: ochsen 16 bis 18.20, stiere 14.80 bis 18.30, extrem 18.50/2 stueck. kuehe 12 bis 14,70, extrem 15/1 stueck., kalbinnen 15 bis 18, beinlvieh kuehe 11.50 bis 11.70. ochsen und kalbinnen 12.80 bis 14.50. der durchschnittspreis erhoehte sich bei ochsen um 114 groschen, kalbinnen um 15 groschen und ermaessigte sich bei stieren um 26 groschen, kuehen um 2 groschen. die durchschnittspreise einschliesslich beinlvieh betragen: ochsen 17,55, stiere 17.22, kuehe 13.39, kalbinnen 16.27. beinlvieh verteuerte sich bis zu 20 groschen je kilogramm. jugoslawien ochsen: 14 bis 16.80 , stiere 16.70 bis 17.20, kuehe 11 bis 13.30, kalbinnen 14.

1652

schweinehauptmarkt vom 22. dezember

14 wien, 22.12.(rk) unverkauft vom vormarkt 0, neuzufuhr inland 2.840, hievon 222 durchlaeufer, gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles. auftrieb im auslandsschlachthof: 155 schweine aus der ddr. preise extrem 18 bis 19.50, 1. qualitaet 18.50 bis 18.70, 2. qualitaet 17.50 bis 18, 3. qualitaet (15/27 stueck) 16 bis 17.30, zuchten extrem 14.50 bis 15, zuchten 14 bis 14.30. der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine ermaessigte sich um 15 groschen je kilogramm und betraegt 17.94. aussermarktbezuege in der zeit vom 9. bis 22. dezember (ohne direkteinbringungen in die bezirke) 1.408 stueck.

1654

pferdehauptmarkt vom 22. dezember

15 wien, 22.12.(rk) auftrieb 6 stueck, herkunft : 2 aus niederoesterreich, 4 aus dem burgenland, verkauft als schlachttiere 6, notierungen schlachttiere: extrem 11, 1. qualitaet 9, 2. qualitaet 8, der durchschnittspreis fuer inlaendische schlachtpferde erhoehte sich um 21 groschen je kilogramm. durchschnittspreis fuer schlachtpferde 9.70.

1656

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

wiens bevoelkerung im november

1 wien, 23.12. (rk) das statistische amt der stadt wien weist in seinem bericht fuer november 864 eheschliessungen, 1.436 lebendgeborene und 2.284 sterbefaelle aus. damit liegen die zahlen der eheschliessungen um 60, die der lebendgeborenen um 86 unter den november-zahlen des vorjahres, die zahl der gestorbenen hat sich um 15 erhoeht. nach dem bericht der polizeidirektion sind im november 12.624 personen nach wien zugewandert, 10.109 haben sich abgemeldet.
0841

internationale anerkennung fuer wiener u-bahnfilm

2 wien, 23.12. (rk) der wiener u-bahnfilm ''stunde null'', der bei dem diesjaehrigen industriefilmfestival in berlin als einziger oesterreichischer beitrag gezeigt wurde, erreichte einen schoenen achtungserfolg: ''stunde null'' wurde in der begehrtesten und daher auch am dichtesten beschickten kategorie an 5. stelle qualifiziert und verfehlte eine internationale auszeichnung nur um einen einzigen punkt.

der film erhielt mehrmals szenenapplaus und wurde nach ende lebhaft akklamiert. dass die ''stunde null'' nicht ganz vorne landete, war vor allem nach ansicht der schweizer und deutschen juroren nur darauf zurueckzufuehren, dass viele fremdsprachige jurymitglieder dem text nicht ganz folgen konnten, dieser film jedoch in seiner wirkung sehr stark vom gesprochenen wort abhing.

zu diesem schluss kam auch die ''deutsche filmkorrespondenz'', die ueber den beitrag der stadt wien schrieb: ''... eine respektable leistung fuer das kleine land, deren erklaerung wir darin sehen moechten, dass oesterreich niemand anderen nachmacht als sich selbst. mit seiner ''stunde null'' legte oesterreich ein kleines kabinettstueck vor, hier widerlegt das bild die raunzerei des worts, um die notwendigkeit des u-bahnbaues zu belegen. die oesterreicher hatten den film schicklicherweise in kategorie b gemeldet, haetten sie ihn, nach allerdings wenig lobenswertem beispiel anderer, in eine andere kategorie plaziert, so haette er vielleicht mitmischen koennen...''

''stunde null'' war von der oesterreichischen industriellenvereinigung als oesterreichischer beitrag fuer berlin ausgewaehlt worden. der film - regie freddy iversen, hauptdarsteller alfred boehm - soll nun in den wiener kinos gezeigt und durch mehrere verleihe weiten kreisen der bevoelkerung zugaenglich gemacht werden.
1000

neuer rekord beim verbrauch von wiener stadtgas

3 wien, 23.12. (rk) der bisherige rekordtag im verbrauch von stadtgas war der 9. dezember dieses jahres. an diesem tag sind 4,843.000 kubikmeter abgegeben worden. dieser rekord wurde gestern montag, 22. dezember, mit einem gasverbrauch von 5,527.800 kubikmeter eingestellt. die erzeugung betrug gestern 5,630.800 kubikmeter, so dass noch 103.000 kubikmeter ueberschuss blieben. nach ansicht der fachleute duerfte damit der hoehepunkt des diesjaehrigen gasverbrauches erreicht sein.
1028

blumenball der wiener stadtgaertner

4 wien, 23.12. (rk) der beliebte blumenball der wiener stadtgaertner findet freitag, den 16. jaenner, in den sofiensaelen statt. den ehrenschutz hat buergermeister bruno m a r e k uebernommen. die balleroeffnung geschieht durch das jungdamen- und jungherrenkomitee, das von ballettmeister rudolf fraenzl einstudiert wird. es spielen die orchester eduard macku, leo jaritz, charly leibrecht und grazy five. beim blumenbasar gewinnt wieder jedes los.
1029

weihnachts- und neujahrsgratulationen fuer den buergermeister

wien, 23.12. (rk) auch dienstag vormittag fanden sich, so wie am vortag, wieder zahlreiche gratulanten anlaesslich des bevorstehenden weihnachts- und neujahrsfestes im arbeitszimmer von buergermeister bruno m a r e k ein. den anfang machten die mitarbeiter des praesidialbueros, um 9.30 uhr erschienen als repraesentanten der hohen beamtenschaft magistratsdirektor doktor rudolf e r t l , kontrollamtsdirektor dr. ernst l a c h s, stadtwerke-generaldirektor dr. karl r e i s i n g e r, stadtbaudirektor prof. dr. rudolf k o l l e r und obersenatsrat dr. max s t e i n e r bei wiens stadtoberhaupt.

magistratsdirektor dr. ertl charakterisierte das vergangene jahr als einen zeitabschnitt, der viele hoehepunkte, aber auch etliche wermutstropfen gebracht hatte. im grossen und ganzen koenne es aber als ein erfolgreiches jahr bezeichnet werden, zumal heuer die weichen fuer den weiteren ausbau wiens bis zur jahrtausendwende gestellt wurden. abschliessend wuenschte dr. ertl dem buergermeister erfolg fuer seine weitere taetigkeit zum wohle der stadt und viel persoenliche freude im kommenden jahr.

buergermeister marek erwiderte die wuensche seiner hoechsten beamten und dankte ihnen fuer ihre konstruktive mitarbeit. in einer kurzen rueckschau bezeichnete er die wiedererichtung der wiener messe und die aufwertung des wiener landtages, als die wichtigsten arbeiten seines lebens.

die naechsten gratulationen brachte eine delegation der modeschule hetzendorf unter fuehrung ihres direktors, professor otto l i e w e h r , dar. drei schuelerinnen ueberreichten buergermeister marek ein selbstgebasteltes weihnachtsgeschenk als praesent.

den abschluss bildeten die rauchfangkehrer. innungsmeister dipl.-ing. rudolf q u e s t e r und kammerrat josef m o h r hatten drei rauchfangkehrer, zwei gesellen und einen lehrling, in ihrer berufskleidung mitgebracht, die dem buergermeister ihre guten wuensche und einen praechtigen azaleenstock ueberbrachten.

1151

wilhelm neumann zum gedenken

6 wien, 23.12. (rk) auf den 25. dezember faellt der 25. todestag des internisten univ.prof. hofrat wilhelm n e u m a n n .
er wurde am 19. juni 1877 in ullrichsthal, boehmen, geboren und absolvierte das medizinstudium an der wiener universitaet. in der folge arbeitete er als volontaer am pathologisch-anatomischen institut und schliesslich als assistent bei neusser und ortner. 1913 erfolgte seine habilitierung fuer innere medizin, seit 1920 war er primarius am wilhelminen-spital. neumann hat auf seinem hauptsaechlichen forschungsgebiet, der klinischen tuberkulose, zahlreiche arbeiten verfasst, die zumeist in fachzeitschriften erschienen sind. sein hauptwerk ''klinik der tuberkulose erwachsener'' ist in zwei auflagen erschienen und wurde ins russische, spanische und italienische uebersetzt. professor neumann war mitglied verschiedener in- und auslaendischer vereinigungen, unter anderem der internationalen gesellschaft zur bekaempfung der tuberkulose, und gehoerte dem obersten sanitaetsrat an.
1225

neuer direktor des landwirtschaftsbetriebes der stadt wien

9 wien,23.12. (rk) da der bisherige direktor des landwirtschaftsbetriebes der stadt wien, dipl.ing. josef p i v n i c k a , ende dieses jahres in den ruhestand tritt, hat heute personalstadtrat hans b o c k beantragt, als dessen nachfolger dipl.ing. herfried v i n c z e zu bestellen. dipl.ing. vicze gehoert dem landwirtschaftsbetrieb der stadt wien seit 1951 an und zwar zuletzt dessen kaufmaennischer referent.
1410

jaenner 1970:zu kalt, ueberdurchschnittlich viel schnee
die wetterprognose des rathaus-meteorologen

7 wien, 23.12. (rk) wetterkatastrophen fallen aus den rahmen - daher koennen sie in langfrist-prognosen nicht vorausberechnet werden. so war es auch im dezember, dessen abnormer schneereichtum die prognose des rathaus-meteorologen dr. rudolf z a w a d i l glatt zugedeckt hat - und das nach fuenf richtigen monatsprognosen hintereinander. die ungewoehnliche wetterlage wird natuerlich weiterwirken: daher duerfte uns der jaenner grosse kaelte und ueberdurchschnittlich viel schnee bescheren.

der mittelwert der jaenner-temperatur betraegt normalerweise minus 1,6 grad, im jaenner 1970 ist jedoch mit einem monatsmittel von minus 2 grad zu rechnen. aus der seit 1775 gefuehrten temperaturstatistik geht hervor, dass der kaelteste jaenner 1942 mit minus 9,3 grad registriert wurde, waehrend der mildeste 1916 plus 4,8 grad mittelwert brachte. die variationsbreite ist mit nicht weniger als 14 grad enorm und resultiert aus dem unterschied zwischen den strengen russischen wintern mit nordostwinden und den milden ozeanischen wintern mit westwinden. frost ist im durchschnitt an 23 tagen zu erwarten, dreizehnmal ganztaegig.

die niederschlagshoehen des jaenner 1970 koenne zwischen 35 bis 45 millimeter liegen. der mittelwert der bis 1851 zurueckreichenden statistik betraegt normalerweise 38 millimeter. die rekordmonate wiesen 2 millimeter (1895) bzw. 128 millimeter (1900) auf. der trockenste jaenner war kalt, der nasseste mild. die hoechste schneedecke wurde am 12. jaenner 1945 mit 40 zentimeter registriert.

wegen der noch geringen tageslaenge und der im wiener becken haeufigen hochnebeldecke wird die sonne nur spaerlich scheinen: voraussichtlich 60 bis 65 stunden. die seit 1881 geringste sonnenscheindauer wurde 1919 mit nur 18 stunden gemessen, das maximum brachte mit 110 stunden der jaenner 1956. der sonnenaermste jaenner war mild und normal feucht, der sonnigste ebenfalls mild, aber ziemlich trocken.
1336

schlusssitzung des wiener stadtsenates:
beispielhafte demokratische gepflogenheiten.

8 wien, 23.12. (rk) heute fand im rathaus die letzte sitzung des wiener stadtsenates in diesem jahr statt. buergermeister bruno m a r e k dankte allen mitgliedern dieser koerperschaft fuer ihre konstuktive und in die zukunft weisende arbeit. der stadtsenat in dieser zusammensetzung besteht nun seit acht monaten. waehrend dieser zeit wurden die grossen probleme begonnen, die ein neues jahrzehnt einleiten und teilweise bis zur jahrhundert-wende reichen werden. die arbeit im stadtsenat wird von hohem idealismus, von verantwortungsbewusstsein und von der liebe zu wien geleitet. selbstverstaendlich gibt es gewisse gegenteilige meinungen auf ideologischem und parteipolitischem gebiet. wie solche auseinandersetzungen aber im wiener stadtsenat ausgetragen werden, ist beispielgebend fuer demokratische gepflogenheiten.

vizebuergermeister felix s l a v i k und stadtraetin dr. maria s c h a u m a y e r sprachen im namen ihrer fraktionen buergermeister bruno m a r e k die besten weihnachtswuensche aus, wobei die sprecherin der oevp auch fuer die stets angenehme fuehrung des vorsitzes durch den wiener buergermeister dankte.

die erste sitzung des wiener stadtsenates im kommenden jahr ist fuer den 13. jaenner angesetzt.
1351

neue zusammensetzung der gemeinderaetlichen stadtplanungskommission

10 wien, 23.12. (rk) die aenderung der geschaeftseinteilung beim wiener magistrat hat auch eine aenderung der zusammensetzung der gemeinderaetlichen stadtplanungskommission notwendig gemacht. magistratsdirektor dr. rudolf e r t l stellte dienstag einen antrag ueber die grundzuege der kuenftigen zusammensetzung der gemeinderaetlichen stadtplanungskommission. diese lauten:

die kommission besteht aus dem buergermeister, den mitgliedern des stadtsenates, sieben gemeinderaeten des mit planungsaufgaben betrauten gemeinderatsausschuss 6, die der stadtsenat fuer die dauer der wahlperiode des gemeinderates bestellt, dem magistratsdirektor, dem generaldirektor der wiener stadtwerke, dem stadtbaudirektor, dem leiter der geschaeftsgruppe 2, dem leiter der magistratsabteilung 18, dem leiter der magistratsabteilung 22, dem direktor des instituts fuer stadtforschung und einem mitglied des fachbeirates fuer stadtplanung.
1425

neue wohnbaufoerderungsdarlehen der wiener landesregierung

11 wien, 23.12. (rk) die wiener landesregierung hat dienstag auf antrag von stadtraetin maria j a c o b i darlehen nach dem wohnbaufoerderungsgesetz 1968 in der hoehe von 142,225.100 schilling beschlossen. damit wird der bau von 1.033 wohnungen und sechs geschaeftslokalen ermoeglicht. in den genuss dieser darlehen kommen gemeinnuetzige wohnbauvereinigungen und andere juristische personen wie auch wiener, die ein eigenheim bauen wollen.
1416

wien half den erdbebenopfern von banja luka

12 wien, 23.12. (rk) wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i berichtete dienstag im wiener stadtsenat ueber die erfolgten hilfsmassnahmen nach der erdbebenkatastrophe von banja luka. dieser akt internationaler solidaritaet fuer tausende obdachlose ist bekanntlich vom wiener roten kreuz durchgefuehrt worden. so wurden auch in den von der caritas bereitgestellten 50 eisenbahnwaggons schlafplaetze fuer 350 personen engerichtet und mit luftmatratzen und bettzeug ausgestattet. zur abdichtung der waggons wurden daemmplatten und dachpappe verwendet. die fuer diese anschaffungen aufgelaufenen rechnungen in der hoehe von rund 100.000 schilling werden nun von der wiener stadtverwaltung refundiert.
1422

trotz extremer temperaturen:
hochbetrieb beim hochbau

13 wien, 23.12. (rk) trotz extremer wintertemperaturen herrscht auf den hochbaustellen der stadt wien hochbetrieb: nahezug gleichviel arbeitskraefte wie im september (rund 8.300) sind beschaeftigt. dies ist ein erfolg der winterbaumassnahmen, fuer die schon im herbst vorkehrungen getroffen wurden. allein 3.500 arbeiter sind im wohnbau taetig.

die ''tote saison'' im winter kann vor allem durch das aufstellen zusaetzlicher heizgeraete wie thermoblocs und gaswarmluftgeraete, ferner durch verschliessen der objekte und fenster mit kunststoffolien und andere ''anti-frost-massnahmen'' ueberwunden werden. die winterbaumassnahmen erfordern mit 24 millionen schilling rund 2 prozent der durchschnittlichen gesamtbaukosten.

sichtbare resultate der vorbeugenden massnahmen: in wien gelang es, die gefuerchteten saisonspitzen im baugewerbe weitgehend abzubauen, wie erst kuerzlich durch das wiener institut fuer standortberatung nachgewiesen wurde.
1505

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 29.Dezember 1969 bis
11. Jänner 1970

23. Dezember (RK)

Dienstag, 30. Dezember:

10.00 Uhr Musikverein, Großer Saal, Vorraufführung des Neujahrskonzertes der Wiener Philharmoniker für das Österreichische Bundesheer
Dirigent: Willi Boskovsky
(Werke von Johann und Josef Strauß und Josef Lanner)

19.30 Uhr Musikverein Brahms-Saal, Konzertdirektion Dr. Cieplik: Violinabend Marylin Dubow
(Kreisler, Brahms, J.S.Bach, Ives, Kabalewskij, Bloch, Wieniawski)

Mittwoch, 31. Dezember:

18.00 Uhr Rathausplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Turmblasen des Trompeterchores der Stadt Wien unter Leitung von Prof. Josef L e v o r a (Werke von: G.F. Händel, J. Haydn, R. Straus, Wilhelm Jerger, Rudolf Jettl, Hans Totzauer, Karl Pilss, Josef Hadraba)

19.30 Uhr Musikverein, Großer Saal, Silvesterkonzert der Wiener Philharmoniker, Dirigent: Willi Boskovsky
(Werke von Johann und Josef Strauß und Josef Lanner)

19.30 und 22.30 Uhr Konzerthaus, Mozartsaal, Kulturvereinigung der Jugend: Silvester-Gala mit Topsy Küppers und Georg Kreisler unter dem Titel: "Gemma Wiener vergiften"

Donnerstag, 1. Jänner:

11.00 Uhr Musikverein Großer Saal, Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker, Dirigent: Willi Boskovsky (Werke von Johann und Josef Strauß und Josef Lanner)

Samstag, 3. Jänner:

19.30 Uhr Musikverein Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: Originalmusik für Klavier zu vier Händen: Paul Badura-Skoda - Jörg Demus (Mozart, Schubert, Schumann, Bizet)

./.

Mittwoch, 7. Jänner:

15.30 Uhr Konzerthaus Mozart-Saal, Theater der Jugend: Mozart-Sängerknaben "Die beiden Geizigen", komische Oper in einem Akt von André E.M. Grétry

19.30 Uhr Musikverein Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Shura Cherkassky (Bach, Liszt, Brahms, Chopin)

Donnerstag, 8. Jänner:

18.30 Uhr Musikakademie (Johannesgasse 8) Konzertsaal, Wiener Akademie für Musik u.d.Kunst: Vortragabend der Klassen Öhlberger und Veleta (Werke von Weber, Saint-Saens und Brahms)

19.30 Uhr Konzerthaus Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Abend im Zyklus III "Beethoven-Zyklus" Wolfgang Schneiderhan, Violine - Walter Klien, Klavier (Sämtliche Sonaten für Klavier und Violine)

19.30 Uhr Musikverein Großer Saal, Musikalische Jugen: 5. Konzert im Zyklus III (Voraufführung des 4. Konzerts im "Wiener Symphoniker-Zyklus" der GdM). Wiener Symphoniker, Dirigent: Wolfgang Sawallisch, Solist: Christoph Eschenbach, Klavier (Programm siehe 11. Jänner)

Freitag, 9. Jänner:

15.30 Uhr Konzerthaus Mozart-Saal, Theater der Jugend: Mozart-Sängerknaben "Die beiden Geizigen", komische Oper in einem Akt von André E.M. Grétry

16.30 Uhr Musikverein Großer Saal, Musikalische Jugend: 2. Konzert im Sonderzyklus (Voraufführung des 6. Abonnementkonzerts der Wiener Philharmoniker) Dirigent: Carl Melles (Programm siehe 10. Jänner)

19.30 Uhr Musikverein Brahms-Saal, Beethoven - Cellosonaten 1. Abend: Vladimir Orloff - Alexander Jenner

19.30 Uhr Musikverein Großer Saal, Österreichischer Gewerkschaftsbund: (Voraufführung des 4. Konzerts im "Wiener Symphoniker-Zyklus" der GdM) Dirigent: Wolfgang Sawallisch, Solist: Christoph Eschenbach, Klavier (Programm siehe 11. Jänner)

Samstag, 10. Jänner:

15.30 Uhr Musikverein Großer Saal, Wiener Philharmoniker: 6. Abonnementkonzert Dirigent: Carl Melles (Max Reger: Variationen und Fuge für Orchester über ein Thema von Mozart, op. 132; L.v.Beethoven: Symphonie Nr. 6, F-Dur, op.68 "Pastorale")

./.

19.30 Uhr Musikverein Brahms-Saal, Musikalische Jugend: 3. Konzert im Zyklus IX und XI "Alte Musik", Ensemble "Musica antiqua", Leitung: Bernhard Klebel, Solist: Bernhard Michaelis (Jagd-, Landsknechts- und Studentenlieder)

19.30 Uhr Musikverein Großer Saal, Theater der Jugend: (Voraufführung des 4. Konzerts im "Wiener Symphoniker-Zyklus" der GdM), Dirigent: Wolfgang Sawallisch, Solist: Christoph Eschenbach, Klavier (Programm siehe 11. Jänner)

Sonntag, 11. Jänner:

11.00 Uhr Musikverein Großer Saal, Wiener Philharmoniker: Wiederholung des 6.Abonnementkonzerts, Dirigent: Carl Melles, (Programm siehe 10.Jänner)

11.00 Uhr Wr. Funkhaus Großer Sendesaal. Österreichischer Rundfunk: 4. Konzert im Zyklus V, Wiener Symphoniker, Dirigent: Miltiades Caridis; Solistin: Christa Ruppert, Violine (J.Haydn: Symphonie, HV I/101 (Die Uhr); Boris Blacher: Concertante Musik für Orchester, op.10; Alexander Glazounow: Violinkonzert a-Moll, op.82; Maurice Ravel: Rhapsodie espagnole)

15.30 Uhr Konzerthaus Mozart-Saal, Bundesgymnasium Wien IX.: Musikfest - 1.Beethovenabend. Ausführende: Chor und Orchester der Schule (Deutsche Tänze und Menuette, Lieder und Kanons, Romanzen für Violine und Orchester, Kantate - "Meeresstille und glückliche Fahrt", Phantasie für Klavier, Chor und Orchester)

16.00 Uhr Musikverein, Großer Saal, N.Ö.Tonkünstlerorchester: 5. Nachmittagskonzert, Dirigent: Kurt Richter; Solist: Leslie Parnas, Violoncello (Beethoven: 8. Symphonie; Chatchaturian: Violoncellokonzert; Respighi: "Feste Romane")

19.30 Uhr Musikverein, Brahms-Saal, Klavierabend Frederick Marvin: Beethoven-Sonaten

19.30 Uhr Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert im "Wiener Symphoniker-Zyklus", Dirigent: Wolfgang Sawallisch, Solist: Christoph Eschenbach, Klavier, (Beethoven: Leonoren-Ouvertüre Nr.1; 5. Klavierkonzert Es-Dur, op.73; VII.Symphonie A-Dur, op.92)

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

dietrich kralik zum gedenken

2 wien, 24,12. (rk) auf den 27. dezember faellt der 10. todestag des literaturhistorikers univ.prof. dr. dietrich k r a l i k . er wurde als sohn des dichters und kulturphilosophen richard kralik-meyerswalden am 15. august 1884 in wien geboren, wo er an der universitaet das fachstudium absolvierte und sich 1914 habilitierte. nach einjaehriger taetigkeit als ordinarius in wuerzburg uebernahm er 1924 an der wiener universitaet die seit dem tode seemuellers verwaiste lehrkanzel fuer aeltere deutsche philologie und behielt sie bis zu seiner emeritierung. kralik war neben seinem akademischen wirken an zahlreichen grossen werken beteiligt. so arbeitete er am grimmschen woerterbuch mit und war mitherausgeber der publikation ''deutsche literatur. sammlung literarischer kunst- und kulturdenkmaeler in entwicklungsreihen''. im zentrum seiner forschungen stand das nibelungenlied, dessen quellen und entstehungsgeschichte er eingehend untersuch hat. auch viele andere grundlegende arbeiten zur sprach- und dichtungsgeschichte des mittelalters gehen auf ihn zurueck. dietrich kralik, der wirkliches mitglied der oesterreichischen akademie der wissenschaften war, hat eine ganze generation von germanisten ausgebildet.

leopold kramer zum gedenken

3 wien, 24.12. (rk) auf den 29. dezember faellt der 100. geburtstag des schauspielers leopold kramer.

er wurde in prag geboren und debuetierte nach erfolgter ausbildung am wiener vorstadttheater in rudolfsheim. in der folge wirkte er in olmuetz, halle und schliesslich wieder in wien, wo er bis 1914 am deutschen volkstheater auftrat. von 1918 bis 1927 leitete er als direktor das deutsche landestheater in prag, anschliessend kam er nach wien zurueck und konnte am deutschen volkstheater 1935 sein 40jaehriges berufsjubilaeum feiern. leopold kramer, der mit der schauspielerin pepi gloeckner-kramer verheiratet war, hat waehrend seiner langen laufbahn als direktor und regisseur zahlreichen wiener schauspielern den weg zum erfolg geebnet. er selbst verkoerperte in seinen darstellungen den typus des bonvivants mit unnachahmlicher wiener eleganz und erzielte auch in den ernsten rollen der dramatischen weltliteratur starke kuenstlerische wirkung. leopold kramer ist am 29. oktober 1942 in wien gestorben.

karl ludwig costenoble zum gedenken

4 wien, 24. 12. (rk) auf den 28. dezember faellt der 200. geburtstag des schauspielers karl ludwig costenoble.

er wurde als sohn eines reformierten dompredigers zu herford in westfalen geboren und war urspruenglich fuer die geistliche laufbahn bestimmt. es zog ihn jedoch schon fruehzeitig zum theater, aber erst nach schweren jahren an verschiedenen wanderbuehnen erhielt er ein festes engagement. in der folge spielte er in bayreuth, in salzburg und schliesslich in hamburg, wo er 17 jahre blieb und grosse popularitaet erlangte. costenoble hatte als saenger begonnen, wandelte sich aber bald zum charakterdarsteller und komiker. im jahre 1818 wurde er an das wiener burgtheater verpflichtet und gehoerte dem haus bis zu seinem tode als prominentes mitglied des ensembles an. daneben unternahm er zahlreiche gastspielreisen, darunter nach hamburg, wo er stuermisch bejubelt wurde. auf der rueckreise nach wien ist er in prag am 28. august 1837 gestorben. costenoble ist auch deshalb von besonderer bedeutung, weil seine tagebuecher und memoiren, die einen zeitraum von 30 jahren umfassen, ein lebendiges bild des theaterlebens in der ersten haelfte des vorigen jahrhunderts vermitteln. auch als buehnenautor ist er mit komoedien und schauspielen hervorgetreten, die seinerzeit mit grossem erfolg aufgefuehrt wurden. sei 1908 erinnert eine gasse im 13 wiener gemeindebezirk an ihn.

sonderkindertagesheim fuer floridsdorf

5 wien, 24.12. (rk) fuer die noerdlichen bezirke ergab sich in den letzten jahren der starke bedarf nach einem sonderkindertagesheim. eine erste einrichtung dieser art arbeitet bereits mit erfolg im auer welsbach-park. die planungsarbeiten fuer die errichtung eines neuen sonderkindertagesheimes am ringelseeplatz-franklinstrasse wurden in diesem jahr begonnen.

mit einem gesamtaufwand von 11,1 millionen schilling entsteht hier eine spezialeinrichtung fuer kinder mit koerperlicher behinderung, mit geistigen und seelischen schaeden. fuenf gruppenraeume, ein mehrzweckraum, ein spezialraum fuer unterwassertherapie, ein grosser bewegungsraum, weitere therapie- und nebenraeume bilden die ausstattung. sprachtherapeuten und psychologen werden hier mit spezialmethoden arbeiten, um gestoerte kinder zur schulreife zu fuehren.

der baubeginn dieses zweiten sonderkindertagesheimes ist fuer fruehjahr 1970 vorgesehen, der betriebsbeginn fuer fruehjahr 1971.

0905

subventionen fuer organisationen und kleinbuehnen

6 wien, 24.12. (rk) am letzten tag der budgetdebatte, der dem gemeinderat auch noch die erledigung einer groesseren anzahl von tagesordnungspunkten brachte, wurden an verschiedene organisationen insgesamt rund 15 millionen schilling an subventionen vergeben. den anfang machten einige theater: theater im savoy 25.000 schilling, theater am boerseplatz 25.000 schilling, werkstattbuehne 20.000 schilling, theater an der wien (nachtragssubvention) 5 millionen schilling und marionettentheater arlequin 25.000 schilling.

sechs wiener jungfilmer erhalten fuer die herstellung von kurz- und experimentalfilmen je 50.000 schilling, der oesterreichische pen-club fuer die durchfuehrung seiner verbandszwecke 20.000 schilling. fuer die schaffung einer ''gastprofessur erwin schroedinger'' erhaelt die oesterreichische akademie der wissenschaften 50.000 schilling.

vizebuergermeister felix s l a v i k beantragte subventionen in der gesamthoehe von 5,7 millionen schilling, und zwar fuer das st.anna-kinderspital (rund 3,5 millionen schilling), den verein der freunde der hermes-villa (2 millionen schilling), die gesellschaft zum schutz geistig behinderter (167.500 schilling) und den oesterreichischen bergrettungsdienst (30.000 schilling).

der wiener jugendkreis erhielt zum ankauf von schiern, schischuhen und schistoecken 100.000 schilling, zur fortsetzung der sportfoerderungsaktion 60.000 schilling.

1000

auch zu weihnachten geht die schneeraeumung weiter

7 wien, 24.12. (rk) auch ueber die weihnachtsfeiertage bleiben die angehoerigen der magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) im einsatz, um auf den strassen der bundeshauptstadt optimale bedingungen zu schaffen. derzeit sind 1.422 schneearbeiter, 76 schneepfluege, 76 streufahrzeuge, 162 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, 65 schneeladegeraete, 12 sandladegeraete und zwei schneefraesen in aktion.

die wiener rettung und die wiener feuerwehr haben nach wie vor hochbetrieb. bei schneewetter kommt es vor allem bei aelteren leuten zu stuerzen mit unangenehmen folgen. am heiligen abend muß die rettung mit mehr ausfahrten rechnen als an normalen tagen, das gleiche gilt auch für die feuerwehr.

fuer die bevorstehenden weihnachtsfeiertage sind die meteorologen relativ optimistisch. einzig fuer den stephanitag (26. dezember) sagen sie leichten schneeregen und eisglaette in der bundeshauptstadt voraus. die temperatur wird an allen feiertagen um die nullgradmarke der quecksilbersaeulen pendeln. am 25. dezember soll die sonne sogar fuer kurze zeit ihr wolkenversteck verlassen, hoffen die meteorologen.
1016

wasserrohrbruch am lerchenfelder guertel - feuerwehr poelzte einsturzbedrohtes haus

9 wien, 24.12. (rk) in den spaeten abendstunden des dienstag kam es am lerchenfelder guertel auf der hoehe des hauses nummer 51 zum bruch eines wasserrohres von 200 millimeter durchmesser. gegenwaertig arbeiten die wasserwerke noch immer an der behebung des komplizierten gebrechens. zur versorgung der anrainer mit dem kostbaren nass wurde ein trinkwasserwagen der gemeinde bereitgestellt. die behebung des gebrechens gestaltet sich deshalb schwierig, weil sich der rohrstrang unter einer dicken betondecke befindet. der wasserrohrbruch fuehrte auch zu einer ueberflutung der kellergewoelbe des hauses lerchenfelder guertel 51, wodurch fuer das gebaeude akute einsturzgefahr bestand. die feuerwehr pumpte den keller aus und poelzte anschliessend kellergewoelbe und fundamentmauern.
1122

geehrte redaktion!

schoene weihnachten wuenscht allen kolleginnen und kollegen in den redaktionen die kollegenschaft des presse- und informationsdienstes der stadt wien.

die naechste ausgabe der ''rathaus-korrespondenz'' erscheint samstag, den 27. dezember.

etwas weniger auslaendische wien-besucher
der fremdenverkehr im november

8 wien, 24.12. (rk) gegenueber november 1968 hat sich die zahl der touristen und urlauber, die wien im vergangenen monat besucht haben, um 0,4 prozent verringert, die zahl der uebernachtungen ging um etwa 13 prozent zurueck. im einzelnen meldet das statistische amt der stadt wien folgende zahlen ueber den fremdenverkehr im november 1969 (zahlen vom november 1968 in klammer):

im berichtsmonat verzeichneten die wiener beherbergungsbetriebe insgesamt 73.133 gaeste, das sind um 317 oder 0,4 prozent weniger als im gleichen zeitraum des vorjahres. die zahl der naechtigungen hat sich um 26.923 auf 178.725 (205.648) verringert, hier betraegt der rueckgang 13 prozent.

die mehrzahl der wien-besucher, und zwar 52.125 (52.478) personen, kam aus dem ausland. mit 10.197 (10.171) nehmen die gaeste aus der deutschen bundesrepublik den ersten rang in der laenderstatistik ein, wie immer dicht gefolgt von 8.008 (7.009) wien-touristen aus den usa. an dritter stelle liegen diesmal die besucher aus jugoslawien mit 5.855 (5.311) personen, dann folgen 4.046 (7.955)tschechoslowaken, 3.644 (3.136) italiener und 2.176 (1.747) englaender.

die wiener jugendherbergen verzeichneten 3.324 (4.632) gaeste, davon kamen 1.166 (2.255) aus dem ausland.

1116

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

silvester im festsaal des rathauses:
''hereinspaziert ins neue jahr''

1 wien, 27.12. (rk) das silvester-programm des oesterreichischen fernsehens hat seinen auftakt heuer im wiener rathaus. um 18.15 uhr wird heinz c o n r a d s eine einstuendige sendung unter dem motte ''hereinspaziert ins neue jahr'' praesentieren. unter der regie von herbert f u c h s werden in dieser silvester-vorfeier gabriele j a c o b y, otto s c h e n k, fritz m u l i a r, eberhard w a e c h t e r und viele andere prominente aus dem musik- und theaterleben mitwirken.

buergermeister bruno m a r e k hat zu dieser veranstaltung insassen von pensionistenheimen, mitglieder von jugendklubs, alte verdiente kuenstler und noch viele andere eingeladen.

geehrte redaktion

sie sind herzlich zur teilnahme an der silvesterveranstaltung im festsaal des rathauses eingeladen. bitte merken sie vor:

zeit: mittwoch, 31. dezember, 15 uhr (es handelt sich um eine aufzeichnung, daher der sendetermin 18.15 uhr).

ort: rathaus, festsaal.

struktur und wirtschaftliche substanz des 20. bezirks

untersuchung durch das wiener institut fuer standortberatung

2 wien, 27.12. (rk) die juengste ausgabe der ''informationen'' des wiener instituts fuer standortberatung enthaelt auch den bericht ueber eine untersuchung der struktur und wirtschaftlichen substanz des 20. bezirks, in diesem heisst es:

''die vorliegende studie ueber den 20. bezirk liefert entscheidungshilfen fuer die stadtplanung, die im wesentlichen ueber den betriebsbestand im 20. bezirk und seine entwicklungsabsichten auf grund der vorhandenen bausubstanz aufschluss geben. an hand dieser daten koennen die belange der wirtschaft bei der flächenwidmung staerker beruecksichtigt und ein weiteres wirtschaftliches wachstum sichergestellt werden. die arbeit zeigt auf, dass dem endziel einer 'regionalwirtschaftlichen optimalitaet' noch hindernisse entgegenstehen und dass im verstaerkten masse oekonomische ueberlegungen in der stadtplanung beruecksichtigt werden sollten.

der 20. bezirk muesste wegen seiner guenstigen lage zur city und seiner verkehrseinrichtungen eigentlich zu einem der fuehrenden wiener wirtschaftsbezirke zaehlen. in wirklichkeit liegt jedoch sein anteil am wiener wirtschaftspotential mit 3,1 prozent unter seinem - stark steigenden - bevoelkerungsanteil von 4,6 prozent. auch durchschnittliche betriebsgroesse und nettoproduktionswert pro beschaeftigten liegen unter den entsprechenden wiener vergleichswerten. das schwergewicht in der struktur der betriebe liegt beim handel und bei der produktion. zahlenmaessig haben die handelsbetriebe das uebergewicht, nach den beschaeftigten die produktionsbetriebe. die brigittenau ist ein ueberwiegend kleinbetrieblich strukturierter, unterdurchschnittlich mit wirtschaftlichen aktivitaeten durchsetzter bezirk.

die betriebe verteilen sich raeumlich auf drei typische, scharf abgegrenzte gebiete:

./.

1. das mit wenigen betrieben besetzte wohnbaugebiet im nordwesten,

2. das stark mit handels- und dienstleistungsbetrieben durchmischte gruenderzeitliche wohngebiet im suedwesten,

3. und das gebiet jenseits des nordwestbahnhofes, in dem auch grossbetriebe vertreten sind.

die entwicklung der betriebe zeichnet sich aus der befragung ab: die in einer vollbefragung erfassten groesseren betriebe (ueber 50 beschaeftigte) hielten die beschaeftgtenzahlen fast durchwegs konstant . fast alle betriebe meldeten steigende umsaetze.

der altersaufbau der produktionsanlagen laesst auf starke investitionen in den letzten jahren schliessen.

weiters nutzen die betriebe ihre flaechen ueberaus intensiv. teilweise beruht dies auch auf einem mangel an reserveflaechen, der die betriebe dazu zwingt, aufzustocken bzw. umschichtungen in ihrem produktionsapparat vorzunehmen.

die verkehrslage wird einhellig als gut bezeichnet. auch die schnellbahn, die das einzugsgebiet des 20. bezirks auf ganz wien und teile niederoesterreichs ausdehnt, wird als vorteil empfunden.

unter den vorwiegend durchschnittlich ausgestatteten kleinbetrieben (unter 50 beschaeftigte) dominieren die alteingesessenen firmen. zum grossteil liegt die genutzte grundflaeche pro beschaeftigten unter 20 quadratmeter. trotz dieser unzureichend dimensionierten betriebsflaechen (meist auch keine reserveflaechen.) beurteilt man die geschaeftsaussichten ueberwiegend positiv. das duerfte sich teilweise aus steigenden zahl der bewohner im 20. bezirk erklaeren.

die fuer die flachenwidmung wohl interessanteste aussage ergab sich bei der frage nach dem flaechenbedarf groesserer betriebe. wegen der hohen grundstueckspreise und der in der engeren umgebung kaum moeglichen raeumlichen expansion zogen sie groesstenteils eine erweiterung am gegenwärtigen standort oder in der umgebung nicht in betracht. infolge dieser raumnot in der brigittenau, die sich auch aus der niedrigen flaeche je be-

./.

schaeftigten ablesen laesst, tragen sich einige betriebe mit voll- oder teilverlagerungsgedanken an andere standorte, zum beispiel floridsdorf.

in einem stichprobenverfahren, bei dem jeder siebente betrieb mit weniger als 50 beschaeftigten befragt wurde, medleten mehr als 20 prozent einen zusaetzlichen flaechenbedarf, der insgesamt 13.000 quadratmeter ausmacht. beruecksichtigt man die aus altersgruenden auslaufenden betriebe (10 prozent), so ergibt sich allein fuer die im rahmen einer stichprobe befragten betriebe (repraesentanz acht prozent) ein bedarf von 8.000 bis 10.000 quadratmeter. umgelegt auf alle betriebe entspricht das einem bedarf von zirka 100.000 quadratmeter geschossflaeche.

deshalb sollten zukuenftige massnahmen -eventuell durch entsprechende flaechenwidmung - auf die schaffung von gemeinschaftseinrichtungen, wie gewerbehoefen und gemeinschaftswarenhaeusern in den blocks in und um das ''bezirkszentrum'' wallensteinstrasse abzielen, wofuer aber nur betriebe mit ueberdurchschnittlicher produktivitaet in frage kommen.

weiters koennten zur industrieansiedlung, die zur zeit minder genutzten flaechen aufgekauft und betrieben zur verfuegung gestellt werden. trotz vorhandener flaechen und guenstiger verkehrslage wird die nachfrage und das angebot an industriegrundstuecken und betriebsobjekten im 20. bezirk von den maklern als sehr maessig bezeichnet.

in den fuer die industrie interessanten flachengroessenordnungen von ueber 4.000 quadratmeter wird derzeit ueberhaupt kein angebot registriert.

der 20. bezirk entwickelt sich immer mehr zu einem wohnbezirk und so sollten bei allen flaechenwuenschen, wie bereits erwaehnt, nur jene betriebe, die eine hohe produktivitaet aufzuweisen haben, bei unterstuetzungsaktionen wie zum beispiel aufkauf von flächen durch die oeffentliche hand und weitergabe, beruecksichtigt werden.''

dritte polio-impfung bereits im jaenner 1970

3 wien, 27.12. (rk) wie das gesundheitsamt mitteilt, findet die dritte teilimpfung der im jahr 1969 oral gegen poliomyelitis geimpften personen bereits im jaenner 1970 statt. alle jene wienerinnen und wiener, die im jaenner 1969 mit der schluckimpfung begonnen haben, koennen diese im kommenden monat abschliessen. ausserdem koennen im jaenner 1970 erstimpfungen begonnen werden.

die schluckimpfungen finden vom 12. bis 24. jaenner 1970 in allen bezirksgesundheitsaemtern statt und sind kostenlos. geimpft wird an folgenden tagen: montag, dienstag, freitag und samstag in der zeit von 8,30 bis 11,30 uhr, mittwoch von 13 bis 15 uhr. die impfungen werden ausserdem bei den staedtischen mutterberatungsstellen und den kinderambulatorien der wiener gebietskrankenkasse an den beratungstagen bzw. zu den ordinationszeiten durchgefuehrt.

die zweite polio-teilimpfung wird fuer alle erstimpflinge vom 9. bis 21. maerz erfolgen.

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

silvesterverkehr bei den wiener verkehrsbetrieben

3 wien, 29.12. (rk) etwas anders als ueblich werden am heurigen silvestertag strassenbahnen und autobusse verkehren: entsprechend geaenderten arbeitszeiten und teilweisen betriebseinstellungen in der industrie werden einige linien gekuerzt bzw. gar nicht gefuehrt werden, andere hingegen fahren im nachtbetrieb bis etwa 5 uhr frueh.

und das sind die linien, die in der nacht zum neuen jahr durchwegs fahren: a, ak, 18, 25, 29, 36, 38, 39a, 41, 43, 46 49, 58, 60, 62, 65, 66, 71, 74, 132, 167 und 331. alle diese linien, die ab ring und kai bis zu ihren peripheren endstellen in etwa 15 minuten-intervallen betrieben werden, koennen in der silvesternacht zum nachtfahrpreis von 10 schilling pro person benuetzt werden.

kurz gefuehrt werden die linien 9 bis mariahilfer strasse; 18 bis kandlschleife, 25 bis praterstern (ring-kaifahrten entfallen) 9 bis meidlinger hauptstrasse und 52 bis baumgarten. die linie O verkehrt nur frueh und mittag und bis zur raxstrasse, der 31/5er faehrt ebenfalls nur in der frueh und mittag, detto der 36er. die nachmittagseinlagen des 167 ers zum suedbahnhof entfallen, der 59er und der 231er fahren am silvester ueberhaupt nicht.
0923

wiener hafen: aufstrebende tendenz

1 wien, 29.12. (rk) wiens hafenanlagen zeigen eine aufstrebende tendenz: der gesamtumschlag in den haefen albern, freudenau und lobau betrug im zeitraum jaenner bis oktober 3,259.841 tonnen (vorjahr: 3,195.540 tonnen). am staerksten nahm der warenumschlag im stueckguthafen freudenau zu, wo ein plus von rund 22 prozent gegenueber dem vorjahr erzielt werden konnte.

auch die zollfreizone wien expandiert: der mengenumschlag betrug zwischen jaenner und september 88.054 tonnen (vorjahr: 72.403 tonnen), was ein plus von 22 prozent bedeutet. ruecklaeufig - bedingt durch die sondersteuer - war in der zollfreizone der eingang von kraftfahrzeugen: zwischen jaenner und september 20.044 stueck, das sind 26 prozent weniger als im gleichen zeitraum des vorjahres.

die wiener hafenbetriebsgesellschaft hat bedeutende ausbauplaene. der getreidehafen albern soll um zwei hafenbecken fuer den umschlag von kohle und industrieguetern erweitert werden. im freudenauer hafengelaende, wo auch die zollfreizone liegt, ist ein containerumschlagplatz geplant. vorgesehen ist auch die vergroesserung des zentrallagerhauses in der zollfreizone, ferner die errichtung eines autosilos und eines sozialgebaeudes. das hafengebiet wien umfasst derzeit drei hafenanlagen mit insgesamt 64 hektar wasserflaeche, 50 kilometer hafenbahngleisen und rund 15.000 meter uferstrecke.
0852

faelligkeitstermine der abgaben der stadt wien im jaenner 1970

2 wien, 27..12. (rk) im jaenner 1970 sind nachstehende abgaben faellig:

10. jaenner: ankuendigungsabgabe fuer dezember
getraenkesteuer fuer dezember
vergnuegungssteuer und sportgroschen fuer die zweite haelfte dezember

14. jaenner: anzeigenabgabe fuer dezember
ortstaxe fuer dezember

15. jaenner: lohnsummensteuer fuer dezember

25. jaenner: vergnuegungssteuer und sportgroschen fuer die erste haelfte jaenner

0856

staedtisches schulplakat: eines der besten

4 wien, 29.12. (rk) der presse- und informationsdienst der stadt wien wurde von vizebuergermeister gertrude s a n d n e r benachrichtigt, dass eines seiner plakate wieder besonders gewuerdigt wurde. das wertungskollegium, das vom kulturausschuss des gemeinderates zur vierteljaehrlichen beurteiluung der besten plakate bestellt worden ist, hat das vom presse- und informationsdienst herausgegebene plakat ''in europa bestehen durch gute schulen'' als eines der besten im 3. quartal 1969 bezeichnet.
0924

letzte moeglichkeit fuer empire- und biedermeier- ausstellung

5 wien, 29.12. (rk) die sonderausstellung ''wien 1800 - 1850, empire und biedermeister'' im historischen museum der stadt wien auf dem karlsplatz wird nochmals fuer kurze zeit verlaengert. sie kann am 1., 4. und 6. jaennervon 9 bis 13 uhr, am 2. jaenner von 9 bis 16 uhr und am 3. jaenner von 14 bis 18 uhr besucht werden. am 6. jaenner findet um 10 uhr die letzte fuehrung durch diese sonderausstellung [illegible].
0931

zu silvester auf dem rathausplatz

6 wien, 29.12. (rk) wie alljaehrlich findet auch heuer auf dem rathausplatz das traditionelle turmblasen zu silvester statt. der trompeterchor der stadt wien unter leitung von prof. josef l e v o r a wird auf der loggia des rathausturmes aufstellung nehmen und in der zeit 18 bis 18,30 uhr folgende musikstuecke intonieren:

triumphmarsch von georg friedrich haendel, st. antoni-choral von joseph haydn, stadt wien-fanfare von richard strauss, fest-fanfare von wilhelm jerger, fanfare in es von rudolf jettl, fest-fanfare von hans totzauer, ein weihnachtslieder-arrangement, wiener fanfare von karl pilss und prinz eugen-fanfare von josef hadraba.

um 18,30 uhr wird die neujahrsansprache von buergermeister bruno m a r e k auf den rathausplatz uebertragen, anschliessend erklingt bis zirka 18,40 uhr musik von schallplatten.

ebenfalls musik von schallplatten wird von 23,50 bis 24 uhr auf dem rathausplatz zu hoeren sein. um mitternacht werden zwoelf glockenschlaege den beginn des neuen jahres verkuenden, dann folgt der johann strauss-walzer ''an der schoenen blauen donau'', die schallplattenwiedergabe einer aufnahme der wiener philharmoniker unter leitung von clemens krauss.
1055

vier neue landesgesetzblaetter

7 wien, 29.12. (rk) dieser tage sind vier neue landesgesetzblaetter fuer wien erschienen. das landesgesetzblatt vom 22. dezember enthaelt kundmachungen, betreffend die neufestsetzung der ambulatoriumsbeitraege und pflegegebuehren fuer die wiener staedtischen krankenanstalten sowie eine verordnung ueber die richtsaetze in der oeffentlichen fuersorge. im landesgesetzblatt vom 23. dezember sind abaenderungen des wiener pflichtschulorganisationsgesetzes, des gesetzes ueber die gemeindevermittlungsaemter und des opferfuersorgeabgabengesetzes sowie das wiener feldschutzgesetz enthalten. das landesgesetzblatt vom 29. dezember enthaelt die garagengesetznovelle 1969 und die abaenderung des gesetzes ueber die befreiung von anliegerbeitraegen. im landesgesetzblatt vom 30. dezember sind drei gesetzesaenderungen enthalten; sie betreffen die totenbeschauordnung fuer wien, die feuerbestattung und die exhumation.

jedes landesgesetzblatt ist um einen schilling im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei - wiener zeitung, 1, wollzeile 27a, erhaeltlich.
1111

neuregelung bei einaescherungen

8 wien, 29.12. (rk) die friedhofsverwaltung nimmt ab 2. jaenner eine neuregelung bei den einaescherungen vor. bei den feuerhallen simmering und stammersdorf tritt eine aenderung in der bezirksweisen aufteilung ein: fuer einaescherungsfaelle aus dem 18. bezirk ist kuenftig nicht mehr die simmeringer, sondern die stammersdorfer feuerhalle zustaendig. die vorteile dieser regelung sind eine bessere ausnuetzung der kapazitaet der stammersdorfer feuerhalle und die verkehrsguensterigere lage zum 18. bezirk.

es gilt nun folgende bezirksweise aufteilung: simmeringer feuerhalle: verstorbene des 1., 3., bis 17. und 23. bezirkes sowie auswaertige verstorbene, die nach roemisch-katholischem ritus eingesegnet werden, stammersdorfer feuerhalle: verstorbene des 2., 18., 19., 20., 21. und 22.bezirkes sowie auswaertige verstorbene, die nicht nach roemisch-kotholischem ritus eingesegnet werden. ausnahmen von dieser regelung sind auf besonderen wunsch der angehoerigen moeglich.
1153

buergermeister marek gratuliert professor tappeiner

9 wien, 29.12. (rk) buergermeister bruno m a r e k richtete heute an universitaetsprofessor dr. josef t a p p e i n e r ein glueckwunschschreiben zu dessen 60. geburtstag. in dem brief heisst es unter anderem:''die wiener medizinische schule verdankt ihre weltgeltung nicht zuletzt den pionierleistungen bedeutender dermatologen, die an unserer universitaet und in unseren spitaelern wirkten. sie setzen die tradition grosser vorgaenger durch ihre eigene lehr- und forschungstaetigkeit wuerdig fort. ihr wichtiges fachgebiet haben sie um viele neue erkenntnisse bereichert.''
1225

weihnachten fuer die feuerwehr: 217 schneeinsaetze

11 wien, 29.12. (rk) nicht weniger als 217 ausfahrten, die mit der in der bundeshauptstadt vorhandenen schneedecke zusammenhingen, hatte die wiener feuerwehr waehrend der weihnachtsfeiertage zu verzeichnen. bedingt durch den auftauenden schnee sowie durch die hoeheren temperaturen kam es zu rohrbruechen und wassereinbruechen in wohnungen. daneben mussten die feuerwehrmaenner auch wieder schneewaechten und eiszapfen von hausdaechern entfernen.

fuer das personal der magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) war fuer donnerstag, den 25. dezember, wegen der guenstigen witterungs- und verkehrslage nur ein sicherungsdienst und fuer freitag, den 26. dezember, dienst der halben mannschaft ohne schneearbeiteraufnahme von 6 bis 12 uhr angeordnet worden. der am stephanitag in den nachmittagsstunden einsetzende leichte schneefall verursachte um mitternacht im ganzen stadtgebiet verbreitet strassenglaette. es musste daher am samstag, dem 27. dezember, um 1 uhr frueh die ausfahrt saemtlicher einsatzfahrzeuge auf den alarmrouten angeordnet werden. durch diesen einsatz waren die hauptfahrbahnen salzfeucht und gut befahrbar. am samstag wurde sowohl ganztaegiger dienst als auch unbegrenzte schneearbeiteraufnahme angeordnet.

in der nacht von sonntag, den 28., auf montag, den 29. dezember, war die nachtpartie vorwiegend mit der schneeabfuhr beschaeftigt. heute montag herrscht bei einer temperatur von - 2 grad celsius leichter schneefall. wie an den letzten tagen sind die schneeraeumkommandos mit der schneeabfuhr aus strassenengen und von kreuzungen beschaeftigt. die hauptstrassen sind gut befahrbar.

insgesamt standen waehrend der weihnachtsfeiertage folgende kraefte an der ''schneefront'': 7192 schneearbeiter (davon 1906 mann eigenes personal und 5286 aufgenommene arbeiter), 221 schneepfluege, 310 streufahrzeuge, 419 lastkraftwagen fuer die schneeabfuhr, 2 schneefraesen, 33 sandlademaschinen und 173 schneeladegeraete.

1346

neues praesidium des verbandes der auslandspresse

10 wien, 29.12. (rk) der verband der auslandspresse in wien haelt vor beginn eines jeden jahres seine generalversammlung ab, um das praesidium neu zu waehlen. der bisherige praesident bruno t e d e s c h i (il messaggero, rom) wurde in diese funktion wiedergewaehlt. kurt g e b a u e r (deutsche presse-agentur, hamburg) ist vizepraesident und henry h a r t i g (feuille d'avis de lausanne) ist generalsekretaer geworden.
1322

christbaumdiebe am werk

12 wien, 29.12. (rk) vermutlich weil sie keine christbaeume mehr kaufen konnten - oder weil sie geld sparen wollten - haben sich unbekannte taeter ihre weihnachtsbaeume aus oeffentlichen parkanlagen geholt. im wettsteinpark wurden am heiligen abend zwei je drei meter hohe silberfichten und eine silberfichte von zwei meter hoehe gestohlen, in der venedigerau entwendeten diebe zwei silberfichten von je 1,2 meter hoehe. der wert der gestohlenen nadelbaeume belaeuft sich auf mehr als 3.000 schilling.
1401

preisguenstige gemuese- und obstsorten

13 wien, 29.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 5schilling, chinakohl 5 bis 6 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, bananen 6 bis 8 schilling, orangen 5,50 bis 6 schilling je kilogramm.
1423

60. geburtstag von josef tappeiner

14 wien, 29.12. (rk) heute vollendet der dermatologe univ. prof. dr. josef t a p p e i n e r das 60. lebensjahr.

er wurde in st. michael-eppan, suedtirol, geboren, absolvierte das medizinstudium an der innsbrucker universitaet und arbeitete als assistent an der klinik fuer haut- und geschlechtskrankheiten. 1941 wurde er dozent an der wiener universitaet, 1959 vorstand der 1. universitaets-hautklinik. seit 1961 ist er ordinarius. professor tappeiner hat auf seinem fachgebiet zahlreiche wissenschaftliche arbeiten verfasst, die in in- und auslaendischen zeitschriften und sammelwerken erschienen sind. beruehmtheit erlangte der von ihm mit leopold arzt verfasste ''atlas der haut- und geschlechtskrankheiten.'' josef tappeiner ist der herausgeber der organe ''klinische medizin'' und"dermatologica''. er ist mitglied der deutschen, schwedischen, israelischen, australischen, amerikanischen und venezolanischen dermatologischen gesellschaft.
(siehe auch ''rk'' blatt 3840)
1445

rinderhauptmarkt vom 29. dezember

15 wien, 29.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 4 stiere, 16 kuehe, summe 20. neuzufuhren inland: 21 ochsen, 88 stiere, 142 kuehe, 47 kalbinnen, summe 298. gesamtauftrieb: 21 ochsen, 92 stiere, 158 kuehe,47 kalbinnen, summe 318, verkauft alles.

preise: ochsen 15 bis 18, extrem 18,50 (3), stiere 16,70 bis 18,50, kuehe 12 bis 15,50, extrem 16 bis 16,40 (2), kalbinnen 15 bis 17,50, extrem 18 (1), beinlvieh kuehe 10,40 bis 11,50, ochsen und kalbinnen 13,80 bis 14,50.

der durchschnittspreis ermaessigte sich bei ochsen um 71 groschen und erhoehte sich bei stieren um 51 groschen je kilogramm, kuehen um 14 groschen, kalbinnen um 32 groschen.

der durchschnittspreis einschliesslich beinlvieh betraegt: ochsen 16,84, stiere 17,73, kuehe 13,53, kalbinnen 16,59, beinlvieh verteuerte sich bis zu 20 groschen je kilogramm.

pferdehauptmarkt vom 29. dezember

16 wien, 29.12. (rk) auftrieb am zentralviehmarkt:: 24 stueck, hievon 0 fohlen. herkunft: 16 pferde aus niederoesterreich, 1 aus oberoesterreich und 7 aus dem burgenland. verkauft wurden als schlachttiere 20, als nutztiere 0, unverkauft blieben 4. neuzufuhren schlachttiere: extrem 11 bis 11,20, 1. qualitaet 10 bis 10,60, 2. qualitaet 8.50 bis 9,60, 3. qualitaet 7 bis 8.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schlachtpferde erhoehte sich um 52 groschen je kilogramm und betraegt 9,69. kein auftrieb am auslandsschlachthof.

./.

schweinehauptmarkt vom 29. dezember

17 wien, 29.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0, neuzufuhren inland: 3.670, davon 387 durchlaeufer. jugoslawien 140, gesamtauftrieb 3.810, hievon 387 durchlaeufer, verkauft alles.

preise: extrem 19 bis 19,50, 1. qualitaet 18,20 bis 18,80, 2. qualitaet 17,50 bis 18,10, 3. qualitaet 16 bis 17,40, zuchten extrem 14,50 bis 15, zuchten 13,90 bis 14,30, altschneider 11, jugoslawien 17,50 bis 18,80.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine erhoehte sich um 1 groschen je kilogramm und betraegt 17,95.

der durchschnittspreis fuer jugoslawische schweine betraegt 17,90. aussermarktbezuege in der zeit vom 25. bis 29. dezember (ohne direkteinbringungen in die bezirke) 2.265, auftrieb am auslandsschlachthof (laut mitteilung der magistratsabteilung 60) 31 schweine aus der ddr.

1652

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

schallplattenkassette ueber brueder schrammel erschienen

2 wien, 30.12. (rk) aus anlass ihres fuenfjaehrigen bestehens hat das klassische wiener schrammelquartett in zusammenarbeit mit der ''gebrueder schrammel-gesellschaft'', dem institut fuer volksmusikforschung an der wiener musikakademie und der oesterreichischen phonothek eine kassette mit drei langspielplatten herausgegeben, die dem werk der brueder schrammel gewidmet ist. 29 kompositionen sind insgesamt darauf gebannt und ein interessantes beiheft gibt auskunft ueber leben und werk dieser fuer wiens volksmusik so bedeutenden musikerfamilie. das klassische wiener schrammelquartett, dessen taetigkeit es zuzuschreiben war, dass der klang und das werk der brueder schrammel nach vielen jahrzehnten des schweigens wieder in seiner originalgestalt hoerbar wurde, ermoeglicht damit allen freunden echter wiener musik ,einblick in das ueberaus vielseitige musikschaffen dieser volkskuenstler zu nehmen.
0916

buergermeister marek gruesst hochseemotorschiff ''wien''

7 wien, 30.12. (rk) wie alljaehrlich hat auch heuer der kapitaen des motorschiffes wien der hapak zu den feiertagen in einem schreiben die verbundenheit seiner schiffes mit der namensgebenden stadt zum ausdruck gebracht. buergermeister bruno m a r e k antwortete mit einem telegramm, das folgenden wortlaut hat:

'' ihnen und ihrer besatzung danke ich herzlichst fuer die festtagsgruesse, die mir ihre verbundenheit mit wien beweisen. moege ihnen allen im jahr 1970 eine glueckhafte fahrt, viel freude und gute gesundheit beschieden sein.''
0947

mit 95 streufahrzeugen gegen die strassenglaette

13 wien, 30.12. (rk) der gestern montag, 29. dezember, den ganzen tag ueber andauerde leichte schneefall verursachte in den morgenstunden des heutigen dienstag oertlich strassenglaette. daher setzte die magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) 95 streufahrzeuge zur beseitigung dieser unangenehmen winterlichen begleiterscheinung ein.

die schneeraeumung hatte am dienstag 47 schneepfluege, 252 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, 11 sandlademaschinen, 114 schneeladegeraete und 2906 schneearbeiter (davon 686 mann eigenes personal) aufgeboten. diese kraefte, die vor allem mit dem abtransport des schnees aus haltestellenbereichen beschaeftigt waren, wurden von 500 mann der wiener verkehrsbetriebe unterstuetzt.
1247

stadtbibliothek:
schreyvogl-ausstellung noch bis ende jaenner

1 wien, 39.12. (rk) die seit 9. dezember laufende ausstellung ''friedrich schreyvogl - ein oesterreichischer dichter'' in der wiener stadtbibliothek wird noch bis ende jaenner geoeffnet sein. die ausstellung zeigt bilder, dokumente und manuskripte rund um den bekannten oesterreichischen schriftsteller. anlass dazu war der 70. geburtstag von hofrat dr.schreyvogl.

die ausstellung ist taeglich von montag bis freitag (mit ausnahme von feiertagen) von 9 bis 18,30 uhr geoeffnet. der ausstellungsraum liegt gegenueber dem eingang der bibliothek im ersten stock des rathauses.
0904

elektronische datenverarbeitung bei der wiener stadtverwaltung
prominente rathaus-delegation besucht augsburger seminar

4 wien, 30.12. (rk) die kommunale gemeinschaftsstelle in koeln veranstaltet seit laengerer zeit seminare betreffend den anwendungsbereich der elektronischen datenverarbeitung in der oeffentlichen verwaltung. diese seminare werden jeweils in augsburg abgehalten und weisen einen regen zuspruch der deutschen staedte und gemeinden auf. weil auch bei der stadt wien der elektronischen datenverarbeitung immer mehr bedeutung zukommen wird und die stadtverwaltung ihr augenmerk insbesondere auf eine breitere ausbildungsbasis wird lenken muessen, wird an einem anfang jaenner stattfindenden seminar eine delegation der stadt wien teilnehmen. dieser delegation werden personalstadtrat b o c k , magistratsdirektor dr. e r t l , generaldirektor dr. r e i s i n g e r, obersenatsrat dr. d e l a b r o , senatsrat dipl.ing. k o l o s e u s und oberamtsrat m o e l z e r angehoeren. es soll festgestellt werden, ob diese seminare die geeignete plattform fuer eine allfaellige ausbildung des staedtischen personals darstellt.
0941

1970: wien ''bereist'' die bundesrepublik

3 wien, 30.12. (rk) berlin und muenchen werden im kommenden jahr mit der oesterreichischen bundeshauptstadt konfrontiert werden. im februar finden in berlin oesterreich-wochen statt, bei denen wien gemeinsam mit niederoesterreich eine reihe von veranstaltungen durchfuehren wird. dazu gehoert die ausstellung ''wien - stadt der arbeit, stadt der kunst'', konzerte der wiener saengerknaben und ein programm des konservatoriums der stadt wien. als ''nachwerbung'' soll im mai eine kokoschka-ausstellung im schloss charlottenburg gezeigt werden.

im mai stehen wiener wochen in muenchen auf dem programm: im stadtmuseum wird eine wien-ausstellung praesentiert, das kulturamt zeigt seine ankaeufe aus dem bereich des wiener phantastischen realismus. dazu kommt noch eine ausstellung ''das wiener plakat - ornamentaler jugendstil und sachlichkeit der zwanzigerjahre''.

nach diesen beiden praesentationen geht es ueber die franzoesische grenze: die bundeshauptstadt beteiligt sich an oesterreich-wochen in strassburg, die von der bundeskammer der gewerblichen wirtschaft organisiert werden. es wird eine gemeinschaftsausstellung der oesterreichischen bundeslaender gezeigt werden, das kulturamt der stadt wien tritt wieder mit den bildern des phantastischen realismus in erscheinung.
0918

kammeroper-premiere verschoben

6 wien, 30.12.(rk) die zweite premiere der wiener kammeroper in der winterspielzeit, naemlich die der beiden einakter ''der regimentszauberer'' und ''fortunios lied'' von jacques offenbach war urspruenglich fuer den 7. jaenner geplant. wegen erkrankung im ensemble und dem dadurch verursachten probenausfall muss diese premiere auf freitag, den 16. jaenner, 20 uhr, verschoben werden.
0946

infektionskrankheiten im november

5 wien, 30.12. (rk) das gesundheitsamt der stadt wien bringt in seinem taetigkeitsbericht fuer den monat november folgende zahlen ueber die in wien aufgetretenen anzeigenpflichtigen infektionskrankheiten: scharlach 222, keuchhusten 4, typhus 1, paratyphus 1, infektioese hepatitis 83 faelle.

die tbc-fuersorgestellen wurden von insgesamt 7.245 personen frequentiert, die zahl der neuuntersuchungen betrug 3.084. in 105 faellen konnte eine aktive tuberkulose festgestellt werden. in den tbc-fuersorgestellen wurden im november insgesamt 2.242 roentgendurchleuchtungen vorgenommen, die zahl der hausbesuche belief sich auf 1.842, der roentgenaufnahmen auf 517 und der schirmbilder auf 2.862.

in den beratungsstellen fuer geschlechtskranke betrug die parteienfrequenz 3.282 personen. von 629 im wochendurchschnitt untersuchten kontrollprostituierten waren 8, von 240 untersuchten geheimprostituierten 18 venerisch infiziert. aus ganz wien wurden 183 faelle frischer venerischer erkrankungen gemeldet.

in den 54 mutterberatungsstellen wurden an 292 beratungstagen 7.697 aerztliche beratungen durchgefuehrt. in den fuenf schwangerenberatungsstellen der gemeinde wien wurden im berichtsmonat 590 frauen untersucht, davon erstmalig 182. bei 69 frauen wurden krankhafte befunde erhoben, die zu einer stoerung der schwangerschaft fuehren koennen. auf kosten des gesundheitsamtes wurden 82 wassermannreaktionen und 86 rhesusfaktorbestimmungen durchgefuehrt.

der psychohygienische dienst verzeichnete in seinen vier beratungsstellen einen patientenstand von 3.006, davon standen 694 patienten in intensivbetreuung..

in den gesundenuntersuchungsstellen wurden im berichtsmonat 428 personen untersucht und 3.036 laboratoriumsuntersuchungen durchgefuehrt. bei 34 personen wurden geschwulstverdaechtige befunde erhoben, 308 personen wurden wegen anderweitiger erkrankungen ihren behandelnden aerzten zugewiesen.
0945

wer schreibt am schnellsten?

wettbewerb fuer stenografie und maschinschreiben
fuer gemeindebedienstete

8 wien, 30.12. (rk) wie alljaehrlich fuehrt die arbeitsgemeinschaft stenografie der gewerkschaft der gemeindebediensteten auch 1970 einen wettbewerb in stenografie und maschinschreiben durch. die besten leistungen werden durch die stadtverwaltung und die gewerkschaft der gemeindebediensteten praemiiert.

der stenografiewettbewerb findet am dienstag, dem 17. maerz 1970, 15 uhr, in der schule 8, pfeilgasse 42b, statt. dabei ist eine ansage in der dauer von drei minuten aufzunehmen und zu uebertragen, geschrieben wird in geschwindigkeitsgruppen ab 120 silben.

der wettbewerb fuer maschinschreiben, zu dem eigene maschinen mitgebracht werden koenen, wird am mittwoch, dem 18. maerz 1970, ab 14 uhr im maschinschreib-lehrsaal, 1, rathaus, feststiege 1, halbstock, durchgefuehrt. nach einer ansage in der dauer von drei minuten wird in geschwindigkeitsgruppen ab 60 silben pro minute geschrieben. ausserdem wird ein abschreibwettbewerb nach einer maschinschriftlichen vorlage durch zehn minuten ausgetragen.

die ehrung der preistraeger und die verteilung der preise erfolgt am mittwoch, dem 22. april 1970, 16,30 uhr, im festsaal der gewerkschaft der gemeindebediensteten, 9, maria theresienstrasse 11.
1024

geehrte redaktion

10 wien, 30.12. wir erinnern an unsere einladung zu der morgigen silvester-veranstaltung des oesterreichischen fernsehens im rathaus, bei der viele prominente buehnenkuenstler mitwirken.

zeit: mittwoch, 31. dezember, 15 uhr.
ort: rathaus, festsaal.
1135

acht neue kinder- und jugendpsychologische beratungsstellen der stadt wien

9 wien, 30.12. (rk) da die seit 1969 bestehenden 6 beratungsstellen ueberaus stark frequentiert wurden - ueber 500 eltern konnten in dieser zeit beraten werden - wird die stadt wien ab 19. jaenner 1970 acht weitere solche stellen in betrieb nehmen. damit soll vermieden werden, dass eltern laengere zeit auf die gewuenschte beratung warten oder eine vom wohnort sehr entfernte stelle aufsuchen muessen.-

es werden daher zu jahresbeginn insgesamt 14 kinder- und jugendpsychologische beratungsstellen, verteilt ueber das gesamte stadtgebiet, zur verfuegung stehen, davon 10 tagsueber und 5 abends. es ist geplant, bis zum jahresende 1970 fuer jeden bezirk wiens mindestens eine solche beratungsmoeglichkeit einzurichten.

diese neuen beratungsstellen bieten den eltern gelegenheit, sich in erziehungsfragen mit wissenschaftlich ausgebildeten und praktisch erfahrenen fachleuten auszusprechen. wie sich bisher zeigte, suchen eltern ebenso wegen ''kleiner unsicherheiten oder unstimmigkeiten in der erziehung'' die fachliche ansicht, als auch wegen schon recht bedrohlichem ''ueber-den-kopf-wachsens'' ihrer kinder. in jedem fall befasst man sich gruendlich mit ihrem anliegen, denn kleine sorgen sind auch sorgen und werden manchmal leider - unbeachtet - zu grossen.

erforderlichenfalls werden einvernehmlich mit den eltern begabung und wesensart der kinder genau untersucht und auch unter anwendung neuer wissenschaftlicher methoden, praktische erziehungsanleitungen gegeben.

bekanntlich arbeiten die kinder- und jugendpsychologischen beratungsstellen der stadt wien streng nach den grundsaetzen der freiwilligkeit und diskretion. saemtliche untersuchungen und auch wiederholte beratunngen sind kostenlos.

ab 19. jaenner 1970 stehen folgende kinder- und jugendpsychologische beratungsstellen der stadt wien zur verfuegung:

./.

tagesberatungen

wien 3, sechskruegelgasse 11, 2. stock, zimmer 15, freitag 13 bis 16 uhr, anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder telefonisch 72 51 71/klappe 274 (durchwahl) 8 bis 16 uhr.

wien 9, waehringer strasse 39, 3. stock, zimmer 317, mittwoch 13 bis 16 uhr, anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder telefonisch 42 35 75/klappe 71 (durchwahl) 8 bis 16 uhr.

wien 10, laxenburger strasse 43, 2. stock, zimmer 220, montag 13 bis 16 uhr, anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder telefonisch 64 36 31/klappe 255 (durchwahl) 8 bis 16 uhr.

wien 11, enkplatz 2, 1. stock, zimmer 130, donnerstag 13 bis 16 uhr, anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder telefonisch 74 35 86/klappe 58 (durchwahl) 8 bis 16 uhr.

wien 12, hufelandgasse 2, 1. stock, zimmer 119, donnerstag 13 bis 16 uhr, anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder telefonisch 83 16 01/klappe 266, 8 bis 16 uhr.

wien 13, hietzinger kai 1, 2. stiege, 1. stock, zimmer 86, donnerstag 13 bis 16 uhr, anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder telefonisch 82 26 51/klappe 271 (durchwahl)

wien 15, rosinagasse 4, freitag 13 bis 16 uhr
anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder
telefonisch 83 36 11/klappe 275, 8 bis 16 uhr.

wien 16, ottakringer strasse 217, mittwoch 13 bis 16 uhr
anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder
telefonisch 46 12 38/klappe 703 (durchwahl) 8 bis 16 uhr

wien 17, roetzergasse 29 - 31, montag 13 bis 16 uhr
anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder
telefonisch 43 16 51/klappe 373 (durchwahl) 8 bis 16 uhr

wien 19, gatterburggasse 14, im hof links, mittwoch 13 bis 16 uhr
anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder
telefonisch 36 42 50/klappe 67 (durchwahl) 8 bis 16 uhr.

./.

abendberatungen

wien 2, karmelitergasse 9, zimmer 6, montag 17 bis 20 uhr
anmeldung persoenlich oder telefonisch 33 16 11/klappe 49
waehrend der beratungszeit

wien 3, am heumarkt 2, kindergarten stadtpark, dienstag 17 bis 20 uhr, anmeldung persoenlich oder telefonisch 73 61 47
waehrend der beratungszeit.

wien 9, sobieskigasse 28 - 30, mittwoch 17 bis 20 uhr
anmeldung persoenlich oder telefonisch 34 89 365 waehrend der beratungszeit

wien 16, ottakringer strasse 217, mittwoch 17 bis 20 uhr
anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder
telefonisch 46 12 38/klappe 703 (durchwahl) 8 bis 16 uhr

wien 21, floridsdorfer hauptstrasse 12, dienstag 17 bis 20 uhr
eingang matthaeus jiszda-strasse
anmeldung persoenlich waehrend der beratungszeit oder
telefonisch 63 97 11/klappe 461 (durchwahl) 8 bis 16 uhr.
1214

antragsformulare zum wohnungsverbesserungsgesetz erhaeltlich

12 wien, 30.12. (rk) ab sofort koennen antragsformulare und merkblaetter zum wohnungsverbesserungsgesetz von interessenten bezogen werden. bekanntlich werden auf grund des bundesgesetzes vom 22. oktober 1969, bgbl. nr. 426, durch das land wien verbesserungen an erhaltungswuerdigen wohnhaeusern und in klein- und mittelwohnungen, sofern die behoerdliche baubewilligung vor dem 1. juli 1948 erteilt wurde, gefoerdert. die foerderung erfolgt durch die gewaehrung von annuitaetenzuschuessen zur tilgung von darlehen, die bei kreditunternehmen und bausparkassen zur finanzierung der verbesserungsarbeiten aufgenommen wurden, wobei der jaehrliche zinsfuss nicht hoeher als dreieinhalb prozent ueber der von der oesterreichischen nationalbank jeweils festgesetzten bankrate liegen, die dauer der laufzeit nicht mehr

./.

als 12 und nicht weniger als 10 jahre betragen darf. die zuschussleistung des landes wien wird im ausmass von 40 prozent der annuitaet gewaehrt.

die antragsformulare und merkblaetter sind bei der drucksortenstelle im rathaus, 7. stiege, hochparterre, tuer 103, zum preis von 2 schilling erhaeltlich.
1245

preisguenstige gemuese- und obstsorten

15 wien, 30.12 (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 5,50 schilling, weisskraut 3,50 bis 4 schilling, karotten 5 bis 6 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, aepfel (qualitaetsklasse kochobst) 3 bis 4 schilling, orangen 5 bis 6 schilling, mandarinen 10 bis 12 schilling je kilogramm.
1507

unfall bei transformator-demontage

16 wien, 30.12. (rk) bei der demontage eines transformators in der e-werke-kranhalle in wien 2, wehlistrasse 180, fiel dienstag vormittag dem bei einem abbruchunternehmen taetigen 36-jaehrigen arbeiter gerhard e d u a r d aus einer hoehe von 1,5 metern eine ueber dreihundert kilogramm schwere trafospule auf den kopf. dabei erlitt eduard eine stark blutende kopfverletzung sowie einen bruch des linken schienbeins und des linken oberarmes. die feuerwehr barg den schwerverletzten, der dann vom rettungsdienst in das arbeitsunfallkrankenhaus webergasse gebracht wurde.
1545

gedenktage im jaenner 1970

11 Wien, 30 12. (rk)

1.	friedrich wolfgang adler, sozialistischer politiker	10.tod.tag
1.	hofrat bernhard scheichelbauer, chefredakteur i.r.	80.geb.tag
2.	dr. otto binder, generaldirektor der wr. staedt. versicherungsanstalt	60.geb.tag
6.	elise elizza, opernsaengerin	100.geb.tag
6.	prof. dr. ernst schoenwiese, schriftsteller	65.geb.tag
7.	prof. hermann obermayer, vorstand der wiener philharmoniker	10.tod.tag
8.	univ.prof. dr. erhard glaser, pharmakologe	100.geb.tag
8.	josef josephi, schauspieler, operettensaenger	50.tod.tag
9.	dr. franz broinger, rektor der wiener saengerknaben	65.geb.tag
9.	max winter, vizebuergermeister	100.geb.tag
10.	univ. prof. dr. fritz schachermeyer, historiker	75.geb.tag
13.	dr.reinhold melas, generaldirektor des hauptverbandes d. oesterr. versicherungstraeger	70.geb.tag
13.	dr. heinrich sequenz, professor a.d.techn. hochschule (elektr. maschinen)	75.geb.tag
14.	univ. prof.dr. wilhelm raab, internist	75.geb.tag
15.	franz karl freiherr v.becke, minister	100.tod.tag
15.	univ.rof. dr. lorenz boehler, unfallchirurg	85.geb.tag
15.	hans frankowski, komponist	25.tod.tag
15.	univ.prof.dr. p. hugo hantsch, historiker	75.geb.tag
16.	dr. friedrich hartmann, hochsch. prof. f. techn. stahlbau	25.tod.tag
16.	dr. ernst peter pick, pharmakologe	10.tod.tag
16.	univ.prof. dr. wilhelm wirtinger, mathematiker	25.tod.tag
17.	julius borsody, filmarchtekt	10.tod.tag
18.	univ. prof. dr. herbert duda, orientalist	70.geb.tag
18.	peter herz, schriftsteller	75.geb.tag
20.	oskar gimmig, burgschauspieler	50.tod.tag
20.	karl hlinak, komponist	25.tod.tag
20.	univ. prof.dr. josef seemueller, germanist	50.tod.tag
20.	dr. heinrich lammasch, rechtsgelehrter	50. tod.tag

./.

20.	dr. heinrich lammasch, rechtsgelehrter	50.tod.tag
21.	hochsch. prof. dr. friedrich hartmann, komponist	70.geb.tag
21.	rudolf sternad, miniaturmaler	25.tod.tag
22.	prof. franz salmhofer, hofrat, komponist	70.geb.tag
25.	ilse arlt, bundesfuersorgeraetin	10.tod.tag
25.	jakob van schuppen, maler	300.geb.tag
26.	anton paul wagner, bildhauer	75.tod.tag
26.	hofrat prof. fred hennings, kammerschauspieler	75.geb.tag
27.	prof. hans duhan, kammersaenger	80.geb.tag
29.	univ. prof. dr. ludwig flamm, physiker	85.geb.tag
29.	dr. karl giskra, innenminister (1867-1870)	150.geb.tag
30.	canaletto (bernardo belotto), maler	250.geb.tag

1232

taeglich mehr betten auf den internen abteilungen
der wiener staedtischen spitaeler

18 wien, 30.12. (rk) taeglich um 30 betten mehr - 15 fuer frauen und 15 fuer maenner - werden ab heute dienstag gemeinsam von jenen spitaelern der stadt wien zur verfuegung gestellt, die ueber interne abteilung verfuegen. der vom anstaltenamt der stadt wien ausgearbeitete verteilerschluessel bezieht sich auf acht staedtische spitaeler, ausgenommen ist nur das akh, wo eine bettenvermehrung nicht moeglich ist. diese massnahme geht n i c h t auf kosten anderer abteilungen. mit diesen insgesamt 30 zusatzbetten pro tag hofft man den durch echte grippefaelle erforderlichen mehrbedarf ohne besondere schwierigkeiten decken zu koennen.

die erhoehung der zahl der internen betten um taeglich insgesamt 30 fuer ganz wien wird so lang fortgesetzt, als dies notwendig ist, doch wird angenommen, dass sich der bettenbedarf in spaetestens einer woche wieder stabilisiert hat.
1636

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

g e s p e r r t b i s m i t t w o c h , 1 8 , 3 0 u h r :

sicherheit fuer unsere jugend
die silvesteransprache des wiener buergermeisters

1 wien, 31.12. (rk) nach dem traditionellen turmblassen zu silvester auf dem rathausplatz, veranstaltet vom trompeterchor der stadt wien, wurde die ansprache von buergermeister bruno m a r e k an alle wienerinnen und wiener uebertragen. wiens stadtoberhaupt charakterisierte die seit ende des zweiten wltkrieges vergangenen 25 jahre als die laengste friedensperiode, die europa in diesem jahrhundert erlebt hat, und gab der hoffnung ausdruck, dass menschlichkeit und frieden auch im kommenden jahr erhalten bleiben.

im einzelnen sagte der buergermeister:

''es ist ein guter, alter brauch, am letzten tag eines jeden jahres allen menschen gutes zu wuenschen fuer die naechsten 365 tage. mit diesem silvester beschliessen wir ein jahrzehnt und ueberschreiten die schwelle zum siebenten dezenium dieses jahrhunderts. ein grund mehr eine kurze pause der besinnung einzuschalten und uns die hoffnungen und wuensche zu vergegenwaertigen, mit denen wir das neue jahr begruessen.

nunmehr sind 25 jahre seit dem ende des zweiten weltkrieges vergangen. die dunkle zeit des schreckens verblasst immer mehr

./.

und eine neue generation waechst heran, von der wir schon heute sagen koennen, dass sie die laengste friedensperiode erleben durfte, die unserem erdteil in diesem jahrhundert beschieden war. und wir, , die aelteren, sind gluecklich darueber.

die sicherheit fuer unsere jugend, fuer die generation, die morgen an unsere stelle treten wird, war und ist das leitmotiv unseres handelns. mit optimismus planen und arbeiten wir fuer die zukunft und hoffen damit einen wesentlichen beitrag zu leisten, um uns frieden und freiheit zu erhalten.

das schicksal hat uns im leben der voelker eine grosse chance gegeben. nutzen wir sie mit klugheit, umsicht und dem gewinn aus allen boesen erfahrungen, die wir in der vergangenheit gewonnen haben.

wir wiener erfreuen uns in der welt allgemeiner sympathien. wahren und mehren wir diesen ruf auch im neuen jahr, dann werden wir ueber alle, auch ueber die scheinbar unueberschreitbaren grenzen hinweg das unsere dazu beitragen, dass menschlichkeit und frieden erhalten bleiben.

dazu wuensche ich ihnen als buergermeister dieser stadt glueck und erfolg. prosit 1970.''

g e s p e r r t b i s m i t t w o c h , 18,35 u h r :

wichtigstes ereignis: beginn des u-bahnbaues

2 wien, 31.12. (rk) in der sendung ''ausser programm'' im programm oesterreich regional von radio wien nahmen um 18,35 uhr die landeshauptleute von wien, niederoesterreich und burgenland zu den bedeutendsten ereignis des jahres 1969 in ihren bundeslaendern stellung. dabei verglich landeshauptmann bruno m a r e k den bai der wiener u-bahn mit den grossen leistungen der bundeshauptstadt in der vergangenheit.

im einzelnen fuehrte der wiener landeshauptmann aus:

''selbstverstaendlich ist der beginn des u-bahnbaues in wien das weitaus bedeutendste ereignis im kommunalen geschehen des jahres 1969 gewesen. denn der bau dieses modernen massenverkehrs-

./.

mittels kann nur mit den ganz grossen leistungen der stadt in der vergangenheit verglichen werden. also etwa mit der donauregulierung, der schaffung der wiener ringstrasse, oder der imponierenden aufbauleistung , die alle wiener nach dem zweiten weltkrieg insgesamt vollbracht haben.

durch die u-bahn werden zunaechst, das heisst fuer die errichtung des rund 26 strecken-kilometer umfassenden grundnetzes bis zum jahr 1980, etwa 5,5 milliarden schilling an zusaetzlichen investitionsmittel in die wiener wirtschaft gepumpt. freilich ist damit noch lange nicht das ende des u-bahnbaues erreicht, da in keiner der grossen staedte, die ueber ein derartiges massenverkehrsmittel bereits verfuegen, der u-bahn bisher je ein ende gefunden haette.

wir werden also auch in wien in den naechsten jahrzehnten das u-bahnnetz immer staerker ausweiten und damit einige der wichtigsten zielsetzungen unserer kommunalpolitik anvisieren: den menschen mehr sicherheit, bequemlichkeit und freizeit zu verschaffen, den charakter der stadt zu erhalten und den wirtschaftsverkehr an der oberflaeche zu verbessern, damit die wirtschaftskraft der stadt insgesamt wachsen kann.''

wiener fasching 1970: kurze ballsaison, aber viele veranstaltungen

3 wien, 30.11. (rk) tanzlustige brauchen nicht zu verzweifeln: obwohl der fasching 1970 relativ kurz ist - der aschermittwoch faellt naemlich auf den 11. februar - wartet die ballsaison mit zahlreichen veranstaltungen auf. ausserdem wird, so wie in den jahren zuvor, ueber den aschermittwoch hinaus bis mitte maerz weitergetanzt.

dem referat fuer vergnuegungssteuer wurden bisher insgesamt 190 veranstaltungen gemeldet. allerdings steht die gesamtzahl der faschingsvergnuegen noch keineswegs fest, da die veranstaltungen bekanntlich erst drei tage vor dem dafuer angesetzten datum angemeldet werden muessen.

unter den bisherigen anmeldungen befinden sich 46 groessere veranstaltungen mit mehr als 500 eintrittskarten sowie 62 ballvergnuegen, zu denen mehr als eintausend gaeste erwartet werden.

wie aus dem von der fremdenverkehrsstelle der stadt wien veroeffentlichten ballkalender hervorgeht, wird der reigen der tanzveranstaltungen durch fuenf groesseren silvesterballe eroeffnet. wenige tage spaeter, am sonntag, dem 4. jaenner, wird weitergetanzt: auf dem kinderfaschingsfest des wiener kinderrettungswerkes, das am nachmittag in den sofiensaelen stattfindet.

das reichste veranstaltungsprogramm weist der faschingsamstag, 7. februar, auf. an diesem tag finden nicht weniger als 23 veranstaltungen statt, darunter der juristenball in der hofburg und der tirolerball in den sofiensaelen. der faschingsonntag, 8. februar, ist mit nur sieben veranstaltungen eher etwas stiefmuetterlich bedacht, immerhin findet an diesem tag der 100. narrenabend des wiener maennergesang-vereines statt, und zwar in den sofiensaelen.

an zweiter stelle im hinblick auf die zahl der veranstaltungen steht mit 21 baellen, kraenzchen und sonstigen festivitaeten der 31. jaenner, ein samstag. je 17 veranstaltungen finden am samstag, dem 24. jaenner, und freitag, den 30. jaenner , statt, 15 veranstaltungen sind am freitag, den 6. februar und 14 am freitag, dem 23. jaenner, vorgesehen. ./.

eine der beliebtesten veranstaltungen jeder ballsaison, der blumenball der wiener stadtgaertner, spielt sich am freitag, den 16. jaenner, in den sofiensaelen ab - selbstverstaendlich wieder mit sehenswertem blumenschmuck. weitere repraesentative tanzveranstaltungen im jaenner sind der hofburgball der wiener faschingsgesellschaft (freitag, 16. jaenner), der zuckerbaeckerball in den sofiensaelen (montag, 19. jaenner), der ball der wiener philharmoniker im musikverein (donnerstag, 22. jaenner), die ''gschnasparade'' des wiener schubertbundes im konzerthaus (freitag, 23. jaenner), der wiener bonbon-ball im konzerthaus (samstag, 24. jaenner), der ball der technik im konzerthaus (donnerstag, 29. jaenner) und der wiener aerzteball in der hofburg (samstag, 31. jaenner).

freunde ausgelassenen faschingstreibens kommen auch heuer wieder voll auf ihre rechnung. dafuer werden die vier gschnasfeste in der secession sorgen, die sich ganz dem sex verschrieben haben. das motto der einzelnen veranstaltungen lautet demgemaess: ''sexklusiv'' (freitag, 16. jaenner), ''sexotisch'' (freitag, 23. jaenner), ''sexaltiert'' (freitag, 30. jaenner) und ''sexzentrisch'' (freitag, 6. februar).

die wiener walzer-konkurrenz 1970 - anlaesslich des hundertjaehrigen jubilaeums des weltberuehmten walzers ''an der schoenen blauen donau'' von johann strauss wurde bekanntlich 1967 der ''walzerpreis der stadt wien'' gestiftet - wird am samstag, den 11. april, im rahmen der europameisterschaft im turniertanzsport fuer amateure in der wiener stadthalle abgehalten.

neues funksystem bei der feuerwehr der stadt wien

6 wien, 31.12. (rk) die feuerwehr der stadt wien ist derzeit mitten in einer umstellung ihres funksystems begriffen. der funkverkehr wird nicht mehr ueber ein vier-meter, sondern ueber ein sogenanntes zwei-meter-frequenzband abgewickelt. natuerlich bedingt eine solche umstellung des funksystems auch neue funkgeraete. bis ende 1971 wird die feuerwehr ueber zwei fixfunkstationen und 31 neue funkgeraete verfuegen, die sowohl als tragfunk als auch als fahrzeugfunkgeraete verwendet werden koennen. einiger der neuen allzweckfunkgeraete schweizerischer bauart, die erst seit 14 tagen auf dem markt sind, befinden sich schon im einsatz. die geraete sind derart konstruiert, dass sie jederzeit von der feuerwehrzentrale am hof erreicht werden koennen. ausserdem kann mit ihrer hilfe die wichtige querverbindung zwischen rettung, polizei und allen rathausdienststellen hergestellt werden. auf grund der anschaffung der hypermodernen geraete, welche von wiener feuerwehrtechnikern ein jahr lang auf ''herz und nieren'' getestet wurden, wird es kein loeschfahrzeug mehr ohne funkgeraet geben. bisher musste die besatzung mancher loeschfahrzeuge bei einsaetzen oeffentliche fernsprechzellen aufsuchen. dieser mangel ist jetzt behoben und die einsaetze koennen von der zentrale optimal programmiert werden, da die feuerwehrmaenner die leichten handlichen geraete aus dem wagen an den brandherd mitnehmen koennen. die gesamtkosten des neuen funksystems belaufen sich auf zweieinhalb bis drei millionen schilling.

bemerkenswert ist in diesem zusammenhang die tatsache, dass die einsatzfahrzeuge der wiener feuerwehr schon im jahr 1924 mittels funk mit ihrer zentrale verbunden waren. ein solches system existierte damals praktische in keiner anderen stadt des erdballes.

ein weiteres grosses vorhaben der wiener feuerwehr fuer die naechsten jahre ist die sukzessive umstellung ihres internen kabelnetzes auf funkbasis. ''die wartungskosten dieses netzes, das ueber 162 kilometer freiliegende leitungen verfuegt, sind auf die dauer unretabel'', erklaerte oberbrandrat dipl.-ing. anton s a n y t r der ''rathaus-korrespondenz''.

1046

nacheichung 1970

4 wien, 31.12. (rk) wie das merktamt der stadt wien (magistratsabteilung 59) bekanntgibt, sind auf grund der bestimmungen des mass- und eichgesetzes eichpflichtige gegenstaende, sofern sie nicht ausdruecklich davon befreit sind, innerhalb bestimmter fristen zur nacheichung zu bringen. sind keine anderen fristen festgesetzt, betraegt die nacheichfrist grundsaetzlich zwei jahre und beginnt mit dem der letzten eichung folgenden kalenderjahr. eichpflichtige messgeraete im oeffentlichen verkehr mit beispielsweise zweijaehriger eichfrist duerfen daher ab 1. jaenner 1970 nur dann verwendet werden, wenn sie einen eichstempel 1968 oder den eines spaeteren jahres tragen.

beschaedigte messgeraete sind nach schadensbehebung, auch wenn sie einen gueltigen eichstempel tragen sollten, zwecks neuerlicher eichung dem eichamt, wien 9, nussdorfer strasse 90, zu uebergeben. fest stehende oder schwer transportable eichobjekte koennen gegen vorherige anmeldung beim eichamt auf ihrem verwendungsplatz nachgeeicht werden. auskuenfte ueber die eich- und nacheichpflicht erteilen das eichamt und alle wiener marktamtsabteilungen.
0941

zimmerbrand in meidling

5 wien, 31.12. (rk) in der rosenhuegelstrasse 154 in wien-meidling brach mittwoch vormittag ein zimmerbrand aus, der vermutlich ein todesopfer forderte. beim vordringen zum brandherd erlitten vier feuerwehrleute leichtere verletzungen. sie mussten in das lainzer krankhaus eingeliefert werden.
0955

schneebericht

7 wien, 31.12. (rk) die nachtpertie der strassenreinigung in der nacht auf mittwoch weiterhin vorwiegend mit der schneeabfuhr beschaeftigt. dabei waren 549 arbeitskraefte, 31 schneeladegeraete und 67 lkw eingesetzt. am mittwoch wurde die schneeraeumung mit 622 eigenen und 1.749 aufgenommenen arbeitskraeften sowie 55 schneepfluegen, 79 streufahrzeugen, 80 schneeladegeraeten und 186 lastwagen fortgesetzt.

fuer den neujahrstag wurde ein verstaerkter sicherheitsdienst angeordnet.
1051

geehrte redaktion

den kolleginnen und kollegen aller redaktionen in wien und in den bundeslaendern wuenschen wir vom ganzen herzen ein glueckliches neues jahr.

60984 81800